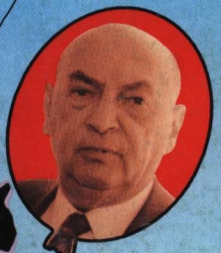


MONATSZEITUNG

M O Z

FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR



Sozialpartnerschaft am Ende? Alle Macht dem Parlament?

Kasperltheater Demokratie

Das Bauhaus: Institution im Wandel

Öko-Bilanz: 4 Jahre Umweltpolitik

USA: Oppositionelle am Elektrischen Stuhl

DEUTSCHLAND

**DDR:
Ein Nachruf**

**Armut
in der BRD**



Die Drei?

oder

DIE GRÜNE ALTERNATIVE

GRÜNE IM PARLAMENT

7. Oktober

~~⊗~~ Liste 4

Valie Export



Ulrike Sladek (links) und Valie Export



Das Recht auf
akademische
Lehre und
pädagogische
Arbeit wird den
Frauen
vollkommen
verweigert.

VIRTUELLE WIRKLICHKEIT UND GESCHLECHTERIDENTITÄT

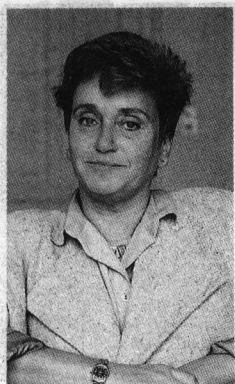
Als Valie Export 1968 mit Peter Weibel an der Hundeleine durch die Wiener Kärntnerstraße spazierte, ermpörte sich die österreichische Volksseele. Ihre provokante Arbeit an der Veränderung der Geschlechterverhältnisse stand und steht auch weiterhin im Mittelpunkt ihres künstlerischen Schaffens. Ulrike Sladek sprach mit Valie Export, die abwechselnd in den USA und in Österreich lebt, über die Rolle der Frau und der Computertechnologie in der Kunst.

MONATSZEITUNG: Anfang der siebziger Jahre sprachen Sie davon, daß über die Kunst Werte verändert werden können, die sich dann auch in einer Selbstbestimmtheit der Frau in allgemeinen Lebenssituationen niederschlagen könnten. Sie haben damals stark mit aktionistischen Mitteln gearbeitet. Was hat sich Ihrer Meinung nach für die Frauenkunst dadurch verändert, daß künstliche Welten im Computer konstruierbar sind?

Export: Es ist viel zu früh zu sagen, ob und wie man in diesen virtuellen Räumen, in diesen computerhergestellten Wirklichkeiten überhaupt mit Kunst arbeiten wird. Bis jetzt sind es mathe-

matische Modelle, über die eine Welt erklärt wird, das ist bekannt. Schon seit Pythagoras wird das Weltbild in Zahlen erklärt. Die Renaissance-malerei ist mathematisch durchdrungen. Man konnte das Problem der Perspektive besser lösen, man hat sie 'richtiger' gestaltet. Bei den Renaissance-malern oder den holländischen Malern sind Kunstwerke entstanden, aber von diesen visuellen, vom Computer gesteuerten Räumen schon von Kunst zu sprechen, ist zu weit hergeholt. Die Environments, die über diese neue Technologie geschaffen werden, rufen keine Veränderung hervor, zeigen keine Veränderung.

Die künstlerischen
Mittel der
sechziger und
siebziger Jahre
können nicht mehr
angewendet
werden.



MONATSZEITUNG: Ist es in den virtuellen Räumen möglich, über das gegenwärtig Denkbare hinauszugehen? Sind die virtuellen Räume eine Verlängerung des herkömmlichen Denkprozesses in künstlichen Räumen, eine Fortsetzung des männlich-logistischen Prinzips in etwas abgewandelter Form?

Export: Der Computer, die Maschine stellt etwas her. Der Mensch reagiert darauf, verändert quasi diese Herstellung der Maschine und erweitert damit die nächste Herstellung. Also: Eine interkommunikative, interaktive Sache kann natürlich entstehen, wo immer wieder zusätzlich Neues dazukommt. Was vor 50, 60 Jahren neu war, ist für uns schon als selbstverständlich in die Alltagswelt eingeflossen.

Daß es hier um ein männliches Prinzip, um eine männlich-logozentrische Welt geht, ist ganz klar. Daran ändert sich nichts. Wieweit die Frau jetzt, von einem feministischen Standpunkt aus, in dieser Welt arbeiten kann? Ich weiß es nicht, ich kann diese Frage nicht beantworten. Die Mittel der sechziger und siebziger Jahre können aber nicht mehr angewendet werden.

Damals war es sehr wichtig, den sozialen und gesellschaftlichen Bereich der Menschen in die Kunst einzubeziehen, denn dieser ist für die Frau anders als für den Mann, geschichtsgeprägt. Das war alles ganz wichtig. Darum hat man ja den Körper selbst als künstlerisches Material eingesetzt. Andere Künstler hatten schon früher mit dem Körper gearbeitet. Das negativste Beispiel oder das konservativste war der Yves Klein, der den weiblichen Körper quasi als Material verwendet hat, damit Bilder entstehen. Der weibliche Körper hat den Pinsel ersetzen müssen, und Yves Klein mußte selbst nicht mehr arbeiten, sondern der Pinsel hat gearbeitet.

MONATSZEITUNG: Das verläuft parallel zum Alltagsleben der Frau ...

Export: Das es war eine der größten Ausbeutungen, es war auch die traditionellste Kunst.

Aber in der virtuellen Realität wird nicht mehr allein mit dem Körper gearbeitet - der Körper ist nur mehr ein Teil davon. Der Körper ist insofern vorhanden, da über ihn der Informationsfluß läuft, aber die Information selbst wird durch Programme erzeugt.

MONATSZEITUNG: Wie kann eine Kunstproduktion, bestenfalls unter einer feministischen Perspektive, die Lebenssituation von Frauen verändern? Wo soll sie ansetzen, wenn das Einschreiben auf den Körper nicht mehr so funktioniert, sondern dieser eigentlich bloß Übermittlungsträger, Medium ist. Gegenwärtig wird hauptsächlich der Sehsinn belastet und benutzt. Von der Filmbranche wissen wir, daß die Produktion von Bildern, von Abbildern nicht unbedingt eine positive Lebenswelt von und für Frauen konstruiert.

Export: Ich glaube, das Feministische bei dieser Richtung, das Zielführende wäre in erster Linie, in diesen Produktions- und Herstellungsformen als Frau zu arbeiten. Das wäre der springende Punkt. Das hieße, Frauen müßten durch ihr Studium, ihr Interesse in diese Bereiche hineinkommen und dort arbeiten. Hier könnten wieder-

um andere Überlegungen entstehen und andere Ausdrucksmöglichkeiten. Da könnten Veränderungen stattfinden. Da gilt, was ich schon immer vertreten habe: Frauen müssen einfach viel mehr in die Produktionssphäre selbst gehen. Nicht nur in der Herstellung von Kunst, sondern auch als Kamerafrauen, als Mathematikerinnen, Wissenschaftlerinnen.

Diese virtuellen Räume sind ja nicht der einzige Kunstbetrieb, sind nicht das einzige Kunstbild. Kunst hat ja noch völlig andere Ausdrücke, es muß nicht nur Virtuelles sein. Film und Video erlauben den Frauen auch, sich mit ihrem Körper zu beschäftigen, sodaß sie ganz neue, eigenständige Sachen schaffen können.

Andere Materialien wie Blei oder Holz oder Metall sind ja nicht vorbei, man kann noch immer damit arbeiten.

Wie sehr die Männer den zukünftigen virtuellen Bereich wiederum für sich vereinnahmen wollen, liest man ja jetzt schon in vielen Zitaten: Es ist eine Geburt, es wird etwas geboren.

MONATSZEITUNG: Die Einlösung des Gebärmundes ...

Export: Nicht die Wissenschaftler selbst formulieren das, sondern die Sekundärliteratur beschreibt, daß es ein Vorgang des Gebärens, des Reproduzierenden wäre. Mit der großen Drohung dahinter: Frauen, wir brauchen euch jetzt bald nicht mehr. Das kann man jetzt an der Gentechnik sehen und am virtuellen Bild. Wiewohl das natürlich schon Überbedeutungen sind.

MONATSZEITUNG: Diese neuen Technologien wären dann das absolute schöpferische Etwas. Ist die gegenwärtige Phase der Säkularisierung nur eine Zwischenphase?

Export: Das kann natürlich sein. Unsere ganze Philosophie wäre dann natürlich hinfällig gewesen, eine Übergangsphase, eine Zwischenstation, eine Passage. Und dagegen werden sich die Männer wahrscheinlich wehren, denn sie haben das Universum in ihrem Gedankensystem aufgebaut. Wenn sie bemerken, daß ihr Gedankengut nichts mehr zählt, wird es auch ihnen Unbehagen bereiten.

MONATSZEITUNG: Woran arbeiten Sie selbst gegenwärtig?

Export: Ich mache im Spätherbst eine Ausstellung bei Grita Insam, arbeite an einem Drehbuch und an einigen kleineren Filmen, Länge zwanzig Minuten bis zu einer halben Stunde. Computer und Video, mit Betonung auf Video. Und stelle ein Symposium zusammen für März '91 zu den Wiener Festwochen: Ent-Fesselung der Geschlechter.

MONATSZEITUNG: Was werden sie bei Grita Insam aus- bzw. vorstellen?

Export: Es sind ganz neue Arbeiten, Installationen, es hat mit imaginären Zuständen zu tun, nicht mit virtuellen. Das Virtuelle besteht ja aus Imagination, aus Realität und aus Phantasie. Ich werde auch zusätzlich Materialien verwenden, mit denen ich bis jetzt noch nie gearbeitet habe.

Was sich im Laufe der Zeit an Überlegungen angesammelt hat, dem wird jetzt Gestalt gegeben.

MONATSZEITUNG: Sie haben einen Lehrstuhl an der University of Wisconsin, USA. Was machen sie da?

Export: Video und Film, Performance, wobei ich dazusagen muß, daß ich dort interdisziplinär vortrage, etwas, das man hier in Wien nicht soll. Ich halte Vorlesungen zu bildender Kunst, Performance, zeitgenössischer Kunstgeschichte, Avantgardegeschichte, ich lehre Film. In San Francisco unterrichtete ich Malerei, Fotografie, Video und digitales Bild als Gastmedium im Film. Eine Idee, eine Auseinandersetzung mit Fotografie wird darin ausgedrückt, ein ziemlich vielseitiges, polyphones Programm.

Drüben in Amerika hat man schon lang entdeckt, daß der interdisziplinäre Unterricht der bessere ist.

MONATSZEITUNG: Sie glauben, daß ihr interdisziplinärer Ansatz der Verhinderungsgrund ihres Lehrauftrages in Wien war?

Export: Und mehr. Ich möchte jetzt gar keine Thesen aufstellen ... Es war meine Person, meine Arbeit, meine Haltung einerseits, und andererseits natürlich der Widerstand gegen einen interdisziplinär erweiterten Unterricht. Ein Schulsystem ein bißchen aufzumachen und nicht so eng zu arbeiten. Bei uns werden die Verhältnisse immer enger und abgeschlossener. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo alles immer breiter und offener wird.

MONATSZEITUNG: Da scheint die klassische österreichische Mentalität ihre Wirkung voll entfaltet zu haben.

Export: Ja, es muß ein Maler sein, weil die Studenten mögen ja so gerne malen. Das stört mich ja nicht, aber es ist ein Widerstand gegen Progression und Innovation in diesem Land, nicht nur an den Hochschulen, sondern überall.

MONATSZEITUNG: Was bewegt Sie, dennoch eine Ausstellung in Österreich zu organisieren, ein Symposium.

Export: Das ist immer so eine Frage. In den siebziger Jahren hab' ich mich noch verpflichtet gefühlt, in diesem Land etwas voranzutreiben. Weil ich mir dachte, wenn jeder weggeht, kann auch nichts entstehen. Ich dachte mir, im gesamten, daß auch ich etwas zur Innovation beitragen kann. Ich bin draufgekommen, daß das nicht stimmt. Die konservative Revolution hat überall eingesetzt, auch bei uns. Einfach gesagt: Ich fühle mich meinem Kulturkreis mehr verwurzelt, und das ist Europa, nicht allein Wien.

Darum ist es für mich ideal, herumzupendeln, denn ich habe auch in Amerika Ausstellungen. Dort herrscht teilweise ein innovatives Klima, ich bekomme wahnsinnig viel Information und sehr gute Unterstützung.

Wenn man bedenkt, daß es in Österreich kaum weibliche Professoren gibt, die Kunst oder Kultur unterrichten, frage ich mich, wie kann dieses Jahrtausend ausgehen? Das ist erschreckend. Ebenfalls der Widerstand, Frauen als Professorinnen zu akzeptieren. Das Recht auf akademische Lehre und pädagogische Arbeit wird den Frauen vollkommen verweigert oder im unteren Bereich angesiedelt, als Hochschulassistentin oder im Mittelschulbereich.

MONATSZEITUNG: Sie haben heuer ihren fünfzigsten Geburtstag gefeiert. Wenn sie zurückblicken auf die letzten zwanzig, dreißig Jahre, haben sich ihre Hoffnungen und Erwartungen erfüllt?

Export: Nein, nicht. Es ist erschreckend, wenn ich an meine Generation denke, was wir eigentlich alle für Ziele hatten und wie diese Generation dann angepaßt und korrupt geworden ist. So raffiniert angepaßt, daß kein Generationenkonflikt entstehen kann - die nachfolgende Generation will scheinbar dasselbe wie meine Generation. Ich habe versucht, innovativ und mit Risikobereitschaft zu arbeiten.

Und wenn ich bedenke, wie mit dem Begriff Feminismus umgegangen wird! Es ist für viele Frauen unangenehm, sich mit einem Feminismus zu identifizieren, obwohl sich einiges geändert hat, viele Schritte schon gemacht worden sind.

Aber es ist eine viel größere Verunsicherung bei den jungen Künstlerinnen eingetreten. Die trauen sich einerseits nicht mehr, feministisch zu denken, spüren andererseits ein Unbehagen dabei, sich angepaßt zu verhalten. Sie wissen auch nicht wirklich, wie es jetzt weitergehen soll, welches Material sie verwenden, welche Inhalte sie gebrauchen sollen, um ihren Ausdrücken eine gestalterische Form zu geben.

Wieweit feministische Kunst sich im virtuellen Bereich etablieren kann, ist jetzt noch nicht zu sagen, und es ist momentan auch nicht die dringlichste Frage.

MONATSZEITUNG: „Dirty Power“, einer der prämierten Animationsfilme der ars electronica, zeigte Sexismus in Reinkultur. Zwei Stecker gaulen animiert vor den Steckdosen, um dann un-verhohlen die Penetration durchzuführen.

Export: Der Film war ein schrecklicher, sexistischer, stupider, primitiver Film. Die Jury und der Preis war ein ganzes Versagen. Und symptomatisch war, daß wieder einmal nur an lauter Männer Preise verliehen wurden. In diesen Disziplinen sind aber auch viele Frauen dabei. Beim Symposium hätte man auch mehr Frauen einladen können. Im Science fiction Bereich z.B. Ursula LeMcGuin, die ja immer schon in diesem Metier gearbeitet hat und wirklich Spitze ist.

MONATSZEITUNG: Liegt die Gefahr bei dem Umgang mit virtueller Realität nicht darin, daß durch die zunehmende Spezialisierung dieses Gebiet eine Domäne von einigen wenigen wird? Und diese ganz wenigen sind männlich. Glauben Sie, daß wir an der Kippe zum nächsten ontologischen Sprung stehen?

Export: In der Sekundärliteratur ist wirklich auffällig, daß eben so eine Geburtsmythologie aufgebaut wird über die Technik. Ich glaube auch, daß eine Art ontologischer Sprung bevorsteht, der Unbehagen hervorruft, da man nicht weiß, wie damit umgehen kann oder soll.

Nichtsdestotrotz müssen die Frauen an ihrem Programm, das sie sich gestellt haben, weiterarbeiten: ihrem feministischen Programm.

MONATSZEITUNG: Danke für das Gespräch.



Das Recht auf akademische Lehre und pädagogische Arbeit wird den Frauen vollkommen verweigert.



Die Frauen müssen an ihrem Programm weiterarbeiten: ihrem feministischen Programm.

AN DER GRENZE HERRSCHT KRIEG!

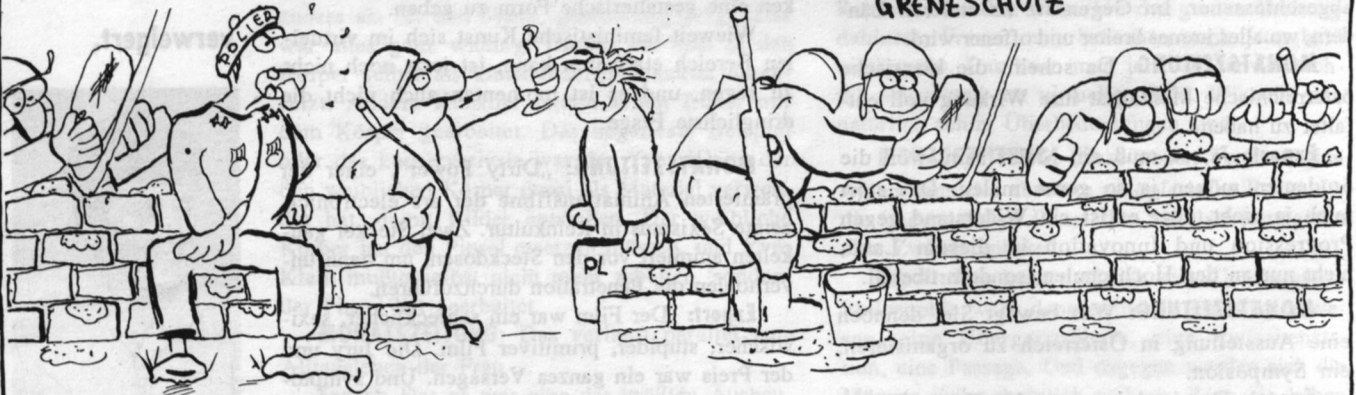
FAN ÖSTERREICHS OST-GRENZE KOMMT NEUER DINGS DER VON VERTEIDIGUNGSMINISTER LICHAL KONZIPIERTE, NACH IHM BENANNTE 3-STUFIGE LICHAL-PLAN ZUR ANWENDUNG

STUFE 1: ABTÖRNUNG
JE NACH BEDROHUNGSMUSTER WIRD DABEI DIE SANFTE (A) ODER DIE HARTE VARIANTE (B) EINGESETZT.



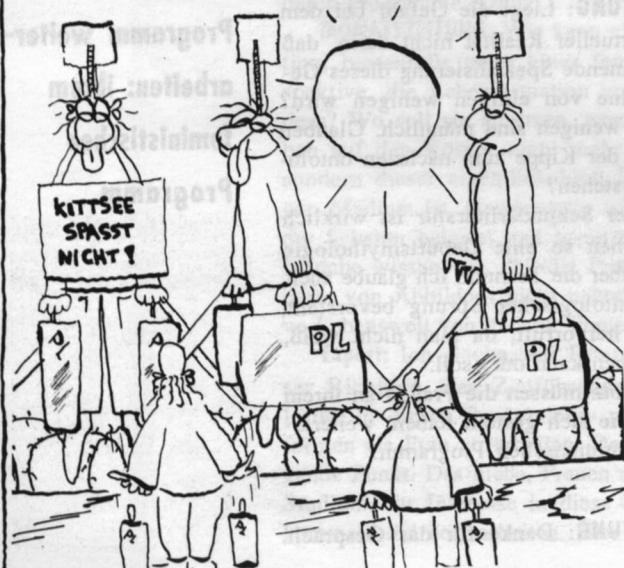
STUFE 2: ABSCHIRMUNG

ELITE SOLDATEN DES BUNDESHEERES PRAKTIZIEREN UNTER KUNDIGER BAUAUFSICHT ANGEWANDTEN GRENZSCHUTZ



STUFE 3: ABSCHRECKUNG

DABEI SOLLEN DIE BETROFFENEN SELBST ZU MEHR EIGENINITIATIVE MOTIVIERT WERDEN, AUCH AUF DIE GEFAHR HIN, DASS DANN MANCHE ZU WEIT GEHEN...



(STUFE 4: ABSCHLACHTUNG

IM PLAN NICHT VORGESEHEN, HAT SICH DIESE PRAXIS, ERMÖGLICHT DURCH EINE GENERÖSE AUSLEGUNG JAGD = GESETZLICHER BESTIMMUNGEN, GANZ VON SELBST ERGEBEN.)



TITEL:
Arbeiterkammerdiskussion:
Umerziehung
der Viererbande?
 Von Christof Parnreiter
 Seite 16



INNENPOLITIK

- Umwelt:**
Ökolemming 10
 Eine Bilanz von Karl Lind
- Kommentar:**
Was täten wir ohne Bundesheer? 15
 Von Christof Parnreiter

STREITGESPRÄCH

- Parlamentarismus und Grüne:**
Man läßt sich nicht ungestraft wählen 22
 Es diskutieren: Thomas Ebermann, Günther Nenning,
 Sonja Puntischer-Riekman und Christof Parnreiter

AUSSENPOLITIK

- Reichtum und Armut in Deutschland:**
Die Tugend des Teilens bleibt allein 28
den Armen
 Von Christine Weber-Herforth
- DDR-Nachruf:**
Der Staat stirbt ab 34
 Von Hannes Hofbauer
- Politische Gefangene in den USA:**
Todesstrafe für die Opposition 38
 Von Corinne Schelbert
- Destabilisierung in Südafrika:**
Zulus gegen Xhosas 41
 Von Reinhard Brückner
- Golfkrieg:**
Kommen die Araber? 44

KULTUR

- Gentechnologie:**
Her mit den neuen Genen! 46
 Von Aurelia Weikert und Johanna Riegler
- Computerwelt:**
Ich bin mein Hummer 48
 Von Birge Krondorfer
- 50. Todestag von Walter Benjamin:**
Ein Sturm weht vom Paradiese her 50
 Ein Essay von Ursula Kuben-Hofmann
- Das Bauhaus:**
Ideenwerkstatt oder Fachhochschule? 56
 Von Gerald Munier und Knut Giebel

RUBRIKEN

- Das Interview** 3
 mit Valie Export
 Von Ulrike Sladek
- Comics** 6
- Übergriffe** 14
 Der Behandlungsbedürftige
 Von Franz Schandl
- Es ist angerichtet** 21
 Meine Traumregierung
 Von Wolfgang Beyer
- Gegentext** 27
 Grußwort an die PDS
 Von Jutta Dittfurth
- Kommentar** 53
 Herausforderung für die
 Deutschen
 Von Erica Fischer
- Philosophischer Diskurs:** 54
 Postindustrieller Sozialismus
 Von Erich Hörl
- Die andere Geschichte**
 Vor 40 Jahren:
 Der Putsch, der keiner war
 Von Andrea Komlosy 74
- Plattenkritiken** 75
- Bücher** 78



Foto: Andrea Komlosy

Berlin, September 1990 Seite 46

MAGAZIN

- Inland** 61
- Ausland** 67
- Kultur** 71
- Artodrom** 76
- LeserInnenbriefe und Impressum** 81

Foto: Gerhard Wartha



Her.mit den neuen Genen! Seite 34

SOLIDARITÄT BEGINNT AM GOLF

Von Hannes Hofbauer



Täglich donnern fünf bis zehn Großraumflugzeuge der US-Airforce über Tirol, Salzburg und Kärnten Richtung Südosten. Tausende Soldaten und Tonnen von Kriegsmaterial fliegen von Ramstein/BRD ihrem Einsatzort am Golf entgegen. Empörung darüber findet - außer bei den Oppositionsparteien - nicht

statt. Die veröffentlichte Meinung von „AZ“ bis „WAZ“ spricht von „Übereinstimmung mit UN-Beschlüssen“ und „westlicher Solidargemeinschaft“.

Zur selben Zeit reist der österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim - unbeliebt, wie außer „Krone“ und „Presse“ sämtliche Publikationen hinzufügen - nach Amman und Bagdad und kehrt mit den 100 im Irak festgehaltenen Österreicher/innen nach Wien zurück. Vom „Ausscheren aus der westlichen Solidargemeinschaft“ und der „Entehrung Europas“ ist die Schreibe.

Zynischer geht's wohl nicht mehr. Die Logik der Weltpolitik wird dermaßen von Washington bestimmt, daß US-Fliegern mit tausenden Kriegern an Bord westlich-solidarisch die Flugschneisen geöffnet werden, während der AUA-Flug des Bundespräsidenten als „unsolidarischer Alleingang“ kommentiert wird. Die verkehrte Welt, möchte man meinen - wenn es nicht für manche die richtige wäre.

Nun bin ich kein Verehrer Waldheims und habe auch, wie jeder anständige österreichische Journalist, einen niemals zu Ende geführten Waldheim-Presseprozeß vorzuweisen; das plötzliche, nach acht Jahren Golfkrieg auftauchende Saddam Hussein-Feindbild scheint mir jedoch ein zu dürrtiger Anlaß, um die Waldheimmission zu brandmarken und die US-Airforce zu hofieren. Das Ganze dann noch unter dem Mäntelchen des Antifaschismus.

Abgesehen vom Wunsch der Amerikaner, ihre Soldaten ohne Umwege von der BRD in die Krisenregion zu transportieren, spricht alles gegen die Erteilung von Überflugsrechten durch die österreichische Bundesregierung. Weil es noch zu keinen kriegerischen Auseinandersetzungen am Golf gekommen ist, so der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes, gebe es keine neutralitätsrechtlichen Bedenken für den täglichen Lufttransit von C-5-Galaxy und C-141-Starlifter-Transportern. Wozu, glaubt denn der Verfassungsdienst, brauchen die USA am Golf 150.000 Soldaten plus dazugehöriges Kriegsgerät? Um die Wüste zu bewässern?

Nun könnte man einwenden, daß auch der UNO-Sicherheitsrat eine begrenzte militärische Kontrolle des Embargos, mit dem der Irak belegt worden ist, billigt. Aber erstens handelt es sich von seiten der USA und Großbritanniens schon längst um eine Blockade - nach Auffassung von Völkerrechtsexperten eine unerklärte Kriegshandlung -, und zweitens hat Österreich ja nicht einmal den vielzitierten Embargodurchsetzungsbeschluß der UNO - in dem übrigens von Gewaltanwendung nichts zu lesen ist - abgewartet, bevor es sein o.k. für die US-Überflugsrechte gab.

Und dann, ein wenig kompliziert und pitzig ist die Sache eben, wenn es um Krieg oder Frieden geht, ist in Österreich noch ein Bundesgesetz über Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial in Kraft, nach dem mehrere Richterkollegien in berühmt gewordenen Verfahren einer ganze Riege von Verstaatlichtenmanagern - zu denen sich in Zukunft möglicherweise noch die halbe ehemalige Regierungsmannschaft dazugesellen wird - den Prozeß machen. Und dieses Gesetz fordert eine Lizenz auch zur Durchfuhr von US-Kriegsmaterial. Die ist bis heute nicht erteilt - und nicht angefragt worden. Zu Recht, denn wer will schon überprüfen, was da tagtäglich über österreichisches Hoheitsgebiet geflogen wird? Eine Genehmigung für Unbekanntes, diese Peinlichkeit hat sich die österreichische Ministerrunde, die im Rahmen eines „Rundlaufbeschlusses“ in trauter Eintracht an der Erteilung der Überflugsrechte beteiligt war, erspart; und lieber das Bundesgesetz mißachtet.

Argumentationsnotstand müßte auch Verteidigungsminister Robert Lichal ausrufen. Aber wer tut das schon knapp vor den Wahlen? Denn sein Ministerium war es, das - zugegeben vor Lichals Amtszeit - die Anschaffung der Draken-Abfangjäger genau mit der Beschreibung solcher Szenarien argumentiert hat, wie wir sie heute erleben. In einer „Entschließung zur Umfassenden Landesverteidigung“ aus dem Jahre 1975 heißt es etwa: „Das Bundesheer hat ... im Falle einer internationalen Spannung oder eines Konfliktes ... die Lufthoheit zu wahren ...“ Von Spannung und Konflikt war und ist zwar viel die Rede, von den Abfangjägern indes nichts zu sehen.

Immer noch besser, höre ich den Zweckpessimisten sagen, als die Saab-Draken fliegen gleich mit in die Golfregion. Richtig, dafür sind sie auch nicht gekauft worden. Die US-Luftflotte - stichprobenartig - zwecks Überprüfung der Ladung in Graz-Thalerhof zur Landung zu bringen, dafür haben die Öster-

reicher/innen - gegen ihren Willen, wie ich meine - ihr Geld ausgegeben. Daß dieses nicht passiert, macht aus den 24 Milliarden Schilling für den Ankauf der Draken eine noch sinnlosere Ausgabe, als sie es ohnedies schon ist.

Wohin fliegt sie also, die von Österreich nicht nur nicht aufgehaltene, sondern sogar durchgewunkene US-Airforce? In welcher Mission vergraben sich bisher 150.000 Gls im Wüstensand, genau am ihrer Heimat gegenüberliegenden Ende der Welt?

Die 20. militärische Intervention der USA nach 1945 ist die massivste seit Vietnam. Argumente dafür wurden schon einige verbraucht. „Kuwait schützen“, „für die Freiheit kämpfen“, „das UN-Embargo überwachen“, „die Geiseln befreien“ oder, wie es ein Berater von Präsident Bush für das „Time-Magazin“ zusammenfaßt: „Das Prinzip versteht jeder Dummkopf. Wir brauchen das Öl. Es ist zwar nett, vom Schutz der Demokratie zu sprechen, aber Kuwait und Saudi-Arabien sind nicht gerade Demokratien. Und wenn ihr Hauptexportgut Orangen wären, hätte ein mittlerer Außenamtsbeamter eine Protestresolution (an Saddam Hussein, d.A.) herausgegeben, und wir wären alle im August in den Urlaub gefahren.“ Klartext vom US-Außenamt, derweil über TV und Agenturen das Lied von der Empörung der zivilisierten Welt gespielt wird.

Am meisten Abscheu haben die Zivilisierten vor dem Geiselnehmen, tausende Amerikaner und Europäer befinden sich in den Händen Saddam Husseins. Eine - ohne Wenn und Aber - klar zu verurteilende Vorgangsweise des irakischen Diktators. Aber nicht präzedenzlos, wie uns die Berichterstatter glauben machen wollen. Auch die zivilisierte Welt kennt Geiselnahme und Entführung, Terror werden sie allerdings gemeinhin nur dann genannt, wenn sie gegen die Herrschenden praktiziert werden. Andersherum wird von Selbstschutz oder „Aktion gerechte Sache“ gesprochen. So haben beispielsweise die US-Behörden nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Jahre 1941 alle in den USA lebenden japanischen Zivilisten in Geiselhaft genommen und in eigens errichtete 'camps' gesteckt; ihr Eigentum - sogar die buddhistischen Tempel - wurde konfisziert. Die Briten wiederum benutzten Ende der 40er Jahre palästinensische Gefangene als lebende Schutzschilde bei Infanterieeinsätzen gegen palästinensische Siedlungen.

Aber man braucht gar nicht soweit in die Geschichte zurückzublicken, um derlei Kriegspraktik vorzufinden: Die vorjährige Entführung von General Noriega in Panama war ein Lehrstück verabscheuungswürdiger Kriegsführung - inklusive mehrmalige Verwüstung der kubanischen und nicaraguanischen Botschaftsräume sowie Umstellung einer Reihe anderer diplomatischer Vertretungen. 7.000 panamaische Zivilisten blieben - nach einem erst im Sommer 1990 veröffentlichten Bericht einer US-Kommission - tot auf dem Schlachtfeld zurück, Opfer einer Entführungsaktion.

Der empörte Aufschrei der zivilisierten Welt indes blieb weitgehend aus. Logisch, denn in ihrer Heilsbotschaft geht es nicht um

Demokratie und Humanismus, sondern um Macht. Dafür hat Präsident Bush die Krise am Golf benützt und in Übereinstimmung mit Thatcher, Mitterrand, Kohl und - offensichtlich nach einer wirtschaftlichen Zuwaage - auch mit Gorbatschow die NATO-Präsenz tief in den arabischen Raum hinein erweitert. Denn um nichts anderes ging es der NATO, als sämtliche anderen supraregionalen oder lokalen militärischen Mächte zu eliminieren. Nach dem Niedergang der Sowjetunion, die zwar niemals ökonomisch, aber immerhin militärisch eine Konkurrenz im Weltmaßstab darstellte, kann die Etablierung einer Regionalmacht am Golf nicht geduldet werden. Dafür hat man in den Krisenstäben und Geheimdienstzentralen nicht acht Jahre lang den Iran-Irak-Krieg finanziert, um die zwei möglichen ideologischen Säulen einer solchen Macht am Golf, den Panarabismus und den Panislamismus, sich gegenseitig aufreiben zu lassen. Dafür sponsert man nicht den Staat Israel jährlich mit Milliardenbeträgen als Statthalter in der Region. Von einem Saddam Hussein, so hat sich die westliche Solidargemeinschaft verschworen, läßt man sich nicht in die Suppe spucken.

Solange die Achse USA-Westeuropa-Japan in der Frage der Lösung der Golfkrise hält, solange also keine Widersprüche zwischen den westlichen Zentren auftauchen, sieht die arabisch-islamische Zukunft nicht rosig aus, zumal auch ein früherer - fallweiser - Verbündeter der Araber, die Sowjetunion, vor den westlichen Kreditgebern buckelt. Aber die sehr verschieden gearteten Öl-Interessen des Westens könnten aus der Solidargemeinschaft bald eine Hackl-ins-Kreuz-Partie machen. Denn vor allem Japan, aber auch Westeuropa, brauchen dringend relativ billiges Golf-Öl, während die USA mit ihrem hohen Anteil an selbstgefördertem Öl über steigende Preise nicht so unglücklich sind. So gesehen könnte sich der letzte OPEC-Beschluß, Ölpreise und Fördermengen bis zum Ende der Krise freizugeben, sprich: die OPEC de facto vorübergehend aufzulösen, nicht nur für die arabische Welt verheerend auswirken, sondern auch den Interessen der militärischen Schutzmacht USA zuwiderlaufen.

Zusammen mit dem katastrophalen Budgetdefizit in den USA könnte dies Bush vom kalkulierten Risiko in einen unkalkulierbaren Krieg treiben. Und dieser würde für die USA, selbst wenn sie Saddam Hussein entmachten, zum Bumerang. Denn entweder sie ziehen sich nach dem Kriegseinsatz aus der Region zurück, was unweigerlich den Aufstand der verarmten arabischen Massen gegen die vom Westen fettgemästeten Scheichtümer zur Folge hätte, oder die USA prolongieren ihre militärische Präsenz am Golf. Dies gäbe ihnen zwar weiterhin die Kontrolle über die Region, aber: Wer soll das bezahlen? Die Aufforderung der USA an Westeuropa und Japan, sich gemeinsam an den Kosten der permanenten Intervention zu beteiligen, stieße nach einem Waffengang auf noch taubere Ohren als zuvor. Die aktuelle Golfkrise als Endpunkt des „amerikanischen Jahrhunderts“?

■ Würde Frau Bundesumweltminister Marilies Flemming von Journalist/innen gewählt, die oft mit ihr zu tun haben - Frau Minister hätte keine Chance auf weitere vier Jahre.

Sie wäre, meint ein Kollege, die allerbeste Nachfolgerin von Freda Meissner-Blau im Grünen Klub, „Flemming übertreibt oft und schießt über das Ziel hinaus, eine ideale Oppositionsführerin.“ Ein anderer attestiert ihr „Gespür dafür, wie sie Themen machen kann. Aber sie kann nichts durchsetzen“. Und eine Kollegin weiß, warum: „Solange sie in der ÖVP ist, ist sie von Busek und Schlüssel abhängig. Eine Chaotin, aber sicher guten Willens.“ Chaoten seien im Büro, Chaoten im Ministerium, Chaoten in den ausgelagerten Stellen. Und als „Chaos de Luxe“ schlechthin bezeichnet Josef Votzi im „profil“ die Arbeitsweise der Frau Minister. Während Susi Riegler in der „Wienerin“ zum politisch induzierten - Flemming-Rundumschlag ausholt, einem Journalisten „ihre Jungmädchenhaftigkeit auf die Eier geht“, andere „grüne Anfälle gegen die Industriellenvereinigung“ und „gehobene Augenauswischerei“ bemerken, weiß einer, was Sache ist: „Zwischen Flemming und Schlüssel herrscht ein absolutes Abhängigkeitsverhältnis, in dem Schlüssel den Ton angibt.“ Und: „Schlüssel behandelt sie sanfter als der Graf, der ihr mit dem Stellwagen ins Gesicht gefahren ist.“

Nett, adrett und ohne Wirkung

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Schlüssel mag die „Spontifex Maxima“, die gerne Präsidentin wäre, wirklich lieb behandeln ob der Ergebnisse ihrer Umweltpolitik. Flemming tobt durch Gänge, schikaniert Mitarbeiter/innen, ist schlecht informiert, schreit unschuldige Untergebene an, augenaufschlägt in Kameras und Journalist/innengesichter, ist spontan und überheblich, nett und adrett und ohne nachhaltige Wirkung auf die Umwelt. So wie ihre Gesetze.

„Wenn ich mir die Karotten lange so hoch hänge, daß ich sie nicht kriege“, meint einer aus ihrer nächsten Umgebung, „dann ist irgendwann mal Schluß.“ Das Aus für Marilies wünschen sich viele, alleine ihre immer noch herausragenden Beliebtheitswerte machen die Sache schwierig.

Flemming ist aufmüpfig nur nach außen hin, verwirrt und verwundert auf internationalen Treffen alle Anwesenden, läßt manche milde lächeln und verleiht allen ihren Pressekonferenzen ein besonderes Flair. Unsicher, ob und wann und wo sie stattfinden, geht es



Foto: Renate Gold

Ohne Auswirkung auf die Umwelt

Umwelt: ÖKOLEMMING

Eine Bilanz von Karl Lind

Vier Jahre große Koalition und vier Jahre Marilies Flemming führten zu einer eindeutigen Verschlechterung der Umweltpolitik.

nicht um das Thema, sondern um die Person. Nicht die Umwelt ist wichtig, sondern das Bundespräsidentinnenamt, das zu bekleiden, würde sie gefragt, sie außerordentlich gut qualifiziert sei. Ein bißchen weiblicher Wolfgang Petrik und ein bißchen weniger peinlich. Emportierte Vertreter/innen der Müllplattform

bittet sie: „Kinder, schießt's mich nicht ab“, und verspricht: „Ich nähere mich dem Industriemüll über den Hausmüll.“ Flemming unterschreibt gegen Müllverbrennungsanlagen und stimmt dann dafür. Flemming erteilt Herrn George Bush eine Lektion in Sachen Umweltpolitik, zitiert chinesische Botschafter ins Um-

weltministerium, wütet gegen Industriellenvereinigungscapo und „Altatomlobbyisten“ Herbert Krejci, beschimpft CSFR-Politiker ob deren fehlender Umweltsensibilität - um dann, im Ministerium, während vier Jahren großer Koalition gemeinsam mit allen anderen für eindeutig umweltschädigende legistische Maßnahmen zu stimmen.

Hatte die Bundesregierung vor vier Jahren noch Visionen und ausreichend Muße, einiges davon in die Koalitionsvereinbarungen zu schreiben, ist sie heute gründlich genesen (siehe nebenstehenden Kasten). Ob Boden, Wasser, Luft, Chemie, Abfall, Energie oder Verkehr, das Geschriebene von gestern ist heute meist Makulatur. Galt Österreichs „Luftreinhaltegesetz“ mal als beispielgebend - SPVP verzichteten, mit Rücksicht auf eine boomende Wirtschaft, auf eine Weiterentwicklung. So sei das Gesetz zwar „ein scheinbarer umweltpolitischer Fortschritt“, meint Hanswerner Mackwitz, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Grünen Klub, „aber der Hund liegt im Detail“. Mackwitz kritisiert die Meßmethoden und das Fehlen einer eindeutigen Festlegung, wie Toxizitätsäquivalente für das Dioxin zu berechnen seien. Es werde somit eine Scheinexaktheit suggeriert, die das Müllverbrennungsproblem auf Dioxin beschränken möchte. Und überhaupt kranke das Luftreinhaltegesetz an der Tatsache, daß es rund zweitausend Schadstoffe in der Luft gebe, aber nur einige wenige Parameter erfaßt würden. „Die Herangehensweise an die Luftschadstoffe ist aus heutiger ökologischer Sicht nicht mehr zu vertreten, da man von hinten her die Sache aufrollt. Man müßte das vom Input her machen, von dem also, was hineinkommt, und nicht darüber, was die hinauslassen.“

Auch Wolfgang Hein, Umweltexperte der Wiener Arbeiterkammer, kann der Vorgehensweise der Regierung nicht allzuviel abgewinnen: „Es gibt eine Menge großer umweltschädlicher Anlagen, die unter das Berggesetz fallen, also nicht ins strengere Luftreinhaltegesetz. Etwa Brixlegg oder Ranshofen, alle, die aus Rohmaterial Metalle gewinnen.“ Und damit zu den größten Luftverunreinigern zählen. Auch eine ganze Menge weiterer Giftproduzenten bleibt ungeschoren, da wesentliche Genehmigungsverfahren unter das wenig rigide Gewerberecht und somit in Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssels Kompetenz fallen. Mit Hilfe von Ziviltechnikern wird jede Anlage einzeln erfaßt und über die Betriebsanlagengenehmigung festgestellt, ob eine Gefährdung für die Belegschaft oder die Bevölkerung be-

steht - ein kompliziertes und zeitaufwendiges Verfahren, bei dem die Entscheidung alleine der Gewerbebehörde überlassen wird. Wesentliche Aspekte - wie etwa die Diskussion über die Stoffe, die in den Anlagen hergestellt werden - bleiben unbehandelt.

Auch im Bereich der hochgiftigen FCKWs (Fluorchlorkohlenwasserstoffe), als Ozonschichtkiller bestens bekannt, gab Flemming klein bei. Wurden zwar im heurigen Frühjahr vollhalogenierte Treibgase verboten, sind jedoch teilhalogenierte Mittel sowie explosive und brennbare Stoffe weiter erlaubt. Und die Kosmetikwirtschaft wirbt mit grünen Pickern für die gefährlichen Produkte. Nebenbei seien, meint Mackwitz, die Übergangsfristen von vier Jahren für ebenfalls FCKW-hältige Kunststoffschäumungen, Kühl-, Lösungs- und Reinigungsmittel „ein Wahnsinn. Wo man doch weiß, daß da jeder Tag zählt“.

Nicht weniger dringlich sind der Ausstieg aus der Chlorchemie und das Verbot hochgiftiger Substanzen. Doch das 1988 beschlossene Chemikaliengesetz vermag gegen den Wahnsinn nicht anzukommen. Abgeschrieben von EG und BRD-Vorlagen, bietet die Kreation aus dem Hause Flemming wenig Anlaß zu Optimismus. So wurden, vor Inkrafttreten des Gesetzes, durch eine Novelle sämtliche Mineralölprodukte von der Giftliste gestrichen. Die Intervention der Ölkonzerne ist verständlich, hätten sie doch beinahe alle Produkte mit dem Hinweis 'Achtung giftig' versehen müssen.

Kein Ausstieg aus der Chlorchemie

„Das Problem reicht“, meint Mackwitz, „in den Bereich der gesamten Chlorchemie. Es ist ja inzwischen eine umweltpolitische Sprechblase, dort aussteigen zu müssen. Das wissen alle, nur wie und wann und womit wird nicht gesagt. Mit dem Gesetz wird in keinem einzigen Bereich ein Aus- oder Umstieg ermöglicht.“ Und Monika Langthaler, Chemikerin und Spitzenkandidatin der Grünen, hält das Gesetz für „ganz einfach nicht vollziehbar, weil es zu kompliziert und umfangreich ist“.

Auch Kollege Franz Fischler von der Landwirtschafts- und Waldabteilung hat seine Schwierigkeiten mit dem Umweltschutz. In seinem im Juli erlassenen Pflanzenschutzgesetz bleiben viele der rund 440 hochgiftigen Stoffe unerwähnt, aus dem Verkehr gezogen werden vor allem jene, die es sowieso nie gegeben hat. Auch entpuppen sich flotte Begriffe wie „integrierter Pflanzenschutz“ oder „Minimierung der Aufwandsmengen“ bei näherer Betrachtung als riesiger Ökoschmerz: Pestizide sind per Definition entweder ökotoxisch oder sie taugen nicht. Da müsse man, meint Langthaler, eben grundsätzlich umdenken.

Ebenso bei der Definition überwachungsbedürftiger Sonderabfälle, die neu überarbeitet werden soll. So wurde bei der Erstellung der Ö-Norm 2101, die die

Marilies Flemming: „Ich näherte mich dem Industriemüll über den Hausmüll“



Die umweltpolitischen Leistungen der SPVP - Regierung in der vergangenen Legislaturperiode:

Zeichenerklärung: Fett gedruckt die Absichtserklärung
aus der Koalitionsvereinbarung von 1986.

BMW: Wirtschaftsministerium (Schüssel)

BMUJF: Umwelt, Jugend&family (Flemming)

BMLF: Land- und Forstwirtschaftsministerium (Fischler)

BMÖWV: Ministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (Streicher)

1. Luftreinhaltung:

a) „Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen und Durchführungsverordnung (Zeithorizont 1987)“; zuständig BMW.

Luftreinhaltegesetz im Jahre 1988 beschlossen, Durchführungsverordnung erlassen. Folgen: Altanlagenanierung bis 1995, Einbeziehung zusätzlicher Schadstoffe.

b) „Novelle zum Betriebsanlagenrecht der Gewerbeordnung analog zum LRG/K (Zeithorizont 1987)“; zuständig BMW.

Novelle Juni 1988 beschlossen; „Wirtschaftliche Zumutbarkeit“ als Sanierungsvoraussetzung durch „Verhältnismäßigkeit“ ersetzt. Gleichwertigkeit mit Regelungen im Dampfkesselbereich wurde nicht erreicht.

c) „Harmonisierung der bergrechtlichen anlagenbezogenen Bestimmungen mit der Gewerbeordnung“ (Zeithorizont 1987); zuständig BMW.

Novelle zum Berggesetz Juni 1990 beschlossen; Harmonisierung mit der Gewerbeordnung nur ansatzweise gegeben.

d) „Maßnahmen im Verkehrsbereich. LKW-Nachfahrverbote, Rußgrenzwerte, Katalysatoren“ (Zeithorizont 1987); zuständig BMÖWV.

Nachfahrverbote erfüllt, aber durchlöchert. Rußgrenzwerte für Diesel-PKW, aber nicht für LKW. Ab 1.10.1989 für alle Katalysatoren.

e) „Weitgehende Beschränkungen der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), schrittweises Verbot der Verwendung als Treibgas.“ Zuständig BMUJF.

Ab 1.3.1990 sind vollhalogenierte FCKWs als Treibgase verboten. Allerdings sind teilhalogenierte - und damit gefährliche sowie brennbare Treibgase - weiter erlaubt.

f) „Hausbrand: Qualitätsanforderungen für Brennstoffe (Schwefel, Asche) und Feuerungsanlagen (Typenprüfung)“; zuständig BMW.

Noch nicht erfüllt. Lediglich Absenkung des Schwefelgehalts im Heizöl.

g) „Weiterer Ausbau der Fernwärme aus der Kraft-Wärme-Kupplung betrieblicher Abwärme sowie Abfall- und Biomassenverbrennung.“ Zuständig BMW.

Verlängerung des Fernwärmeförderungsgesetzes erfolgt, empfindliche Einschränkung für große Versorgungsunternehmen.

„Über diese kurz- bzw. mittelfristig zu realisierenden Maßnahmen hinaus wird eine umfassende Zuständigkeit des Bundes zur Luftreinhaltung und auf dieser Grundlage ein umfassendes anlagenbezogenes Luftreinhaltegesetz angestrebt.“ Zuständig wäre BMW.

Kompetenzänderung 1988: Luftreinhaltegesetz wird Bundeskompetenz, die Zuständigkeit der Länder für Heizungsanlagen bleibt jedoch. Ein umfassendes anlagenbezogenes Luftreinhaltegesetz gibt es bis heute nicht.

2. Wasser:

„Fortführung der laufenden Sanierungsprogramme (Seenreinhaltung, Aktion saubere Flüsse), verbesserter Grundwasserschutz auch außerhalb von Wasserschutzgebieten.“ Zuständig BMLF.

Novelle zum Wasserrechtsgesetz.

3. Boden:

Es sind jedenfalls folgende Vorhaben zu verwirklichen:

a) „Chemikaliengesetz“. Zuständig BMUJF.

Chemikaliengesetz ab 1.2.1989 in Kraft. Eindeutiger Rückschritt. Mineralölprodukte auf Grund massiver Interventionen aus dem Giftgesetz ausgenommen.

b) „Pflanzenschutzmittelgesetz“; zuständig BMLF.

Im Juli 1990 beschlossen. Viele Stoffe unerwähnt.

c) „Über diese kurz- bzw. mittelfristig zu realisierenden Maßnahmen hinaus wird eine Zuständigkeit des Bundes für den Schutz des Bodens vor schädigenden Stoffen angestrebt.“

Passiert ist nix.

4. „Als Prinzipien, die in allen emissionsbezogenen umweltrelevanten Gesetzen für erhebliche Emissionen verankert werden, sollen gelten:

a) „Einzelbetriebliche Emittenten-Inventur als Voraussetzung für die Erstellung eines Emittenten-Katasters.“ Zuständig BMUJF.

Keinerlei Aktivitäten.

b) „Beibringung von Sicherheitsanalysen und Immissionsprognosen durch den Betrieb bei Antragstellung.“ Zuständig BMW, BMUJF.

Sicherheitsanalysen bei gefahrgeneigten Anlagen durch Novelle der Gewerbeordnung.

c) „Erweiterte Kontrollmöglichkeiten in Betrieben bezüglich der Einhaltung umweltrelevanter Vorschriften.“ Zuständig BMW, BMUJF.

Keinerlei Aktivitäten.

5. Abfallwirtschaft:

„Es sind jedenfalls folgende Vorhaben zu verwirklichen:

a) Abfallvermeidungsbestimmungen auf Basis der geltenden Verfassungsrechtslage.“ Zuständig BMUJF.

Abfallvermeidungsgesetzes-Entwurf von Flemming zur Begutachtung ausgeschickt und verschwunden.

b) „Sonderabfall

• Überarbeitung des Kataloges der überwachungsbedürftigen Sonderabfälle.“ Zuständig BMUJF.

Verordnung noch nicht erlassen.

• „Realisierung von mindestens einer Deponie für überwachungsbedürftige Sonderabfälle je Bundesland außer Wien. In Kooperation mit Bund und Ländern.“ Zuständig BMUJF.

Kein Erfolg wegen Widerstand der Bevölkerung.

• „Realisierung einer zweiten Verbrennungsanlage im Raum Linz in Kooperation von Bund und Land.“

Bemühungen der Stadt Linz um eine Hochtemperatur-Vergasungsanlage.

• „Erstellung verbindlicher Kriterien für Sonderabfallbehandlungsanlagen durch den Bund (Genehmigungsvoraussetzungen)“; zuständig BMUJF.

Deponierichtlinien des Umweltministeriums. Rechtlich aber nicht verbindlich.

• „Export, Import und Transit von überwachungsbedürftigen Sonderabfällen nur mit Bewilligung des Umweltministers.“ Zuständig BMUJF.

Novelle zum Sonderabfallgesetz 1988. Reichlich Genehmigungen erteilt.

• „Altlastensanierung“ (Finanzierungsmodelle ausarbeiten). Zuständig BMUJF. Altlastensanierungsgesetz 1989. Umkehr des Verursacherprinzips, lächerliche Abgaben für Industriemüll. Zu geringes Aufkommen für eine Sanierung, keine Förderungsrichtlinien.

„Über kurz- bzw. mittelfristig zu realisierende Maßnahmen hinaus wird eine Zuständigkeit des Bundes für die Abfallwirtschaft (Vermeidung, Trennung, Verwertung, Entsorgung) mit Ausnahme der Beseitigung von Hausmüll angestrebt.“

Kompetenzänderung 1988. Bundeskompetenz aber ausschließlich für gefährliche Abfälle. Hinsichtlich anderen Drecks nur insoweit, als ein Bedürfnis nach Erlassung einheitlicher Vorschriften vorhanden ist ...

„... und auf dieser Grundlage ein Abfallwirtschaftsgesetz angestrebt.“ Zuständig BMUJF.

Im Juni 1990 wird das Abfallwirtschaftsgesetz beschlossen. In etlichen Bereichen katastrophale Auswirkungen.

6. Lärm:

a) „Weitere Verringerung der Lärmbelästigung durch den Straßenverkehr.“ Zuständig BMÖWV.

Nachfahrverbot für LKW.

b) „Für Haushalts- und Gartengeräte sind in Übereinstimmung mit internationalen Normen Geräusch-Emissionswerte vorzuschreiben.“ Zuständig BMW.

Kaum Aktivitäten.

7. Nationalparks:

• „Der Bund unterstützt die Schaffung von Nationalparks und kleinere Naturschutzprojekte für die Erhaltung von Feucht-Biotopen.“ Zuständig BMUJF.

Einige Absichtserklärungen.



Fotos: Renate Fuchs

Eindeutig umweltschädigende legisltische Maßnahmen

hochgiftigen Substanzen benennen soll, beinahe ausschließlich von den BRD-Kollegen abgeschrieben und auch noch kräftig zusammengestrichen. In der Kommission, der die Definition des Giftmülls anheimfiel, herrschte fröhliches Treiben. Je nach der Industriezugehörigkeit strichen die jeweiligen Vertreter *ihre* Stoffe von der Giftliste. Nunmehr soll das Tagewerk der trauten Sitzungen reformiert werden. Das Ergebnis steht noch aus.

Ebensowenig vorhanden ist ein seriöses und umfassendes Konzept, das die Reduktion und Verwertbarkeit der jährlich anfallenden rund 30 Millionen Tonnen Müll festschreibt. Flemmings im Juni beschlossenes Abfallwirtschaftsgesetz vermag nur in kleinen Bereichen wirksame Gegenmaßnahmen zu schaffen, wichtige Formulierungen wurden in vier Jahren SPVP-Regierung eliminiert. Vom fehlenden Pfand auf Batterien bis hin zu nicht vorhandenen Bürger/innenbeteiligungsmodellen reicht die Liste der Versäumnisse. Auch die oft versprochene und noch öfter erwähnte Umweltverträglichkeitsprüfung wird das Gesetz nicht bringen. Die Abfallpolitik der Regierung besteht im wesentlichen aus Wenig-vermeiden, Fast-nichts-ver-

werten, Viel-verbrennen, Noch-mehr-deponieren, Exportieren und Verscharren oder schlicht Irgendwie-beseitigen. Und dies alles unter meist völlig unzureichenden ökologischen und volkswirtschaftlichen Bedingungen.

Es mangle, meint denn der Chemi-

ker Mackwitz, vor allem an umweltpolitischen Visionen. „Diese Regierung hat so weit die Nase im Dreck drinnen, daß sie noch nicht die Kraft hatte, sich aufzurichten und ein paar Öko-Meilensteine zu setzen, um zu zeigen, wohin es in Zukunft gehen soll.“ ■

ANZEIGE

KANN DENN PLASTIK SÜNDE SEIN?

PVC wird hergestellt aus einem krebserregenden Stoff. Und versehen mit fragwürdigen Inhaltsstoffen. Es verrottet nicht. Wenn es verbrennt, entstehen Dioxine, Furane und Salzsäure.

Und man kann es fast überall problemlos ersetzen.

PVC ist ökologisch unverträglich. Daher gehört dieses Produkt abgeschafft. Nicht zaghaft und teilweise, sondern ganz und gar.

Wir fordern das
PVC-VERBOT IN ÖSTERREICH!

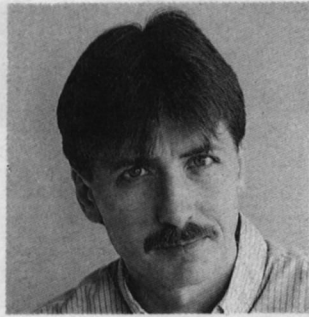
ÖSTERREICHISCHES
ÖKOLOGIE
INSTITUT

1070 Wien, Seidengasse 13.



Wissenschaft & Phantasie

Fordern Sie unsere neue Informationsbroschüre an. Um öS 65.- (exkl. Versand)
Spenden bitte auf Konto PSK 7544.545



Von Franz Schandl

DER BEHANDLUNGSBEDÜRFTIGE

Wer hätte vor zehn Jahren darauf getippt, daß der Bundeskanzler wie der SP-Parteivorsitzende Franz Vranitzky heißen würde. Heute ist es hingegen unvorstellbar, daß dies früher unvorstellbar war. So selbstverständlich ist es, so konkurrenzlos thront Franz am Ballhausplatz und in der Löwelstraße.

Die SPÖ ist arm. Vranitzky ist heute ihre einzige Attraktion. Daher fürchten sich die Funktionäre. Nicht vor ihm, aber ohne ihn. Vranz ist der neue Superstar, nur mit ihm kann die SPÖ Wahlen gewinnen. Er ist für seine Partei unbezahlbar, daher hat der Unterbezahlte sich auch seinen Pensionsvertrag mit der Länderbank ausgemacht. Ganz privat, denn das verträgt er besser und das verträgt sich besser.

Bruno Kreisky stand für die Niederösterreichisierung der SPÖ (was viele Linke heute vergessen), Fred Sinowatz betrieb die Burgenlandisierung. Da war Modernisierung anbefohlen. Da mußte ein Retter her. Der Androsch in Reserve war in der Länderbank zu finden.

Allen, die früher Androsch verhindern wollten,

zeigt der neue SPÖ-Vorsitzende, daß dies nicht gelingen konnte. Androsch ist inzwischen Parteivorsitzender geworden, wenn auch nicht als Person, so doch als Figur. Er heißt nur anders, sieht aber genauso gut aus. Nach der kalten, wenn auch sehr mühsamen Beseitigung des fieschen Hannes zückte die Geschichte eben den Vranz. Und alle sind zufrieden, sieht man von wenigen SP-Granden ab. Individueller Terror trägt nicht, das sei den Androsch-Gegnern von gestern (vielfach zu Vranitzky-Fans mutiert) ins Stammbuch geschrieben.

Vranitzky ist der erste

mediale Retortenkanzler der Republik. Bei ihm weiß man, daß herauskommt, was man hineinsteckt. Vranitzky erfüllt Erwartungen, ist frei von Überraschungen. Er ist formatiert, eine mediale Diskette des redaktionellen Politikverständnisses. Er ist artig, der Vranz. Anders als etwa Kreisky, der oft grantig die Journalisten belehrte und sie Dummköpfe nannte.

Vranz ist deshalb so beliebt, weil er so pflegeleicht ist. Ein Vranitzky setzt keine Akzente, weil er eben ein von außen gesetzter Akzent ist. Zwischen Regieren und Reagieren gibt es bei ihm keinen Unterschied. Er ist der erste SPÖ-Vorsitzende, der nicht mehr der SPÖ angehört.

Er verkörpert so auf seine Art den modernen Politiker, smart und ideologielos, ohne Ziele und Visionen. Auch wenn er nicht, wie Kreisky meinte, ein „in Pubs herumsitzender Playboy“ ist, hat diese Typisierung des Erscheinungsbildes doch etwas auf sich.

Vranz verwaltet das Jetzt. Er könnte überall dabei sein. Wie sagte doch einmal Alfred Maletta, der noch marxistende Pittermänner erlebte:

„Sein größter Fehler, er ist net ÖVP-Chef. Er ist blitzg'scheit, ja überhaupt kein Marxist.“

Es ist alles eins. Der mediale genormte und gestylte Politiker vertritt nicht mehr Parteien, sondern Firmen. SPÖ oder ÖVP, das ist wie Vita oder Rama, Pepsi oder Cola, Länderbank oder CA.

Es ist daher nur logisch, daß das linksliberale Kleinformat uns erst unlängst mitteilte, als was wir den Kanzler zu sehen haben, nämlich als „den idealen Vorstandsvorsitzenden der Firma Österreich“. Er sei eben der stahlhart-fröhliche Volksfreundmanager, lesen die Arbeiter in der Zeitung, die ihren Namen trägt.

Schon das Wort Handlungsbedarf sagt doch einiges. Handlungsbedarf bedeutet soviel wie Aktionsverlust. Handlungsbedarf meint, daß die Politik eigentlich nicht gestaltend, sondern bloß korrigierend eingreift. Maßnahmen werden immer im nachhinein gesetzt. Vranitzky ist ein von den Medien Getriebener. Nicht Analysen und Prinzipien zeitigen Handlungen, sondern irgendwelche Ereignisse, die in den letzten Jahren meistens als Skandale auftreten. Immer, wenn etwas (angeblich) schief läuft, greift der Kanzler zu dieser Formulierung. Die Medien und ihre Hintermänner wissen nun, daß geschieht, was zu geschehen hat.

Kein Kanzler war bisher so vom guten Willen der medialen Öffentlichkeit abhängig wie Franz Vranitzky, keiner war bisher so arm an Inhalten, so dürftig an programmatischen Überlegungen wie er. Von einer Qualität des Handelns und des Denkens, wie es die Plakate unterstellen, wissen nur die Werbemanager. Und die wissen, daß sie es nicht wissen, doch darauf kommt es ja nicht an.

Es war daher nicht nur witzig, als in nächtlichen Aktionen aus der Qualität die Qual wurde, sondern von einer geradezu brillanten Rich-

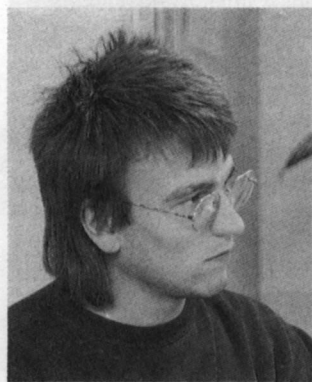
tigstellung. Da quält sich nämlich wirklich einer beim Handeln und beim Denken. Doch zu dem ist er ja gar nicht auf der Welt, das nehmen ihm schon andere ab. Vranz, der ist da zum Herzeigen, zum Parieren wie Parlieren.

Vranzens Gehorsam bedarf der Belohnung. Er ist beinahe sakrosankt. Außer „Schneller bittel!“ ist jede mediale Kritik verstummt. Doch Vranz weiß, man darf die Genossen nicht überfahren, sondern man muß sie verführen. Ideologische Versatzstücke zur Beruhigung der Basis waren schnell angelernt. Vranitzky verstand das ganz ausgezeichnet.

Selbst gegenüber den domestizierten Linken tritt Vranitzky schon wie Kreisky auf. Für die SP-Jungen gab es im letzten Parteirat Beton vom Ex-Linken Cap und Streicheleinheiten vom Kanzler. Die beste Voraussetzung, daß aus Cap wurde, was er ist, war seine gestrige Abweichung. Dieser Weg von links unten nach rechts oben steht - und das unterscheidet Vranitzky von verkorksten Funktionären - auch der nächsten Generation zu.

Das alles wird der SPÖ jedoch kaum schaden. Gar nicht so wenige Linke werden wieder Franz Vranitzky und seine Partei wählen. Vor allem wegen dem kleineren Übel und wegen größerer Subventionen, versteht sich. Und trotz grüner Alternativen.

Vranitzky ist einer der wenigen, an dem Affären immer wieder abrutschen, sei es der importierte Teppich oder die bescheidene Pension, sei es der Noricum-Skandal, wo die angeklagten Manager wie aufgezogen behaupten, daß von Blecha bis Lacina alle wußten, was Vranitzky nie wußte. Das stinkt zum Himmel, doch der Vranz ist immun, er übersteht alles mit geringfügigen Schrammen. Er ist eben ein folgsamer Junge. Er wird noch lange Kanzler sein.



Von Christof Parnreiter

WAS TÄTEN WIR OHNE BUNDESHEER?

oder: Es herrscht Krieg mit den Romans und Olgas.

Zwei Plakataktionen kämpften in den letzten Wochen um die Sympathie der Österreicher und Österreicherinnen. Bundesweit warb das Verteidigungsministerium für den Krieg, nur in Wien der Bürgermeister für AusländerInnenintegration.

Beides sind von Herrn und Frau Österreicher ungeliebte Themen. Von Krieg, so wie er früher mal war, will sowieso niemand mehr was wissen, und mit der propagierten Abschreckung - „Österreichischer Igel gegen russischen Bären“ - können Militärs sich heute nur mehr lächerlich machen. Fazit: Das Bundesheer sank im öffentlichen Ansehen ähnlich tief wie die gedemütigte Fußballnationalmannschaft. Der ewig beschworene Feind im Osten hat sich als Block aufgelöst - und ist zerfallen in Millionen und Abermillionen Einzelfeinde. Was viel schlimmer ist, denn der abstrakte Russ', bis an die Zähne bewaffnet, wartend, das kleine Österreich zu überfallen, war ja weit weg, während der

konkrete Pole oder gar Rumäne, der, ausgestattet mit Waren aller Art und dem Wunsch, Westgeld zu verdienen, sich ab der Jahreswende in Österreich tummelte. Und da eine wohl satte Vierfünftelmehrheit dachte wie Jörg Haider - es seien „nicht die Besten“, die da kämen - oder wie Helmut Kukacka - „Kriminaltouristen“ - oder wie Franz Vranitzky - „wir brauchen keine Salamiverkäufer“ -, entschloß sich Helmuth Zilk, im roten Wien darauf hinzuweisen, daß die assimilierten Buseks, Marizzis oder Zilks nicht nur als Politiker hochangesehen, sondern vor allem als Säuglingsschwestern, Eisverkäufer oder Zeitungskolporteuere ganz gut verwertbar seien. Daß die türkische Serap, Kloputzerin, oder der jugoslawische Branko, Bauhilfsarbeiter, in der Imagekampagne nicht berücksichtigt wurden, darf

Zilk nicht extra vorgeworfen werden, entspricht es doch österreichischem Konsens, daß, wenn schon Ausländer, dann wenigstens die aus dem Osten und nicht aus dem Süden. Die sind in der Hierarchie der Ungewollten ganz unten, die Letzten.

Seit Anfang September ist entschieden, welche Plakataktion die erfolgreichere war: Das Bundesheer sichert die Ostgrenze, um zu verhindern, daß polnische oder rumänische StaatsbürgerInnen illegal einreisen. Das ist zwar nicht ganz der platierte Krieg, aber immerhin.

Wahltaktische Überlegungen haben bei der Entscheidung des Innenministers, das Bundesheer zu einer „Assistenzleistung“ heranzuziehen, sicher eine Rolle gespielt. Seit Monaten werden die Angst vor und der Haß auf jene, die versuchen, in Österreich ihrer tristen Lebenssituation zu entkommen, geschürt. Profitiert hat davon vor allem die FPÖ,

die in diesem Klima Apartheid in den Schulen - Unterrichtstrennung für in- und ausländische Kinder - fordern kann, und, das ist gewiß, dafür am 7. Oktober belohnt werden wird.

Mit dem Einsatz des Bundesheeres an der Grenze hat die Große Koalition, vor allem aber die SPÖ, bewiesen, daß auch sie 'Kompetenz' in der Ausländerfrage habe. Den Testballon hatte Peter Marizzi, SPÖ-Zentralsekretär, mit dem berühmten „das Boot ist voll“ gestartet - niemals zuvor und wohl auch niemals danach hatte er solche Popularitätswerte.

Zweitens ist die Sicherung der Ostgrenze eine einmalige Chance für das Bundesheer. Die patrouillierenden Soldaten, ausgestattet mit 30 Patronen für den scharfen Schuß, erwecken den Eindruck, Sicherheit zu schaffen. Was Werbekampagnen nicht zustande brachten, ist somit vollbracht: Zwei Drittel der ÖsterreicherInnen begrüßen die Aktion des Bundesheeres. Armeekommandant Philipp kann sich denn auch freuen, daß das Bundesheer sich momentan wieder größerer Beliebtheit erfreut. Zwar ist es sicher noch zu früh, aus dem kurzfristig gesteigerten Ansehen eine Trendwende abzulesen zu wollen, zwar ist es richtig, daß die an der Grenze diensttunenden Soldaten dies ohne rassistischen und militaristischen Eifer tun (woran der kalte, nasse Boden, auf dem sie schlafen müssen, sicher mitschuld sind), Tatsache aber ist, daß die Debatte über die Aufrechterhaltung oder Abschaffung des Bundesheeres künftig an Hand des militärischen Einsatzes gegen Flüchtlinge diskutiert werden wird. Für die antimilitaristische Bewegung, die bereits 60.000 Unterschriften für die Abschaffung gesammelt hat, wird es von entscheidender Bedeutung sein, die Bunker- und Mauerstimmung innerhalb der Bevölkerung abzubauen.

Denn wenn es stimmt, daß die Situation im ehemaligen Ostblock in Zukunft noch schlechter wird - und es spricht alles für diese Annahme -, dann könnte es leicht sein, daß

aus dem vorläufig auf zehn Wochen begrenzten Einsatz des Heeres an der Grenze ein dauerhafter Zustand wird. „Abschreckung“ sagen Militärs dazu - denn es wird sich in fernen Ländern herumsprechen, daß an der österreichischen Grenze Soldaten marschieren, die im Falle der sogenannten „Notwehr“ oder „Nothilfe“ schießen dürfen. Wilhelm Kuntner, ehemaliger Kommandant der Landesverteidigungsakademie und graue Eminenz der heimischen Wehrpolitik, sprach offen aus, daß unser zusammengegrauter Reichtum einer militärischen Verteidigung bedarf. Denn was wäre, fragt er, „wenn die Menschenmassen aus der 'Dritten Welt' kommen und sich holen wollen, was ihnen die Kolonialmächte genommen haben?“

Nun entspricht dieses Szenario keineswegs der Wirklichkeit. Zu gut funktioniert das Einsperren der Armen in ihren Ländern, zu gut funktionieren militärische und paramilitärische Unterdrückung, zu hoch sind ökonomische und administrative Hürden, zu sehr sind antiimperialistische Bewegungen in der Defensive, um den Marsch der Verelendeten auf die reichen Zentren als denkbar anzunehmen.

Zwar werden immer wieder Einzelne versuchen, den 'goldenen Westen' oder 'Norden' zu erreichen und die dichtgemachten Grenzen zu durchdringen; auch die liberalste Flüchtlingspolitik vorausgesetzt, wird die Welt durch diese Wanderungen nicht gerechter werden.

Frei bewegen dürfen sich im Weltmaßstabe nur Kapitalien und Waren, eine Liberalität, die auch Ressourcentransfer von den Peripherien in die Zentren genannt werden kann - dem einen Riegel vorzuschieben, diese Grenzen dichtzumachen, wäre wünschenswert. Doch die österreichische Regierung hat durch ihren Wunsch, an der EG, der menschenaussperrenden Festung und dem kapitalbefördernden Markt, teilzuhaben, bewiesen, daß sie an der postkolonialen Ausbeutung festhalten will.



Fotos: Bildarchiv des ÖGB

Sozialpartner Verzetnitsch (links) und Sallinger: Uns gehört Österreich

■ Sommer 1990: Alois Rechberger ist der unumstrittene Negativ-Star der Republik. Doch anders als bei anderen 'Skandalen' beließen es die heimische Medienlandschaft und in ihrem Gefolge Politiker verschiedener Coleurs diesmal nicht bei der Demontage des Repräsentanten, diesmal wurde das System oder zumindest das, was darunter verstanden wird, attackiert.

Mit der Verteufelung Rechbergers gerieten die Arbeiterkammern in Mißkredit, mit den Arbeiterkammern wurde der Kammerstaat Österreich mißbilligt, mit der Kritik am Kammerstaat schien es plötzlich, als stünde die Sozialpartnerschaft zur Diskussion.

So konnte Johann Fahrleitner, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, im August gar anregen, auf die Festsetzung der Warenpreise durch die Paritätische Kommission zu verzichten. „Es ist fraglich“, so Fahrleitner, „ob wir diese Prozedur heute noch brauchen“.

„Ein Kapitel österreichischer Nachkriegsgeschichte endet“, freute sich der „Standard“ etwas zu früh. Denn mittlerweile ist Fahrleitners Vorschlag weg vom Tisch, doch allein die Tatsache, daß der Demontage der wichtigsten Säule

Arbeiterkammerdiskussion: **UMERZIEHUNG DER VIERERBANDE?**

Von Christof Parnreiter

Aus dem Rechberger-Skandal wurde eine Diskussion um die Arbeiterkammern im speziellen, um den österreichischen Kammerstaat im allgemeinen. Kommt das Ende der Sozialpartnerschaft?

le der Sozialpartnerschaft, der Paritätischen Kommission, das Wort geredet werden konnte, ist für österreichische Verhältnisse eine kleine Sensation. Wird die 'Viererbande', die Präsidenten des ÖGB und der Arbeiterkammern auf der einen, der Landwirtschafts- und der Bundeswirtschaftskammer auf der anderen Seite, entmacht?

Die Einrichtung der „Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen“ im Jahre 1957 war Höhepunkt und Er-

gebnis der seit der Ersten Republik mehr oder weniger intensiv und erfolgreich gesteuerten Politik des „Gleichgewichts der Klassenkräfte“ (Otto Bauer). Doch während in der Ersten Republik der Versuch, Klassenharmonie statt Klassenkampf zu praktizieren, im Bürgerkrieg endete und die Eliminierung der Arbeiterbewegung durch Austro- und Nazifaschismus zur Folge hatte, zeitigte die Harmonisierungsstrategie seit 1945 große Erfolge.

Verantwortlich dafür waren vor allem Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratie, die statt Umverteilung die „Gesundung der Wirtschaft“ propagierten: „Da tritt vor allem in der Jetztzeit in den Vordergrund das Bestreben nach Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, nach der Steigerung der Produktion und der Produktivität“, wie es der damalige ÖGB-Präsident Böhm formulierte.

Noch einmal, im Oktober 1950, wehrte sich die Arbeiterschaft gegen den historischen Kompromiß, den ihre eigenen Vertreter mit dem ehemaligen Klassenfeind, nun Sozialpartner genannt, geschlossen hatten. Als bekannt wurde, daß das vierte Lohn- und Preisabkommen eine überproportionale Teuerungswelle vorsah, traten zehntausende ArbeiterInnen und Angestellte in den Ausstand. Doch massive Gegenaktionen seitens der Regierung und des Gewerkschaftsbundes - vor allem die Bau- und Holzarbeiter unter Franz Olah taten sich bei der Niederschlagung des Streiks hervor - und „die konzentrierte Hetze in der Presse, die Lügen im Radio, Einschüchterungen durch die Polizei und die Drohung mit der US-Besatzungsmacht sowie die Einschüchterung durch die Direktion“ (der damalige VÖEST-Arbeiterbetriebsrat Kührer) ließen den Streik nach wenigen Tagen zusammenbrechen.

Seit dieser Niederlage, urteilt der Wiener Politologe Emmerich Talos, „sind Alternativen zum korporatistischen System völlig marginalisiert. Die Niederschlagung des Streiks war eine wesentliche Voraussetzung zur sozialpartnerschaftlichen Integration der Gewerkschaften“. Damit war der Weg endgültig frei für jenes österreichische Wunder, das Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung auf der einen, steigenden Wohlstand und Vollbeschäftigung auf der anderen Seite vereinte. Wirtschaftspolitik wurde in Österreich seit den 60er Jahren am grünen, paritätisch besetzten Tisch gemacht.

Die Folgen des Skandals

Kritik an dieser ständestaatlichen und damit undemokratischen Organisationsweise der Gesellschaft stieß jahrzehntelang auf taube Ohren. Erst mit dem 'Rechberger-Skandal' war plötzlich Gebot der Stunde, was linke GewerkschafterInnen schon lange forderten - eine Reform der Arbeiterkammer hin zu mehr Transparenz und Demokratie. Obzwar - die SPÖ versuchte noch, mit Vorschlägen wie Rechnungshofkontrolle für die Kammern und Begrenzung der Höchstgehälter auf „zwischen 103.000 und 134.000 Schilling brutto“ (!!) die

Diskussion zu entschärfen, doch ohne Erfolg. „profil“ präsentierte eine Umfrage, derzufolge nur noch 14% der ÖsterreicherInnen „für die Beibehaltung der Kammern mit Pflichtmitgliedschaft“ votierten, hingegen zwei Drittel für die Beibehaltung der Kammern mit freiwilliger Mitgliedschaft eintraten. Die Frage der gesetzlichen, oder wie gerne gesagt wurde, der Pflichtmitgliedschaft wurde zum Dreh- und Angelpunkt der Diskussion. Während ÖVP-Obmann Riegler noch lazierend eine Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft unter den Kammermitgliedern forderte, machte die FPÖ diese Frage zu einem zentralen Wahlkampfthema. Gleich dreimal fordern die Freiheitlichen in ihren „blauen Markierungen“, die rund 60 Zeilen umfassen, „Schluß mit dem Kammerzwang!“, denn der sei „einer Demokratie unwürdig“ (Heide Schmidt). Auch die Grünen lehnen die Pflichtmitgliedschaft ab. Mit einem Verweis auf die Menschenrechtskonvention, derzufolge niemand gezwungen werden darf, einer Vereinigung anzugehören, meint Johannes Voggenhuber: „Die Pflichtmitgliedschaft ist menschenrechtswidrig!“

Arbeiterkammer demokratisieren!

Anders als die grüne Partei sehen es jedoch die ihr nahestehenden GewerkschafterInnen der „Gewerkschaftlichen Einheit“ (GE). Zwar ist in der GE die Frage der Pflichtmitgliedschaft noch nicht ausdiskutiert, Bundessekretär Öllinger, selbst einer der fünf GE-Arbeiterkammerräte, deutet aber ein bedingtes „Ja“ an. „Entweder es kommt in der nächsten Legislaturperiode zu einschneidenden Demokratisierungsschritten, oder wir geben unsere Unterstützung für die gesetzliche Mitgliedschaft auf“, stellt Öllinger ein Ultimatum. Prüfsteine der Demokratisierung sind für ihn vor allem das passive Kammerwahlrecht für AusländerInnen und eine Aufwertung der Vollversammlung der Kammerräte. Denn diese sei derzeit „völlig bedeutungslos“. Allein der Präsident sei mit Unterstützung der sozialistischen Mehrheitsfraktion befugt, alle wichtigen Entscheidungen - etwa die Budgeterstellung oder die Entsendung von Arbeiterkammerern in diverse sozialpartnerschaftliche Gremien - zu treffen. „Die Vollversammlung muß arbeitsfähig werden und es muß Minderheitenrechte geben“, fordert Öllinger, denn „derzeit kann ein normaler AK-Rat wie ich überhaupt nichts kontrollieren“.

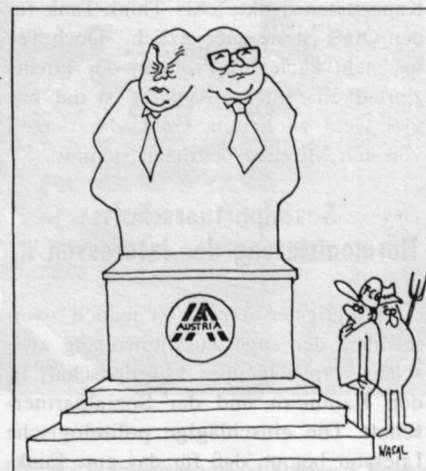
Forderungen, die sich mit denen des kommunistischen „Gewerkschaftlichen Linksblocks“ (GLB), mit vier Räten

ebenfalls Minderheitenfraktion in der AK, decken, der im Gegensatz zur GE jedoch ohne „Wenn und Aber“ für die Pflichtmitgliedschaft eintritt.

Emmerich Talos, den vor Ausbruch der Debatte um die gesetzliche Mitgliedschaft diese „nicht unbedingt“ gestört hatte, meint nun, daß die AK, „aber analog dazu natürlich auch die Handelskammern“, sich der Frage stellen muß. „Es ist unumgänglich geworden, daß die Mitglieder darüber entscheiden“, meint Talos. Allerdings ist für Talos nicht die Pflichtmitgliedschaft, sondern die Demokratisierung die Überlebensfrage der AK: „Solange es überhaupt keine Rückkopplungen zwischen Basis und Spitze gibt, solange die Kluft zwischen Vertretern und Vertretenen unüberbrückbar ist, solange bleibt die Diskussion substanzlos.“

Der Streit um die Pflichtmitgliedschaft

Die Diskussion um die Pflichtmitgliedschaft kann unter drei Gesichtspunkten gesehen werden. Da sind zu-



Modell Österreich - wie lange noch?

nächst jene demokratiepolitischen Aspekte, die dem Grünen Voggenhuber besonders am Herzen liegen. Die Grünen hätten in diesem Punkt zwar dieselbe Forderung wie die FPÖ, ihnen gehe es aber im Gegensatz zu Haider um Willensbildung durch Bürgerbeteiligung statt durch Verbände, sagt der Spitzenkandidat. „Nur im Ständestaat sind berufliche Vertretungen wie die Kammern zugleich staatliche Vertretungen“, argumentiert Voggenhuber, und: „Unser Ziel ist die Beendigung des Ständestaates“, ein Ziel, das über die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft erreicht werden soll. Öllingers Einwand, daß eine Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft „einer Aufhebung der Arbeiterkammer“ gleichkäme, wehrt Voggenhuber ab: „Erbittert“ würden sich die Grünen dagegen wehren, die derzeitige Diskussion auf

Quelle: Volksblatt, 24.2.1982

die AK zu beschränken: „Hinter dieser Verkürzung steht der leicht zu demaskierende Wunsch von ÖVP und FPÖ, eine Arbeitnehmerorganisation zu zerschlagen.“

Womit wir beim zweiten Aspekt im Streit um verpflichtende oder freiwillige Mitgliedschaft wären. Während Gewerkschaftsfractionen wie GE oder GLB, aber auch die SPÖ die Interessenvertretungsfunktionen der in der Ersten Republik - als Gegengewicht zur bereits 1848 ins Leben gerufenen Handelskammer - geschaffenen Arbeiterkammer betonen und diese Bedeutung durch eine Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft gefährdet sehen, meint etwa Emmerich Talos, daß „Interessenvertretungen ohnehin nur so stark sein können, wie sie von ihren Mitgliedern unterstützt werden“. Der Politologe vermutet, daß auch beim Prinzip der Freiwilligkeit die AK neben dem ÖGB bestehen könnte, es müsse nur eine bessere Arbeitsteilung zwischen den beiden geschaffen werden. Die AK könne nämlich „irrsinnig wichtige“ (Talos) Funktionen erfüllen, wobei er vor allem an ihre wissenschaftlichen Kapazitäten denkt: „Als Think-Tank für den ÖGB ist sie unersetzlich.“ Doch Talos sieht auch das Problem der Finanzierbarkeit - dieser Apparat ist nur mit viel Geld zu halten. Geld, das derzeit von den Mitgliedsbeiträgen stammt.

Sozialpartnerschaft: Harmonisierung der Interessen ...

Wichtigster Aspekt ist jedoch zweifelsohne der enge Zusammenhang zwischen verpflichtender Mitgliedschaft in den Kammern und der Sozialpartnerschaft. Die einschlägige politologische Literatur betont, daß für das gute Funktionieren des Korporativismus sowohl ein hoher Konzentrationsgrad als auch Zentralisationsgrad der Interessensorganisationen notwendig sei. Der wiederum beruht einerseits auf dem Monopolcharakter des ÖGB - als Einheitsgewerkschaft muß er sich nicht mit rivalisierenden Verbänden auseinandersetzen -, andererseits eben auf der strittigen Pflichtmitgliedschaft in den Kammern. Denn durch sie ist im Grunde, zumindest auf dem Papier, jedeR im Wirtschaftsleben stehende ÖsterreicherIn, ob UnternehmerIn oder ArbeiterIn, ob AngestellteR oder Bauer/Bäuerin, durch einen der drei Kammerpräsidenten in den Verhandlungen der Sozialpartner vertreten. Dieser hohe Organisationsgrad verleiht der 'Viererbande' - in ihrer Interpretation - nicht nur das Recht, die Geschicke dieses Landes zu lenken, er ermöglicht auch eine Harmonisierung der Interessen bereits vor Beginn der Auseinanderset-

zung. Es verwundert deshalb keineswegs, daß sich sowohl der scheidende Präsident der Bundeswirtschaftskammer, Rudolf Sallinger - „die Wirtschaft muß mit einer Stimme reden“ - als auch Arbeiterkammerpräsident Vogler - „die Pflichtmitgliedschaft setzt die Arbeiterkammer in die Lage, einen internen Interessenausgleich durchzuführen“ - für den Status quo aussprechen. In der Tat birgt das System der verbindlichen Zugehörigkeit *theoretisch* auch Momente der Solidarität - auf Unternehmerseite sind die Klein- und Mittelbetriebe in eine Institution eingebunden, die - zumindest de jure - ihre Anliegen mit denen der Großindustrie abstimmen muß, auf ArbeiterInnenseite nehmen - wiederum de jure - gut organisierte Branchen schwache unter ihre Fittiche.

... und Entpolitisierung

Umgekehrt aber ist „das System der Pflichtmitgliedschaft für den Entpolitisierungsprozeß in Österreich verantwortlich“, kritisiert Emmerich Talos, denn „durch diese Organisationsform wird eine bestimmte Politik determiniert. Die Arbeitnehmervertreter sind am Verhandlungstisch fix dabei, und zwar per Definition und nicht qua ihrer wirklichen Stärke. Daraus ergibt sich, daß die Basis, die Betroffenen völlig unwichtig werden - es besteht kein Anlaß mehr, sie zu mobilisieren oder einzubeziehen“. Klassenkonflikte werden in Österreich am grünen Tisch ausgeredet, oder, auf Wienerisch, ausgemauschelt - die in einer „Art vertraulicher Feindschaft“ (Kurt Tucholsky) ausgehandelten Kompromisse haben unumstößliche Gültigkeit für die per Pflichtmitgliedschaft an ihre Spitzen gebundene Basis.

Diese vollständige Eliminierung der Betroffenen aus der Auseinandersetzung führte konsequenterweise zum „Eindruck der Schicksalhafterkeit und Naturbedingtheit der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen“, wie Robert Menasse in seinem Buch „Die sozialpartnerschaftliche Ästhetik“ den Prozeß der Entmündigung beschreibt. Das Wissen um die Existenz gesellschaftlicher Konflikte schwinde, „die schließliche Aufhebung der gesellschaftlichen Antagonismen in einer harmoniestiftenden Konstruktion, die aber die Konflikursache Privateigentum an Kapital nicht aufhebt, ist die konkrete bürgerliche Gegenutopie zur 'klassenlosen Gesellschaft'“ (Menasse).

Da es der Sozialpartnerschaft gelungen sei, „die Forderung nach Umverteilung beinahe gänzlich aus dem gesell-

schaftlichen Bewußtsein auszublenden“, erscheinen die Kosten des Klassenkonsenses nicht einmal mehr als Konfliktstoff. Die Fügung der Arbeiterbewegung in das kapitalistisch-industrielle System, die Absage an jeden Internationalismus, die Akzeptanz und Stabilisierung der Diskriminierung der Frauen, das 'Vergessen' jener, die aus verschiedenen Gründen nicht am Wirtschaftsleben teilhaben, ständige Umverteilung von unten nach oben, all das wurde kritiklos hingenommen.

Sozialpartnerschaft in der Krise?

Ein Angriff auf die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern sei, so stellen deren Präsidenten unisono fest, ein Angriff auf die Sozialpartnerschaft selbst. Sind das leere Drohgebärden, um den eigenen Machtapparat möglichst unbeschadet aus der Diskussion zu retten, oder stehen wir tatsächlich am Anfang vom Ende des korporatistischen Systems? Ähnliche, wenn auch weniger als in Österreich ausgeprägte Modelle der Klassenkooperation in der BRD und in Schweden können mittlerweile als gescheitert angesehen werden.

Neben der vielzitierten österreichischen Mentalität - der Widerspruch zwischen Herr und Knecht wird nicht auf-, sondern ausgeschaukelt - hat das reibungslose Funktionieren des Korporativismus verschiedene Gründe.

Die Einheit, der soziale Konsens, der nach 1945 gesucht wurde, war sowohl für den Wiederaufbau als auch für die Wiedererlangung der Nationalstaatlichkeit ideologische Notwendigkeit. Zugespielt formuliert, wurde die neue Schein-Einheit Österreichs durch das gemeinsame 'KZ-Erlebnis' von Heimwehlern und Sozis gestiftet.

Zu dieser andauernden ideologischen Eintracht war mit der Vorherrschaft von Klein- und Mittelbetrieben bei gleichzeitiger Verstaatlichung der Großindustrie eine Wirtschaftsstruktur gegeben, die die Kampfstärke der Unternehmer für den „Klassenkampf von oben“ (Bruno Kreisky) schwächte. Hier zeigen sich jedoch erste Brüche: die immer größer werdende Internationalisierung der Wirtschaft, die wachsende Dominanz von vor allem BRD-Kapital in Österreich reduziert den Spielraum nationalstaatlicher Wirtschaftspolitik. BRD- oder US-Konzerne aber haben weder für einen über Patriotismus vermittelten Kompromiß noch für ständische, manchmal fast zünftische Reglementierung etwas übrig. Dem anbrechenden Zeitalter der offenen Märkte und völliger Deregulierung können Institutionen wie die Paritätische

Lohn- und Preiskommission nur hinderlich sein. Wenn die Arbeiterkammer auch betont, diese wäre mit EG-Recht durchaus konform, so zeigt die Realität, daß im Zuge der 'freiwilligen' Anpassung an Westeuropa dereguliert wird: vor allem in wettbewerbsintensiven Branchen werden immer weniger Waren preisgeregelt.

Schon seit einigen Jahren trifft die sozialpartnerschaftliche Faustregel - durch Wirtschaftswachstum zur Vollbeschäftigung - nicht mehr zu. Deutlich sinkende Wachstumsraten haben zum Abrücken von der Prämisse Vollbeschäftigung - in den 70er Jahren keineswegs eine Marotte Kreiskys, sondern „allgemein anerkannt“ (der Politologe Wolfgang C. Müller) - geführt.

Eine weitere Voraussetzung für die Konfliktlösung am grünen Tisch - das ausgeprägte Lagerdenken mit großer Loyalität der eigenen Führerschaft gegenüber - wird durch den tiefgreifenden Strukturwandel der Gesellschaft abgeschwächt. Traditionelle Berufsbilder werden ersetzt durch neue - aus dem klar zuordenbaren Arbeiter im blauen Overall wird der abstrakte 'white-collar'. Diese Umschichtung macht die klare Segmentierung der Gesellschaft - hier 'Rot', da 'Schwarz' - brüchig; 'Blau' und 'Grün' ergeben zumindest wahlarithmetisch bereits 30%. Die Zahl derer, die aus dem Rahmen sozialpartnerschaftlichen Wirkens fallen, wächst: Nach 'oben' entschwindet die 'neue' Mittelschicht, die gut genug gestellt ist, um die AK oder den ÖGB noch zu benötigen, ja die von einer Deregulierung am Lohnsektor profitieren würde, nach 'unten' verschwindet der wachsende Prozentsatz an Arbeitslosen, Teilzeitbeschäftigten, PensionistInnen.

Die soziale Umstrukturierung wird begleitet von einem Wertewandel - 'neuen' Themen wie Ökologie oder Mündigkeit der BürgerInnen ist die Sozialpartnerschaft nicht gewachsen. Das erste sozialpartnerschaftlich abgesegnete Projekt, das am Widerstand der Bevölkerung scheiterte, war die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf. In den Auseinandersetzungen um den Kraftwerksbau in der Hainburger Au spielten sowohl ökologische als auch demokratiepolitische Aspekte eine Rolle - und wieder scheiterten die Sozialpartner.

Gewerkschaften: Stur fürs Wirtschaftswachstum

Von den Rahmenbedingungen der Sozialpartnerschaft blieb lediglich die Ausrichtung der Gewerkschaften und der SPÖ am staatstragenden Konsens unver-



Streik 1950: Der Widerstand wurde gebrochen



Winter 1984: Demonstration gegen ...

... und für das Sozialpartnerprojekt Kraftwerk Hainburg



ändert. Sie sind Gefangene ihrer eigenen Ideologie: Der Kuchen und mit ihm die für die Arbeiterschaft und die Angestellten abfallenden Stücke werden kleiner, doch statt dagegen anzukämpfen, beharrt der ÖGB auf der „Gesundung der Wirtschaft“. Ob eine konfliktorientiertere Gewerkschaft mehr für ihre Mitglieder herausholen könnte, ist Spekulation. Josef Cap hat sicher nicht ganz unrecht, wenn er Robert Menasse in einem Streitgespräch in der „AZ“ vorhält: „Den ehrlichen Interessenskonflikt, jetzt im Sinne des Sportiven, den gibt es halt nicht. Was es gibt, ist die unsoziale Konfliktpolitik, wie sie uns Frau Thatcher vorexerziert - aber auf die kann ich verzichten.“ Dem warnenden Beispiel der britischen Bergarbeiter, die unter ihrem kämpferischen Führer Scargill den Kampf gegen die Regierung Thatcher verloren hatten und anschließend politisch vernichtet wurden, steht jedoch eine demokratiepolitische Überlegung gegenüber. Nur wenn es gelingt, die lähmende Entpolitisierung abzuschütteln, nur wenn es den Arbeitenden gelingt, Konflikte und in ihnen ihre eigenen Interessen zu erkennen, können

sie ihre Wehrlosigkeit überwinden. Anzeichen jedoch, daß die Arbeitnehmerseite aus der Viererbande ausbrechen könnte, gibt es nicht. Grüne - „Ich hoffe, daß wir ArbeitnehmerInnen gewinnen, die es riskieren wollen, an mehr Demokratie teilzunehmen“ (Voggenhuber) - und KommunistInnen - „Der ÖGB sollte sich aus der Sozialpartnerschaft rauslösen, damit er seine ursprünglichen Aufgaben wahrnehmen kann“ (GLB-Sekretär Schlechter) - steuern zwar eine solche Politik, die Kräfte der Beharrung aber überwiegen. „In Wahrheit wollen alle am korporativen System festhalten“, vermutet Emmerich Talos, „es geht nur darum, es neu zu strukturieren.“

Das gelte sogar für Haider's FPÖ, deren permanente Angriffe auf die Sozialpartner leicht erklärbar sind: 'Blau' kommt in der rot-schwarzen Regulierung des Landes nicht vor, deshalb fordern die Freiheitlichen jetzt auch 'ihren' Teil. Und die Unternehmerseite, so Talos weiter, sei keinesfalls am Ausscheiden interessiert. „Diese Bestrebungen waren unter der SP-Alleinregierung stärker. Heute sehe ich keinen Grund, der sie dazu veranlassen könnte.“

Einseitige Deregulierung

Die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft würde also weniger - wie die „Wochenpresse“ prophezeit - „das politische System Österreichs aus den Angeln heben“ als eine Verschiebung des angeblichen Gleichgewichts zuungunsten der Werktätigen bewirken. „Es geht um die Schwächung der Sozialpartnerschaft“, erläutert Hansjörg Schlechter, Bundessekretär des GLB, allerdings nur einseitig: „Geschwächt wird nur die Gewerkschaftsseite, die (bei Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft) mit weniger Gewicht Interessen der Lohnabhängigen einbringen kann.“ Auch Emmerich Talos ortet keineswegs das Ende der 'Viererbande'. Die Kosten der Deregulierung, seien es Massenentlassungen und eine unsoziale Pensionsreform, seien es Verschärfungen bei Arbeitslosenbestimmungen oder beim Studium, müssen gesellschaftlich durchgesetzt werden. Und welches Instrument würde sich besser dazu eignen als die von oben nach unten funktionierende Sozialpartnerschaft, zu der immer noch zwei Drittel der ÖsterreicherInnen stehen? ■

ANZEIGE

Nr. 10

DI E NEUE LETTRE *

„Es gilt alle Kräfte anzuspannen, um sofort Massenterror auszuüben, Hunderte von Prostituierten, die die Soldaten betrunken machen, ehemalige Offiziere und dergl. zu erschießen und abzutransportieren ... seien Sie mustergültig erbarmungslos“. (9.8.1918)

Wenedikt Jerofejew's persönliche „Kleine Leniniade“ aus den Gesammelten Werken Lenins

F.C. Delius, Robert Darnton über deutsch-deutsches „Erbe“ · Wenedikt Jerofejew, Lew Samoilow, Friedrich Gorenstein über Lenin, Lager und Scheitern einer Revolution · Isabel Hilton über Stroessner und Paraguay · Martin Kurbjuhn über den Administrator des Terrors Eichmann · Nicolas Sombart über Carl Schmitt und die Ent-Scheidung · Jean-Francois Lyotard, Maurice Blanchot über Europa und die Juden · Patrick McGrath, Nuccia Porto, William Styron, Maria Kodama, Eda Kriseova über Wahn u. Psychiatrie · u. a.



Titelbild und Illustrationen: Rebecca Horn

Lettre
INTERNATIONAL

* Lettre in Trafiken, im Buchhandel und direkt ab Verlag zu beziehen.

Ein Abonnement kostet DM 48,- für 4 Ausgaben
Ein Einzelheft kostet DM 13,- (bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis - bis Frühjahr '90 - an.

Lettre International · Dominicusstr. 3
D-1000 Berlin 62 · Tel. 0049/30/788 1689



Von Wolfgang Beyer

„Hurra, Frau Lemming, wir gehen mit Ihnen!“, brüllen alle Wähler. Und morgen, liebe Kinder, erzähl ich euch ein anderes Märchen.

ALOIS MOIK, Minister für plumpe Vertraulichkeit:

Devot lächelnd steht er bei Staatsbesuchen neben dem hohen Gast, am Rande des großen Blitzlichtgewitters; servil neigt er sich, untermalt von Marschmusik, hinab zur Frau Staatsbesuchsgemahlin, um ihr dann - im winzigen Moment des Unbeobachtetseins, Spitzbübisches ins Ohr zu träufeln, wie etwa: „Darf ich Gnädigster heute abend meinen Cyrano zeigen?“ „Hoho, hihi“, lacht da die jeweilige First Lady spitz & schrill auf, „Sie sind mir ja einer, Sie!“

Und nur Stunden später haben wir ihn in der Tasche, den alles rettenden Exportauftrag, der uns Millionen bringt oder kostet. Je nachdem.

PEPPI PLAHUWEC, Minister für kulturelle Volks- und Eigentümlichkeiten:

MEINE TRAUMREGIERUNG

MARIE-LUISE LEMMING, Ministerin für rücksichtslose Versprechungen:

Sie wird demnächst und gleich und ohne Rücksicht auf Verluste. Denn es ist hoch an der Zeit und bereits mehr als nur Fünf vor Zwölf und daher unaufschiebbar, damit endlich. Es waren ihre nichtswürdigen Vorgänger, die verhindert hätten, daß. Aber nun. Und sofort. Kompromißlos. Und wenn erst eine Kuh nach ihr benannt werden würde. Oder werden würde könnte. Und sollte. Dann aber wirklich. Dann aber soll an jedem Baum das Schild prangen: „Waldsterben verboten! Die Bundesregierung.“

Das Treibgas flippt aus. Die PET-Flasche nimmt ihren Hut.

Die Klimakatastrophe bereut. Das Ozonloch schließt sich schamvoll.

Nie gehört, den Namen? Na und? Jetzt erzählen Sie mir nur nicht, sie kannten Hilde Hawlicek! Na eben.

KARL ROBERT Blichal, Minister für mannstoppende Grenzlandförderung:

In seinem Lager ist Österreich. Alles hört auf sein Kommando: Bundesheer, Polizei, Gendarmerie, Briefträger und Schaffner: alles, was Uniform trägt, zusammengeschweißt zu einer einzigen Krach- und Schießgesellschaft: das ist sein Plan; dafür kämpft er: ein Mann wie ein Faustschlag. Seine Pursche pirschen durch grenznahe Forste, das Ungeziefer zu entdecken, das östliche, denn der Russ' ist wieder unser Feind, und es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn ihm sein böser Nachbar nicht gefällt.

„Petri heil!“ rufen erfreut alle Fischersleut' vom schönen Neusiedler See, wenn wieder ein paar Rumänen in seinen Netzen zappeln.

Und überall ist Grenze: in der Au, in den Ausländervierteln, auf der Autobahnbrücke. Die Grenze ist grenzenlos, und Blichal wird sie schützen. Gnadenlos. Gegen inländische und gegen ausländische Ausländer. Weil wir sonst wohin kämen. Deshalb: Blichal! Über mögliche unerwünschte Nebenwirkungen informiert Sie Ihr Exekutionskommando.

JOSEF CAP, Minister für permanente Rotation:

Er sorgt dafür, daß nichts beim Alten bleibt - und erst recht nicht seine eigene Weltanschauung. Mit seinen ständigen 90-, 180- und 360-Grad-Drehungen und -Wendungen hat er sich als glühender Verfechter des Rotationsprinzips glänzend eingeführt. Und sollte er der-einst - infolge zentrifugaler Kräfte - doch aus dem Amt geschleudert werden, so kann er seinen Genossen immer noch nützlich sein: in der Parteizentrale - als Ventilator.

SWAMI SCHWAMMERL, Minister für charismatische Redensart:

Leute, höret, der Guru ist da! Die Wahrheit kündet er, die populistische, auf daß alle grünen Rebellen bellen gegen die Obrigkeit, die technokratische. Er löset das Heer auf und bringet der Welt den Frieden, seine Untergebenen verändern die Verkehrspolitik auf der ganzen Welt (keine neuen Autobahnen auf Grönland, Herr Chorherr!) und revolutionieren den Öko-Feminismus („30% mehr PET-Flaschen während der PERIODE der Frau Fleming“, meinstest Du, Monika Langthaler), er selbst ersehnet immer auf neu in Gazetten und „Zeit im Bild“, so daß keine/r Mangel leide an Leitbildern und Vorkämpfern, die ihm/r abnehmen den Kampf & Krampf in der einsamen Wahlzelle, denn wisse: der Pilz ist bei DIR!

FRITZI VEIGL, Bundeskanzlerin der Rebenrepublik:

Die Fritzi ist Heurigenwirtin in Wien-Favoriten. Mit den Österreichern kennt sie sich aus. Daß der Figl der-einst die Russen unter den Tisch gesoffen hat, das kostet sie nur ein müdes Wirtinnen-Lächeln: sie hätte die Russen, den Figl und alle anwesenden Anekdotenaufschreiber niedergesoffen - und dann ganz andere Lieder gesungen. Daß sie vorhat, mit ihren Stammgästen eine Leber-Party zu gründen, ist nur ein Witz vom ganz wem anderen. Entscheidend ist vielmehr, daß die Fritzi Realpolitikerin ist - vom Scheitel bis zur Schürze; mit vierzehn hat sie die Krukenkreuz-Fahne geschwenkt, zu Führers Geburtstag hat sie jedem anwesenden Brauhemd ein Viertel spendiert - und seither ist sie Demokratin. Die Fritzi führt nicht nur eine Volkswirtschaft, sie kennt sich auch darin aus. Schon ihr Vater gottselig mußte die ehernen Gesetze des Marktes wiederholt am eigenen Leibe verspüren.

„Kumm her, Fritzi, jetzt mach' ma Konkurs, daß'd des a lernst!“ war eine seiner Redensarten. Und sie hat gelernt, die Veigl-Wirtin: Glykol, Maden im Grammelschmalz, verseuchter Topfenkas' - das alles hat sie ebenso überstanden wie den Hitler, die Entnazifizierung und die Anti-Alkoholiker-Kampagnen diverser irgeleiteter Gesundheitspolitiker. Heute ist die Fritzi eine erfahrene, weltoffene Frau: nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch kulturell: mehrere pensionierte Kammersänger pflegen bei ihr allwöchentlich den „Herrgott aus Stan“ zu intonieren. Sie ist offen für den europäischen Markt („Wann erst alle Schweden bei mir saufen ...!“) und für die Probleme der Ökologie („Ich bitt' euch, Burschen: Speib'n - ja, aber doch net auf's Tischtuach!“). Kurz und gut: Fritzi - eine Frau, die Österreich braucht. So oder so. ■

STREIT



GESPRÄCH



Fotos: G. Prosek

Von links nach rechts: Thomas Ebermann, Christof Parnreiter, Günther Nenning, Sonja Puntcher-Riekman

Parlamentarismus und Grüne: **MAN LÄSST SICH NICHT UNGESTRAFT WÄHLEN**

Am 7. Oktober hat die Grüne Alternative gute Chance, Stimmen und Mandate zu vermehren. Was Grüne im Parlament sollen und können, darüber denkt hierzulande jedoch kaum jemand nach. Die MONATZEITUNG lud deshalb zum Streit:

Thomas Ebermann war Abgeordneter der Grünen in der Hamburger Bürgerschaft und im Bonner Bundestag, wo er auch Fraktionssprecher war. Im Frühling ist er aus der Partei der Grünen ausgetreten.

Günther Nenning, Journalist und Grüner.

Sonja Puntcher-Riekman war hauptverantwortlich für die Programmarbeit der österreichischen Grünen und ist Kandidatin für den Nationalrat.

Christof Parnreiter leitete das Gespräch.

Parnreiter: Ich beginne mit zwei Zitaten. Sonja Puntcher-Riekman schreibt im Wahlkampfblatt der Grünen, daß sie ins Parlament wolle, um „unsere Vorstellungen einer lebendigeren und direkteren Demokratie glaubwürdig weiterzuentwickeln und durchzusetzen“. Thomas Ebermann hingegen meint in seiner Austrittserklärung aus der Partei der Grünen, diese seien eine „normale deutsche Wahlpartei“ geworden und hätten sich an „das gestattete deutsche Politikmodell“ angepaßt. Er wirft sich selbst „eine Überschätzung parlamentarischer Möglichkeiten“ vor. Ist das Parlament nun ein möglicher Ort für grüne, alternative Politik?

Nenning: Das ist doch eigentlich eine fade Frage, denn daß das Parlament ein möglicher Ort ist,

versteht sich von selber. Die Frage ist: was noch?

Puntcher-Riekman: Wenn man das Parlament beläßt, wie es ist, ist es zumindest ein schwieriger Ort, um grünalternative Politik durchzusetzen. Aber: Wie sehr ist es reformierbar, für eine grünalternative Politik funktionalisierbar? Und ist nicht der Kampf um ein funktionierendes Parlament, das repräsentative Demokratie wirklich realisieren ließe, ein notwendiger Kampf, der natürlich auch von außerhalb des Parlaments geführt werden müßte? Die Grüne Alternative hat in den letzten vier Jahren zur Veränderung des Parlaments beigetragen. Etwa ist die Öffnung der Ausschüsse eine Errungenschaft, ohne die sehr vieles nicht möglich gewesen wäre.

Nenning: Das ist kein Diskussionsgegenstand,

weil es sich eh von selbst versteht, daß die Öffnung der Ausschüsse gut ist und zweitens ist nicht genug ist. Da hupfen im ganzen Land die Bürgerinitiativen herum - wieviel Energie und wieviel Geld geht in die Unterstützung dieser Bewegungen, die das Demokratischste, das Direkteste sind, was wir an Demokratie aufzuweisen haben, und wieviel verzettelt sich in der parlamentarischen Arbeit? Wenn man sagt, die grüne Bewegung ist eine Jahrhundertbewegung, die unser Überleben sichern soll, dann ist das Parlament entsetzlich unzureichend.

Ebermann: Für einen Staatsfeind oder Staatsgegner oder Staatskritiker ist das Parlament zunächst einmal ein feindlicher Ort. Es ist ein Herrschaftsort fremder Interessen, und die zentrale Frage ist, ob man in diesem feindlichen Ort destruktiv agieren kann. Das war jedenfalls unser Ansatz, den ich durch meinen und meiner Freunde Austritt als gescheitert angesehen habe. Das Parlament ist ein Ort, das immer wieder versucht, seine Mitglieder in eine konstruktiv-gestalterische Pose und Arbeit zu zwingen, und stellt dafür bestimmte Voraussetzungen bereit. Die erste Dressur ist, daß einem beigebracht wird, was alles wo fehlt am Platze ist. Man kann zum Beispiel nicht einfach sagen: „Ich will, daß die Mindestrente auf 1.600 DM angehoben wird, nehmt das doch vom Rüstungsetat.“ Sofort schallt einem entgegen, daß man diese Forderung nicht stellen könne. Richtig am Platz ist aber, daß die Sozialpolitiker sich überlegen, ob es eher zu verantworten ist, den Blinden das kostenlose Telefonieren zu beschneiden oder die Winterbekleidungsbeihilfe für die Sozialhilfeempfänger zu kürzen. Der destruktive Ansatz will Sand im Getriebe sein, will, daß man keinen Respekt vorm Parlament zeigt.

Nenning: Wie lange habt Ihr diesen wahnwitzigen Ansatz versucht?

Ebermann: Fünf, sechs Jahre ...

Nenning: ... na servas, da hab'ts lang gebraucht, bis Ihr draufgekommen seids, daß das ein Blödsinn ist.

Ebermann: Ich halte das nach wie vor für richtig, ich halte es nur für einen Blödsinn, daß man es mit der grünen Partei nicht mehr machen kann.

Nenning: Es gibt so viele Dinge, die man jetzt tun muß: die Demokratie ist im Arsch, die Umwelt ist im Arsch, auf sozialem Gebiet tut sich Schreckliches. Und da sagt ein politisch interessierter Mensch: „Ich bin Sand im Getriebe des Parlaments.“ Das ist doch ein Wahnwitziger! Als ob's nichts Interessanteres und Wichtigeres gäbe! Ihr seid mit Recht gescheitert. Also: Wenn ich hineingehe, dann mit der Vorstellung, daß das ein wichtiger Nebenkriegsschauplatz ist. Ich kann doch nicht auf einem ganz anderen Schachbrett spielen als die vorhandenen Menschen, gell? Und wenn man sagt: Jetzt sind Wahlen, dann ist es auch vernünftig, zu sagen: Wißt's was, Leutln, Ihr könnt's grün wählen. Das ist bescheiden, aber es ist doch was. Und aller Rest der Energie gehört dorthin, wo man wirklich Dinge verändern kann, auf gut links gesagt: in die Kopfrevolution.

Puntscher-Riekamm: Warum ist aus diesem Ne-

benkriegsschauplatz, wenn wir unbedingt in der militärischen Diktion weiterreden wollen, nicht ein Hauptkriegsschauplatz zu machen? Zu sagen, so funktioniert es halt, und jeder, der mehr will, frönt einem theoretischen und praktischen Luxus, das ist eine Absage, noch bevor man überhaupt in dieser institutionellen Frage Möglichkeiten und Spielräume eröffnet hat, die Auseinandersetzungen auf parlamentarischer Ebene ermöglichen.

Nenning: Ich hab' auch nichts dagegen, wenn man sagt, man will das Parlament reformieren, aber ich darf doch nicht die Wertigkeiten verlieren, indem ich sage: Über das Parlament mache ich diese gewaltlose, grüne Revolution. Das ist ein Schmarrn - es ist der ungeeignetste Ort dafür, obwohl's gut ist, wenn es dort lebendig ist, wenn es ein besseres Wahlrecht gibt und was weiß ich noch. Ich geh' nicht in die Falle zu sagen: Pfui, das tu ich nicht. Aber die Wertigkeit, die muß ich sehen. In fünf, zehn Jahren ist alles noch mehr hin, als es eh schon ist, und da reformier' ich das Parlament? Daß ich mich abstrample, das zu ändern, ist hoffnungslos. Na, da bin ich ein Depp. Es wird dadurch auch nicht die Luft reiner.

Puntscher-Riekamm: Bin ich also ein Depp?

Nenning: Nein, Du könntest ja auch noch sagen, was Du sonst noch alles willst.

Puntscher-Riekamm: Ich sagte ja schon, daß es ohne Druck von außen, von Bewegungen, nicht gehen wird. Aber ich habe was gegen das leichtfertige Aufgeben einer Möglichkeit, die doch einst die Grundlage aller Demokratie war.

Nenning: Das ist ein falscher Demokratiebegriff. Es gibt überwältigende empirische Beweise, daß das Parlament sehr leicht kooptierbar ist in Machtstrukturen, während zum Beispiel demokratische Graswurzelbewegungen nicht kooptierbar sind. Sie gehen zwar immer wieder ein, haben immer wieder Fehlschläge, auch Erfolge, aber es ist daraus kein Instrument zu machen, wo die Herrschenden sagen können: „Schauts her, wir sind so demokratisch und haben ein Parlament.“

Puntscher-Riekamm: Dem stimme ich vollständig zu. Auch in Österreich ist das Parlament kooptiert in Machtstrukturen, in denen es nicht um eine öffentliche parlamentarische Auseinandersetzung geht, sondern ausschließlich um den Akt des Absegnens von Entscheidungen, die anderswo gefallen sind. Mein demokratischer Ansatz wäre unter anderem auch, diesen Zustand, die Kooperationsmöglichkeiten, zu beseitigen.

Parnreiter: Du gehst davon aus, daß Parlamentarismus nicht per se, sondern lediglich in der konkreten gesellschaftlichen, zum Beispiel österreichischen, Ausformung undemokratisch sei. Andere hingegen meinen, Parlamentarismus sei eine Erfindung des weißen Bürgers, die Demokratie nur für ganz wenige ermöglichen sollte.

Puntscher-Riekamm: Tun wir nicht so, als hätten wir nach wie vor ein Wahlrecht wie im 19. Jahrhundert. Wir haben ein Wahlrecht, das etwas umfassender den Bürgern und Bürgerinnen ermöglicht, Vertreter und Vertreterinnen ins Parlament zu schicken.

Nenning: Das glaubt ja nicht einmal mehr ein

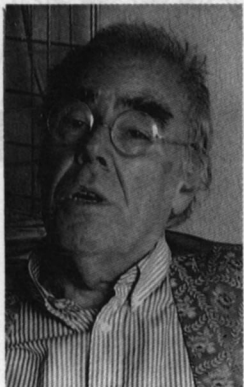
STREIT



GESPRÄCH

Ist das
Parlament für
grün-alternative
Politik funktionalisierbar?
(P.-Riekamm)

Das Parlament ist
zunächst einmal
ein feindlicher Ort.
(Ebermann)



**Ich hab nichts
dagegen,
das Parlament zu
reformieren, aber
das ist
unzureichend.
(Nenning)**

**Das Parlament
zum Zentrum der
gesellschaftlichen
Auseinan-
dersetzungen
machen!
(P.-Riekmann)**

halbwegs reformfreudiger Mensch in der ÖVP oder der SPÖ, daß das eine Linie ist, aus der sich mehr Demokratie entwickeln wird. Zuerst darf niemand wählen, dann ein paar, dann auch die Frauen - und so schreiten wir vorwärts zur Demokratie.

Puntscher-Riekmann: Dann verstehe ich aber auch nicht, daß Du sagst, das ist ein Nebenschau- platz, auf dem man agieren soll.

Nenning: Ich meine nur, daß man nicht sagen kann, wenn ich statt zehn Wahlkreise hundert habe, dann werden alle Probleme gelöst. Es hat sich historisch erwiesen, daß die parlamentari- sche Demokratie nicht ausreicht, sie ist nicht imstande, die Umweltprobleme, die sozialen Pro- bleme, die Probleme der „3. Welt“ zu lösen.

Ebermann: Es ist doch ein Unterschied, ob man sagt, das Parlament reicht nicht aus, all die guten Zwecke zu realisieren, oder ob man sagt, das Parlament ist ein Instrument, die Realisie- rung der guten Zwecke zu verhindern.

Nenning: Das ist schon was anderes, aber die- se Verschwörungstheorien sind so langweilig.

Ebermann: Demokratie im eigentlichsten Sinn des Wortes fängt dort an, wo die Leute über ihre Geschicke selbst entscheiden können. Das mensche- liche Leben wird nun einmal erheblich determi- niert durch ökonomische Entscheidungen, und diese sind in der Regel dem Parlament entzogen. Das heißt, das Parlament kann und muß sich darauf einlassen, ein Instrument zu sein, die Menschen ideologisch davon abzuhalten, den Anspruch zu erheben, überhaupt über ihre eigent- lichen Interessen verfügen zu wollen. Sie sollen in Selbstbescheidung die Form des politischen Überbaus als etwas Positives akzeptieren. Das ist ein Hauptzweck des bürgerlichen Parlamentsbe- triebes. Ein weiterer Aspekt ist die frühe Sensibi- lisierung für das Auftreten neuer Strömungen und Auffassungen in der Bevölkerung zum Zwecke ihrer Kanalisierung. Ich glaube, daß jenseits der Frage, wie destruktiv man im Parlament arbeiten kann oder sollte, man sich die Frage stellen muß, wofür eine parlamentarisch-präsente Kraft Instrument ist: für mehr Zerrüttung der Zustim- mung zum staatlichen und ökonomischen Han- deln oder zu mehr Bindung ehemals rebellischer Potentiale an diesen Staat? Ich würde sagen, die Revolutionierung der Köpfe hat in der BRD nicht stattgefunden, im Gegenteil. Ein Teil der Bevöl- kerung, der vor zehn Jahren in relativ schroffer Feindseligkeit zu Einzelmaßnahmen und Global- maßnahmen des Staates gestanden ist, wurde wie- der versöhnt mit diesem Staat. Die Grünen Parla- mentarier sind Träger dieser Versöhnung mit dem Staat. Und komme ich zu dieser Auffassung, daß Grüne im Parlament ein Instrument für mehr Bin- dung an den Staat sind, dann widerspricht das meiner Intention so kraß, daß ich da keinen Platz mehr habe. Das, was wir versucht haben, war ein Irrweg.

Hermann Gremliza hat mal geschrieben, daß man sich nicht ungestraft wählen läßt von Men- schen, die mal ein bißchen von der SPD oder der FDP enttäuscht sind. Und in der Tat hat uns das eingeholt, daß wir links von unserer Wählerbasis gestanden sind, daß wir nicht Ausdruck von Wäh-

lerwunsch waren. Ich bin ja, seit ich bei den Grünen raus bin, nicht der agile Kämpfer dafür, daß die jetzt Mißerfolg haben, sondern ich me- ne, es muß ein linksradikaler Pol konstituiert werden, der gerade nicht in Unterordnung unter eine parlamentarische Partei agiert, um eine von Sach- und Kompromißzwängen nicht belastete Politik entfalten zu können. Es ist nämlich wichtig, zu beurteilen, wie es wirkt, wenn man hegemonial im fortschrittlichen Lager der Ge- sellschaft wird. Und in der BRD haben die Grü- nen nun einmal dazu beigetragen, Parlament, Staat und Politik insgesamt zu einem höheren Ansehen zu verhelfen. Der Konsens der Demo- kraten erfaßt wieder einen größeren Teil der Ge- sellschaft. Das haben die Grünen natürlich nicht allein geschafft, das hängt auch damit zusam- men, daß alle Hoffnungen auf Umwälzungen in der „Dritten Welt“ zerstört wurden, das hängt zu- sammen damit, wie sich der RGW (Rat für gegen- seitige Wirtschaftshilfe) auflöst und daß dort das hohe Lied der Marktwirtschaft gesungen wird. Aber die Grünen haben dazu beigetragen. Und das ist eine negative gesellschaftliche Funktion.

Nenning: Du bist also ein in die grüne Bewegung eingeschleuster Anarchist. Ein Anarchist ist etwas Wunderbares, aber die grüne Bewegung ist nicht dazu da, daß sie den Staat beseitigt, obwohl ich das für ein löbliches Ziel halte, wenn es auf gewaltlose Weise passiert. Sie will die Natur retten. Das ist ein wertkonservatives und für einen echten, radikalen Anarchisten im Grunde reaktionäres Ziel.

Ebermann: Es bringt nichts, rückblickend zu sagen, daß die Grünen eine wertkonservative Plattform wären, denn das waren sie weder von ihrem gesellschaftlichen Wollen noch von den Leuten, die am meisten Zustimmung bekommen haben. Nehmen wir mal mich und meine Strö- mung raus, ich würde sagen, daß weder Otto Schily noch Joschka Fischer noch Antje Voll- mer Träger der Idee der Bewahrung der Natur waren. Das ist in der Tat eine reaktionäre Forde- rung.

Nenning: Da hast Du's. Einen Schmarrn bist ein Grüner. Du bist ein ehrenwerter Anarchist. Du störst die Grünen nur.

Ebermann: Ich wußte nicht, daß ich ein Anar- chist bin, aber ich fasse das nicht als Beleidig- ung auf. Wenn man aber so pauschale Begriffe wie „Natur erhalten“ oder „Staat abschaffen“ be- nützt, dann wird es einem unmöglich, überhaupt die Entwicklung der Partei der Grünen zu begrei- fen. Ich wollte ja nie meine Inhalte pur in den Grünen verwirklichen, die Frage war immer, wie- viel solcher kulturevolutionärer, antistaatlicher Momente würde eine solche Partei mittragen und zulassen. Da kann man einen prozeßhaften Ver- schleiß staatskritischer Positionen beobachten. Ob das das imperative Mandat ist, das abgeschafft wird, die Diätenbeschneidung oder die Rotation: all diese Mechanismen, die verhindern sollten, daß jemand an diesem eigentlich feindlichen Ort hei- misch wird, sind am Absterben. Die Entsprechung dazu gibt es bei den politischen Forderungen, übr- igens auch in der Radikalität der ökologischen For- derungen. Die Grünen in der BRD stehen nicht mehr

für das sofortige Abschalten aller Atomanlagen, sie verheddern sich in Debatten, ob Hochtemperaturverbrennung nicht eine Alternative zur Deponierung von Müll sein könnte, sie fordern nicht mehr das Verbot stofflich unbeherrschbarer Produktionsvorgänge. Selbst auf diesem Gebiet ordnet die Partei, der ich angehört habe, ihre Forderungen Koalitionsnotwendigkeiten unter.

Nenning: Das ist praktische Politik. Wenn ich eine Partei bin, muß ich mich wie eine Partei aufführen. Wenn ich ein anarchistischer Zirkel bin, brauche ich auf das nicht zu schauen.

Parnreiter: Diese Anpassung ist damit verknüpft, daß die Grünen in Parlamenten gesessen sind und wiedergewählt werden wollten?

Ebermann: Es ist damit verknüpft, aber auch wiederum nicht nur. Es gibt mehr Integrationsmechanismen des Staates, etwa die Tatsache, daß die BRD - und auch Österreich - einer der reichsten Staaten überhaupt ist und so jedem gesellschaftlichen Widerspruch zunächst einmal die Möglichkeit anbietet, ein kleines Plätzchen zu bekommen. Wer fünfmal erfolgreich auf einer Betriebsversammlung spricht, kann Betriebsrat werden, wer zehnmal erfolgreich spricht, kann in den Aufsichtsrat kommen und verdient 40.000 DM mehr und muß nicht mehr an dem konkreten Arbeitsplatz stehen. Im Parlament ist das natürlich besonders ausgeprägt - die, die ihre Diäten nicht ordentlich an die Partei abgeführt hatten, die konnten schon mit einer Versiebenfachung ihres Einkommens rechnen, die konnten Weltreisen machen usw. Das Geldzusammenlegen für die Erstellung eines Flugblattes ist ersetzt worden durch das Kommando über vier Mitarbeiter. Zu den materiellen Aspekten kommt ganz stark die Frage der Reputation: Jeder, der Politik macht, ich ganz toll eingeschlossen, leidet darunter, gesellschaftlich überhört zu werden. Und plötzlich hast Du das Gefühl: Ich werde nicht mehr überhört. Du kommst in Fernseh-Diskussionsrunden, in Talk-Shows, und deine Spritzigkeit wird bewundert, du hast eine originelle Idee und stichst ab von der Eintönigkeit der Politik, man sagt Dir geistige Schärfe nach, nur weil Du ein Stück über Möllemann oder Genscher stehst - das ist eine Verführung. Dann kommt noch der Druck des Konstruktiven, der Druck, Kollege im Parlamentsbetrieb zu sein, der Druck, fachkundig zu sein, nicht gerne Außenseiter zu sein. Die westdeutschen Grünen haben es nicht geschafft, irgendeiner Parlamentsdebatte gegenüber gleichgültig zu sein - sogar zur Frage der versicherungstechnischen Gleichstellung der Schlepplifte mit denen der Sessellifte mußte einer hingehen und das machen, was Lenin parlamentarischen Kretinismus genannt hat, nur in Potenz. Wenn Du im Ausschuß die Kompetenzen des Ausschusses nicht akzeptierst, bist Du totaler Außenseiter.

All das zusammen ergibt einen Druck, sodaß eine Transformation stattfindet, den Wähler als Wähler zu behandeln, Dich zu ärgern, wenn er Deine Vernunft nicht akzeptiert, über das hinausgeht, was Du forderst, wenn er Deinen Fleiß nicht lobt. Und Du machst eine Rechnung: Mit

welchen Forderungen schrecke ich Wähler ab. Und in diesem Prozeß verdrängt man, was ursprünglich bei uns tatsächlich Konsens war, daß man sich im Parlament auf feindlichem Gebiet befindet.

Puntscher-Riekman: Die Frage nach der Organisation der Ökonomie wird weder von den deutschen noch von den österreichischen Grünen gestellt. All das, was an Kapitalismuskritik schwelt, ist nicht mehr das Thema. Wo es um Naturerhaltung geht, wird man Werte konservieren müssen, die Frage aber ist, ob man das mit einer grundsätzlichen Kritik an einer bestimmten Form des Wirtschaftens verbindet oder ob man versucht, innerhalb eines nicht mehr angetasteten ökonomischen Systems zu jonglieren, mit Möglichkeiten zu operieren, die hier ein bißchen mehr, dort ein bißchen weniger erlauben. Was wäre denn die Alternative zu diesem Wirtschaftssystem, und wo sind die revolutionären Strömungen, die einen solchen Umbruch auch tragen würden?

Nenning: Das hat mit den Grünen im Parlament nichts zu tun. Die haben die verdammte Pflicht, die in der Wirklichkeit sich befindende Bewegung „Naturzerstörung aufhalten“ zu fördern.

Ebermann: Ich habe auch keine soziale Trägerschaft, keine revolutionäre Arbeiterbewegung, die ökologisch denkt, auf meiner Seite - ich würde auch niemals sagen, daß die Grünen ihre Wähler verraten haben. Die Grünen, so wie sie sind, minus Ebermann und Trampert, vielleicht auch bald minus Ditzfurth und andere, verraten ihre Wähler nicht, sondern entsprechen dem Willen ihrer Wähler. Ob der Wunsch, Naturzerstörung zu verhindern, ohne Überwindung kapitalistischer Ökonomie überhaupt denkbar ist, ist natürlich die relevante Frage, denn sonst begibt man sich in die Rolle des Populisten. Wenn man aber der Auffassung ist, daß die Wirtschaftsweise, in der wir leben, letztendlich dort investiert, wo die höchsten Profite zu erreichen sind, und das immer wieder Rücksichtslosigkeit gegen die äußere Natur des Menschen mit sich bringt, wenn man zweitens annimmt, daß diese Wirtschaftsweise lebensnotwendig auf Wachstumsraten angewiesen ist und deshalb keine Rücksicht nehmen kann auf unbeherrschbare Prozesse, dann kann ich tatsächlich nur einen antikapitalistischen Ökologiebegriff haben. Ich weiß allerdings, daß ich im Moment für diesen antikapitalistischen Ökologiebegriff nur sehr wenige Menschen gewinnen kann. Trotzdem muß ich sagen, daß diejenigen, die den Kapitalismus oder die Marktwirtschaft ökologisch gestalten wollen, Donquichotterie betreiben.

Puntscher-Riekman: Die Präambel unseres Ökologieprogramms enthält eine unmißverständliche Kapitalismuskritik. Die Frage ist allerdings, ob dieses kapitalistische System, wenn man es unter Druck setzt, in der Lage ist, technische Möglichkeiten anzubieten, die weniger zerstörerisch sind als das bisherige.

Nenning: Wenn ich auch nur das, was innerhalb des Kapitalismus möglich ist, tue, um Leben und Umwelt zu schützen, ist schon viel getan.

Parnreiter: Determinieren diese beiden Ansätze - ökologische Politik im oder gegen den Ka-

STREIT



GESPRÄCH

Parlamente sind, anders als Graswurzelbewegungen, kooptierbar. (Nenning)



Die Grünen sind die Träger der Versöhnung mit dem Staat. (Ebermann)

Einen Schmarrn bist ein Grüner, Du bist ein ehrenwerter Anarchist! (Nenning)

STREIT

GESPRÄCH

Im Moment kann
ich für einen anti-
kapitalistischen
Ökologiebegriff
sehr wenige
Menschen ge-
winnen.
(Ebermann)



Was an Kapitalis-
muskritik schwelt,
ist nicht mehr
Thema.
(P.-Riekmann)

pitalismus - nicht auch den Zugang zum Parlamentarismus? Wer ersteres denkt, wird konsequenterweise versuchen, das Müllproblem über Gesetze in den Griff zu bekommen ...

Nenning: ... dafür wird man ja auch gewählt.

Ebermann: Es kann doch gar keinen Diskurs geben darüber, daß gar nichts geht innerhalb der Marktwirtschaft. Jeder, der Politik macht, relativiert ja zum Beispiel das Handeln der eigenen herrschenden Klasse am Handeln anderer. Es gibt technische Maßnahmen, Maßnahmen, die sofort durchzuführen sind und die auch keine großen Brüche im Akkumulationsprozeß hinterlassen, aber sie sind so unzureichend, daß sie das angestrebte Ziel der halbwegs gesunden Umwelt nicht realisieren können. Der - speziell antisozialdemokratische Nachweis - daß das alles letztlich nichts bringt, solange Du nicht in die zentralen Bereiche des stofflich unbeherrschbaren Produzierens reinschneiden kannst, ist die eigentliche Aufgabe einer aufklärerischen-ökologischen Partei.

Nenning: Aber nicht einer parlamentarischen Grünpartei.

Parnreiter: Du sagtest, Günther, daß auf den von Thomas beschriebenen Prozeß der Anpassung - etwa bei ökologischen Forderungen an moderatere Positionen -, wenn ich Partei bin, ich mich auch wie eine Partei aufführen muß. Du akzeptierst also dieses Zurückweichen?

Nenning: Ganz im Gegenteil. Man muß an die Grenze dessen gehen, was im Kapitalismus möglich ist, das ist die Definition einer parlamentarischen Umweltpartei.

Ebermann: Man muß bezüglich des Zurückweichens klar stellen, daß sich die Wirkungen des Parlaments multiplizieren, wenn es keine Bewegung gibt, wie es derzeit in der BRD der Fall ist. Wenn Du mitkriegst, daß trotz „Sandoz“ in der Bevölkerung nach sechs Wochen eine ziemliche Beruhigung eintritt, dann kommt es zu den Umbauprogrammen, wo dann auch Rahmenbedingungen, die eigentlich auf Feindseligkeit stoßen, akzeptiert werden, weil in der Phantasie kein gesellschaftlicher Kampf mehr stattfindet. Und weil der empirisch auch nicht sehr stark vorfindbar ist, wird alles ohne Bewegung gemacht. Es wird ausgerechnet, wie über eine alternative Steuerpolitik der Umbau der chemischen Industrie finanziert werden kann. Es kommt dann ohne gesellschaftliche Kämpfe ein Konzept raus, das die „ökologische Vernunft“ repräsentieren soll. All das bleibt ohne relevante Beschneidung von Profitraten, expansionistischer Gelüste der BRD usw. Das ist dann im eigentlichen Sinn konstruktiv. Ein Beispiel: In Hessen gab es einen grünen Umweltminister, in Schönberg/Lübeck gab es eine Bürgerinitiative, die gegen die Belieferung der dortigen Deponie mit Sondermüll aus Hessen arbeitete. Der Umweltminister, und damit auch die grüne Partei, sagte: Wir brauchen diese Deponiekapazität. Er verfügt also, daß die Umwelt weiter versaut wird. Ist das nicht die Konsequenz des Mitregierens?

Nenning: Nicht notwendigerweise. Es ist vor allem die Konsequenz dessen, daß die grüne Bewegung hauptsächlich Partei geworden ist. So ein Mann, wie Du ihn schilderst, gehört aber in hohem Bogen rausgehaut.

Ebermann: Wenn der in hohem Bogen rausfliegen muß, dann könnte doch die Konsequenz sein, daß es gar keine Möglichkeit gibt, als Umweltminister unter den gegebenen Bedingungen parlamentarisch oder regierungstechnisch konstruktiv zu arbeiten. Denn wenn die Kraft nicht reicht, den Anfall von so viel Sondermüll zu unterbinden, und das ist eine Frage, wie weit Du an die industrielle Produktion rankommst, dann stellt sich die konstruktive Politik die Frage, was der richtigste Umgang mit dem anfallenden hochtoxischen Müll sei? Der destruktive Ansatz wäre, zu sagen, solange man nicht an die Produktion rankommt, ist nichts zu machen.

Nenning: Das ist unbewiesen.

Parnreiter: Du meinst also, man könnte im Parlament Gesetze beschließen, die den Anfall an Sondermüll, sagen wir um 90%, minimieren?

Nenning: Was sind das für abstrakte Fragen? Abschaffen kannst Du im parlamentarischen System gar nichts. Wenn es aber den Druck von seiten der Wähler gibt, können die Grünen innerhalb des Parlaments und des Kapitalismus viel durchsetzen, das zeigt ja die Transitfrage.

Puntscher-Riekmann: Die mittlerweile an allen Ecken und Enden erodiert.

Parnreiter: Wecken die Grünen nicht falsche Hoffnungen, wenn sie etwa versprechen, den ökologischen Umbau im Parlament anzugehen?

Puntscher-Riekmann: Ich habe Thomas' Hoffnungen noch nicht ganz aufgegeben, das kann aber daran liegen, daß ich noch nicht drinnen war. Ich glaube allerdings, daß es Spielräume gibt, die man ausnützen kann.

Parnreiter: Das Parlament ist nun einmal nicht der Hauptschauplatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe. Wie willst Du die Fragen der Produktion ins Parlament bringen?

Puntscher-Riekmann: Warum nicht? Ich bin absolut dagegen, das Parlament als Nebenschauplatz zu belassen, ohne den Versuch zu unternehmen, daraus einen Hauptschauplatz zu machen.

Parnreiter: Sind nicht vor einem Jahrhundert die Sozialdemokraten angetreten, um eben das zu verwirklichen?

Puntscher-Riekmann: Daß sie fast alles aufgegeben haben, was sie an programmatischen Grundsätzen hatten, liegt ja auch daran, daß sie seit zwanzig Jahren mit allen Mitteln an der Macht teilhaben wollen. Ist das Eingehen von Kompromissen der einzige Weg, Politik zu machen? Zumindest in Salzburg hat Johannes Voggenhuber als Stadtrat bewiesen, daß auch gegen enorme Widerstände Dinge durchzusetzen sind, von denen er nie dachte, daß das gehen würde.

Ebermann: Die Erfolge, die man nicht gering-schätzen sollte, sind Parteien oder Politikern halt leichter zuordenbar als sozialen oder politischen Bewegungen. Die Zeit, in der wir keine Parlamentsvertretung hatten, war auch keine Zeit der absoluten Mißerfolge. Dafür gibt es einige Beispiele. Es scheint sogar so zu sein, daß die Ungebundenheit des sozialen Protests manchen Erfolg eher ermöglicht hat als die Eingebundenheit ins Parlament, insbesondere in eine Regierung.

Parnreiter: Danke fürs Gespräch.



Von Jutta Dittfurth

GRUSSWORT AN DIE PDS

Am 15. September 1990 hielt die Linke Liste/PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) ihren Gründungskongress in Berlin ab. Im folgenden der leicht gekürzte Redebeitrag von Jutta Dittfurth.

Ich habe das Angebot, mich mit dem Programmentwurf auseinanderzusetzen, gern angenommen. Viele Programmpunkte kommen mir erstens sehr bekannt vor. Zweitens fand ich zwar viele kapitalismuskritische Bemerkungen, es fehlt aber eine durchgängige, eindeutige antikapitalistische Position.

In etlichen öffentlichen Äußerungen von PDS-Vertretern finden sich erstaunliche Illusionen und Wunschträume über die SPD, als sei sie Teil der gesellschaftlichen Opposition. Realistischer ist doch wohl, daß die SPD eine Kapi-

talpartei mit marginalisierter Sozialfraktion geworden ist.

Im Programm finden sich, dazu passend, Fehleinschätzungen der bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Es gibt keinen „sozialstaatlichen Kompromiß“, an den eine Linke Liste/PDS anknüpfen könnte. Eine Linke Liste, die die Ideologie von der Sozialpartnerschaft neu auflegt, wäre keine Linke Liste. Kapital und Arbeit sind im Kapitalismus nicht zu versöhnen, und der dringende Wunsch, das so sehen zu können, treibt perspektivisch nach rechts. Der „sozialstaatliche Kompromiß“ heißt in der BRD 3-5 Millionen Arbeitslose, viele Menschen in Psychatrien, Altersheimen, Obdachlosen- asylen, Isolation und Einsamkeit. Die Stärke einer linken Partei liegt auch in ihrer *polarisierten* Gegnerschaft zu Kapitalparteien und ihrer souveränen und *bewußten Staatsfeindlichkeit*. Die Hoffnung, linke Politik harmonisch und nicht polarisiert betreiben zu können, ist gefährlich falsch. Sozialistische Positionen stehen in antagonistischem Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen.

Einige PDS-Vertreter haben das Loblied der „Modernität“ und des „hohen technischen Niveaus“ des Kapitalismus gesungen. „Modern“ heißt gar nichts außer „neu“, und das „hohe technische Niveau“, was immer das sein mag, baut auf hemmungsloser Plünderung der ökologischen und menschlichen Ressourcen in der sogenannten „Dritten Welt“ auf und hinterläßt seine Opfer auch in der reichen Bundesrepublik. Die Illusion, man könne Technik und Wissenschaft aus den konkreten kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen herauschneiden, war immer der SED, der KPdSU und der SPD gemein. Es gibt keine wertfreie Technologie. Eine für den Zweck der Profitmaximierung entwickelte Technologie sperrt sich gegen ihre humane und ökologische Umformung. Ich wünsche mir als Radikalökologin, daß die Linke Liste/PDS ihr Verhältnis zu Technik, Wissenschaft und Natur aus einer anderen Tradition herleitet.

Marx und Engels entwickelten, vom Sozialdemokratismus wie vom Marxismus-Leninismus und vom Stalinismus zertretene *ökologische* Ansätze. Nur ein einziges Beispiel:

„... und jeder Fortschritt ist ... zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit ... Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Der Programmteil Ökologie zeigt insgesamt keine Spur von sozialistischer ökologischer Utopie, und es ist, als ob all die linken ökologischen Erkenntnisse der letzten 15 Jahre auf dem Mond gewonnen worden wären.

Linke ökologische Politik muß Fortschrittsgläubigkeit als Aberglauben ablegen und akzeptieren, daß es in der Entwicklung von Technologie und Wissenschaft einen Punkt gibt, an dem Produktivkräfte in Destruktivkräfte umschlagen können.

Obwohl die „IG Farben“-Nachfolgefirma „Bayer“, „Hoechst“ und „BASF“ in der DDR nach frischem Land lechzen, findet sich z.B. keine klare Position zur Auseinandersetzung mit dieser Kapitalfraktion und zur notwendigen radikalen Umgestaltung der chemischen Produktion im Ökologieprogramm.

Die Ablehnung oder auch nur eine kritische Position zur Gen- und Reproduktionstechnik fehlt vollständig. Falsche Hoffnungen in eine neue technische Entwicklung? ... Die Zeit ist vorbei, wo Linke behaupten oder auch nur den Glauben zulassen dürfen, die hemmungslose Freisetzung der Produktivkräfte, die vollständige Unterwerfung der Natur, brächte den menschlichen Fortschritt.

Die Ursachen von Naturvernichtung und sozialem Elend sind dieselben, und ohne Lösung der sozialen Probleme gibt es keine Rettung der Natur. Wer die Natur retten will, muß die Menschen, die

unverschuldet und für das eigene Überleben die Natur plündern, wie in der Sahelzone oder im tropischen Regenwald, in die soziale Lage versetzen, überhaupt zwischen Alternativen des Überlebens entscheiden zu können. Die Forderung nach Schuldenstreichung ist richtig, aber es genügt nicht, eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung zu fordern. Et was klarer wäre, wenn das stünde, daß der Austausch zwischen den Ländern der Erde auf gleichberechtigter Basis stattfindet, und das geht nur mit der radikalen Umwälzung des kapitalistischen Weltmarktes, die ihren Anfang in den kapitalistischen Metropolen findet. An der Forderung, daß Wirtschaften auf Basis von Profitmaximierung bekämpft und abgeschafft werden muß, kommt kein linkes Programm vorbei.

Der imperiale Siegeszug würde komplett, wenn wir uns nicht - über viele Genzen, Erfahrungen und Vorbehalte hinweg - verbünden. Wer sich durch das berechtigte Scheitern stalinistischer Kommandowirtschaft jede befreiende sozialistische, antipatriarchale, radikalökologische Utopie aus dem Kopf rauben läßt, hat schon verloren. Der zentrale Ansatzpunkt ist der Aufbau einer außerparlamentarischen linken, vielfältigen Gegenmacht, die im Parlament verstärkt werden kann. Die Linke Liste/PDS kann und soll Teil dieser Opposition sein, aber sie ist nicht ihr Zentrum. Das Projekt Radikale Linke, der Aufbau eines linken Diskussions- und Aktionszusammenhangs über alte Gräben hinweg, könnte ein weiterer wichtiger Baustein sein.

Ich wünsche mir, daß neben den Grünen im kommenden „Reichstag“ auch die Linke Liste/PDS vertreten sein wird. Nicht nur als Antwort auf die Wahlrechtsmanipulationen, die 15% der Menschen in der DDR aus dem künftigen Parlament ausschließen sollen. Gemeinsame Opposition gegen den deutschen Größenwahn ist angesagt. Dieses Großdeutschland hat uns wahrhaftig verdient.

■ Zuerst glaubte ich an ein Mißverständnis: Nein, ich kannte ihn nicht, diesen vierschrotigen Bierbauch neben mir in einer Schlange am Supermarkt, der mir unvermutet seine Pranke auf die Schulter legte und ohne Anrede oder Einleitung losplatzte: „Was für ein Glück, daß der Mensch nur einmal lebt!“ Und ehe ich Abwehr, Mißtrauen, Neugier oder Betroffenheit richtig sortieren konnte, schob er seinen Einkaufswagen mit Bierdosen und Erbsensuppen an mir vorbei und setzte eine Frage nach: „Was meinst Du, wie lange muß ein Sieben- und vierzigjähriger noch durchhalten?“ Am Ausgang trafen wir uns wieder. „Haste mal 'ne Mark!“ schrie er zu mir rüber. „Haste keine Arbeit?“ tönte vorwurfsvoll eine Stimme hinter mir zurück. Er arbeitet. Am Dammtor-Bahnhof in Hamburgs Innenstadt. Zwölf Stunden täglich bettelt er dort. Von den 408 Mark Sozialhilfe kann er gerade sein Essen bezahlen, nicht aber den Alko-

In Frankfurt, Hamburg oder Düsseldorf ist ein Tausender Kaltmiete für eine 70-Quadratmeterwohnung keine Seltenheit. Wenn eine freiwerdende Wohnung neu vermietet wird, langen die Vermieter kräftig zu. Die Explosion der Mieten in Kombination mit der anhaltenden Knappheit auf dem Wohnungsmarkt - auch bei Sozialwohnungen - hat dazu geführt, daß immer mehr Haushalte mehr als die Hälfte des Monatseinkommens für die Finanzierung ihrer Wohnung aufwenden müssen und daß der Wohnungswechsel zum existenziellen Problem wird. Auf den Wohnungsämtern stapeln sich die Anträge auf Vergabe von Sozialwohnungen.

So suchen zum Beispiel in der kleinen Gemeinde Bischofsheim in der Nähe von Frankfurt 400 Familien eine Sozialwohnung, frei werden monatlich etwa drei bis vier Wohnungen. In Mün-

chensbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Dezember 1989. Schon dieser Bericht ist ein Armutszeugnis für die Regierung, die sich seit Jahren beharrlich weigert, Armut überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Es gibt immer noch keine Armutsberichterstattung. Es gibt einzelne Statistiken, aber nichts über die verschiedenen Aspekte und Verläufe von Verarmungsprozessen im reichen Land Bundesrepublik. Hier ist Armut eine relative Größe, die natürlich ein anderes Gesicht hat als die Armut in den Ländern der „Dritten Welt“. Denn sieht man einmal von den Obdachlosen ab, die auch hier in jedem Winter in den Städten erfrieren, weil sie kein Dach überm Kopf haben, so existiert hier die Armut in diesem absoluten Sinne nicht. Die Armutskatastrophe in der „Dritten Welt“ darf jedoch nicht zu einem Auspielen der Armut in der Bundesrepublik genutzt werden. Auch hier gibt es die lebenslange Armut, die

Reichtum und Armut in Deutschland:

DIE TUGEND DES TEILENS BLEIBT ALLEIN DEN ARMEN

hol. „Weißt Du, was das heißt, betteln? Die Verachtung der Leute runterzuschlucken Tag für Tag? Man kann nur überleben im Suff. Die Leute denken: jeder ist selbst schuld an seiner Misere.. Aber warum habe ich keine Chance?“

Sie liegen auf Parkbänken, auf Belüftungsschächten der Kaufhäuser oder schlafen im Zelt. Etwa 600.000 Menschen, so hat das Diakonische Werk Mitte dieses Jahres festgestellt, haben in der Bundesrepublik keine Bleibe. In Folge der immer größer werdenden Wohnungsnot steigt die Zahl der Obdachlosen in den großen Ballungszentren sprunghaft an. Die „Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßhafte“ ermittelte, daß die Zahl der Obdachlosen in der Bundesrepublik in den vergangenen drei Jahren um mindestens 25 Prozent gestiegen ist. In Hamburg spricht die Sozialbehörde von einem „massiven Obdachlosenproblem“. 26.000 Menschen sind ohne Wohnung, unter ihnen etwa viertausend junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren. Auch in Nordrhein-Westfalen registrierten die großen und kleineren Städte stark ansteigende Obdachlosenzahlen. Zu den 'Berbern', wie sich die 'alten' Obdachlosen nennen, stoßen Sinti und Roma aus Rumänien, Aussiedler, Asylanten, kinderreiche Familien, ja sogar Studenten. Die lassen neuerdings ihren Wunsch nach einem Zimmer in Uni-Nähe auf T-Shirts drucken.

Seid umschlungen, Millionen - die Kapitalkonzentration im vereinigten Deutschland nimmt immer größere Dimensionen an. Dem Großteil der Bevölkerung hingegen soll das Motto „Geteiltes Leid ist halbes Leid“ die zunehmende Verarmung schmackhaft machen.

Von Christine Weber-Herforth

chen sollen drei Zeltstädte in den Sommermonaten der Obdachlosigkeit vorbeugen.

Armut hat viele Dimensionen

Sozialer Zündstoff baut sich auf. Jedoch: Nur relativ wenige leben ganz unten. Die Mehrzahl der Armen in der reichen Bundesrepublik muß nicht betteln, hat ein Obdach. Armut ist ja kein statischer Begriff, er ist noch nicht einmal genau definiert. „Wir reden von Armut, fragen nach ihrer Existenz, streiten über die Höhe der Armutsquoten und tun damit so, als wäre klar und eindeutig festgelegt, worüber wir uns auseinandersetzen“, heißt es im ersten Ar-

schon in der Kindheit beginnen kann, durch eine schlechte Ausbildung sich fortsetzt, über wenig Lohn bis hin zur krankmachenden Wohnung, zerrütteten Gesundheit als Folgen dieser Armutskarriere. Manche bleiben in diesem Teufelskreis ein Leben lang, andere geraten durch Arbeitslosigkeit und in der Folge von Überschuldung, vielleicht durch Krankheit oder weil sie sich einfach nicht durchsetzen können in dieser Ellbogengesellschaft in die soziale Randständigkeit. Die Armut hat viele Dimensionen und steht immer auch in Beziehung zum Reichtum des Landes.

Die Bundesrepublik ist eines der reichsten Länder der Erde. Noch nie konnten hier so viele Menschen über solch beachtliche Einkommen und Vermögen verfügen wie in der Gegenwart. Allerdings

ist der Reichtum höchst ungleich verteilt. Nach einer Studie der Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung“ der Fachhochschule Niederrhein in Bochum, die von 30 Wissenschaftlern getragen wird, sind die Unternehmensgewinne seit Anfang der 80iger Jahre explosionsartig gestiegen. Die Gewinne der Aktiengesellschaften und GmbHs stiegen von 1980 bis 1988 um netto 133 Prozent. Trotzdem erreicht die Investitionsentwicklung erst 1989 wieder

beitragen. Heißt das doch, daß ihre Arbeitskraft auf dem Markt noch verlangt wird. Wer arbeitslos ist, wird ausgegrenzt.

Wie Heinz zum Beispiel, der sich seit fast zwei Jahren kaum noch auf die Straße (in einem schleswig-holsteinischen Dorf) traut, weil er das Schicksal „Arbeitslosigkeit“ als sein persönliches Versagen erlebt. Seine Frau klagt, daß er die Kinder prügelt, apathisch rumhängt, säuft und nur noch in die Glotze guckt. Sie denkt an Scheidung.

Jahre ist das eine Massenerfahrung. Die Arbeitslosenzahlen bewegen sich (ohne die „stille Reserve“) und trotz mehrfacher Manipulationen an der Statistik immer noch um die zwei Millionen. Gut ein Drittel der Arbeitslosen ist mehr als ein Jahr ohne Arbeit. Diese sogenannten „Langzeitarbeitslosen“ fallen, wenn ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld aufgebraucht wird, in die Arbeitslosenhilfe und dann in die Sozialhilfe, die so gerne als „das letzte Netz“



Fotos: Ludwig Rauch

das Niveau von 1980. „Statt die Gewinne einer produktiven Verwendung zuzuführen, wurden die Mittel zu Aufkäufen (sprich: Konzentration) und zur Anlage am Kapitalmarkt oder zum Kapitalexport eingesetzt. Aber auch die produktiven Investitionen führten bislang nur zu geringen Beschäftigungszuwächsen, da zugleich der Rationalisierungsprozeß forciert wurde“, heißt es in der Studie, die weiter darlegt, daß sich die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten im gleichen Zeitraum (1980 bis 1988) nur um 24,1 Prozent erhöhten.

Das letzte Netz - die Sozialhilfe

Dabei können all jene noch froh sein, die überhaupt zur Lohnstatistik

Heinz, ihr Mann, ist seit Anfang des Jahres 1989 arbeitslos, davor hat er zwanzig Jahre als Gabelstaplerfahrer gearbeitet, Überstunden gekloppt und immerhin 3.000 Mark monatlich netto für sich und die Familie erschuft. Das reichte auch für einen Kredit von 45.000 Mark, der sich im Laufe der Zeit für ein Auto, eine bessere Wohnung und eine neue Einrichtung angesammelt hatte. Jetzt wurde das Auto verkauft, die Kreditraten konnten nicht mehr bezahlt werden. Seine Frau geht putzen. „Aber wir haben noch nicht mal das Geld, um mit den Kindern etwas zu unternehmen“, sagt sie.

In einer Gesellschaft, die zunehmend alle Beziehungen über den Markt regelt, also gegen Bezahlung, steht der/die Arbeitslose am Rand. Seit Anfang der 80er

des Sozialstaates Bundesrepublik gepriesen wird. Die Maschen sind groß. SozialhilfeempfängerInnen müssen ihre totale Mittellosigkeit offenbaren, sie müssen sich damit einverstanden erklären, daß Angehörige überprüft und zur Unterstützung herangezogen werden, sie müssen sich der allumfassenden Kontrolle der Bürokratie unterwerfen. Sie müssen z.B. Kontrollbesuche der Behörden jederzeit zulassen. Wenn SozialhilfeempfängerInnen eine neue Beziehung eingehen (ohne verheiratet zu sein), so wird diese Person von Amts wegen gezwungen, für die Unterstützung des bisher Sozialhilfeberechtigten aufzukommen. 1988 erreichte der Anteil der SozialhilfeempfängerInnen an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik bereits 5,5 Prozent. Das entspricht einer Verfünffachung seit Beginn der 80er Jahre.



Dabei ist die Dunkelziffer der Armut fast ebenso hoch wie die Zahl der registrierten Armen. Die „Regelsätze“, also das Geld, das den Armen im Monat für den Lebensunterhalt zugestanden wird, liegen bei Alleinstehenden und Haushaltsvorständen - je nach Bundesland etwas differenziert - bei 420 DM (= knapp öS 3.000) im Monat. Kinder und Jugendliche erhalten weniger. Jede grössere Ausgabe muß extra beantragt werden. Und während der Staat so tut, als sei die Sozialhilfe ein großzügiges, fürsorgendes Geschenk und unterstellt, viele würden es sich in der 'sozialen Hängematte' bequem machen, werden die Kosten der Hilfe für die SozialhilfeempfängerInnen einfach unterschlagen. Dabei kommt gerade diese Hilfe die Menschen, die darauf angewiesen sind, teuer zu stehen, denn sie kostet:

+ Zeit. In der Regel stundenlanges Warten bei der Bürokratie in den Städten. Alles muß persönlich beantragt werden, nichts kann telefonisch erledigt werden. Die Bürokratie geht davon aus, daß der Hilfesuchende eines im Überfluß hat: Zeit. Und das Warten und das Wartenlassen hat ja auch symbolische Bedeutung: Wer oft warten muß, wird kleingemacht.

+ Geld. Es entstehen Kosten für Porti, Telefonate, Kopien, Fahrtkosten. Hinzu kommt, daß die Hilfeempfänger mehr Geld ausgeben müssen für ihre Bedarfsdeckung als der Normalbürger. Sie können zum Beispiel keine Rücklagen bilden und so im Großen billiger einkaufen; oft sind sie mangels Transportmöglichkeit auf die teureren Geschäfte in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung angewiesen.

+ Laufereien. Bevor überhaupt gezahlt wird und später für jeden Antrag, bei dem es um eine „einmalige Beihilfe“ geht, gibt es Lauferein, z.B. beim Wohngeldamt, der Kindergeldkasse, dem Arbeitsamt. Ist dort alles genehmigt, wird den Betroffenen das Geld wieder von der Sozialhilfe abgezogen. Gerade die Menschen, die sich am schlechtesten wehren können, werden am längsten durch die Mühlen der Bürokratie gedreht. Dies erzeugt Angst, Verunsicherung und wird zur Demütigung.

+ Konfliktfähigkeit. Die Hilfeempfänger kämpfen immer um Details. Vielleicht um die Kleidung für die Kinder, um die Stromrechnung oder die Klassenfahrt, um einen Kühlschrank - und es liegt häufig im Ermessen des Sachbearbeiters, ob er die beantragte Hilfe gewährt.

Insgesamt gilt: Es gibt keine Sozialleistung, die den Hilfeempfänger mehr kostet als die Sozialhilfe, denn sie kostet die persönliche Würde.

Die Armut ist noch immer weiblich

Diese Kosten bezahlen vorwiegend die Frauen. Einmal, weil die Mehrzahl der SozialhilfeempfängerInnen weiblich ist (57 Prozent), zum anderen aber auch, weil nachgewiesen wurde, daß Männer sich in der Regel nur bei der Antragsstellung auf der Behörde zeigen, den täglichen Kleinkrieg mit der Bürokratie dann den Frauen überlassen.

Zehn Millionen (von insgesamt 25

ritätischen Wohlfahrtsverbandes 1989).

Die Armut ist weiblich, reklamiert die Frauenbewegung und verweist auf Fakten:

- 50 Prozent der Arbeitslosen in der Bundesrepublik sind Frauen (obwohl sie nur ein Drittel der Erwerbstätigen stellen);
- 66 Prozent aller Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag sind Mädchen;
- 80 Prozent aller über 65jährigen SozialhilfeempfängerInnen sind Frauen;
- 87 Prozent aller Rentnerinnen haben weniger als 1.200 Mark (öS 8.400) Rente (bei den Männern 30 Prozent).

und Männern gemeinsam benutzt werden muß ... gibt es immer wieder Gefahren ... vor allem auch, weil die Lagerbewohner nichts zu verlieren haben. Die Polizei kümmert sich nicht darum, was in den Lagern vor sich geht. Man kann jemanden schlagen, eine Frau vergewaltigen, sie kümmern sich nicht darum", so schildert eine Iranerin die Erfahrungen, die sie seit 1989 in einem Tübinger Sammellager machen mußte. Zudem trifft die Frauen besonders stark der Verlust des sozialen Netzes, wie es sich in ihren Heimatländern oft in den Familien und der Nachbarschaft findet.



Millionen) Frauen über 15 Jahre in der Bundesrepublik sind erwerbstätig. Über die Hälfte dieser Frauen bezieht ein Nettoeinkommen um 1.500 Mark (öS 10.140). Entsprechend niedrig sind im Alter ihre Renten. Bei gleichen Versicherungsjahren (35 bis 40 Jahre) erhielten 1988 die Arbeiter durchschnittlich 1.330 DM (öS 9.500) Rente, die Arbeiterinnen nur 918 DM (öS 6.730).

Durch die Jahre der Kindererziehung verkürzen sich bei vielen Frauen die Versicherungszeiten. Die Renten sind entsprechend: Die durchschnittliche Rente der Arbeiter betrug 1.150 DM (öS 8.050) (die der Angestellten 1.692 DM, öS 11.844) und die der Arbeiterinnen nur 392 DM (öS 2.744) (Angestellte Frauen DM 648, öS 4.536) (Zahlen aus dem Armutsbericht des deutschen pa-

Die Ärmsten der Armen: die Flüchtlinge

Wenn es schon schlimm ist, arm und eine Frau zu sein, so erfährt diese Lebenslage bei den Ausländerinnen und besonders bei den Flüchtlingsfrauen ihre Steigerung. Ihr Aufenthaltsrecht bleibt in den weitaus meisten Fällen abhängig vom Aufenthaltsrecht des Mannes. Viele leben in Sammelunterkünften auf engstem Raum mit Menschen (vor allem mit Männern) aus verschiedenen Herkunftsländern und sind sexuellen Übergriffen oft schutzlos ausgesetzt. „Das eigentliche Leben im Lager beginnt erst nachts, wenn viele betrunken sind. In der Toilette, die ja von Frauen

Es ist das Zusammentreffen vieler einschränkender Maßnahmen und der restriktiven Anerkennungspraxis der Behörden, was das Leben aller Flüchtlinge, Männer und Frauen, unerträglich macht. Armut für Flüchtlinge, das bedeutet neben der materiellen Not vor allem auch ein Leben in Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft, also die Unmöglichkeit der Lebensplanung. Vor allem aber bedeutet es die ständige Konfrontation mit den vielen Formen der Ausländerfeindlichkeit, des Rassismus. Alltägliche Schikanen oder Demütigungen gibt es aber nicht nur von seiten der Bevölkerung, sie werden auch von den Behörden eingesetzt, denn gegenüber den Flüchtlingen beruht ihr Tun auf dem Gedanken der Abschreckung. Die Lebensbedingungen der in der Bundesre-

ARMUT IN DER BRD

publik lebenden Asylbewerber sollen mögliche weitere Flüchtlinge davon abhalten, hierher zu kommen. Armut zählt nicht als Grund für die Aufnahme. Arme sind Wirtschaftsflüchtlinge und werden abgeschoben. Und wenn sie gar so unangepaßt auftreten wie derzeit die Sinti und Roma aus Rumänien, dann wird gegen sie mobil gemacht. In Essen haben Anwohner einer Flüchtlingsunterkunft rechtsradikalen Skins 5.000 Mark gezahlt, damit sie die Roma, die dort leben, terrorisieren. Die Kommunen schreien nach dem starken Arm der Landesregierungen, und die Politiker - allen voran der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Lafontaine - machen sich daran, Arm in Arm mit der Reaktion das Grundrecht auf Asyl auszuhöhlen.

In der DDR: Ausländer und Frauen zuerst

Auch in der DDR haben AusländerInnen derzeit keine Rechte. AusländerInnen und Frauen sind die ersten Opfer der deutsch-deutschen Sturzgeburt mit Namen Wiedervereinigung. Mit den AusländerInnen aus Vietnam, Kuba oder Moçambique wurde bereits kurzer Prozeß gemacht. Sie wurden einfach nach Hause verfrachtet. Ein großer Teil der Frauen in der DDR soll zurück an den Herd. „Frauen und Kinder zuerst“, heißt das Motto. Rechtswidrige Entlassungen von Frauen gehören zum Alltag.

ANZEIGE

Die Schließung der Betriebskindergärten ist in vollem Gange. Nicht selten geschieht sie auf 'kaltem Wege': Man entläßt zuerst das technische Personal. Und wenn nicht mehr geputzt, geheizt oder gekocht werden kann, ist auch das Problem Betriebskindergarten gelöst. Großstädte (wie z.B. Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern) beschließen per Erlaß, daß Eltern ihren Anspruch auf einen Kindergartenplatz verlieren, wenn ein Elternteil länger als sechs Wochen arbeitslos wird.

DDR-weit wird so dafür gesorgt, daß die Probleme der Kinderbetreuung Ost mit denen in West vereinigt werden. Denn dies schränkt die Wettbewerbsfähigkeit der Frauen massiv ein. Und wenn das bundesdeutsche Niveau erreicht werden soll, dann muß gut die Hälfte der jetzt noch weit über 80 Prozent berufstätigen Frauen zurück an den Herd. Gesamtdeutsche weibliche Armut ist so vorprogrammiert. Das gesamte Ausmaß dieses Prozesses ist jedoch jetzt noch nicht auszumachen. Erst zum Jahresende fallen die letzten sozialen Schutzvorschriften für Frauen.

„DDR-Wirtschaft im Chaos“ - das ist der Tenor im bundesdeutschen Blätterwald Mitte August 1990. Der Patient DDR liegt in Agonie, noch bevor die Operation zu Ende ist. Die Arbeitslosenzahlen der DDR (im Juli 1990 273.000 oder 3,1 Prozent) ergeben noch kein realistisches Bild. Minde-

stens 700.000 Kurzarbeiter müssen jetzt schon dazugezählt werden. Auch in der Bundesrepublik hat sich im Juli die offizielle Zahl der Arbeitslosen wieder erhöht. Im 8. Jahr des Wirtschaftsaufschwunges sind es 1,863 Millionen.

Die „marktwirtschaftlichen Überzeugungstäter“ („Frankfurter Rundschau“) aus Bonn setzen für Gesamtdeutschland auf die „Pferdeäpfeltheorie“, die in der Studie der Wissenschaftler aus der Arbeitsgruppe „Armut und Unterversorgung“ der Fachhochschule Niederrhein so beschrieben wird: „Man muß die Pferde (Unternehmen) kräftig füttern, um zu erreichen, daß in ihren Pferdeäpfeln ausreichend Körner übrig bleiben, damit auch die Spatzen (Arbeitnehmer) satt werden.“ Und wenn - wie zu befürchten ist - für die gesamtdeutschen 'Spatzen' zu wenig übrig ist, dann überlebt eben nur der Stärkere.

Die Tugend des Teilens bleibt allein bei den Armen. Ein „heißer Herbst“ wird prognostiziert. Allerdings ist bis jetzt nicht zu erkennen, daß aus der immer stärker aufbrechenden sozialen Frage in Gesamtdeutschland auch eine soziale Bewegung wird.

Für Peter jedenfalls, den Bettler vom Dammtor-Bahnhof in Hamburg, hat der Kampf um soziale Gerechtigkeit keine Perspektive. „Ich kämpf' schon auf der Straße“, sagt er. „Ich will nicht mehr. Totsaufen, das ist mein Leben.“

Christine Weber-Herforth lebt als freie Journalistin in Hamburg.

‘Archäologie‘ des philosophischen ver-packten

André Gorz

Fadens. Die Ent-Packung der Philosophie

Versuch einer kritischen

Leonhard Bauer

Strukturierung Gorz'schen Denkens

Ökonomische

Wolfgang Pircher

Rationalität

Ein neuer

Maria Mies

Arbeitsbegriff

Fiktion der Freiheit durch Technik. Feministische Positionen

Irmi Voglmaier

zum Verhältnis von Arbeit, Technik und Freiheit

Der Sozialismus ist tot - es lebe der Sozialismus?

Bennhold-Thomsen

Gegenseitigkeit statt sozialer Gerechtigkeit

Humane und ökologische Kosten des

Sarat Sarkar

Gorz'schen Paradies

Der Grenzgänger Gorz

Luise Gubitzer

als Herausforderung für die Ökonomie?

Soziale Bewegungen ohne historisches Subjekt

Nikolaus Dimmel

Thesen zu Sozialkonflikten in den 90er Jahren

Organisation gesellschaftlich erforderlicher

Paul Kellermann

Arbeit und Geld

Gorz und die Kritik

Kurswechsel

der ökonomischen Vernunft.

erscheint vierteljährlich Umfang ca. 110 Seiten

Heft 3/90

Einzelheft ÖS 45,- Jahresabo ÖS 180,-

Bestellungen an: KURSWECHSEL c/o Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (Beigewum)

A-1060 Wien, Mariahilferstraße 105/2/13 tel. 0222/5971920

Diesmal hatten die Historiker die Nase vorne. Bereits am 22. Dezember 1989 schloß das Museum für deutsche Geschichte in Ostberlin seine DDR-Abteilung. 1949 bis 1989 war nicht mehr. Auch mit der endgültigen Schließung des gesamten historischen Museums im ehemaligen Zeughaus Unter den Linden war man mit bei den ersten. Drei Wochen vor dem politischen Aus für den zweiten deutschen Staat kam die historisch-materialistische Betrachtungsweise der deutschen Geschichte hinter Schloß und Riegel. 450.000 Objekte sowie der ganze Museumskomplex gehen damit in bundesdeutschen Kulturbesitz über. Die Neuinterpretation der Vergangenheit wird eine Weile in Anspruch nehmen.

Nicht einmal 41 Jahre alt ist sie geworden, die 1949 - nach der BRD - gegründete Deutsche Demokratische Republik. Viele Menschen haben sie - was bei einem Staatsgebilde eher selten ist - überlebt. Anfängliche Begeisterung ist bald allgemeiner Ernüchterung gewichen. Und die Hoffnungen des letztjährigen Herbstes wurden schnell enttäuscht. Statt einer besseren DDR, für die von Leipzig bis Berlin Zigttausende auf die Straße gegangen waren, ist eine größere BRD entstanden.

Mit deren sozialen Problemen - vor allem im Osten - füllen sich nun auch die Seiten und Bildschirmröhren der neoliberalen West-Propaganda. Der vielzitierte 'kleine Mann', so die allgemeine Einschätzung, hätte sich mehr erwartet von Helmut Kohls Deutschland, mehr Bequemlichkeit und weniger Arbeitslosigkeit, mehr soziale Sicherheit und weniger Überlebenskampf.

Wie empfinden kritische, politisch aktive Ostdeutsche das Ende 'ihres' Staates? Was bereuen sie? Worauf sind sie stolz? Wieviel Mühe bereitet es ihnen, ihr Leben auf die Erfordernisse der Westgesellschaft umzustellen, mit der anwachsenden gesellschaftlichen Aggressivität fertigzuwerden?

Von Anfang an dabei

Mit solchen Fragen habe ich mich aufgemacht und Prominente, die Anfang und Ende der DDR miterlebt haben, konfrontiert:

Jürgen Kuczynski, 87jähriger Historiker, seit den 30er Jahren Mitglied der kommunistischen Partei, hat so manches politische Wechselbad erlebt. Seine wissenschaftliche und publizistische Arbeit ließ ihn mal in Gnade, mal in Ungnade fallen. Heute lebt er in einer grau und schäbig wirkenden Vorortvilla in Berlin-Weißensee, umgeben von einer der umfangreichsten deutschen Privatbibliotheken.

Am Anfang unseres Interviews erzählt er mir von einem Dialog zwischen H. G. Wells und W. I. Lenin aus dem Jahre 1922. Wells, der zu Besuch in der jungen Sowjetunion weilte, wird von Lenin über seine Eindrücke befragt. „Man trifft so viele unzufriedene Leute auf den Straßen“, antwortet der britische Schriftsteller. Worauf der Revolutionär den Gast mit einem kurzen „Na bestens!“ verblüfft.

Wolfgang Ullmann, um die 65 Jahre alt, ist Vizepräsident der DDR-Volkskammer. Lange Jahre in kirchlich-oppositionellen Bürgerbewegungen engagiert, hat er die 1989er Wende als Aktivist der Gruppe „Demokratie Jetzt!“ mitgemacht.

Unser Gesprächstermin: Montag, 8 Uhr früh. Im „Haus der Parlamentarier“ am Marx-Engels-Platz herrscht bereits geschäftiges Treiben. Wolfgang Ullmann ist das genaue Gegenteil eines westgestylten Politikers: Sichtlich unkorumpiert, kommt er mit seiner Rolle als einer der höchsten Männer in der Noch-DDR kaum zurecht. Daß ihm Freunde jetzt zu seiner Übersiedlung in den Bonner Bundestag und seinem fürst-

lichen Salär gratulieren, behagt ihm nicht. „Dafür, daß ich nach Bonn komme, haben wir nicht jahrelang gekämpft“, gibt er sich über das Ende der DDR gar nicht so glücklich.

Anneliese Klenner, 64, hat ihr ganzes politisches Leben für die Rechte der Frauen gekämpft. Frauenkommission, Frauenausschuß, in Partei, Bezirk und Betrieb. 18jährig kam sie nach Mitteldeutschland, in die damalige Ostzone, aus Breslau vertrieben, Arbeiterkind. „Ich war froh, den Krieg überlebt zu haben.“ Das Arbeiter- und Bauernstudium hat ihr die Möglichkeit geboten, trotz Armut intellektuell und beruflich weiterzukommen. Anneliese Klenner steht auch heute noch zur DDR.

Wolfgang Harich, ebenfalls in den 60ern, Philosoph und Ökologe, ist erst vor wenigen Wochen offiziell rehabilitiert worden. Im Jahre 1956 hat er zusammen mit Walter Janka und der Gruppe um Paul Merker und Anna Seghers versucht, das Ulbrichtregime zu stürzen. Acht Jahre Gefängnis waren die Folge. Sie haben ihn trotzdem nicht zu einem Dissidenten gemacht.

DDR-Nachruf: DER STAAT STIRBT AB

Von Hannes Hofbauer

Sie haben Anfang und Ende der DDR miterlebt; Hoffnung und Enttäuschung, und wieder Hoffnung. Was haben die heute 65- bis 85-jährigen über 'ihren' Staat zu erzählen, der am 3. Oktober 1990 seine Pforten schließt?



Der 3. Oktober 1990 ist für ihn kein Feiertag: „Früher glühte ich für die deutsche Vereinigung, aber das jetzt ist keine. Das ist eine Vereinnahmung mit Hilfe von Kollaborateuren.“

Lothar Killmer, 71 Jahre alt, arbeitet seit der Staatsgründung - auch nach seiner Pensionierung - als außenpolitischer



Uwe Klaußmann - DER LETZTE DDR-BÜRGER

Etwas irritiert wirkte sie schon, die Mitarbeiterin des Standesamtes in Berlin-Friedrichshain (DDR), die mir am 7. September dieses Jahres die Staatsbürgerschaftsurkunde der DDR überreichte.

Im Mai, als ich den Antrag stellte, DDR-Bürger zu werden, war Innenminister Peter Michael Diestel noch der Meinung, die DDR werde etwa zwei Jahre lang, bis zum Abschluß des deutschen Einigungsprozesses, existieren. Seither geriet die Bearbeitung meines Antrages auf DDR-Staatsbürgerschaft zu einem Wettlauf mit dem Zug der deutschen Einheit, der ohne Notbremse an Bord nicht nur längst abgefahren war, sondern auch alle angekündigten Stationen vorzeitig durchraste.

Geboren im Jahr des Mauerbaus 1961 als Sohn ehemaliger DDR-Bewohner, hat mich die DDR von Kindheit und Jugend an intensiver beschäftigt, als das bei Bundesbürgern meist üblich war. Ich bin in den siebziger und achtziger Jahren oft in der DDR gewesen und empfand ausgeprägte Sympathie - nicht für die Politik des Politbüros, aber für das „Staatsvolk der kleinen Leute“ (Günter Gaus), das unter schwierigeren Bedingungen zu leben gelernt hatte als die Mehrheit der Westdeutschen.

Das in der Bundesrepublik traditionell verbreitete Desinteresse am Leben von 16 Millionen Menschen in der DDR gehört nicht gerade zu den sympathischsten Seiten der sich nun vergrößernden Bundesrepublik. Noch kurz vor dem Anschluß Bürger der DDR zu werden, kann kaum mehr als eine symbolische Geste der Solidarität sein. Es ist zudem ein Anlaß zum Nachdenken darüber, daß die Parole „Wir sind ein Volk“ auch nach dem 3. Oktober 1990 durchaus nicht der Realität des neuen Deutschland entspricht.

Redakteur im „Neuen Deutschland“. 1945 ist er, nach fünfeinhalb Jahren Konzentrationslager, in die KPD eingetreten, schon deshalb, „weil mich die Sowjets vor dem Ofen gerettet haben“.

Heute wirft er dem DDR-Sozialismus vor, die Gefühle und Emotionen der Menschen im Lande übersehen und ignoriert zu haben. Lothar Killmers Menschenbild hat sich von der marxistischen Philosophie entfernt. Als ich ihn darauf anspreche, erschrickt er. „Was, ich soll kein Marxist mehr sein? Aber ... vielleicht ist das gar nicht so schlimm und nicht böse gemeint.“

Klaus Höpcke, frühe 60, war stellvertretender Kulturminister von 1973 bis September 1989. Sein Auftreten macht deutlich, daß die Spitzen der ehemaligen Nomenklatura gut geschulte Kader sind. Er hält sich zugute, daß er einer der wenigen Staatsfunktionäre war, die - wenn auch kleinlaut - Kritik am Honeckerkurs geübt haben. Für unser Interview unterbricht Klaus Höpcke eine Versammlung der PDS (Partei des demokratischen Sozialismus), die unter der Losung „Erneuerungskongreß“ in der früheren Parteiakademie abgehalten wird.

Was war die DDR?

In die offizielle, die herrschende Geschichtsschreibung werden die 40 Jahre DDR als politischer Anachronismus eingehen, als Folge geostrategischer Konstellationen nach 1945, die in demselben Moment irrelevant wurden, als die Sowjetunion zusammenbrach und die BRD erstarkte. Auf Propagandadeutsch wird es dann heißen: Die DDR war Mauer plus Stasi plus Loyalität zur Sowjetunion.

Tatsächlich war der zweite deutsche Staat von Anbeginn an so nicht geplant. Bis 1949 glaubte die Ostberliner Führung an die Errichtung eines gesamtdeutschen Staates, den sie gerne sozialistisch gesehen, mit dessen bürgerlich-demokratischer Form sie sich jedoch ebenfalls abgefunden hätte. Und noch drei Jahre nach den zwei deutschen Staatsgründungen, im Jahre 1952, bot die berühmte Stalinnote die Möglichkeit für ein gemeinsames, neutrales Deutschland. Die Westmächte, allen voran Frankreich, lehnten ab. BRD-Kanzler Konrad Adenauer sprach sich gegen ein neutrales Gesamtdeutschland und für die Westintegration der größeren Hälfte aus. Spätestens im Jahre 1961, beim Bau der Berliner Mauer, verordneten die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland)-Größen den Ostdeutschen eine eigene DDR-Identität. Die Abschottung, wirtschaftlich notwendig, politisch und kulturell fatal, begann.

Für Jürgen Kuczynski war die DDR ein deformierter sozialistischer Staat. Viel weniger, als wofür er gekämpft und geschrieben hatte, aber mehr als Mauerbau und Stasi. „Ich beteilige mich nicht an den allgemeinen Beschimpfungen, die in den 40 Jahren DDR nur ein Verbrechen sehen. Denn immerhin gab es soziale Sicherheit und eine - wenn auch stark behinderte - kulturelle Entwicklung. Wir waren ein Leseland; heute kann davon keine Rede mehr sein. Unsere besten Schriftsteller, die sich 1989 gegen das Regime gestellt haben, aber sozialistisch gelieben sind, werden verhöhnt.“

Wolfgang Ullmann sieht die DDR als Versuch einer Alternative zur westdeutschen Restauration der bürgerlichen Besitzklassen. „Daß sich die westdeutschen Bürger Richtung Frankreich und den USA wandten, hat mich sehr verwundert. Weil auch ich aus demselben bürgerlichen Milieu stamme, weiß ich, daß das ideologisch unglaublich war. Man stellte sich, das war einfach, auf die Seite der Sieger. Auch hier im Osten.“

Der Versuch ist zwar gescheitert, dennoch will Ullmann nicht alles in Bausch und Bogen verdammen. „Meine Kinder fühlten sich hier zuhause, obwohl ihr Vater ein Gegner der Kommunisten war und sie sich nicht an der FDJ (Freie deutsche Jugend) oder der Jugendweihe (= Firmung für Jungkommunisten, d.V.) beteiligten. Sie sind, auch wenn es eigenartig klingt, Osteuropäer geworden. Meine Tochter z.B. hat in Warschau Musik studiert und am hiesigen Kulturleben teilgenommen.“

„Die meisten Menschen hier waren loyal zu ihrer Heimat“, meint auch der Historiker Jürgen Kuczynski: „Bis Anfang der 80er Jahre empfanden sie die soziale Sicherheit stärker als die gesellschaftliche Unterdrückung.“

Kritischer sieht das Wolfgang Harich. Für ihn war die Mehrheit der DDR-Bevölkerung zu jeder Zeit mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden. „Man fand sich damit ab. Was gut am System war, nahm man als selbstverständlich hin. Wenn einer aus dem Westen gekommen ist und erstaunt gefragt hat, was, Du zahlst nur 40 Mark Miete im Monat, hieß die Antwort: Na, das wär ja noch schöner ... Gesehen wurde nur, was nicht gut war in der DDR. Zum Beispiel im Westfernsehen. Die hatten dort alle BMW und Mercedes. Und wie leicht man an die Ersatzteile herankam! Nicht zu reden von den politischen Freiheiten. Nein, wie ist das schön, wenn im Bundestag die SPD auf die Regierung schimpft. Das alles dürfen wir hier nicht. Und nach Spanien in den Urlaub fahren ist auch nicht drinnen.“

Das Argument der sozialen Sicherheit hat die SED-Führung bis zum Überdruß benützt, um so etwas wie Massenloyalität vorzugaukeln. Heute sieht das Klaus Höpcke kritischer: „Die Führung hat ständig Selbstlob ausgestreut. Übermäßige Lobpreisungen waren an der Tagesordnung. Aber das hat natürlich das Fehlen diverser bürgerlicher Freiheiten, wie z.B. Reisen, nicht kompensieren können.“ Den tieferen Grund, warum das ganze soziale Sicherungssystem heute Loyalität bewirkt hat, ortet Lothar Killmer in der Tatsache, daß auf die sozialen Errungenschaften nicht mit Dankbarkeit reagiert wurde, sondern mit einem Vergleich zur Lage in Westdeutschland. „Das war natürlich verständlich, aber fatal.“

Spießig, kleinbürgerlich, biedermeierlich

Also sah man West-TV und rückte sich die eigene kleine Welt zurecht. Neben einer Minderheit von überzeugten Kommunisten und einer klandestin agierenden antikommunistischen Szene zog sich die Mehrheit der DDR-Bürger/innen in die Privatsphäre zurück. Die SED hat diesen Prozeß gefördert, ganz nach der Devise: Besser das Volk züchtet Zwiebel, als es engagiert sich politisch. Günther Gaus hat das einmal die „Nischengesellschaft“ genannt, ab 1970 die vorherrschende Gesellschaftsform der DDR. Gleichzeitig spießbürgerlich und biedermeierlich, drückte dieser Rückzug ins Private auch eine Art Einverständnis zwischen Partei und Bevölkerung aus. Ähnlich dem Kadarismus in Ungarn, überließ die Bevölkerung der Partei das politische Aktionsfeld, während sich umgekehrt kein Funktionär daran stieß, wenn sich die Werktätigen am Volkseigentum bedienten und sich knappe Waren anders als im Geschäft besorgten. Motto: Ohne Diebstahl geht gar nichts.

Was sich da in der Nischengesellschaft abgespielt hat, erklärt mir Wolfgang Harich: „Je nach Gusto wurde Rockmusik oder Mozart gehört, Christa Wolf gelesen und im Wald gegrillt. Ein halbes Leben hat man an seiner Datscha (Einfamilienhaus, d.V.) gebaut, und wenn die Datscha fertig war, sich zu langweilen begonnen. Dann ließ man sich scheiden und war mit der Frage beschäftigt, wer denn nun Datscha, Auto und Farbfernseher bekommen würde.“ Die im europäischen Maßstab höchste Scheidungsrate ist allerdings seit der Verkündung der deutsch-deutschen Währungsunion stark rückläufig. Zuviel Neues und Bedrohliches kommt auf die Ostdeutschen zu, als daß sie Muße genug



Fotos: Andreea Komlosy

Russische Soldaten verkaufen ihre Uniformen

hätten, das Spiel mit dem Partnertausch fortzusetzen.

Anneliese Klenners Leben hatte nichts von biedermeierlicher Beschaulichkeit. „Wir haben für Kindereinrichtungen und Haushaltstag gekämpft“, was bis zum 3. Oktober 1990 relativ

Für Jürgen Kuczynski sind falsche Weichenstellungen im Sozialbereich mitverantwortlich für die allgemeine Verantwortungslosigkeit, die sich in der DDR-Gesellschaft breitgemacht hat. „Die Entscheidung z.B., aus dem verfassungsmäßig garantierten Recht auf Ar-



Berlin, September 1990

beispielhaft funktioniert hat. „Gegen Ende der 60er Jahre sind dann die Frauenausschüsse mehr und mehr zurückgedrängt worden. In der Partei hatten wir nichts mehr zu reden, und die Jüngeren begannen, ausschließlich in der Freizeit zu leben.“

Abgeschiedenheit war nicht nur für das gesellschaftliche Leben typisch, sondern prägte ebenso den Staat DDR. „Freilich war an der Abschottungspolitik der DDR auch das westliche Embargo schuld, demzufolge wir keine High Tech einführen durften, aber auch interne Gründe für unser wirtschaftliches Scheitern gab es genug.“

beit ein Recht auf den jeweiligen Arbeitsplatz zu machen, war völliger Blödsinn. Für uns auf der Universität gab es dann nur zwei Wege, unfähige junge Wissenschaftler, die unglücklicherweise auf dem falschen Sessel saßen, loszuwerden: Entweder man überredete den jungen Wissenschaftler, den Direktor in die Nase zu beißen. Das war ein Entlassungsgrund. Oder man pries ihn so lange, bis ein anderes Institut auf ihn aufmerksam wurde, in der Hoffnung, daß er bald abgeworben würde.“

Was gesellschaftlich nach ein paar Jahrzehnten DDR so pervertiert ist, hat ideell unter ganz anderen Vorzeichen be-

gonnen. 1945 herrschte Aufbruchsstimmung, 'Kommunist' war noch kein Schimpfwort.

Der Anfang

Ilja Ehrenburg, der große sowjetische Schriftsteller, hat während des Krieges eine ständige Glosse in der „Prawda“ betreut. Seine Haßartikel auf Deutschland waren berühmt und endeten

Aufbau-Verlag als Lektor. Arnold Zweig, Bertolt Brecht und Anna Seghers kehrten aus der Emigration zurück. Lion Feuchtwanger brachte alle seine Schriften in 'meinem' Verlag heraus. Mit Georg Lukacs und Ernst Bloch verband mich bald mehr als das Lektorieren ihrer Werke. Für mich kam die ernste Krise erst, als Kurt Hager, der spätere Chef-ideologe Honeckers, von mir als Herausgeber einer Philosophiezeits-

als Arbeiterkind die Möglichkeit zum Studium bot, zog ich gleich mit meinen wenigen Habseligkeiten auf die Universität. Nach der Teilung in BRD und DDR, die ich - vor lauter Wiederaufbau - richtiggehend verschlafen habe, konnte ich mich schnell für die DDR erwärmen."

Die Euphorie des Anfangs hat sich dann im Herbst 1989 mit der Wende-euphorie wiederholt. Die bald daraufhin einsetzende Skepsis ist mittlerweile - zumindest in Berlin - einer politischen Resignation gewichen. „Dafür haben wir nicht gekämpft“, ist der Tenor bei jenen, die zu den ersten Demonstrationen gegen das Honeckerregime aufgerufen haben und nun vor dem Trümmerhaufen der DDR-Staatlichkeit stehen.

In Berlin herrscht eine aggressive Stimmung. Die Leute wissen, daß das Größte erst kommt. Noch sind die Mieten 'sozialistisch' und Busse wie S-Bahn kosten 20 Pfennige. In den Westsektoren muß man dafür 2,70 DM berappen. Und ab 3. Oktober wird der Osten an den Westen angedockt.

Wohin mit den offiziell errechneten 1,5 Millionen Arbeitslosen, den aus Nationaler Volksarmee und Ministerien Entlassenen? Wohin mit jenen, die sich die bevorstehende 10- bis 12fache Mieterhöhung nicht mehr werden leisten können? Das Ende der DDR droht ein Ende mit Schrecken zu werden.



Produktionsbetrieb geschlossen

regelmäßig mit der Floskel: „Germanija ne budjet!“ Deutschland wird nie wieder sein! Diese Haltung der Sowjetunion änderte sich nach dem Potsdamer Abkommen Anfang August 1945. Ab damals wollte Stalin ein wirtschaftlich geeintes, politisch neutrales Deutschland, schon deshalb, um einen faßbaren Kontrahenten zu haben, der bei Kriegsende reparationsfähig sein und Wiedergutmachung leisten können sollte.

Ein geeintes Deutschland, das war für die allermeisten selbstverständlich, auch nach Kriegsende. Von meinen Gesprächspartnern zweifelte Mitte der 40er Jahre niemand daran. Die Aufbruchsstimmung war gesamtdeutsch. „Noch im Jahre 1955 bekam ich die Ernst-Moritz Arndt-Medaille“, erzählt mir Lothar Killmer, „auf der der Satz zu lesen ist: Das ganze Deutschland muß es sein!“

Auch Wolfgang Harich erlebte die Stimmung im Nachkriegsberlin als antifaschistisch und gesamtdeutsch. „Ich war damals 21 Jahre jung, literarisch und philosophisch interessiert und sicher, daß mit der Zeitenwende alles Gute beginnen würde. Im französischen 'Courier' arbeitete ich als Journalist, im

chrift forderte, ich solle den Ersten Sekretär der SED, Walter Ulbricht, anlässlich seines 60. Geburtstages als großen Philosophen preisen. Meine Weigerung brachte größere Probleme mit sich. ... Überhaupt war diese Zeit nach 1952, als Walter Ulbricht den Aufbau eines eigenen DDR-Sozialismus proklamierte, die schlimmste Periode in der Geschichte dieses Staates. Das Land wurde abgeschottet, die Länderstrukturen aufgebrochen, den Kleingewerbetreibenden die Lebensmittelkarten entzogen, der Klassenkampf gegen die Kirche ausgerufen. Kurzum, es war eine Periode des Terrors.“ Bis 1956 kämpfte Harich, zeitweilig als Titoist diffamiert, gegen den Ulbrichtkurs. Erfolglos: Im Jahre 1956 wanderte er für acht Jahre hinter Gitter.

Anneliese Klenner war 18 Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. „Für mich war 1945 die Stunde Null. Ich wollte für den Frieden arbeiten, bis zur Erschöpfung. Daß ich durch meine Flucht aus Breslau nach Magdeburg und nicht nach München kam, war reiner Zufall. Aber wir glaubten ohnehin alle an ein einiges Deutschland. Als sich dann für mich

Das Ende

Wohnungsbegehung in einem alten Mietshaus im Ostberliner Stadtteil Friedrichshain. Ein Mann und eine Frau ver-

Penzlauer Berg/Ostberlin



messen zielstrebig Küche, Zimmer, Vorzimmer ...

„Sie haben ja einen netten Balkon.“ Die Hausfrau zuckt zusammen. Warum? Ist das nicht erlaubt? scheinen ihre Augen zu fragen.

Erlaubt ist alles, nur Kosten wird es zukünftig mehr als die 40 Mark pro Monat. Doch das sagen die Wohnungswermesser nicht, sondern verweisen diesbezüglich auf den Anschlag im Hausflur. Dort steht lapidar in Amtsdeutsch: „Werte Mieter! Wie Sie bereits den Informationen der Medien entnehmen konnten, machen wegfallende Subventionen in der Wohnungswirtschaft und erhöhte Aufwendungen in der Wohnraumverwaltung es erforderlich, kostendeckende Mieten perspektivisch einzuplanen.“ Perspektivisch einplanen, das ist den Mietern, die seit über 15 Jahren in Friedrichshain wohnen, etwas zu unkonkret. Doch Genauer ist aus den Wohnungsbegehren nicht herauszubekommen. Wer sie überhaupt geschickt hat, will die Hausfrau noch wissen. „Die Wohnbaugesellschaft mit beschränkter Haftung“, die Betonung setzt sich bedrohlich auf den letzten Worten fest.

Im Supermarkt ist die Deregulierung, wie sie für den Wohnungsmarkt gerade vorbereitet wird, schon längst abgeschlossen. Dort, in der ehemaligen Leninkaufhalle - den neuen Namen merkt sich hier derweil noch niemand -, gibt es keine DDR-Produkte mehr. „Konsum“ und „HO“, die beiden großen ostdeutschen Supermarktketten, haben sich gleich nach der Währungsunion finanzkräftige Partner aus dem Westen gesucht. Bevor die mit ihren LKW kamen, mußten die Regale leer sein. Mitte September 1990 ergab ein Augenschein, daß außer einer Hautcreme, zwei Sorten Bier, Mineralwasser, Speiseeis und Kohlrüben keine Ostprodukte mehr im Laden zu finden waren. Dafür sah die Asienabteilung aus wie in einem Londoner Supermarkt: Satésauce, japanischer Sake, verschiedene Sorten Soja ...

Woran die DDR schlußendlich zugrunde gegangen ist, will ich von meinen Gesprächspartnern wissen: Anneliese Klenner sieht den Grund dafür in der unüberwindlichen Kluft zwischen SED-Führung und Volk. Zwischen dem 'Wir' und dem 'Die' lagen Welten. Und „statt eine Verbesserung des Sozialismus anzustreben, hat man sich in den bürokratischen Führungsetagen eingebunkert und die Leute dumm sterben lassen.“

Auch Lothar Killmer macht die SED-Parteilinie für den Zusammenbruch mitverantwortlich. „Die haben aus der geheimen Kampforganisation KPD eine Massenpartei machen wollen, indem sie die hunderttausenden Mitglieder auf ver-



Ein Andenken gefällig?

schwörerische Prinzipien einschwören wollten. Zusammen mit dem Druck von außen, insbesondere via TV und Radio, ist dieses Modell in sich zusammengesackt wie ein Luftballon ohne Luft.“

Nicht so sehr in der Politik der DDR sieht Wolfgang Harich das schnelle

te Male verwünscht hatten, nicht mehr ist. „Uns Frauen geht es nun an den Kragen“, meint etwa Anneliese Klenner. Was sie besonders schmerzt, ist, daß ihre Enkelkinder nicht mehr, wie sie, studieren werden können.

Viel abgeklärter reagiert Jürgen Ku-



Löcher in der Mauer

Ende begründet. „Primär ist, daß die Sowjetunion mit Pershing II und Cruise Missiles zu Tode gerüstet worden ist. Auch das wirtschaftliche Engagement für Kuba, Angola, Moçambique, Afghanistan, Vietnam etc. hat die Sowjetunion so geschwächt, daß ihr das osteuropäische Glacis zusammengebrochen ist.“

Die eigene politische Unfähigkeit der ehemaligen DDR-Führung bestreitet niemand. Und glückliche Gesichter sieht man in Ostberlin wenige. Die meisten meiner Gesprächspartner empfinden es als ein persönliches Unglück, daß 'ihre' DDR, deren Führer sie hunder-

czynski: „Allen meinen jungen Freunden, die unter 70 sind“, meint der 87-jährige, „sage ich, daß sie die neue Wende noch erleben werden. Und ich laß mir die Vorfreude darauf nicht nehmen.“

Die nächste Zukunft läßt solchen Optimismus nicht gerechtfertigt erscheinen. Den Grundtenor der Wendehalsgeneration, der 40- bis 50jährigen, faßt ein Mitarbeiter des nun bereits geschlossenen Museums für deutsche Geschichte folgendermaßen zusammen: „Durch 40 Jahre Schweigen in der DDR haben wir uns das Mitspracherecht für die Zukunft verwirkt.“ ■

Am 12. Mai 1985 warf die Polizei von Philadelphia, nachdem angebliche Verhandlungen und ein konventioneller Boden-Angriff mit Tränengaskanistern, Wasserwerfern und Kugelhagel gescheitert waren, vom Helikopter aus einen Sprengsatz auf das Dach des Hauses an der Osage Avenue im westlichen Stadtviertel Cobbs Creek. Zielobjekt waren die in Nr. 6221 verschanzten Mitglieder der radikal-utopistischen schwarzen Bewegung „Move“, welche durch das von oben - will heißen: durch die gesprengte Dachöffnung - eingeworfene Tränengas herausgetrieben werden sollten. Die Nachbarschaft, die sich über das schmutzige Treiben der nackt herumspazierenden, allem Fortschritt abholden „Move“-Gemeinschaft seit langem beklagt und die Stadtbehörden um Intervention gebeten hatte, war beizeiten evakuiert worden. Und die kapitulationsunwilligen „Movers“, welche sich um die Freilassung ihrer (unge-



sprengt worden wären sie sowieso) und vor allem, was den Angriff auf schwarze, nicht systemkonforme Organisationen betrifft, keineswegs unverhältnismäßig.

Mumia Abu-Jamal

Einer, der sich stets gegen die öffentliche Verunglimpfung der „Move“-Bewegung gewehrt hatte und in der Folge die unschuldig Verurteilten in Interviews zu Wort kommen ließ, war der schwarze Journalist und Aktivist **Mumia Abu-Jamal**. Auch er hatte bereits seine Erfahrungen mit der weißen Ordnungsmacht gemacht: Als Dreizehnjähriger war er bei einer Protestkundgebung gegen die Präsidentschaftskandidatur des für Rassentrennung plädierenden Südstaatengouverneurs **George Wallace** verprügelt und festgenommen worden. Wenige Jahre später wurde er als blutjunger „Informationsminister“ der „Black-Panther“-Sektion in Philadelphia

Politische Gefangene in den USA: TODESSTRAFE FÜR DIE OPPOSITION

Von Corinne Schelbert

Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal wartet auf seine Hinrichtung.

**Sein Fall macht deutlich: Die Weißen bedienen sich der US-Justiz,
um die radikale Opposition zu liquidieren.**

rechtfertigterweise, wie sich herausgestellt hatte) wegen Polizistenmords ein-sitzenden GenossInnen bemüht und bis anhin nur vage Drohungen ausgestoßen hatten, waren rechtzeitig zu schwerbewaffneten, bunkermäßig organisierten Terroristen promoviert worden. So ließ man das „strategische Feuer“ erst einmal ein bißchen brennen. Als es ein bißchen mehr brannte, war es bereits zu spät; es hatte auf die umliegenden Häuser übergegriffen. Resultat der Aktion: 53 zerstörte Häuser, 240 Obdachlose und - kalkuliertes Risiko - elf tote „Move“-Angehörige, in deren Haus sich weder ein nennenswertes Waffenarsenal noch unterirdische Tunnels fanden. Die Medien verurteilten die Aktion wechselweise als „dumm“, „tragisch“ oder „unverhältnismäßig“.

Sie war natürlich ungleich mehr: Zynisch, mörderisch (die eingebunkerten „Movers“ hatten keine Chance; erschossen, verbrannt oder in die Luft ge-



Foto: Contrast

während einer der zahllosen Razzien auf die Parteizentrale zur Zeit der notori-schen FBI-Eliminierungskampagnen verhaftet. In den siebziger Jahren profilierte sich Abu-Jamal mit landesweit ausgestrahlten Radiosendungen und war ein nicht nur in militanten Kreisen respektierter Systemkritiker. Das war besonders unangenehm für Philadelphias damaligen Bürgermeister **Frank Rizzo**. An einer Pressekonferenz anlässlich des „Move“-Überfalls machte er die „neue Gattung von Journalismus“ für den Polizistenmord verantwortlich und sagte, u.a. an die Adresse des anwesenden Abu-Jamal: „Die Leute glauben, was ihr schreibt und sagt. Das muß aufhören. Und eines Tages, hoffentlich noch während meiner Amtszeit, werdet ihr für euer Tun zur Verantwortung und Rechenschaft gezogen werden.“

Die „neue Gattung von Journalismus“ war nichts anderes als die in den USA so hochgehaltene Tradition des

sachlichen „investigative journalism“, dessen sich Abu-Jamal - auf der falschen Seite, interessiert an den falschen Subjekten - bedient hatte. Er hatte bereits im Rundfunk den Polizeieinsatz auf das „Move“-Hauptquartier kritisiert und daraufhin die verhafteten „Move“-Mitglieder (ein eindeutiger Fall von Sippenhaft, den auch der zuständige Richter nicht bestritt, als er nach dem Prozeß bekanntgab: „Ich habe sie als Familie vor Gericht gestellt, als Familie habe ich sie verurteilt“) wiederholt im Gefängnis besucht und in Radiointerviews „unzensiert“ zu Wort kommen lassen. Zu seinem Vorgehen sagte Abu-Jamal: „Als Reporter einer bekannten öffentlichen Rundfunkstation berichtete ich über diesen skandalösen, abgekarteten Prozeß, und anstatt wie ein Papagei die Tiraden des Staatsanwalts nachzuplappern, tat ich schlicht das, was jeder sogenannte 'objektive Reporter' zu tun gelernt hat, nämlich beide Seiten zu beleuchten - die des Systems und diejenige der Move-Leute. Dieses Vorgehen, ausgeführt mit einem fundamentalen Gefühl für Fairness und mit einer Empathie für radikale Mitmenschen, machte mich zur Zielscheibe der Justiz, besiegelte mein Schicksal der gesetzlichen Auslöschung“.

Abgekartetes Spiel

Das Trauerspiel wird zum Horrorstück. Abu-Jamal wird von den Mächtigen alsbald „zur Verantwortung gezogen“: Angeklagt, einen Polizisten umgebracht zu haben, wird er ohne Tatbeweis, allein auf Grund seiner Zugehörigkeit zu einer militant-aktivistischen Partei, als potentieller „Cop Killer“ zum Tode verurteilt. Das kam so: 1981 wird Abu-Jamal Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen einem Polizisten und einiger wegen einer Verkehrswidrigkeit angehaltenen Schwarzen. Unter diesen befindet sich sein Bruder, Abu-Jamal will ihm zu Hilfe kommen, es fallen Schüsse, der Polizist wird tödlich, Jamal schwer verletzt. Im nachfolgenden Prozeß wird der Tathergang nie geklärt. Es ist ein Geschworenensprozeß mit den bei schwarzen Angeklagten üblichen Schludrigkeiten und Regelwidrigkeiten - weiße Jury, Pflichtverteidiger, Verunglimpfung und Auftrittsverweigerung der Entlastungszeugen etc.

Die Anklage lautet auf Mord, der Richter empfiehlt die Todesstrafe für den „Cop Killer“, indem er juristisch „den Nachweis erbringt“, daß dem einstigen Mitglied einer mit dem Slogan „*Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen*“ operierenden Partei Polizistenmord seit jeher ein Anliegen gewesen sei. Um den

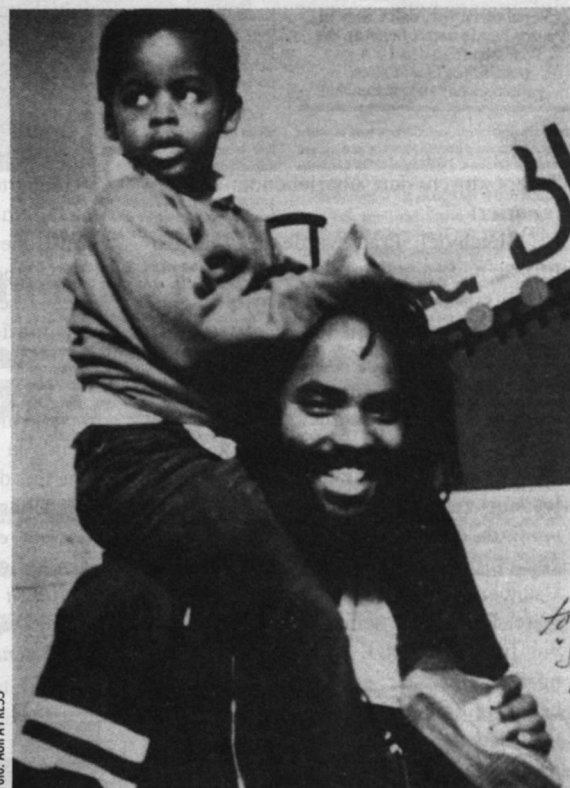
Geschworenen das Exekutionsurteil zu erleichtern, versichert der Richter ihnen in beispiellosem Zynismus, daß Abu-Jamal dann „*Berufung über Berufung über Berufung*“ einlegen könne. Das „Partisan Defence Committee“, eine linke juristische Verteidigungsorganisation, die letztes Jahr zusammen mit der Bündnisbewegung „Freedom Now“ eine Kampagne zur Rettung Abu-Jamals und zur Freilassung weiterer politischer Gefangener gestartet hatte, schreibt in seiner Broschüre: „*Die Anwendung der Todesstrafe ist in diesem Fall keine Verirrung. Der Fall Mumia Abu-Jamal enthüllt exakt das Wesen der Todesstrafe. Nicht nur offenbart er die Barbarei und willkürliche Grausamkeit dieser endgültigen Form des Staatsterrors, sondern auch den inhärenten Rassismus bei seiner Anwendung.*“

Der Richter hat die Geschworenen getäuscht: Seit der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania im März 1989 das Todesurteil gegen den 1982 Verurteilten bestätigt und die Berufung zweimal, 1989 und 1990, verworfen hat, kann sich Abu-Jamal nur noch an den Obersten Bundesgerichtshof wenden. Und dieser wiederum hat unlängst beschlossen, daß Hinrichtungen ausgeführt werden können, auch wenn noch nicht alle legalen Einspruchsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. (Dieser Entscheid hat bereits das Leben eines unschuldigen Schwarzen gefordert.) Abu-Jamals Leben ist also ganz unmittelbar bedroht. Andere politische Gefangene der USA afro-amerikanische AktivistInnen, puertoricanische UnabhängigkeitskämpferInnen, weiße AntiimperialistInnen - hatten etwas mehr Glück: Sie sitzen, zum Teil lebenslänglich und ohne Aussicht auf Prozeßwiederaufnahme, in Hochsicherheitstrakten, isoliert, abgeurteilt, vergessen. Aber immerhin lebendig. Und nicht unmittelbar vom Tode bedroht.

„Neutralisierung der Schlüsselextremisten“

Die „Black-Panther“-Mitglieder waren von Anfang an Hauptzielscheibe der staatlichen Liquidierungsbemühungen.

1967 kam FBI-Chef J. Edgar Hoover zum Schluß, daß die „Panther“, die bewaffnete Selbstverteidigung proklamierten, sich aber auch sozial in den Ghettos engagierten, die Kommunistische Partei als größte Bedrohung der inneren Sicherheit abgelöst hätten. Er lancierte das „Counterintelligence Program“ (Co-intelpro) mit dem Ziel, so sein Memo vom 25. August, „*die Aktivitäten von schwarzen Nationalisten, Haß-Typ-Organisationen und Gruppierungen, deren Führer, Sprecher, Mitglied- und Anhängerschaft zu exponieren, auseinanderzusprengen, irrezuführen, zu diskreditieren und anderweitig zu neutralisieren*“. Diese ungemein erfolgreiche FBI-Kampagne, ein eigentlicher verdeckter



Mumia Abu-Jamal

schmutziger Krieg gegen die schwarze Befreiungsbewegung in den USA, führte letztlich zur Auflösung der nie mehr als 800 aktive Mitglieder starken „Black Panther Party“ (BPP). Mindestens 30 „Panthers“ wurden vom Staat umgebracht („auf der Flucht erschossen“, im Schlaf oder bei einseitigen Schußwechsel* ehemalige Mitglieder befinden sich unter irgendwelchen läppischen Vorwänden im Gefängnis, vielfach lebenslänglich verurteilt.

Der skandalöseste Fall ist der des noch heute wegen Mordes einsitzenden Geronimo Pratt. Der hochdekorierte Vietnam-Veteran und einstige Führer der „Black Panther“ in Los Angeles wurde vom FBI als „schwarzer Schlüsselextre-

„mist“ unter ständige Bewachung gestellt und zur „Neutralisierung“, d.h. zum Abschluß freigegeben. Pratt entkam einem nächtlichen, von Verrätern aus den Reihen der BPP genauestens instruierten Mordkommando der Polizei nur dank einem Zufall, weil er wegen einer Rückenverletzung auf dem Boden statt im Bett schlief. 1972 war es dann so weit. Der während früherer Inhaftierungen vom FBI vergeblich zu Informantentätigkeit angehaltene und dank raffinierter Desinformationskampagnen zuletzt sogar aus der Partei ausgeschlossene Pratt wurde wegen einem vier Jahre zurückliegenden Mordanschlag auf ein weißes Ehepaar festgenommen. Ein Kollege Pratts, ein bezahlter FBI-Untergrund-Informant, hatte ausgesagt, Pratt habe seinerzeit mit diesem Mord geprahlt. Der ganze Prozeß war ein Witz - Belastungszeugen waren FBI-Informanten, Pratts Alibi wurde nicht überprüft, die positive Identifizierung eines anderen Täters durch den überlebenden Gatten ignoriert.

Gleichviel: Pratt wurde 1972 in Kalifornien wegen Mordes zu sieben Jahren bis lebenslänglich verurteilt. (Die auf unbestimmte Zeit festgesetzten Haftstrafen sind eine Spezialität dieses Bundesstaates.) Verschiedene Berufungen wurden regelmäßig zurückgewiesen, Pratt sitzt nun schon bald zwanzig Jahre (davon acht in Einzelhaft) und betrachtet sich zu Recht als „Kriegsgefangenen“, da er, sogar wenn er den Mord gegangen hätte, nach kalifornischen Usancen schon längst ein freier Mann wäre. Daß er für seine Überzeugung und nur für sie einsitzt, wurde von den Behörden in einer schönen Fehlleistung bestätigt, als unlängst ein Gesuch um Entlassung auf Bewährung mit der Begründung abgelehnt wurde, Pratt solle besser in Verwahrung bleiben, da er „noch immer ein ausgesprochen politischer Mensch ist“.

Hochsicherheit im Todestrakt

Daß es in den USA politische Gefangene gibt, wurde unlängst auch von einem Gericht bestätigt, als dieses vor zwei Jahren die Schließung eines Hochsicherheitstraktes und den Transfer der dort festgehaltenen drei Frauen anordnete. Die „High Security Unit“, eine kleine unterirdische Abteilung des Lexingtoner Frauengefängnisses in Kentucky, war im Dezember 1986 unter dem Eindruck der interessanten Stammheimer Experimente mit Isolationshaft von Linksradi kalen in Betrieb genommen worden. Das „Bureau of Prisons“ machte kein Geheimnis aus deren Kontroll- und

Abschreckungscharakter und schickte drei politische Aktivistinnen - die Anti-imperialistin Susan Rosenberg, die im puertoricanischen Unabhängigkeitskampf engagierte Alejandrina Torres und später die ebenfalls antiimperialistisch tätige italienische Staatsbürgerin Silvia Baraldini - in den Bunker mit der fadenscheinigen Begründung, daß sie „ausbruchgefährdet“ seien. Nachdem die drei Frauen nach allen Regeln der modernen Foltertechnik - sensorische Deprivation, permanente Videoüberwachung, künstliches Licht, Schlafentzug etc. - an den Rand des physischen und psychischen Zusammenbruchs gebracht worden waren, gelang es amnesty international und anderen Gruppen, per Gerichtsklage der „ungewöhnlichen und grausamen Bestrafung“ ein Ende zu setzen. Das Bundesgericht mochte sich diesem Vorwurf zwar nicht anschließen, befand aber - in einem für die US-Justiz sensationellen Entscheid -, daß das Justizdepartement die Frauen unrechtmäßig allein auf Grund ihrer vergangenen politischen Zugehörigkeit und persönlichen Überzeugungen nach Lexington überwiesen habe. Denn: Auch wenn deren politische Ansichten für die Regierung „inakzeptabel“ seien, bilde dies verfassungsmäßig keine ausreichende Basis einer solchen Inhaftierung, umso mehr, da es der Regierung nicht gelungen sei, den Nachweis zu erbringen, daß die Überführung der Gefangenen auf „irgend etwas anderem basiere als auf ihrer angeblichen früheren Verbindung zu linken Gruppierungen, deren Ansichten einigen Regierungsangehörigen nicht genehm ist“.



Bundesrichter Barrington Parker sagte es deutlich: Linke Gruppenzugehörigkeit ist kein „Verbrechen“. Der Hochsicherheitstrakt in Kentucky wurde am 19. August 1988 geschlossen. Doch ist zu befürchten, daß der Staat seine „Mission“ in aller Ruhe in einem im selben Monat eröffneten Hochsicherheitsgefängnis in Marianna, Florida, weiterführen wird. Trotz des Gerichtsurteils (gegen das die Regierung übrigens Berufung eingelegt hat) ist keine Besserung zu erwarten, wurde doch die Existenzberechtigung solcher „Kontroll-einheiten“ und Sicherheitstrakte - das berühmte männliche Pendant zu Lexington befindet sich in Marion, Illinois - nie wirklich in Frage gestellt und von der Öffentlichkeit stets akzeptiert.

Über die systematisch betriebene Isolationshaft und die Folterqual der Todeszellen berichtete Abu-Jamal in einem Beitrag für das „Festival Alternativer und Radikaler Medien“ in Amsterdam im Herbst 1989. Er schrieb aus dem Gefängnis: „Diese Mitteilung erreicht euch aus dem Dunkel der amerikanischen Kerker, aus den Käfigen in Babylons Abgründen, die gewissermaßen Amerikas eigene 'tote Trakte' - Trakte des Todes - sind, in denen Menschen ihrer Hinrichtung durch Elektrokution entgegensehen ...“

Beginnt Amerika hier in Pennsylvania mit der Verschärfung der Haftbedingungen in den Todestrakten? Seit Jahren haben viele von uns ihre Eltern, Frauen und Kinder weder berühren noch in den Arm nehmen können. Während dieser Nicht-Kontaktbesuche befinden wir uns gefesselt hinter Barrieren aus Plexiglas und Stahl. Alle Versuche, menschliche Kontakte aufrechtzuerhalten, werden vom Staat behindert. Deshalb sterben einige Menschen geistig, bevor der Knopfdruck des Henkers Strom durch den Körper jagt. Dann tötet der Staat schließlich nur noch die äußerliche Hülle dessen, was er im Grunde genommen schon längst vernichtet hat.“

Und die Medien schweigen. Politische Gefangene sind das schmutzige kleine Geheimnis einer Nation, welche die Demokratie für sich gepachtet hat und nach entsprechenden Alibiübungen - Watergate, Iran/Contragate - erschöpft über so viel demonstrierte moralische Entrüstung, jeweils ganz fest und ganz lange die Augen vor allen anderen Mißständen verschließt. ■

Corinne Schelbert ist Redakteurin der Schweizer Wochenzeitung WOZ und hat ihre dort publizierende Recherche für die MONATSEITUNG überarbeitet.

■ Pietermaritzburg, das Universitätsstädtchen im Hinterland von Durban, ist noch deutlich von britischer Kolonialzeit geprägt: englischsprachige, liberale Weiße, koloniale Architektur, rechtwinklige Straßen. Ringsum aber leben oder hausen Zulus in Hütten, Häuschen und wellblechgedeckten Townships, allein 100.000 in den Hügeln des Großraums Edendale, die meisten zwangsumgesiedelt. In der Pietermaritzburger Bergstraße (Pieter Maritz war einer der burischen Vortrekker-Führer Anfang letzten Jahrhunderts, ehe die Briten Natal annektierten) gründete Anfang der achtziger Jahre eine Handvoll Weiße die „Pietermaritzburger Vereinigung betroffener Christen in Südafrika“ (PACSA) mit dem Ziel, das schwarze Massenelend in ihrer Nachbarschaft wenigstens persönlich zu lindern. Pieter Kerkhof, Chemiker, gab seinen Karrierejob auf und vermittelt seither mit seiner Frau und vielen anderen jede Art von Hilfe.

Pieter fährt mich in Groß-Edendale hügelanwärts, über Teerstraßen, Staubstraßen, Graswege - in Seitentälern werden immer neue Townships sichtbar. Zwischen winzigen Maisfeldern kommen wir zu einem ausgebrannten Häuschen. Vier Kinder davor, die Eltern mittellos, ohne Decken in kalten Juninächten, untergekrochen bei Nachbarn, froh, noch zu leben. Beide Eheleute sind in dem die Apartheid bekämpfenden Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) aktiv. Mitglieder der Inkatha-Organisation des Zulu-Chefministers Buthelezi brannten deshalb ihr Haus nieder - eines von vielen.

Tags darauf treffe ich die Mutter mit den Kindern im PACSA-Büro wieder. Monika Wittenberg, die Frau eines deutschstämmigen Theologiedozenten der Universität, gibt ihnen Decken und Lebensmittel (ihr 22-jähriger Sohn Martin wurde kurz darauf wegen Mitarbeit bei der apartheidfeindlichen United Democratic Front inhaftiert). Zwei 15-jährige schwarze Burschen nähern sich ängstlich, berichten, sie seien von gleichaltrigen Schwarzen an einer Bushaltestelle bedroht worden und geflohen. Pieter fährt sie nach Hause in die Townships. Vor Tagen, erzählt er, wurde eine Gruppe Jugendlicher außerhalb der Stadt von Inkatha-Leuten aus dem Hinterhalt überfallen. Fazit: acht Tote.

Niedergebrannte Hütten und Häuser, Verletzte und Tote und kein Ende. - das war schon vor drei Jahren. Bereits damals zählte man Hunderte von Toten, heute offiziell (!) mehr als 4.000, dazu Verletzte, Flüchtlinge, abgebrannte Häuser usw. - immer Zulus gegen Zulus. Inzwischen kümmern sich südafrikanische



Foto: Constat

Unruhen in Kagiso Township

Destabilisierung in Südafrika:

ZULUS GEGEN XHOSAS

Von Reinhard Brückner

Unterdrückte gegen Unterdrückte. Schwarze gegen Schwarze. In Südafrika gibt es keinen Frieden. Die weißen Rassisten wollen sich unentbehrlich machen, mit allen Mitteln.

Polizisten und Soldaten in Natal, darunter Teile des durch seine Einsätze in Angola berühmten Söldner-Bataillons 331, um die „Ruhe und Ordnung“ - der Herrschenden.

Seit August 1990 sind die großen Townships am Witwatersrand (dem Industriegebiet um Johannesburg-Pretoria) in diesen Bürgerkrieg einbezogen, sterben dort täglich Menschen, bis Anfang September ca. 550. Doch dieses Mal kämpfen „Zulus gegen Xhosas“ bzw. „Inkatha gegen ANC“, berichten die Agenturen. Ein politischer Streit also mit ethnischem Hintergrund. Genau das aber ist die Apartheidideologie: Die Schwarzen können nicht miteinander, bringen sich gegenseitig um und brauchen die weiße Ordnungsmacht.

Die Zulu-Arbeiter gehören Buthelezi Inkatha-Partei an, heißt es, die Xhosas dem von Mandela repräsentierten Afrikanischen Nationalkongreß (ANC). Filmberichte zeigen aggressive, ihre Schlagwaffen reckende Schwarze und

Tränengas schießende weiße Polizisten - wie 1976, als die Jugendlichen von Soweto sich gegen das Regime auflehnten -, doch nun kämpfen Unterdrückte gegen Unterdrückte. Wer hat das fertiggebracht?

Blutige Geschichte

Die Zulus gelten als kriegerisch. Ihr einstiger König Shaka und seine Impis (Kriegsabteilungen) unterwarfen oder verjagten vor rund 170 Jahren die Nachbarstämme und gründeten ein weit über das spätere Natal hinausreichende Reich. Aber Zwietracht, Verrat und burische Vortrekker zerstörten es schon nach wenigen Jahren. 1838 schlug eine Burengruppe am Bloodriver (Blutfluß) Tausende von Zulu-Kriegern vernichtend - noch heute feiern die Buren diesen 16. Dezember als nationalen Gedenktag.

Auch Xhosas können kämpfen. Als britische und deutsche Farmer und Söld-

ner vor zweihundert Jahren vom Kap her vordrangen und am Fluß Kei, östlich der heutigen Hafenstadt East London, auf nomadisierende Xhosa-Stämme stießen, nahmen sie ihnen sehr bald Vieh und Weidegründe weg. Die Xhosas wehrten sich verzweifelt in neun erbitterten Kriegen (1779 bis 1878), doch die Waffentechnik der Europäer, ihre Habgier und Brutalität siegten. Zehntausende Xhosas verhungerten oder wurden niedergemetzelt, die übrigen versklavt.

Dennoch machten Ende des vorigen Jahrhunderts schwarze Farmer, Handwerker und Geschäftsleute den Weißen allmählich Konkurrenz. Deren Verbände und Parteien unterbanden diese Entwicklung, Buren und Briten gründeten (1910) ihre Südafrikanische Union und schlossen die Schwarzen vom nationalen Wahlrecht aus - bis heute. Nach dem

sen", 87 Prozent Südafrikas umfassenden Gebiet.

Westlich von Durban, wo Teile von KwaZulu und Transkei aneinandergrenzen, kam es zwischen den seit Generationen friedlich zusammenlebenden Zulus und Xhosas Mitte der 80er Jahre zum blutigen Streit um Wohnplätze, Wasserrechte und Arbeitsmöglichkeiten im nahen Durban, mit Hunderten von Toten - Folgen der Apartheid.

ANC und Inkatha

Rohllahlala („leite und führe uns“) - Nelson Mandela stammt aus der Transkei, wo er als Knabe den Berichten der Alten über die verlorene Freiheit lauschte. Nach seinem Jura-Studium gründete er mit Oliver Tambo (später im Exil zum ANC-Präsidenten gewählt)

dem vom System geschaffenen Homeland KwaZulu und wurde 1970 dessen Chefminister. Er belebte die traditionell kulturelle Zulu-Bewegung Inkatha, straffte sie zu seiner persönlichen Hausmacht mit heute ca. 1,7 Millionen Mitgliedern. Ob Schüler oder Lehrer, Kleinfarmer oder Ladeninhaber, Arbeiter, Polizist oder Pfarrer, an Inkatha kann keiner vorbei, auch keine Frau. Für alle Schwarzen offen, blieb Inkatha auf die Zulus beschränkt und bestimmt - seit Juli als politische Partei - über berufliches Fortkommen, Behörden und Polizei (mit von den Israelis trainierten Kommandos). Schon 1976, als Sowetos Jugend gegen das Apartheidsystem protestierte und ihr Aufstand das ganze Land erfaßte, ließ Buthelezi Hunderte von demonstrierenden Studenten der Zulu-Universität Ngoya zusammenschlagen, zwang die Schüler und Arbeiter der großen Townships um Durban zum Stillhalten - eine mit Pretorias Hilfe bis heute angewendete Taktik.

Die Macht der Zulus und die Interessen in- und ausländischer Unternehmer und Politiker, die er brillant zu nutzen verstand - von Reagan bis Kohl -, sollten ihm helfen, Südafrikas erster schwarzer Minister- bzw. Staatspräsident zu werden.

Darauf zielte auch sein Anfang der 80er Jahre mit Natalis Weißen begonnenes großes Indaba (Gespräch): die weiße Provinz Natal mit dem schwarzen Homeland KwaZulu zu einer von ihm regierten Modellregion zu vereinigen. Pretoria verweigerte dies.

Den militärischen Kampf des ANC und Auslandsanktionen verwarf er und betonte, besonders im Ausland, seine Politik sei gewaltfrei und christlich. Je erfolgreicher aber der ANC wurde, von Massenorganisationen wie COSATU, UDF und anderen unterstützt, je mehr Zulus sich anschlossen (nach einer Meinungsumfrage vom Juli 1990 unterstützen zwei Prozent aller südafrikanischen Schwarzen Inkatha, 84 Prozent den ANC), desto härter wurde sein Vorgehen.

Die in Natal begonnenen, jetzt im Industriegebiet fortgesetzten Gewaltakte, angeblich Partei- und Stammeskämpfe, sind Teil eines Bürgerkrieges, der unter Einbeziehung von Stellvertretern geführt wird. Buthelezi weiß das. Er weiß, daß er mit dem ins Industriegebiet getragenen Morden die weißen Rechtsextremisten in Polizei, Militär und vielen anderen Organisationen hochschauelt. Das nimmt er in Kauf. Er konspiriert vermutlich auch mit Südafrikas Polizeiminister Adriaan de Vlok, von dem Mandela sagt, solange



Schwarz gegen Schwarz in der Nähe von Johannesburg

Zweiten Weltkrieg errangen die Buren die parlamentarische Mehrheit und pferchten die Schwarzen in nach Sprachgruppen getrennte „Homelands“, die Xhosas in die Transkei und Ciskei, durch einen „weißen“ Sicherheitsstreifen getrennt. Sie wurden vor Jahren zu „Republiken“ erklärt. Heute leben dort fast sieben Millionen Xhosas - von denen Hunderttausende, meist Männer, als Kontraktarbeiter im „weißen Gebiet“ arbeiten.

Die Zulus wurden gleich hundertfach getrennt und, weil zur Arbeit gebraucht, zwischen den weißen Farmen und Ortschaften Natalis ghettoisiert. Diesem noch heute aus mehr als 40 Territorien bestehendem Homeland KwaZulu werden ebenfalls ca. sieben Millionen zugerechnet. Auch von ihnen arbeiten Hunderttausende als Femdarbeiter im „weis-

1944 in Johannesburg das erste schwarze Anwaltsbüro und organisierte Anfang der 50er Jahre den landesweiten gewaltfreien ANC-Widerstand. Als der ANC 1960 verboten wurde, baute er im Untergrund die ANC-Armee Umkhonto we Sizwe („Speer der Nation“) auf, wurde wegen Sabotageaktionen 27 Jahre eingekerkert und 71jährig Anfang dieses Jahres entlassen. Sein großer Vorgänger war der Zulu-Chef Albert Lutuli, ANC-Präsident von 1952 bis zu seinem mysteriösen Tod 1967, mit dem Friedensnobelpreis von 1961 ausgezeichnet. Zum ANC gehören Mitglieder aller Bevölkerungsgruppen, auch Weiße.

Auch Mangosutha Gatsha Buthelezi (62) war während seiner Studienzeit ANC-Mitglied, mied aber Aktivitäten, strebte nach Führungspositionen in

er im Amt sei, gebe es in Natal keinen Frieden.

Weißer Drahtzieher

„Wir haben die Klerik gewarnt, daß Inkatha versuchen würde, den Krieg von Natal nach Witwatersrand zu tragen, und ihn aufgefordert, dringend einzugreifen, um das ganze Pretoria-Witwatersrand-Vaal-Gebiet vor der Explosion zu bewahren - doch nichts geschah ... Es ist kein Zufall, daß der ernsteste Gewaltausbruch stattfand, seit das Protokoll der Pretoria-Gespräche (zwischen ANC und Regierung; d.V.) letzte Woche unterzeichnet wurde. Es gibt deutlich mächtige Elemente im Staat, die demonstrieren wollen, daß, während der ANC einen Waffenstillstand erklärt haben mag, Apartheidelemente noch immer fähig sind, gegen das Volk Krieg zu führen“, erklärte die Gewerkschaft COSATU Mitte August 1990.

„Es gibt zunehmende Beweise, daß die Gewalt, die Osttransvaal überschwemmt hat und sich in Soweto ausbreitet, das Ergebnis einer gut konzentrierten Kampagne ist ... Da es klar ist, daß Inkatha die Infrastruktur, eine solche Kampagne im Reef (Johannesburg-Pretoria; d. V.) zu koordinieren, nicht besitzt, muß die Frage gestellt werden: Wer steckt dahinter?“ steht im ANC-„Newsletter“ zu lesen.

Die Inkatha-Gruppen wären tatsächlich ohne das Wegsehen von Polizei und Militär und ohne weitere Hilfen nicht in der Lage, derart zu morden. So berichtete ein Priester Anfang September bei Sebokeng, nahe Johannesburg, daß die Polizei, während er noch mit ihr verhandelte, das Feuer eröffnete und neun Menschen erschoss. Inkatha-Anhänger hätten dann 22 weitere in einem Wohnheim erschlagen.

Nach einer jüngsten südafrikanischen Meinungsumfrage vom „Institute of Black Research“ würden bei allgemeinen Wahlen 53 Prozent der Schwarzen und 7 Prozent der Weißen ANC wählen, erhielten der ANC 53, die regierende Nationale Partei 17%, die oppositionelle Demokratische Partei 8% und die Konservative Partei weniger als 2 Prozent der Stimmen.

Die von dem ehemaligen Buren-Theologen Andries Treurnicht geführte Konservative Partei (CP) droht, sie werde kein mehrheitlich schwarzes Nationalparlament zulassen, sondern den zweiten „Freiheitskampf“ beginnen. Die sich mit Hakenkreuzen schmückende „Afrikaanse Weerstandsbeweging“, die bombenlegenden „Weißen Wölfe“, die „Weiße Befreiungsbewegung“ und

andere trainieren schon Privatarmeen und Todesschwadronen. Gericht und Zeitungen belegen, daß geheime Mordkommandos von Polizei und Militär jahrelang politische Gegner umbrachten.

„Aus und vorbei“, hatte Mandela im Juni gefordert, „laßt uns die Vergangenheit vergessen und uns darauf konzentrieren, was wir heute und in Zukunft aufbauen können ... In diesem Stadium der Revolution läßt es sich nicht vermeiden, mit den gleichen Sicherheitskräften zu arbeiten, die uns früher unterdrückt haben“, meinte er im „Spiegel“-Interview. Daraufhin praktiziert die ANC-Armee seit August 1990 den Waffenstillstand. Mandela nimmt indirekt am Regieren teil und verhandelt mit der Klerik.

Hinter den Inkatha-Morden in Natal aber und in den Townships steckt der Plan, Südafrikas schwarze Mehrheit zu destabilisieren. Die Apartheidherrscher haben Mocambique mit Hilfe der Renamo-Banditen und Angola mit Hilfe der UNITA-Rebellen buchstäblich paralyisiert. Sie haben Sambia wirtschaftlich ruiniert, Lesotho, Swasiland und Botswana durch Überfälle ausgeschaltet und halten Simbabwe in Schach.

Sie ließen und lassen täglich in Südafrikas Townships schießen und wissen, wie und wen sie für ihre Ziele benutzen. Sie wollen unzufriedene Township-Gruppen und den ein härteres Vorgehen fordernden PAC (Panafrikanischer Kongreß) radikalisieren - um weißen Rechts-extremisten Anlaß zum Losschlagen zu geben.

Buthelezi und die Inkatha hatten lange Jahre Zeit, sich mit dem ANC zu verbünden. Sie hätten Mandelas hingestreckte Hand ergreifen und gemeinsam die konservativen und ultrarechten Weißen zum Nachgeben zwingen können. Sie wollten das nicht und fürchten nun, zu verlieren.

Die in Natal entzündete, jetzt in Sebokeng, Kagiso, Kathlehong, Tembisa, Soweto und anderen großen städtischen Townships gelegte Lunte gefährdet Südafrikas Zukunft und die der ganzen Region. Vielleicht ist es ein vorletztes Aufbegehren dieser friedensunfähigen Minderheiten-Koalition.

Bleibt zu hoffen, daß sich die auf Gleichberechtigung im eigenen Land drängende Mehrheit der Schwarzen und die mit ihnen kooperierenden Weißen, ihre Organisationen und Führer durchsetzen. Uns in Europa aber, mit deutsch-deutscher Vereinigung, Golfkrise und ökologischen Zerstörungen beschäftigt, sollten diese Vorgänge zorniger und entschlossener machen, unseren Teil zur internationalen Solidarität beizutragen. ■

Reinhard Brückner ist evangelischer Theologe und lebte lange Zeit in Südafrika.

ANZEIGE

Manchmal wünscht Heinz



er könnte reimen. Dann würde er all seine Gedanken und Vorstellungen in schönen Versen zusammenfassen. Ab und zu versucht er es mit Stäben:

Lust und Last



160 Seiten, 180 Abb.,
brosch. Großband,
OS 232,50,
ISBN 3-88520-352-9

Die Dinge, die er partout nicht zusammenbekommt, packt er schlichtweg zwischen die Buchdeckel. Die „nichtregistrierten Ehen“, die exotische Bolschewikin Alexandra Kollontai und erste Diplomatin der Welt, das Frauenbild im sowjetischen Film, die Frauenrockszene in Moskau, Prostitution in Riga und Selbstverbrunnungen im asiatischen Teil des Landes. Ganz und gar nicht kann er die Realität der DDR der 50er Jahre auf einen Nenner bringen.



160 Seiten, 200 Abb., brosch. Großband,
OS 232,50,
ISBN 3-88520-309-X

In diesem Bilderlesebuch über **Frauenbilder der Männerbilder** in der **DDR der 50er Jahre** wird ein Stück DDR-Kulturgegeschichte rekonstruiert und analysiert, anhand von über 200 Fotos, Bildreportagen und Selbstdarstellungen in damaligen illustrierten, Anzeigen und Plakaten aus Reklame, Film und Fernsehen.

Weitere Bücher finden Sie in unserem **Elefanten ExPress**, erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag:
ELEFANTEN PRESS,
Oranienstraße 25, 1 Berlin 36,
Telefon (030) 650 05-100,
Telefax (030) 650 05-298

ELEFANTEN PRESS

Seit die osteuropäischen Staaten beschlossen haben, Einlaß in den Exklusivclub des Westens zu begehren, hat der früher einer konkreten geographischen Realität entbehrende Begriff „Norden“ eine neue Bedeutung angenommen: Ost und West sind dabei, gegenüber dem Süden auf Konfrontationskurs zu gehen. Ganz offensichtlich hat sich der Norden die Golfkrise zunutze gemacht und seine ganze geballte Macht gegen einen südlichen Unruheherd geworfen. Die NATO und ihre potentiellen Alliierten haben so eine neue Aufgabe gefunden.

Die Tatsache, daß selbst die Schweiz sich diesmal nicht die sonst übliche Zurückhaltung auferlegt und eiligst die irakischen und kuwaitischen Guthaben eingefroren hat, ist vielsagend: der „zivilisierten Welt“ geht es nicht nur darum, ihre Versorgung mit günstigem Erdöl sicherzustellen, sie will sich auch den Verkaufserlös aneignen und ihn in ihren Banken „in Sicherheit“ bringen.

Ende der 80er Jahre war der Ölpreis (inflationbereinigt) auf das Niveau von 1973 gesunken, während sich die Kurse der meisten westlichen Basisexportprodukte real mehr als verdoppelt, ja sogar verdreifacht hatten. Wem also kam diese Entwicklung des Ölpreises zugute? Und wer hatte die Rechnung zu begleichen?

Diese Fragen könnten sich zahlreiche nicht-erdölproduzierende Staaten zu Recht stellen, denn sie haben im gleichen Zeitraum eine Verschlechterung ihrer terms of trade hinnehmen müssen. Für die ohnehin bereits verarmte Bevölkerung bedeutete das eine weitere Senkung des Lebensstandards, vor allem auch auf Grund der Sparpolitik, die der Internationale Währungsfonds (IWF) ihr aufzwang.

Das Bewußtsein der Araber, der „Dritten Welt“ anzugehören, wird durch eine ganz spezifische Erfahrung gestärkt: Araber sind nicht nur Zielscheibe der Rassisten im Westen. Seit mehr als einem Jahrhundert behindert der Westen - wo er nur kann - ihre Bemühungen, ins moderne Zeitalter einzutreten, eine echte wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzuleiten und ihre nationale Einheit zu verwirklichen.

Schmach und Erniedrigung

Die breite Zustimmung, auf die der irakische Präsident heute in der arabischen Gesellschaft stößt, hat ihre Wurzeln weder in einer Billigung der abenteuerlichen Vergangenheit des Diktators noch in seinen jüngsten Initiativen. Sie ist vielmehr die Folge jahrzehntelanger - genau gesagt seit der Schaffung Israels im Jahr 1948 - erlittener Erniedrigung. Die arabische Nation ist heute Opfer



Foto: Contrast

Ein Hosni Mubarak-Portrait wird verbrannt, Israel

Golfkrieg:

KOMMEN DIE ARABER?

Die archaische Ordnung im arabischen Raum bricht zusammen. Eine politische Neuordnung der Region steht bevor. Der Westen kämpft gegen eine starke arabische Nation.

einer historischen Anomalie: im 20. Jahrhundert, dem Jahrhundert der Befreiung der unterdrückten Völker, mutet man den Arabern zu, die militärische, wirtschaftliche und politische Hegemonie

eines Staates zu akzeptieren, der aus einer Siedlungskolonie entstanden ist und in der Region als reine Schöpfung der alten kolonialen Ordnung gilt.

Die fünf großen israelisch-arabi-

Pro-Saddam Hussein-Demonstration in Kafr Kana



schen Kriege haben entweder mit der Niederlage der arabischen Armeen geendet oder sind, wie 1973, in einer militärischen Sackgasse steckengeblieben. Die Weigerung der Israelis, die durch Waffengewalt eroberten Gebiete zurückzugeben, die Entschlossenheit, mit der sie jede Initiative der Nachbarn zum Aufbau wirtschaftlicher oder sozialer Systeme oder einer etwa gleich starken Militärmacht vereiteln, bringt sie dazu, ständig das Völkerrecht zu verletzen. Die „zivilisierte Welt“ regt das weiter nicht auf.

Aber Israel allein ist nicht schuld an den angehäuften Frustrationen. Das Fortbestehen der kolonialen Ordnung in dieser Region ist auch der Aufspaltung Arabiens während der Kolonialzeit geschuldet. Diese Zersplitterung wurde später durch Abkommen bestätigt, die zum Entstehen von kaum bevölkerten Mini-Staaten führten, deren großer Reichtum das „schwarze Gold“ war. An die Spitze dieser künstlichen Gebilde setzte man Stammesführer, die man mit Titeln wie Scheich, Emir oder König bedachte. Nach Erreichung der formellen Unabhängigkeit blieben diese archaischen Regimes, oft genug gegen den Willen der Bevölkerung, an der Macht. Aufstandsversuche schlugen sie mit Hilfe der von den ehemaligen Kolonialmächten bereitgestellten Streitkräfte nieder.

Die schreiende materielle Ungleichheit zwischen den Einwohnern der Erdölmonarchien und den übrigen, wesentlich bevölkerungsreicheren arabischen Staaten hält die nationalen Frustrationen wach, umso mehr, als die Einkommen in Form von Petrodollars im Westen investiert werden.

Man mag es begreifen oder nicht; es ist eine Tatsache, daß sich der arabische Nationalismus zwischen den Völkern, die die arabische Nation ausmachen, nicht unterscheidet. Seit Jahrtausenden haben sie jene Merkmale gemeinsam, die eine Nation ausmachen: die Sprache, die Kultur, das Rechtssystem, die Geschichte, die psychischen Reaktionen und jüngst auch dieselben Bestrebungen und politischen Kämpfe. Es geht ihnen bloß jenes Element ab, das im kapitalistischen Westen zum Zement der modernen Nationen geworden ist, nämlich ein integriertes Wirtschaftsleben und gemeinsame politische Institutionen.

Das Fehlen demokratischer Verhältnisse in den arabischen Staaten hindert die Bürger daran, sich für eine wirtschaftliche Vereinigung einzusetzen; aber die reichen Scheichtümer perpetuieren die Spaltung und Unterordnung Arabiens unter ausländische Interessen. Ein Vergleich ihrer Haltung mit der Israels

drängt sich förmlich auf. Da die Petromonarchien nichts so sehr zu fürchten haben wie eine Einigung der arabischen Welt, die das Ende ihrer Privilegien bedeuten würde, sind sie auf ausländischen Schutz angewiesen.

Auch ihre Auslandsinvestitionen sind von dieser Abhängigkeit geprägt: Wenn Staaten der „Dritten Welt“ in der „Dritten Welt“ investieren wollen, kommen sie um die zentralen Institutionen des Kapitalismus nicht herum und festigen daher seine Herrschaft über Finanzüberschüsse und Empfangsländer. Selbst in den Fällen, wo Erdölstaaten ihre Entwicklungshilfefonds selbst verwalten, halten sie sich doch an die Auswahlkriterien und Methoden der internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungshilfeagenturen.

Dank der Investitionen und Geldüberweisungen der Gastarbeiter ist es im arabischen Raum zu einer Art von wirtschaftlicher Integration gekommen; einer Integration allerdings, die keineswegs einen wirtschaftlichen Zusammenschluß bewirkt, sondern wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom herrschenden System, eine Verstärkung der Ungleichheiten und Vertiefung der inner-arabischen Spaltung.

Die Tatsache, daß der Normalbürger im Golfkonflikt sich unter diesen Bedingungen auf die Seite des irakischen Präsidenten stellt, heißt nicht, daß er die brutale Methode der Annexion befürwortet. Was für ihn zählt, ist der Schlag gegen eine westliche, vor allem amerikanische Machtbastion. Im übrigen schaut er nicht so genau hin. Instinktiv fühlt er, daß das Völkerrecht, solange es selektiv und stets zu seinem Schaden ins Treffen geführt wird, keinerlei moralische Autorität besitzt. Der Illegitimität der Annexion eines arabischen Staates durch einen anderen arabischen Staat hält er die Illegitimität einer politischen und wirtschaftlichen Weltordnung entgegen, die ihm alle Rechte vorenthält und seine Hoffnungen zunichte macht. Die Tatsache, daß es den USA - bei gleichzeitiger Mobilmachung der Land-, See- und Luftstreitkräfte (auch der mancher arabischer Staaten) - so rasch gelungen ist, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren und die Staatengemeinschaft in den internationalen Foren für das Embargo gegen den Irak zu gewinnen, bekräftigt ihn nur in dieser Haltung ...

Der Zorn der Bevölkerung

Was für ein Gegensatz zwischen diesem hektischen Eifer und der jahrelangen Lethargie der Amerikaner, die im Sicherheitsrat der UNO jede Verurteilung Israels für die Besetzung des Westjor-

dan-Landes, des Gazastreifens, der Golanhöhen und Ostjerusalems durch ihr Veto verhinderten (ganz zu schweigen von den ungesetzlichen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten und anderen Verletzungen des Völkerrechts). Auch als Saddam Hussein sich bereit erklärte, über das chemische Waffenarsenal des Iraks und über Israels Atomwaffen zu verhandeln, stellten sich die Amerikaner taub. Sie waren nicht bereit anzuerkennen, daß es in beiden Fällen um die gleiche Bedrohung menschlichen Lebens geht.

Es ist klar, daß die Aktionen des irakischen Präsidenten der arabischen Einigung nicht gerade förderlich sind, aber die Zwigigkeiten im arabischen Lager sind ja nicht neu. Erst vor kurzem ist von befreundeten arabischen Staaten starker Druck auf die PLO ausgeübt worden; von jenen, die den Irak später verurteilt und sich bereit erklärt haben, die Waffen gegen ihn zu erheben: Diese Staaten haben sich letzten Endes doch bereit gefunden, den von Ägypten in Camp David eröffneten Weg einzuschlagen und so der Intifada einen harten Stoß zu versetzen.

Sieht man von Teilen der Bourgeoisie, der korrumpierten Bürokratie und den Geschäftsleuten, die mit dem Westen zu tun haben, ab, so gibt es in der arabischen Welt nur wenige, die nicht den Eindruck haben, von ihren Regierungen in eine Sackgasse geführt worden zu sein; Regierungen, die sich selbst als solche proklamiert haben und die außerstande sind, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sichern und für die Achtung ihrer Würde zu sorgen.

Überall hat sich dieses Gefühl der Ungerechtigkeit und der Frustration breitgemacht, unter den Parteigängern der Oppositionsparteien ebenso wie in den pan-arabischen nationalistischen Bewegungen, den verschiedenen islamistischen und fundamentalistischen Gruppen und schließlich auch im 'einfachen', sich nicht als 'politisiert' verstehenden Volk. Der alte Kitt, der die arabische Welt zusammenhielt, beginnt abzubrockeln.

Sollten die Amerikaner einen überwältigenden Sieg erzielen, so wird nichts mehr so sein wie früher. Ein altes, archaisches System der Abhängigkeit ist zusammengebrochen; ein anderes, das es den arabischen Völkern erlaubt, ihre eigene Geschichte zu bestimmen, sollte entstehen. Aber im Augenblick will man nur die Gefahr einer militärischen Konfrontation wahrnehmen. ■

Der Autor, ein bekannter ägyptischer Wissenschaftler, will anonym bleiben. Der vorliegende Text erschien in der Septemberausgabe von „Le Monde diplomatique“. Aus dem Französischen von Ingeborg Schwarz.

■ Unter dem Motto „Lebensqualität“ startete die Europäische Gemeinschaft ein Gesundheitsprogramm mit dem verheißungsvollen Namen „prädikative Medizin“.

„In der westlichen Welt sind Infektionskrankheiten nicht länger die Hauptursache von Krankheit und Tod. Aber viele Krankheiten haben eine genetische Komponente, sei es in Form eines ererbten Ein-Gen-Defekts oder in Form der Interaktion von mehrfachen Gendefekten mit Umweltfaktoren. ... Zusammengefaßt zielt prädikative Medizin darauf ab, Personen vor Krankheiten zu schützen, für die sie von der genetischen Struktur her äußerst anfällig sind, und gegebenenfalls die Weitergabe der genetischen Disponiertheit an die folgende Generation zu verhindern.“

Zur Umsetzung dieses Vorhabens werden bereits konkrete Pläne präsentiert: Ob Ein-Gen-Defekt oder Mehr-Gen-Defekt, Voraussetzung ist die Entschlüsselung des menschlichen Genoms, d.h. die Gesamtheit aller Gene, die nach



Foto: MÖZ Archiv / Wartha

Gentechnologie: HER MIT DEN NEUEN GENEN!

Meinung mancher das Leben schlechter ausmachen. Ein ehrgeiziges Ziel, ist doch erst die Funktion von ca. 5.000 der 50.000 bis 100.000 Gene bekannt. Mit Hilfe von Genkarten, Genkopplungskarten und Klonbibliotheken wird an der Verwirklichung dieses Vorhabens gearbeitet. Ansporn dazu geben weltweit laufende Projekte zur Sache in den USA, Japan, der Sowjetunion sowie anderen europäischen und außereuropäischen Ländern.

Natürlich werden von BefürworterInnen dieser Projekte auch ethische Überlegungen über die Folgewirkung der Erfassung des menschlichen Codes angestellt: Wem gehört die genetische Information? Wer hat Zugang? Wie werden sich Eltern in Anbetracht eines noch größeren Spektrums vorgeburtlicher Untersuchungsmethoden entscheiden? Gibt es ein Recht auf Wissen und Nicht-Wissen? Wie werden sich ArbeitgeberInnen und Versicherungen zukünftig verhalten? Die VerfasserInnen eines Berichts der ad hoc Kommission in der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Thema meinen, „die Akzeptanz des Gesamtprojektes wird daher entscheidend davon abhängen, ob befriedigende Antworten auf diese Fragen gegeben werden können“. Am Ende all dieser Überlegun-

Von Aurelia Weikert und Johanna Riegler

Die Schlüsseltechnologien des 3. Jahrtausends, Gen- und Fortpflanzungstechnologien, benötigen zur demokratischen Absicherung ihrer Existenz das politische und juristische Ja-Wort. Durch die Benennung von einigen wenigen Mißbräuchen wird der generelle Gebrauch dieser Technologien legitimiert.

gen siegt jedoch die Vernunft: „... längerfristig kann das Programm prädikative Medizin (als) ein wertvoller Beitrag zu einem alternativen Ansatz beim Problem der ständig anwachsenden Kosten im Gesundheitswesen in der europäischen Gesellschaft angesehen werden.“

Heftige Proteste und Bedenken gegenüber diesem Vorhaben der EG hatten eine vorläufige Rücknahme des Projekts zur Folge, um es wenig später mit neuem Namen - „Analyse des menschlichen Genoms“ - wieder zu präsentieren. Kosten-Nutzen-Rechnungen im Gesundheitssektor werden schon seit einiger Zeit (wieder) angestellt. Besonders im Bereich der vorgeburtlichen Diagnostik rechnen Humangenetiker und Ökonomen die Kosten für ein behindertes Kind gegen die Kosten der pränatalen Unter-

suchungen auf. Und solange unsere Gesellschaft zumindest der Mehrzahl ihrer Mitglieder den Zugang zu medizinischer Versorgung gleichermaßen zur Verfügung stellt, geht die obige Rechnung natürlich zugunsten der vorgeburtlichen Untersuchung auf. Solange ...!

Wer hat Schuld?

Wird aber einmal tatsächlich behauptet, ein Gen für Herzinfarkt gefunden zu haben oder auch nur ein Gen, das für die Veranlagung zu Herzerkrankungen verantwortlich sein soll, stellt sich die Frage: Wer hat Schuld? Die Umwelt? Der Arbeitsplatz? Das Gen? Wie hieß es doch in der Präambel des Genomprojekts der EG: „Da es höchst unwahrscheinlich ist ... die umweltbedingten

Risikofaktoren auszuschalten ..."! Überig bleiben wird der Mensch, der über seine Veranlagung Bescheid wissen muß - was natürlich eine Untersuchung voraussetzt - und dann gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen wird. „Mutwillige und wissentliche Zerstörung der eigenen Gesundheit“ könnte dann der Umstand genannt werden, auf Grund dessen ein Lungenkranke von der Versicherungsleistung ausgenommen wird. Hätte er nicht seinen Arbeitsplatz oder gar Wohnort wechseln können, oder war er gar ein Raucher?

Diesem neuartigen „Haftungs(un)wesen“ liegt die Vorstellung einer optimalen Freiheit und Selbstbestimmung infolge allumfassender Information zugrunde.

In einer Studie der OECD (Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung), der auch Österreich angehört, wird eine neue Form der Vorsorgemedizin vorgestellt. Mit gentechnisch hergestellten, billigen Diagnostiksets könnten zu Haus im „do it yourself“-Verfahren Blutzuckerspiegel, Blutfette, Entzündungszeichen etc. gemessen und festgestellt werden. Das Erkennen von Krankheiten vor ihrem Ausbruch könne enorme Kosten sparen. Weiters wäre daran zu denken, solche Tests von den Krankenkassen - in Verbindung mit Beitragszahlungen - vorzuschreiben.

Im Rahmen der österreichischen Vorsorgeuntersuchungen „wird durch eine eingehende Befragung die Vor- und Familiengeschichte erfaßt sowie nach riskanten und gesundheitsbelastenden Lebensgewohnheiten gefahndet“. Das Untersuchungsprogramm soll ab dem 19. Lebensjahr durchgeführt werden, so „Medizin Populär“, Zeitung der österreichischen Ärztekammer im Februar 1990. Dieses oben angeführte medizinische Vorhaben bedürfte nur mehr einer juristischen Verwaltung, die die Strategie der genetischen Anpassung des Menschen an Umwelt und Arbeitsplatz als gesundheitsbewußte Selbstbestimmung tarnt.

Herr Landeshauptmann, darf ich mich fortpflanzen?

1982 mischten sich in Österreich zum ersten Mal erfolgreich zwei Gynäkologen beim fortpflanzungswilligen Verkehren der Geschlechter ein. Das daraus resultierende Retortenbaby - heute schon schulpflichtig - steht noch im juristischen Vakuum, was seine künstliche Zeugung betrifft.

Künstliche Insemination, Reagenzglasbefruchtung, Embryotransfer, Eizel-

lenan- und -verkauf, Samenbanken und Leihmütterschaft - alles ist möglich im kleinen Österreich, derzeit noch ohne bürokratischen und juristischen Aufwand. Doch damit es die Mediziner nicht zu bunt treiben mit ihren Kinderwunschpatientinnen, Samenspendern und Embryonen, wurde die Fortpflanzungshilfe ein Thema auf ministerieller Ebene. Zahlreiche Enquêtes wurden gehalten, die Rektorenkonferenz tagte im Auftrag des Wissenschaftsministeriums, das Justizministerium spuckte einen Entwurf über zivilrechtliche Folgen der künstlichen Fortpflanzung aus, Kommissionen wurden gegründet und Gesetzesinitiativen vorgelegt. Denn es ging um nichts Geringeres als um die Erzeugung von Menschen. Die Politiker zeigten sich euphorisch über die erstaunlichen Fortschritte der Wissenschaft, wenn sie auch keineswegs einig waren über gesellschaftspolitische Detailfragen der neuen Reproduktionstechnologien. Liberal abwartend bereitet man langsam die Paragraphenregelung der Fortpflanzung vor, denn auch unfruchtbare Ehepaare und ihr Nachwuchs aus der Petrischale sind potentielle WählerInnenstimmen. Nicht die offensichtlichen Intentionen der Technologien werden diskutiert (wie z.B. Rationalisierung der Fortpflanzung und Sexualität, Eugenik, Qualitätsverbesserung des Menschen ...), sondern die parteiideologische Einbettung der medizinischen Verfahren wird forciert. So läßt sich der Initiativantrag seitens der ÖVP für ein Verbot der Embryonenforschung damit erklären, daß sie eine einmalige Chance witterte, die Fristenlösung zu stürzen. Wenn die Ärzteschaft nicht an Embryonen manipulieren darf, ist auch der erlaubte Schwangerschaftsabbruch moralisch ein Fehlschlag. Panische Verteidigungsrufe aus dem Frauenstaatssekretariat waren die Reaktion auf Flemmings Embryoschutzmanöver. Egal, ob reaktionär oder liberal, künstliche Befruchtungstechniken werden gutgeheißen, dienen sie doch der Erfüllung des Kinderwunsches.

Johanna Dohnal wendet sich insbesondere gegen die kommerzielle Ausbeutung von Frauen (Leihmütterschaft, Gametenhandel). Sie betrachtet In-vitro-Befruchtung nur als ultima ratio und fordert ein Verbot pränataler Genomdiagnostik und gentechnischer Eingriffe in die menschlichen Keimzellen. Für das Familienministerium bleibt der Embryo das primäre Schutzobjekt, und das Justizministerium bezieht in seinem ersten Entwurf Stellung zu den erbrechtlichen Fragen der künstlichen Befruchtung. Ein Beschließungsantrag der Grünen zieht ein Verbot der künstlichen

Befruchtung beim Menschen durch In-vitro-Fertilisation, Embryoimplantation und Embryonenspülung in Erwägung. Die Begründung für die ungewöhnlich radikale Ablehnung liegt einerseits in der äußerst geringen Erfolgsrate (10-15%), der physischen und psychischen Belastung für Frauen und andererseits in der Möglichkeit des medizinisch-technischen Zugriffs auf den Embryo. Dieser Standpunkt des Verbots ist ein verwegener Luxus der kleinsten Parlamentspartei.

Nun liegt der neueste Bundesgesetzentwurf über die medizinische Fortpflanzungshilfe beim Menschen vor: der kleinste gemeinsame Nenner der Koalition. Die den neuen Reproduktionstechnologien innewohnende Sprengkraft traditioneller Familienmuster wurde radikal entschärft: Keine Babys für Lesben, keine Babys für alleinstehende Frauen. „Eine medizinische Fortpflanzungshilfe soll grundsätzlich nur mit Eizellen und Samen des Wunscheltermpaares geleistet werden; nur die Insemination soll mit dem Samen eines Dritten zulässig sein. ... die Möglichkeit der Schaffung ungewöhnlicher persönlicher Beziehungen und die drohende Ausbeutung und Ausnutzung der Frau sprechen für ein Verbot solcher Verfahren.“ Mit anderen Worten: Künstliche Fortpflanzungshilfe wird nur dann verabreicht, wenn die Keimzelle des Staates in ihrer traditionellen Form nicht manipuliert wird. Nur ein genetisch eigenes Kind lohnt familienpolitisch gesehen den hohen Aufwand einer künstlichen Befruchtung. Die Erweiterung eugenischer Bestrebungen durch die Gentechnologie wird von diesem Gesetzesentwurf nicht behandelt, da Belange der Gentechnologie grundsätzlich ausgeklammert bleiben.

Jede Form der Mithilfe am Zeugungsakt unterliegt der Dokumentations- und Berichtspflicht sowie der Zulassung durch den Landeshauptmann. Besonders sorgfältige Dokumentationen müssen von den Ärzten bei der Verwendung von Samen Dritter erstellt werden, handelt es sich hierbei doch um die Schaffung „ungewöhnlicher Beziehungen“. In diesen Fällen möchte der Landeshauptmann jährlich, spätestens bis zum 31. März des folgenden Kalenderjahres, informiert werden. Ungewöhnlich erscheint viel eher die harmonische Beziehung zwischen Landeshauptmann, Mediziner und Jurist, die sich über die technologische Verwaltung der menschlichen Fortpflanzung geeinigt haben. ■

Johanna Riegler und Aurelia Weikert leben in Wien und sind Aktivistinnen des internationalen Frauennetzwerkes „FINRRAGE“.

„Der Mensch ist sozusagen eine Art Prothesengott geworden, recht großartig, wenn er alle seine Hilfsorgane anlegt, aber sie sind nicht mit ihm verwachsen und machen ihm gelegentlich noch viel zu schaffen ... Ferne Zeiten werden neue, wahrscheinlich unvorstellbar große Fortschritte auf diesem Gebiete der Kultur mit sich bringen, die Gottähnlichkeit noch weiter steigern. Im Interesse unserer Untersuchungen wollen wir aber auch nicht daran vergessen, daß der heutige Mensch sich in seiner Gottähnlichkeit nicht glücklich fühlt“ (W. Sombart).

Diese Prognose - gestellt vor ca. 90 Jahren - ist scheint's nicht eingetroffen: betrachtete man den selbstzufriedenen, fast selbstgefälligen Ausdruck der vortragenden Wissenschaftler und Technomanager auf der ars - zumeist männlich, weiß, amerikanisch -, so war dieser als glücklich zu bezeichnen. Nicht nur in der Art der Darstellungen, sondern auch im positivistischen Zugang zum Dargestellten: die Im-materie der Computerwelt als die „schöne neue Welt“ von (heute) morgen. Was uns Glück verheißt, ist der Geist aus der Maschine.

Die „fernen Zeiten mit unvorstellbaren Fortschritten“ sind so ferne nicht mehr. Jedenfalls wurde dem zahlreichen Publikum der Symposien die Möglichkeit eines paradiesischen Seins offeriert, um nicht, jenseits einer simplen Maschinenstürmerei, zu sagen suggeriert. Ein Sein, das nichts mehr zu wünschen übrig läßt. Denn alle Wünsche sind machbar, Frau Nachbar! Sie benötigen lediglich einen Cyberspacehandschuh und einen Helm, und schon können Sie sich schwupps in jede beliebige Realität einklinken, die Ihnen alle nur erdenklichen Bedürfnisse befriedet.

„Wie es Euch gefällt!“ Was zu Shakespeares Zeiten noch offensichtliche Kostümierung war und im Verwechslungsspiel köstliche Affekte zwischenmenschlicher Begegnungen hervorzuberte, wird in der sogenannte „virtuellen“ (= möglichen) Welt zum Schein meines eigenen Seins. Als simuliertes Double kann ich zu dem werden, was ich schon immer sein wollte: ein Hummer zum Beispiel. Warum gerade diese Identifikation mit dem Schalentier nolens volens mindestens zehnmale Erwähnung fand, läßt Tiefgründiges im Geschmack der Selbstverzehrungsphantasie von gegenwärtigen neutechnologischen Spezialisten errahnen. Vielleicht produziert der Sprung in irrealen Wirklichkeiten regressive Sehnsüchte nach prähistorischen Evolutionsstufen. Kleists Frage, ob ein Tänzer jemals die Leichtigkeit, Grazie und Anmut einer Marionette erreichen könne, woraus er die



Bemannter Flugsimulator

Computerwelt: ICH BIN MEIN HUMMER

Von Birge Krondorfer

Schein oder Sein? Eindrücke von der ars electronica '90: „Der Moment der Erkenntnis der Sinnlosigkeit allen Seins und allen Strebens ist der Moment, den Fernseher einzuschalten.“

These erschloß, daß der Mensch nur durch ein unendliches oder durch gar kein Bewußtsein ein Bewußtsein zu „wahrer Schönheit“ finden könne und dadurch in der Lage sei, das Paradies von neuem zu betreten, scheint sich positiv zu erfüllen: Frau/man braucht nur in den Bildschirm einzutreten, und schon eröffnet sich ein imaginäres Schlaraffenland. Ob die Hungrigen dieser Welt auch gesättigt werden würden in jener anderen? Daß das Wort, das Zeichen, Fleisch werden könne, ist christlicher Traum. Und daß der Geist nicht von dieser Welt sei, wußte schon Jesus und läßt die Verwurzelung der Logik der Computerfachmän-

ner in unserer Religionsgeschichte als Heilsgeschichte offenbar werden. Jenseits ihres eigenen Selbstverständnisses, welches strikt und erkenntnistheoretisch obsolet zwischen Science und Metaphysik trennt und vergißt, daß sie selber alles daran setzen, alles Metaphysische zu materialisieren. Es wird so getan, als gäbe es eine reine Objektivität, die man nur vom Baum der Erkenntnis zu pflücken bräuchte - mit Hilfe von künstlicher Intelligenz: man schiebe eine Diskette in den Kopf, verbinde technische Hardware mit Biohardware, desgleichen programmierte Software mit der Biomasse Software (Gehirn), und

einem entsubjektivierten, d.h. von allen menschlichen Leidenschaften befreiten Denken und Wissen wird Tür und Tor geöffnet: der Mensch als Biorobot. Oder wie es ein Referent formulierte: „Es ist zu spät für uns. Wir werden erst wieder da sein, wenn Roboter die erste ars robotica gestalten.“

Eine Welt ist nicht genug

Was also hatte - jenseits bloß polemischer Notizen - die (noch) reale existierende ars electronica vornehmlich auf wissenschaftlichem Gebiet zu bieten? Die 'typische überproportionale männliche Vortragsbesetzung (23:3) repräsentierte diese Technik und ihr Wissen als solcherart dominierte und prädestinierte. Was man als Laie abstrakt befürchtete, erfüllte sich schlechterdings: der möglicherweise repräsentative Querschnitt durch die als solche behauptete Wissenschaft der Zukunft - Motto: „Eine Welt ist nicht genug“ - erschöpfte sich überwiegend in einer erschöpfenden Präsentation eines Spezialistenwissens über künstliche Intelligenz, künstliche Welten und künstliche Wirklichkeitssimulation einerseits, in einer pädagogisierenden didaktischen Aufbereitung andererseits (die für Spezialisten eher langweilig und für das Publikum eher langatmig gewesen sein muß). Und zeigte zum dritten einen generellen Mangel an einer politisch-soziologischen Reflexion und Hinterfragung der materiellen und geistesgeschichtlichen Produkt/ionsbedingungen. Der amerikanische Weg des positiven Denkens, welcher auf einer Akkumulation von Wissen beruht - garniert mit der bloßen Feststellung, daß dies alles ja gesellschaftliche und philosophisch interessante Fragen aufwerfen würde -, kreierte im Brucknerhaus seine Selbstfeier. Wissen statt Denken, Antworten statt Fragen - vielleicht sind die neuen Wissenschaftler bereits die Hypermaten (= Steigerung von Automaten), die zu entwickeln sie vorgeben.

Der im wörtlichen Sinn zu verstehenden Enttäuschung konnten aber auch interessante Aspekte abgewonnen werden. Wenn schon kein Durchblick, dann wenigstens ein Einblick in die Geographie, Topologie einer Wissenschaft, die sich ihr Terrain selbst erschafft. Natürlich nur für gute Zwecke, wie oft genug betont wurde: Die Herstellung der „virtual reality“ erleichtert die Planung und Diagnose beispielsweise von Krankheiten, von Verkehrsführung und Stadtplanung, Flugsimulation und Unfallvermeidung, militärischen Manövern im (nicht: am) Bildschirm; sie erleichtert

das Dasein von Behinderten, indem sie diesen ermöglicht, sich simulativ „normal“ zu bewegen. Kranke und 'Normale' könnten gemeinsam in die artifizielle Welt eintreten und dort gemeinsam spielen. Überhaupt wurde der Begriff eines universellen neuen Gemeinschaftssinns nicht nur einmal propagiert. Die Flucht nach vorne in eine reine Welt der sauberen Brüderschaft? Der nie erwähnte Haken jedoch bleibt und ist die Vorprogrammierung der jeweiligen künstlichen Räume, die wir dann tanzend betreten dürfen.

Vielleicht 'entschlüpft' diese Art von (noch spielerischem) Machbarkeitsraum und Inszenierung einer dreidimensionalen Einbildungskraft in/per se männlichem Willen: Virilität als Software transformiert sich im Virtuellen. Aber zwei V's ergeben noch kein double V des Wir, das als Wunschmaschine und Werkstatt des Geistes verallgemeinerbar wäre.

Alles ist in Fluß

Einige Spots (Fragestellungen, Theesen, Anekdoten) aus der Over-headprojektion, die möglicherweise unsere gesamten Kultur- und Denkprozesse fundamental verändern könnten; zumindest wurde dies als Science fiction im buchstäblichen Sinn angedeutet. Roboter können unsere Sprache ebenso wenig sprechen, wie wir nicht die Sprache Gottes sprechen können (d.h. das war die Sonntagspredigt).

Das Neue an der Erforschung der künstlichen Intelligenz ist der Konnektionismus. Basis: Wissen kann sich selbst organisieren (versus Programmierung und serielles Denken). Das Gehirn ist eine Netzwerkarchitektur und kann in Ansätzen bereits auf Computer übertragen werden. *Organisiert sich die Biomasse Mensch analog einer motor-activity?*

Wie gestaltet sich die Beziehung von biologischen, mechanischen, physikalischen Konstanten zu mathematischen Funktionen? Welche Repräsentationsschemata (Abbildungsfunktionen) sind für uns eigentlich hinreichend gegeben - denn: *Genügt die menschliche Sprache allein nicht mehr zur Bewältigung der Realität?*

Computer können nicht denken; aber lernen - das heißt?

Der Computer bietet Zugang zu Informationen, ist aber nicht die Information selber. Seit 5 Millionen Jahren sind wir fertig - auf Grund eines Unfalls. Durch einen Chip im Kopf könnten wir die Knoten im Gehirn erweitern und die 13 Milliarden Hirnzellen und die 400 Netzsysteme endlich nützen. *Ist der Mensch eine Art Biomasse?*

Die Naturwissenschaften sind nicht gut für die Gesellschaftswissenschaften, und umgekehrt hindert die Sozialethik die Naturwissenschaftsforschung am Fortschritt. *Sind die Vorstellung von Seele und Geist erniedrigende Gedanken?*

Die virtuelle Wirklichkeit fördert die Kommunikation. Die symbolische Kommunikation reicht nicht mehr aus, um uns vermitteln zu können; wir brauchen die postsymbolische Kommunikation. Sie fördert die Interaktion mit anderen und mit sich selbst. Die virtuelle Welt ist rein und sauber. Und das tollste ist die Rückkehr aus der Scheinwelt: man ist sensibler geworden für das Diesseits.

Kinder fühlen sich in der virtuellen Welt sehr wohl. Sie waren einfach an einem anderen Ort. *Das spricht für sich selbst.*

Wir müssen nur unsere Gehirnschritts entziffern, um dann die Realität wie nach einem Drehbuch inszenieren zu können. *Ist unser Kopf wie das Universum, unser Körper wie die Erde?*

Jeden Tag könnte ich meine Identität wechseln. Man kann (zu sich) selbst ein Roboter werden. Man kann erfahren, wie es war, ein Dinosaurier zu sein. Man kann sich zu seiner eigenen Mutter simulieren. Man kann aber auch den Punkt erreichen, an dem man mit niemandem mehr kommunizieren will. *Ist das die dynamische Qualität eines kulturellen Entwicklungssprungs?*

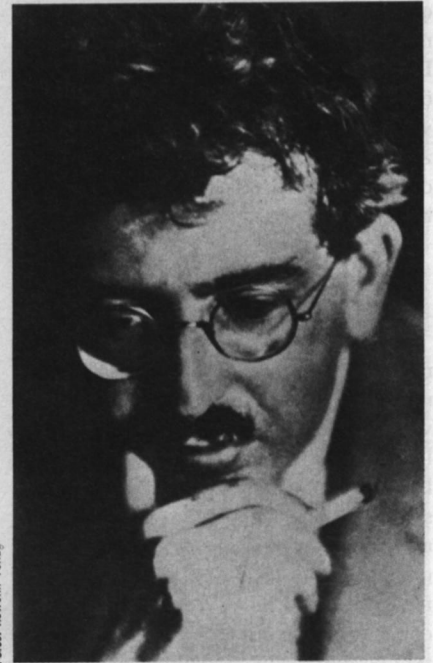
Alles in allem: alles ist in Fluß.

Festzuhalten bleibt: die marxistische Utopie des Überflüssigwerdens der Menschen durch die Maschinen scheint in Form der Naturwissenschaftler und Jungmanager aus dem Silicon Valley tendenziell seine Realisierung gefunden zu haben. Nicht mehr nur Prothesen haben wir uns da geschaffen, sondern möglicherweise die Auslöschung unseres Da- und Soseins. Doch solange der erkenntnistheoretische Zusammenhang der Dialektik der Subjekt-Objektbeziehung - wie in Linz - nicht miteinbedacht wird, besteht die „Hoffnung“, daß sich unsere Unzulänglichkeiten im sozialen Organisieren und im Organisieren von Gedanken immer einen Streich spielen werden. Abgesehen davon, daß Wissen auch immer etwas mit Gewissen zu tun hat, lassen sich Erkenntnisse und ihre Ziele und Zwecke jeweils rekursiv zurückführen auf gesellschaftliche Prozesse, in die auch jeder Forscher eingebunden ist und sich insofern seiner eigenen (kollektiv bedingten) Subjektivität nicht entziehen kann. Dies wurde auf der ars - man kann fast sagen 'Gott sei Dank' - nicht reflektiert.

Alles ist in Fluß. Heißt das nicht auch, daß sich alles ändert, weil alles so bleibt, wie es ist? ■

Das Schicksal Benjamins gemahnt in vieler Hinsicht an den Archetyp des Freigeistes und Intellektuellen, der an den Rändern der Moderne schreibend und denkend flaniert, als „Mensch in der Revolte“ gegen das unheimliche Zeitalter blinder Fortschrittsgläubigkeit und vergessener Menschlichkeiten anlebt und daran zerbricht. Gewiß wird man im Jahr 1992 des hundertsten Geburtstages von Walter Benjamin literaturwissenschaftlich, philosophisch, journalistisch und feuilletonistisch gedenken und bruchstückhaft zusammentragen, was sich im Geist des Interpretativen verorten und vertäuen läßt. Vom jüdischen Messianismus, den er mit dem Marxismus zu verbinden suchte (Klossowski, Adorno), über das Urteil der Nichteinlösung dieses Versuchs mit philosophischer Beweisführung (Habermas) bis hin zu Bemerkungen, daß Walter Benjamin ein schlechter Literaturkritiker gewesen sei (Fritz J. Raddatz, 1973), wird sich wohl

Texte über die moderne Malerei, in denen er dem Längsschnitt der repräsentativen Malerei einen anderen Querschnitt, den Graphismus und bestimmte andere symbolische Schreibweisen gegenüberstellt. Benjamin erblickte hier den Zusammenhang zwischen dem Problem der Kunst und ihrer mythischen Verwurzelung, indem er hinter dem Erscheinen eines Bildes den mythologischen Gehalt dechiffriert. Vor allem der Kubismus, z.B. Kandinsky und Klee, weist auf eine symbolische Sprache hin, die irreduzibel gegenüber der philosophischen „Ordnung des Wesens“ und der „Ordnung der Reproduktion“ als klassischem Raum ist. In dieser Vernichtung des überlieferten humanistischen Repräsentativen besteht „das Problem des Kubismus ... von einer Seite her gesehen in der Möglichkeit einer, nicht notwendig farblosen, aber radikal unfarbigen Malerei, in der lineare Gebilde das Bild beherrschen - ohne das



Fotos: Rowohlth Verlag

Walter Benjamin. Paris, 1927

50. Todestag von Walter Benjamin:

EIN STURM WEHT VOM PARADIESE HER

Ein Essay von Ursula Kubes-Hofmann

alles finden, sofern es sich um Töne aus dem Establishment handelt. Zur Kultfigur für intellektuelle Bewegungen in doppelter Hinsicht wurde der Grenzgänger und Archäologe der Moderne weder zu Lebzeiten noch durch posthume marginale Verehrung einzelner Freigeister, die ihn vor allem in der Kunstgeschichte, der Architektur und in Abhandlungen über die Fotografie gerne als Zitat verwenden.

Was Susan Sontag 1978 über Benjamin anmerkte, möge Wegweiser für die folgenden Betrachtungen sein: „In seinem Essay über Karl Kraus stellt Benjamin die rhetorische Frage, ob Kraus an der Schwelle einer neuen Zeit steht: 'Ach, durchaus nicht. - Er steht an der Schwelle des Weltgerichts.' Benjamin denkt dies über sich selbst. Vor dem Weltgericht wird der letzte Intellektuelle - dieser saturnische Held der Moderne mit seinen Ruinen, seinen abwegigen Visionen, seinen Träumereien, seiner undurchdringlichen Melancholie, seinem gesenkten Blick - erklären, daß er viele 'Positionen' innehatte und daß er das Leben der Ideen bis zum bitteren Ende verteidigte, so gerecht und unmenschlich er nur konnte.“

Geschichte

Walter Benjamin, ein leidenschaftlicher Sammler, der sich für die vielfältigen Formen der Sprache und der Zeichen interessierte, schrieb eine Reihe kurzer

Am 26. September 1940 nahm sich der Philosoph Walter Benjamin mit einer Überdosis Morphiumtabletten im spanischen Grenzort Port-Bou das Leben. Ein Tod, von dem Hannah Arendt sagte, daß er vorhersehbar gewesen sei.

der Kubismus aufhörte, Malerei zu sein und zur Graphik würde“. Auf der Suche nach einer solchen Bild-Schrift, in der die Zeichen sichtbar werden, stößt Benjamin auf 'seinen' Engel der Geschichte, den „Angelus Novus“, ein Bild von Paul Klee, das er 1921 erwirbt und das er als seinen wichtigsten Besitz bezeichnet hat. Zweifellos war die allegorische Figur des Engels vor allem ein männliches Phantasma der literarischen Moderne. Das Bild des Engels läßt fremdartige Netze hervortreten, „die etwas Furchtbares, Erschreckendes und Bizarres betreffen, eine fundamentale 'Gegen-Zeit', in der die Menschheit ihrer eigenen zufälligen Zerstörung begegnet, in der sich die Geschichte als Sturm des Fortschritts zu einer 'einzigen Katastrophe' verkehrt, in der das Schöne tötet, weil es schrecklich ist“. Die Metapher und die Allegorie ziehen durch alle Schauplätze des Benjamin-

„Passage des Painses“ in Paris



schen Werkes und umreißen auch seine persönlichen Chiffres. Seine gesamten Überlegungen zur Philosophie der Avantgarde und der Moderne, seine Studien über Kafka, Kraus etc. in einer auralen Welt, die zur Ausbreitung der Warenform und der grenzenlosen Reproduzierbarkeit der Kunstwerke verurteilt ist, münden letztlich in seine Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ knapp vor seinem Tod im Jahr 1940:

„Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.“

Dieser „Sturm“ löste vor allem in marxistischen Kreisen einige Debatten aus. Benjamin, der nicht nur mit Adorno, sondern auch mit Brecht jahrelang befreundet war, wendet sich mit dieser These nicht nur gegen die reaktionäre Geschichtsschreibung des Historismus, sondern gleichfalls gegen die technokratischen Illusionen und die Fortschrittsgläubigkeit der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung selbst. Gegen beide Seiten führt er den historischen Materialisten an, der Theologie nicht negiert, sondern „in den Dienst zu nehmen weiß“. Die Provokation, die dies bis heute hervorruft, ist jedoch nur selbst Beweis für eine Verdrängung, an deren Bewußtwerdung Benjamin gerade die Möglichkeit revolutionärer Befreiung band.

Der unansehnliche Zwerg Theologie, von dem die „Schachpuppe Historischer Materialismus“, um zu gewinnen, an ihren Schnüren gelenkt wird, korrespondiert mit dem rückwärtsgewandten Blick des Engels auf den Trümmerhaufen der Geschichte, die, begriffen als eine von Klassenkämpfen, sich ganz im Marxschen Sinn noch nicht aus ihrer Unterdrückung befreit hat, noch nicht wirkliche menschliche Geschichte geworden ist. Was in diesem Prozeß als Vergesse-

nes zwischen die Trümmer fiel und sich doch gleichzeitig verfängt als Kraft, als Sturm in den Flügeln des Engels. Wenn also der reale Geschichtsverlauf immer schon seine Verdrängung darstellt, so muß dieses Verdrängte auch immer schon als ein diesem Verlauf Entgegenstehendes, Jenseitiges, Anderes erscheinen, das an die Theologie nur insofern verwiesen ist, als es noch nicht eingelöst und seine volle Einlösung von Benjamin nur als „Erlösung“ denkbar ist.

In einer Notiz zum „Passagen-Werk“ hat Benjamin diesen theologischen Gehalt des Eingedenkens vermerkt: „Was die Wissenschaft 'festgestellt' hat, hat das Eingedenken modifiziert. Das Eingedenken kann das Unabgeschlossene (das Glück) zu einem Abgeschlossenen und das Abgeschlossene (das Leid) zu einem Unabgeschlossenen machen. Das ist Theologie; aber im Eingedenken machen wir die Erfahrung, die uns verbietet, die Geschichte grundsätzlich atheologisch zu begreifen, so wenig wir sie in unmittelbar theologischen Begriffen zu schreiben versuchen würden“. In diesem Sinne bleibt Benjamins Geschichtsbegriff ein materialistischer, in den er seinen Bezug zur jüdischen Mystik und Kabbala einschreibt. Doch vermag auch dieser Blick nur fündig zu werden vermöge eines anderen, erinnernden Blicks, der in den Katastrophentrümmern der Vergangenheit zugleich die Spuren, das Versprechen von Glück und ihren Anspruch auf Erlösung kennt/erkennt. Einer solchen dialektischen Optik entspricht daher notwendig auch das Bild, das diese Vergangenheit stellt: es ist selbst dialektisch, einmalig und aufblitzend, es ist Stillstand und Bewegung, es ist, als Reservoir von Schuld und Versöhnung, von Mythos und Utopie, eine Einheit von Traum und Erwachen: Bild und Bildferne, Bild und seine Auflösung in eins. In dieser Optik vermag auch das Vergangene seinen Blick aufzuschlagen, in dem es selbst den Blick auf das Vergessene als die in ihm darunterliegende Zukunft freigibt.

Das Schicksal

Kaum ein Denker, der an der Schwelle zum 20. Jahrhundert geboren wurde, hat seine literarische und philosophische Produktion so sehr in Verbindung mit der eigenen Biographie gebracht wie Benjamin. Als einer der letzten „Hommes de lettres“, Figuren aus dem 18. Jahrhundert, die engstens mit der französischen Revolution in Zusammenhang stand, lebte er ganz der Spurensuche der Urgeschichte des 19. Jahrhunderts, verhaftet in beständigem Wechsel

zwischen Traum und Wirklichkeit seiner eigenen Gegenwart. Was er indirekt über Proust feststellte, nämlich „daß er an derselben Unerfahrenheit gestorben sei, die es ihm erlaubt hat, sein Werk zu schreiben“, traf auf Benjamin selbst zu. Benjamin war unfähig, Lebensbedingungen, die für ihn vernichtend geworden waren, zu ändern. Er verweigerte sich mit schlafwandlerischer Sicherheit all dem, was ihm eine bürgerliche Karriere verschafft hätte, denn er war letztlich zu tief verstrickt in die Ideale und Programmatiken der Frühromantiker, um sich dem Diktat von Hierarchie und Selbstentfremdung bei regeltem Broterwerb zu unterwerfen. Der „stille Aufstand“ war aber nur deswegen möglich, weil Benjamin, abgesehen von einer kurzen Arbeit am Institut für Sozialforschung von Horkheimer und Adorno, praktisch den Großteil seines Lebens von der Familie finanziert wurde.

Dennoch war er ein vom Unglück Verfolgter, der schon sehr früh erkannte, daß das wilhelminische Zeitalter mit all seinen mörderischen Konsequenzen das kindliche Individuum praktisch vernichtete, indem es „seinen Binnenraum wie eine zweite Identität über die kindlichen Seelen streifte“. Was er in seinem fotografischen Selbstporträt schreibt, mag seine Verfallthese der Aura besonders verdeutlichen: „Ich stehe barhaupt da; in meiner Linken einen gewaltigen Sombbrero, den ich mit einstudierter Grazie hängen lasse ... Ich aber bin entstellt vor Ähnlichkeit mit allem, was hier um mich ist. Ich hauste so wie ein Weichtier in der Muschel haust im neunzehnten Jahrhundert, das nun wohl wie eine leere Muschel vor mir liegt.“

In seiner „Berliner Kindheit“ bezieht er sich auf das „bucklige Männlein“, ein Zwischenwesen, das Unglück stiftet, indem es den Unglücksraben anblickt. Hannah Arendt hat dies in ihrem großen Essay über Benjamin zu einem möglichen Deutungsmuster für den „Scherbhaufen, vor dem Benjamin am Ende seines Lebens stand“, verdichtet.

„Wo es erschien, da hatte ich das Nachsehn. Ein Nachsehn, dem die Dinge sich entzogen, bis aus dem Garten übers Jahr ein Gärtlein, ein Kämmerlein aus meiner Kammer und ein Bänklein aus der Bank geworden war ... Das Männlein kam mir überall zuvor. Zuvorkommend stellte sich in den Weg. Doch sonst tat es mir nichts, der graue Vogt, als von jedwedem Ding, an das ich kam, den Halbpast des Vergessens einzutreiben: 'Will ich in mein Stüblein gehn./ Will mein Müslein essen:/ Steht ein bucklich Männlein da./ Hat's schon halber gessen.'“ Nichts erhellt das „Ur-



„Angelus Novus“, Aquarell von Paul Klee (1920). Von Benjamin 1921 erworben

phänomen“ in Walter Benjamins Schicksal und Werk deutlicher als jene Zeilen aus der unheimlichen Volksliedsammlung „Des Knaben Wunderhorn“, mit denen der als „wohlgeborenes Bürgerkind“ 1892 in Berlin geborene Benjamin in ersten Leseversuchen seine Bekanntschaft machte. In größbürgerlichen jüdischen Verhältnissen aufgewachsen, von der Architektur und dem Mobilar der Gründerzeit und von Privatlehrern und französischen Hausmädchen umgeben, eingebettet in

die von der Warenwirtschaft beherrschte Lebenswelt zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hat der Grenzgänger und Archäologe der Moderne rückblickend in seiner „Berliner Kindheit“ die Spuren zu seinem Außenseiterdasein freigelegt, das ihn bis zu seinem Selbstmord begleitete: „In meiner Kindheit war ich Gefangener des alten und neuen Westens. Mein Clan bewohnte diese beiden Viertel damals in einer Haltung, die gemischt war aus Verbissenheit und Selbstgefühl und die aus ihnen ein Ghetto machte, das er als sein Leben betrachtete. In dies Quartier Besitzender blieb ich geschlossen, ohne um ein anderes zu wissen. Die Armen - für die reichen Kinder meines Alters gab es sie nur als Bettler. Und es war ein großer Fortschritt der Erkenntnis, als mir zum erstenmal die Armut in der Schmach der schlechtbezahlten Arbeit dämmerte. Das war in einer kleinen Niederschrift, vielleicht der ersten, die ich ganz für mich selbst verfaßte. Sie hatte es mit einem Mann zu tun, der Zettel austeilte, und mit den Erniedrigungen, die er durch ein Publikum erfährt, das für die Zettel kein Interesse hat. So kommt es, daß der Arme damit schloß ich - sich heimlich seines ganzen Packs entledigt. Gewiß die unfruchtbarste Bereinigung der Lage. Aber keine andere Form der Revolte ging mir damals ein als die der Sabotage; diese freilich aus eigener Erfahrung.“ Seine Gewohnheit, schon als Kleinkind immer einen halben Schritt hinter der Mutter, die ihre Besorgungen machte, zurückzubleiben („es war, als wolle ich in keinem Falle eine Front, und sei es mit der eigenen Mutter bilden“), war stiller Protest gegen die Selbstentfremdung, die ihm sein Milieu aufzwang, aus dem er als Zwanzigjähriger ausbrach, wenngleich finanzielle Bindungen immer bestehen blieben. Hatte er sich schon während seiner Schulzeit an die schulreformerische Bewegung rund um Gustav Wyneken angeschlossen, setzte er sein sozialpolitisches Engagement für eine freie Studentenschaft fort, die die humboldtschen Ideale von Freiheit und Selbstbestimmung vertrat. Gleichzeitig machte Benjamin die Bekanntschaft mit Gershom Scholem (1915), der ihm später über ein Stipendium nach Israel verhehlen wollte, was Benjamin aber nur sofern in Anspruch nahm, daß er die daraus resultierende finanzielle Unterstützung für seine Reisesucht nützte. Nach seiner Dissertation „Der Begriff der Kunstkritik in der deutschen Romantik“, 1919 in Bern, kehrte er nach Berlin zurück, geriet ab 1920 immer mehr in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Für den etablierten Wissenschaftsbetrieb hatte Benjamin als „autonomer“ Freigeist nichts übrig, andererseits verhinderte er

durch seine kompromißlose Protesthaltung gegenüber den Institutionen ein gewisses Maß an Anerkennung, das er durch seine Freunde Adorno, Brecht, Scholem und Hugo von Hoffmannsthal hätte erlangen können, die ihn alle aber in die Pflicht nehmen wollten. Scholem für den Zionismus und die jüdische Mystik, Adorno für den Marxismus, Brecht für den Kommunismus. Sein Außenseitertum als Kritiker seiner Zeit verschlug ihn 1933 endgültig ins Exil nach Frankreich und Ibiza, vor allem aber der drohende Faschismus. Neben seinen bekannten Essays „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ und einer Studie zu Goethes „Wahlverwandtschaften“, die durch den Einsatz Hugo v. Hoffmannsthal bekannt wurde, hat er vier unvollendete Bücher und die schon damals als „die eigentliche Trümmer- und Katastrophenstätte“ bezeichneten „Pariser Passagen“, die „Gesammelten Essays zur Literatur“, Briefe und ein Buch „Über das Haschisch“ hinterlassen. Sie alle lassen sich jedoch weder philosophisch noch theoretisch einordnen. Mit seiner Habilitationsschrift „Der Ursprung des deutschen Trauerspiels“ scheiterte er 1925 im deutschen Universitätsbetrieb an der Borniertheit der damaligen akademischen Prominenz. Der Text ist eine Montage aus ca. 600 Zitaten und Bruchstücken, die Benjamin an die Oberfläche der Zeit brachte, um sie in speziellen Konstellationen zueinander in Beziehung zu setzen. Danach führte er mehr und mehr das Leben eines „vorproletarierten“ Intellektuellen, dessen Schicksal in die letzte Katastrophe mündete: Die Gründe für seinen Selbstmord waren mannigfaltig. Die Gestapo hatte seine Pariser Wohnung mit Bibliothek und einen Großteil der Manuskripte beschlagnahmt. Der Anlaß aber war ein ungewöhnliches Mißgeschick. Benjamin hatte bereits ein spanisches Durchreisevisum, um nach Lissabon zu kommen und sich von dort aus nach Amerika einzuschiffen. Da er zu diesem Zeitpunkt kein Ausreisevisum aus Frankreich hatte, flüchtete er über einen relativ kurzen und nicht allzu beschwerlichen Fußweg in den spanischen Grenzort Port-Bou, der von der französischen Grenzpolizei nicht gesperrt war. Genau am 26. September 1940 machte Spanien aber die Grenzen zu, sodaß Benjamin am nächsten Tag nach Frankreich zurück hätte müssen. In jener Nacht nahm sich Benjamin das Leben. Die Visumsperre wurde nach einigen Wochen wieder aufgehoben.

Ursula Kubes-Hofmann ist Philosophin und Literaturwissenschaftlerin. Sie lebt und arbeitet in Wien.

DRITTE WELT

Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

Nr. 9/September 1990

Weltwirtschaft Gipfel der Reichen

Konsens der Sieben in Houston ■ Gegengipfel der Armen ■ Entwicklungskrise Afrikas

Irak besetzt Kuweit ■ Symposium: Solidarität wie weiter? ■ Außerdem: Lateinamerikanische Linke, Algerien, Frauen im Islam

4,50 DM; Jahresabo: 42,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: DRITTE WELT, Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

☐ Ich möchte ein Probeabo

(3 Hefte für 10 DM, gegen Vorkasse: Schein oder Scheck)

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstr. 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift



Von Erica Fischer

lie Matysek und Ingrid Leodolter doppelt), 1 Schriftstellerin, 1 Bühnenschau spielerin, 1 Filmstar (tot), 1 Fürstin (tot), 1 Mörderin, 1 Fotomodell. Umso häufiger, gleich 20 Mal, werden Frauen als Opfer abgelichtet: als Vergewaltigte, Mißhandelte und Gefesselte, als Leiche, Aidskranke und Opfer der Spielleidenschaft. Ebenso beliebt sind Frauenkörper zur Illustration von Titelgeschichten über Medizin und Psychotherapie, nackt, wenn es leicht geht. Und 'natürlich' darf sich der „profil“-Leser auch 14 Mal an der bewährten Kombination Sex = Frau erfreuen, mit Vorliebe zum Jahreswechsel.

Niemals käme man an Hand der „profil“-Titelgeschichten darauf, daß die Frauen in diesen beiden Jahrzehnten einen epochalen Aufbruch durchlebt haben, heraus aus der Familie, hinein in das Erwerbsleben, hinaus auf die Straße. Nur die sich alle paar Jahre wiederholenden Scheidungs-Stories deuten darauf hin. Den Vogel schießt Hannes Androsch ab, der uns 23 Mal mit seinem Konterfei beglückt. Bloß einmal in all den Jahren fragt sich „profil“: „Wozu Frauen in die Politik?“

Ja, wozu denn, bin auch ich verleitet zu fragen, wenn ich mir vor Augen führe, was aus der BRD-Grünen „Feminat“-Pastorin Antje Vollmer

doppelt späten Geburt, fühlt sich zusammen mit seinen Volksgenossen als „Leit-hammel der Weltgeschichte“: „Alles, was wir in Zukunft tun, wirkt weit über die Staatsgrenzen hinaus.“

Die U-Boote in Südafrika, die Flugzeuge in Israel, das Giftgas im Irak, alles unerheblich, denn es erfolgte „in der kleindeutschen Idylle und mit beschränkter Haftung“. Das bißchen Vergangenheitsbewältigung der 68er Generation, die mühsame Überzeugungsarbeit der Friedensbewegung, der Kampf der Frauenbewegung gegen die deutsche Hausfrau, die allmähliche und nur allzu prekäre Integration von weit über vier Millionen AusländerInnen, die das Leben in der westdeutschen Gesellschaft erst erträglich gemacht haben - unerheblich auch sie, denn, so Ulrich, „erstmal seit '45 ist die innere Rückkehr nach Deutschland möglich“.

Ein kollektiver Wir-Taumel hat Grüne und DKP-Erneuerer erfaßt. Deutschland, die Nation, der Staat sind wir! Und gedankenlos sprechen Grüne Frauen (und die liberale „Zeit“) von zweierlei Abtreibungsrecht für deutsche Frauen. Als ob ausländische BürgerInnen nicht unter deutsche Gesetze fielen, und als ob nicht gerade bei den Memminger Prozessen deutlich geworden wäre, wie eine restriktive Handhabung des § 218 gerade Ausländerinnen mit besonderer Härte trifft. Die Frauen haben am allerwenigsten Grund, „wir“ zu sagen. Sie sind die eindeutigen Verliererinnen des neuen deutschen Großstaates.

Derselbe national gestimmte Bernd Ulrich, der sich in einem Aufsatz in der Frankfurter „Kommune“ in seiner verschwitzten Abgrenzung von linker Politik für den politischen „Sieg“ ausspricht und fordert, „auch wir Deutschen“ müßten „etwas gegen die Invasion der Iraker tun“, plädiert in einem von fünf „Aufbruch“-Leuten ver-

faßten „ökologischen Manifest für eine Grüne Zukunft“ samtpfotig für die „Kunst des Sein-Lassens“. „Ökologie ist kein Macker-Projekt“, heißt es in dem im Mai dieses Jahres verfaßten Manifest, das Ulrich mit seiner martialischen Deutschdümmelei schon im August Lügen straft.

Dem Plädoyer für das „naturverträgliche“ Zusammenleben der Menschen gebirgt es so sehr an Argumenten, daß die vielstrapazierte „Schöpfung“ erhalten muß. Darf „der Mensch“ sie „in die eigenen Hände nehmen“, dürfen die „Eigendrechte der Natur mit Füßen getreten werden“? Ja, darf er denn das?

Was für eine schwachsinnige Frage! Natürlich darf ER. ER darf alles, einschließlich foltern, aushungern, töten, millionenfach. ER darf es und ER tut es. Nur - ist es auch vernünftig? Doch auch diese Frage ist falsch gestellt. Für diejenigen, die davon profitieren, ist es durchaus vernünftig. Es gibt keine übergeordnete, uns alle zu einer Schicksalsgemeinschaft verbindende Moral.

Rolf Henrich, einer der GründerInnen des Neuen Forums, will als „kulturelle Herausforderung für die Deutschen“ der Natur Rechtssubjektivität verschaffen. Die Natur soll also den Menschen gleichen, nur so ist offenbar ihre Schutzwürdigkeit zu rechtfertigen.

„Als wäre das Unrecht, die mitlebende Welt ununterbrochen zum Objekt der Ausbeutung zu machen, nur abzustellen, wenn der ausbeutende Mensch sich selbst im Ausbeutungsobjekt wiedererkennt und nur so seine verlorengegangene Beißhemmung aktiviert“, sagte bei einer „Aufbruch“-Veranstaltung in Bonn Christina Thürmer-Rohr, und wurde nicht verstanden. Einfacher wäre es, den Menschen - allen Menschen - Rechtssubjektivität zugestehen. Das mit der Natur würde sich dann von selbst ergeben. ■

HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEUTSCHEN

1990 feiert das „Unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs“ „profil“ Geburtstag. In einer Sonderbeilage sind die zwei Dezennien bunten Titelblätter abgebildet. Sie haben mich zu einer flüchtigen Statistik gereizt.

Nur wenige Frauen genießen die Ehre, Teil von „20 Jahren Zeitgeschehen“ zu sein. Ganze 14 Mal in 913 Heften wurden Frauen auf Grund ihrer eigenen Leistungen titelblattwürdig: 1 Sportlerin, 5 Politikerinnen (Otti-

geworden ist. Freda Meissner-Blau gleich, hatte die „Aufbruch“-Politikerin immer schon einen Hang zum Staatstragenden, doch nun hat Deutschland der Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag endgültig den Kopf verdreht. Während sie früher bloß darum bemüht war, ihr Seelenheil auf dem Rücken der RAF-Häftlinge zu retten, geht sie heute aufs Ganze: Die „neue Rolle Deutschlands als einer Weltmacht“ hat es ihr angetan. Und ihr Mitarbeiter Bernd Ulrich, begnadet mit einer

POSTINDUSTRIELLER SOZIALISMUS

Von Erich Hörl

Eine exemplarische Kritik an André Gorz

„Der Verräter“ ist die Geschichte eines Individuums in der fremden, feindlichen Welt des 20. Jahrhunderts; manchmal taucht ein verirrtes 'Ich' auf, welches am Ende den Text für einen gewissen André Gorz beansprucht. Schreiben als Akt der Distanzierung des Realen zugunsten einer abwesenden, nur bedeuteten, imaginären Realität. Als der Versuch, die ekelige, infame Welt durch die Form der allgemeinen Negation abzuschaffen und für-sich zu sein. Verrat.

Heute kennen wir diese ehemals anonyme Stimme. In den fünfziger Jahren entstehen, neben „Der Verräter“ - eine Autobiographie -, die Grundlagen seines Denkens, welches ab Mitte der sechziger Jahre bis heute Anlaß kontroversieller Diskussionen in der traditionellen und neuen Linken sein sollte: die „Fondements pour une morale“ und „La morale de l'histoire“. Diese Texte bilden die Basis des Versuches einer Synthese von Marxismus und Existentialphilosophie, welcher in der Folge schrittweise und implizit entwickelt wird. Gewissermaßen ein stärkeres Einschreiben der Problematik des Individuums in die Marxsche philosophische Anthropologie, welche jener vor allem in seinen Frühschriften entworfen hatte. Von diesem Fundament aus schreitet Gorz nach vorne, vermittelt die Philosophie mit der erlebten und erfahrenen Wirklichkeit, vollzieht jene Bewegung der Überschreitung des Realen, welche wir kennen als z.B. „Abschied vom Proletariat“ (1980), „Wege ins Paradies“ (1983) und zuletzt als „Kritik der ökonomischen Vernunft“ (1989).

Eine Denkbewegung, welche ihn von der allgemeinen Negation zur bestimmten treibt. Er verabschiedet die Reinheit des Geistes zugunsten eines politischen und philosophischen Engagements: „André Gorz ... gehörte zur engeren 'Sartre-Familie', zählte zu den großen Vordenkern der Neuen Linken, inspirierte eine ganze Generation von Wachstums- und Atomkraftkritikern, formulierte wesentliche Grundlagen einer politischen Ökologie und stiftete die neuere sozialpolitische Debatte um das von der Arbeit entkoppelte Sozialeinkommen an“, resümiert Claus Leggewie.

Es ist eben dieses Engagement, welches Gorz in seinem letzten Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ in al-

len Fäden wieder aufnimmt und was ihn im Taumel der Ereignisse des Zusammenbruchs der realsozialistischen Systeme für viele 'westliche' Linke als Rettungsanker erscheinen ließ. Das Produkt dieses Ausklammerungsversuches ist - besonders in der BRD - euphorische Kritiklosigkeit. Das wenige an Kritik artet andererseits aus in die reine Orthodoxie marxistischen Denkens, welche mindestens ebenso peinlich erscheint. Gemeinsam ist all diesen Rezeptionen das bloße Wahrnehmen der Überschreitung, ohne Auseinandersetzung mit den Fundamenten.

Die 'Kritik' als programmatischer Aufruf, die Mythen, welche der Modernisierungsprozeß selbst hervorbrachte, zu zerstören und die „reflexive Modernisierung“ (Ulrich Beck) der Moderne voranzutreiben, steht mit Einschränkungen im Geiste der radikalen Aufklärungskritik eines Max Weber, Edmund Husserl und vor allem Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Und damit im Gegensatz zum französischen postmodernen Zeitgeist, der das, was „in Wirklichkeit die Krise der vernunftwidrigen, quasi-religiösen Inhalte, auf die eine selektive und einseitige Rationalisierung“ in Gestalt des Industrialismus aufbaute, als Krise der Vernunft und Ende der Moderne verkündete. Gorz versucht die Herausarbeitung ontologischer, existentieller Grenzen der Rationalisierung, deren Überschreitung nur um den Preis von „vernunftwidrigen Pseudo-Rationalisierungen“ möglich ist, welche letztlich die Aufklärung in ihr Gegenteil verkehren und den Menschen, anstatt ihn zu befreien, in eine neue Herrschaftsstruktur einschreiben.

Die Gorzsche Kritik der Megatechnologie, der hochspezialisierten Arbeitsteilung, der Kolonisierung der Lebenswelt durch die ökonomische Rationalität und des entfremdeten, rein quantitativen, da mathematisierten Denkens als Grundlage dieser Erscheinungen ist nun nicht bloß „normativ - kulturkritisch moralisierend“ (Götz Rohwer), sondern steht auf dem Fundament des leiblichen In-der-Welt-Seins. In den 1946-1955 entstandenen „Fondements pour une morale“ hatte Gorz versucht, stärker als Sartre eine leibliche Verankerung moralischen Engagements zu skizzieren. Das Existenzbewußtsein, das

„präreflexive cogito“ (Sartre), welches eine untrennbare „Einheit mit dem Bewußtsein bildet, dessen Bewußtsein es ist“ (Sartre) und das reflexive cogito allererst möglich macht, wird wesentlich aus der Qualität des leiblichen Erlebens gespeist. Es ist dieses Erleben, welches den „ureigenen Riß“ erzeugt, der „das individuelle Subjekt daran hindert, völlig in der 'Identität' aufzugehen, die ihm seine soziale Zugehörigkeit verleiht“. Hier liegt die Quelle der Autonomie des Ethischen und des Politischen. Der „ur-eigene Riß“ ist „das Ferment von Negativität in jeder Kultur, das Ferment des Zweifels inmitten der praktischen Gewißheiten, das Ferment der Fremdheit inmitten der Vertrautheit, des Unsinn mitten im Sinn“, also potentielle emanzipatorische Sprengkraft.

Natur als Abstraktion

Wird diese Qualität - wie in der Aufklärung seit Francis Bacon durch die reine Mathematisierung der Natur - negiert, muß also auch das Denken selbst verkümmern, kritische Reflexionsfähigkeit verlieren. So wird das möglich, was Horkheimer und Adorno „Dialektik der Aufklärung“ nannten und uns an den Abgrund der Apokalypse gedrängt hat. Das Selbst ist nichts als transzendentes oder logisches Subjekt, ist Ausgeburt jenes anthropozentrischen Denkens, das uns die Furcht vor der Unbestimmtheit der Natur dadurch nehmen will, insofern sie unterworfen wird. Natur nicht mehr als Erleben, sondern als Abstraktion. Das Ideal des Menschen als Welt- und Selbstschöpfer, das in der „Produktion einer Welt ohne sinnliche Werte“ seine höchste Entfaltung als „selbstherrlicher Intellekt“ (Horkheimer/Adorno) findet.

Dieses Ideal beruht auf dem „patriarchalen Paradigma des Mannes als Jäger/Krieger und seiner dualistischen Weltansicht und dichotomen Logik“ (Maria Mies). Das Herrschaftsdenken über die Natur als ursprünglich gesetzte Hierarchie von Natur und übergeordnetem Menschen spiegelt sich im aristotelischen Ansatz der Dualität von Notwendigkeit und Freiheit. In der griechischen Philosophie schließen sich beide Reiche aus. Frei sind Individuen nur dann, insofern sie sich den Notwendigkeiten entziehen können. Die Hierarchie von freien Männern und unfreien Frauen und Sklaven in der griechischen Sklavenhaltergesellschaft wie auch von Kapital und Arbeit bzw. Männern und Frauen im Ka-

pitalismus sind gesellschaftliche Kristallisationen dieser Spaltung.

Marx nimmt diese Dualität in abgemilderter Form wieder auf. Die beiden Reiche schließen sich nun nicht mehr aus. Vielmehr ist das Ideal der Existenz der gleitende Übergang der Individuen zwischen beiden Sphären, wobei das Reich der Notwendigkeit im Sinne der Überschreitung von Natur durch die volle Entwicklung der Produktivkräfte minimiert werden muß, um die freie Entfaltung der Individualitäten als Sinn der Geschichte möglich zu machen.

Dieses Paradigma bleibt auch bei Gorz. Die Basis seiner „realen Utopie“ eines postindustriellen Sozialismus als „Gesellschaft der befreiten Zeit“ verbindet ihn zugleich mit dem späten Marx. „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zwänge bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. ... Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung“ (Marx). Die freie Entfaltung der Individualitäten als potentiellen Sinn der Geschichte kann es nur geben, insofern die Notwendigkeit dieser dualen Logik akzeptiert wird. Das patriarchale Paradigma steht durch die Anklage der Naturausbeutung und der Unterdrückung der Individuen bei Gorz in einem gedämpften Licht. Doch Herrschaft ist hier immer schon mitgedacht, da die ursprüngliche Hierarchie bleibt. Schon Horkheimer und Adorno hatten auf diesen Punkt aufmerksam gemacht: „Die Herrschaft bis ins Denken selbst hinein als unversöhnte Natur zu erkennen aber vermöchte jene Notwendigkeit zu lockern, welcher als Zugeständnis an den reaktionären common sense der Sozialismus selbst vorschnell die Ewigkeit bestätigte.“

Mikroelektronik total

Die Beibehaltung dieses Ansatzes zeigt weitreichende Konsequenzen im Gorzschen Denken. Zunächst wirkt sie auf sein Verständnis von Technologie zurück, welche als hochentwickelte notwendig ist zur Minimierung des Reiches der Notwendigkeit, um zuallererst die „Wege ins Paradies“ zu ebnen. Gorz hatte sich vom Progressismus der traditionellen Linken schon längst verabschiedet, indem er die Korrelation von Produktions- und Herrschaftstechniken in der industriellen Megamaschine herausgearbeitet und gezeigt hatte, daß „die destruktive Gewalttätigkeit der Menschen gegen sich selbst ... in den entmenslichten Megatechnologien angelegt“ ist.

So steuert er aber auf ein Dilemma zu, welchem er sich dadurch zu entziehen versucht, daß er auf die kleinen, niedlichen, handlichen, flexiblen, sauberen, menschenfreundlichen, friedlichen und ökologischen neuen Technologien der dritten Industriellen Revolution setzt. Auf Geräte, welche „stumm“ sind, da „ihr Aussehen nichts mehr von ihrer Bewandnis verrät“ (Günther Anders). Es liege an uns, diese Geräte für die Emanzipation im Sinne mikrosozialer Selbstgestaltung und Selbstbetätigung zu nutzen oder in der Barbarei einer totalitären „Selbstüberwachungsgesellschaft“ (Jacques Attali) zu versinken. Gorz entfaltet einen reflektierten, aber nichtsdestotrotz Progressismus. Er negiert Forschungs- und Produktionszusammenhänge der neuen Technologien, um sich einzig auf Anwendungszusammenhänge zu konzentrieren. Allein durch diese verkürzende Negation ergibt sich die Ambivalenz der Anwendung. Werden erstere mitgedacht, so offenbart sich der prinzipiell totalitäre Charakter der Mikroelektronik. Gorz ist Opfer ihrer „Stummheit“.

Das patriarchale Paradigma besiegelt einen prinzipiellen Status von Entfremdung, welche nur minimiert und nicht überwunden werden kann. „Die empirische Welt ist nicht so beschaffen, daß sich die Freiheit ihrer als Mittel zu ihrer Selbstverwirklichung schaffend bedienen könnte. Entfremdung besteht in der Unmöglichkeit, das Gegebene zum Mittel irgendeines lebenswerten Zwecks zu machen.“ Wir müssen uns demnach das Gegebene allererst durch spezialisierte Arbeitsteilung und Mikroelektronik möglichst rationell aneignen, um aus der Dimension der vitalen Werte auf die Ebene der ästhetischen und letztlich der ethisch-praktischen aufsteigen zu können. Freilich nicht als kulturelle Sprünge, sondern als immer wiederkehrende Aufgabe der menschlichen Existenz. „Das Ideal ist eine Existenz, in der reibungslos von einer Ebene zur anderen übergegangen werden kann.“ Diese Dreiheit kann nur negativ überwunden werden als Negation des Individuums durch die Aufgabe der fakultativen ästhetischen und Freiheitswerte und die bloße Existenz in der Erhaltung des nackten Lebens, was allein notwendig ist. Wieder findet sich die Festschreibung von Natur als feindlicher Kraft. Moralität als Freiheit existiert nur in der Befreiung des Menschen von den äußeren Notwendigkeiten, da er nur dann frei sein kann, insofern er das, was er tut, auch wollen kann.

Der vordergründig emanzipatorische Charakter der Gorzschen Gedanken versinkt in die hintergründige logische

Kontinuität eines mit der Natur unversöhnten Denkens.

Effiziente Dorfgemeinschaft

Das Gorzsche Sozialismusverständnis, als „Unterordnung ökonomischer Zwecke unter gesellschaftliche“ weit gefaßt, erscheint offen und internationalisierbar - im Gegensatz zum sattem bekannten ökonomischen Sozialismus der real-nicht-mehr-existierenden sozialistischen Systeme, welche auf der Grundlage eines materiellen Überflusses wachsen sollten. Tatsächlich aber steuert Gorz auf eine Theorie von zwei Klassen von Sozialismus zu: „Sozialismus de luxe für den Norden und Armutsozialismus für den Süden“ (Sara Sarkar). Für die sogenannte „Dritte Welt“ schlägt Gorz mit Alvin Toffler vor, diesen Ländern - in welchen der Eigenproduktion noch hohe Bedeutung zukommt und Geldwirtschaft wie Warenproduktion noch unterentwickelt sind - einen direkten Übergang „von der vorindustriellen ... zur postindustriellen Zeit“ zu ermöglichen, um ihnen so den „mühsamen und kostspieligen Umweg über den Industrialismus“ zu ersparen. Die Dorfgemeinschaften könnten nach dieser Ansicht ihrer Eigenproduktion mit Hilfe der Mikroprozessoren eine unerhörte Effizienz verleihen.

Es zeigt sich ein versteckter Ökonomismus, der implizit eine untere Grenze der Produktivkraftentwicklung als Voraussetzung sozialistischer Verhältnisse festschreibt. Und damit sind diese nicht universalisierbar, da dieser Entwicklung allein von der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen her eindeutig Grenzen gesetzt sind. Ganz abgesehen vom Eurozentrismus, den dieses Denken entfaltet, insofern es dem 'Rest der Welt' mit seinen differenten Strukturen und Denkweisen unseren zweifelhaften Ausweg aus der industriegesellschaftlichen Sackgasse überzustülpen versucht. Der Industrialismus erscheint als notwendige Stufe auf dem Weg zur Menschwerdung, die als freie Entfaltung der Individualitäten einzig postindustriell denk- und realisierbar erscheint.

Bleibt also die Frage, wie der feminine Charakter des postindustriellen Sozialismus à la Gorz, der entweder „feminin sein oder ... nicht sein“ wird, geprägt ist. Bei Gorz erscheint er als Überstülpfung femininer Werte wie Zärtlichkeit, Gegenseitigkeit, Uneigennützigkeit und Zuwendung über eine patriarchale Basis.

Erich Hörl ist Redakteur der Zeitschrift „Kurswechsel“ und lebt in Wien.

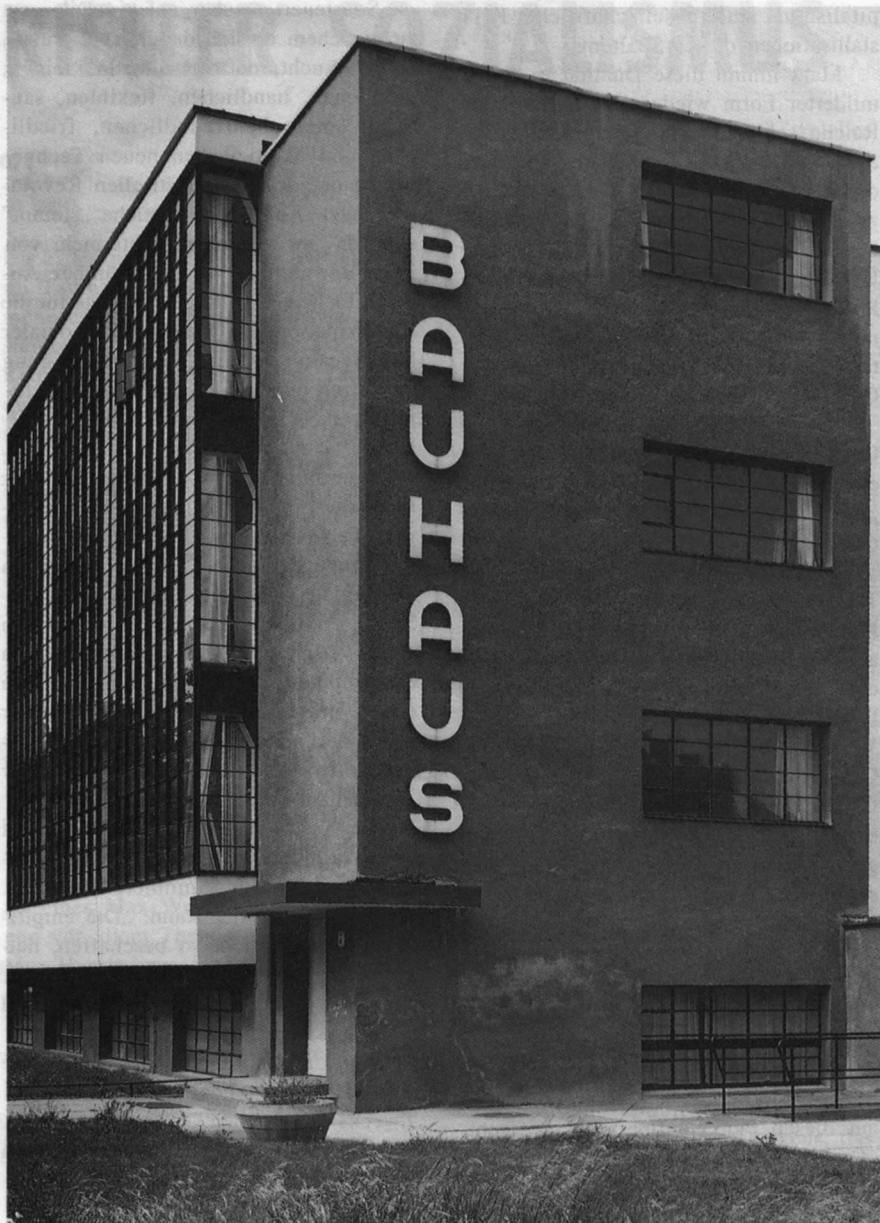
■ Wenn Namen Programm wären, stünde es schlecht um die in der Thälmannallee Nr. 38 in Dessau (DDR) beheimatete Institution. Ernst Thälmann, Namensgeber für diese Allee und letzter KPD-Führer vor der Machtergreifung der Nazis, war der Prototyp des sturen, behäbigen Parteigängers Stalins - also alles andere als ein Ausbund an Ideenreichtum und Esprit. Dessen aber hätte es bedurft, um dem aufkommenden Faschismus eine sozialistische Perspektive entgegenzusetzen. Auch heute wären Konzepte jenseits hausbackener Provinzialismen gefragt, um in der Thälmannallee Nr. 38 einen Schritt voranzukommen. Hier befindet sich das Bauhaus.

Wohlgemerkt nicht eine örtliche Zweigstelle der gleichnamigen Marktkette für Heimwerkerbedarf, sondern das Bauhaus, jene weltberühmte Ideenwerkstatt aus den 20er Jahren, wo seinerzeit in einer fast eruptiv zu nennenden Schaffensperiode Künstler wie Kandinsky, Paul Klee, Feininger, Laszlo Moholy-Nagy und viele andere unter einem Dach zusammenwirkten.

Der gegenwärtige Direktor des Hauses, Rolf Kuhn, hält die aktuelle Lage für „äußerst dramatisch“. Wie für zahlreiche Museen und künstlerisch-akademische Einrichtungen in der DDR deutet sich auch für das Bauhaus unter der Ägide des DM-Imperialismus erst einmal das Aus an, wenn keine schnelle Profitader entdeckt wird oder zügig neue staatliche Geldgeber und private Sponsoren gefunden werden. Der erforderliche Etat für Personalkosten, Forschungsbetrieb und Gebäudeerhaltung sei mit Einsparungen zwar noch notdürftig bis zum Jahresende gesichert, dann aber droht der Kollaps: „Dem Bauhaus kann es ergehen wie jetzt schon dem Zoo im benachbarten Wörlitz - er kann das Futter für die Tiere nicht mehr bezahlen.“

Bislang trug das DDR-Bauministerium den 3 Millionen-Jahresetat des Hauses. Von anderen Ministerien kamen rund drei weitere Millionen zusammen für Sachmittel, die historische Sammlung und Gebäuderestauration. Diese Quellen sind mit Abdankung des alten „realen Sozialismus“ versiegt, und die über 90 Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeiter blicken einer düsteren Zukunft entgegen. Mit dem triumphalen Einzug des Westens hat einstweilen die Kultur von Coca Cola und schneller D-Mark über alles Feingeistige, Museale und kulturpolitisch Experimentelle obsiegt.

Für letzteres aber stand und steht das Bauhaus, seit es 1919 in Weimar gegründet und von dort alsbald wieder vergault wurde, weil den Weimarer Stadtvä-



DAS BAUHAUS: IDEENWERKSTATT ODER FACHHOCHSCHULE?

*Text: Gerald Munier
Fotos: Knut Giebel*

Das Bauhaus, jene 1919 in Weimar gegründete weltberühmte Kunstakademie, steht wieder zur Disposition. Ob es jedoch eine neue kreative Blüte erfahren wird, ist fraglich, denn zu groß sind die Vereinnahmungswünsche der (noch) westdeutschen Kulturpolitiker.

tern die kollektivistische Pädagogik einer „Arbeits- und Lebensgemeinschaft von Lehrenden und Studierenden“ (Gropius) zu weit ging. Von Anfang an beschritt die Kunstakademie auch in konzeptioneller Hinsicht völlig neue Wege und war ein politischer Faktor, der aneckte und sich nicht nahtlos einfügen ließ in den staatlich gewünschten Rahmen eines ordentlichen Lehr- und Forschungsbetriebes.

„Keimzelle des Neuen“

Das fing schon mit der Auswahl der Studenten unter Walter Gropius, dem ersten Direktor des Bauhauses, an, der nach einem für die Weimarer Zeit höchst ungewöhnlichen Modus verfuhr: „Aufge-nommen wird jede unbescholtene Per-son ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, deren Vorbildung vom Meisterrat als ausreichend erachtet wird“, hieß es in dem damaligen Studienprogramm. Es enthielt noch eine Reihe weiterer Besonderheiten, die in der von Standesdünkel, schlagenden Verbindungen und reaktionärem Korpsgeist geprägten Zeit für Aufregung sorgten. So wurden die Lehrenden 'als Meister' ans Bauhaus berufen, was einen totalen Bruch mit den herkömmlichen akademischen Ausbildungsmethoden implizierte, da nicht mehr die strenge Wissensvermittlung vom Katheder aus gefragt war, sondern ein praktisch-meisterlicher Arbeitsstil in Verbindung mit nicht-autoritärer, werkkünstlerischer Kreativität.

Diese „Keimzelle des Neuen“, die möglicherweise dem Proletariat mit immer wieder artikulierten Ansprüchen auf eine endgültige Lösung der Wohnungsfrage Flausen in den Kopf gesetzt hätte, war den Konservativen und Deutschnationalen natürlich ein Dorn im Auge. Nach einem Wahlsieg bei den Landtagswahlen 1924 kürzten sie rigoros die Fördermittel, womit dem Bauhaus der Fortbestand in Weimar unmöglich gemacht wurde. Es siedelte 1925 ins progressivere Dessau um.

Hier entstand ein Jahr später das von Gropius und Carl Fieger entworfene Schulgebäude, ein markanter Glasfassadenbau, wie er in seinem „Funktionalismus“ bis heute stilbildend für Industriebauten und Bürohochhäuser ist. Als Ikone der klassischen Moderne ist der weltberühmte Bau außenherum sicherlich 'hui', für denjenigen, der eine mathematische Exaktheit der Gebäudeanordnung und viele große Fensterfronten in schwarzen Profilstahlrahmen mag. In-nen ist das Gebäude mehr 'pfui', denn es gelang nicht ganz, die Wärmeisola-

tion tatsächlich 'funktionalistisch' zu bewältigen. Im Winter zieht's in dem ganzen Bau wie Hechtsuppe, bei sommerlichen Temperaturen heizt er auf wie ein Backofen.

Solche profanen Einwände sollen allerdings die architekturgeschichtliche Bedeutung der gesamten Konstruktion nicht schmälern, ganz wie sich nicht bestreiten läßt, daß die dort tätigen künstlerischen Koryphäen - mal schwitzend, mal verschnupft - ganz Außergewöhnliches zustande brachten.

Das gilt nicht nur für die Bereiche Malerei und Bildhauerei. Bahnbrechend waren auch die Resultate, die in der Fotografie, in der industriellen Formgebung und Gestaltung bis hin zur Verbindung sämtlicher werkkünstlerischen Disziplinen in den Siedlungsexperimenten des Bauhauses in Dessau-Törten und Dessau-Ziebigk erreicht wurden. Die Rauhfaserartape ist ebenso eine jener funktionellen Elementaranfertigungen wie Eisenrohrgestühl, Industrieleuchten und andere praktische Einrichtungsgegenstände, die noch heute wegen ihrer durchdachten Einfachheit und Schnörkellosigkeit geschätzt werden.

Ein „Optimum an Funktion“ wollte auch der neue Bauhausdirektor Hannes Meyer erreichen, der Gropius 1928 ablöste. Damals verstand sich dieses nüchterne Ziel durchaus als kleines 'ABC des Kommunismus', ging es doch darum, für die breite Masse erstmals eine „unter Ausschluß des Persönlichen erfolgende Deckung aller Lebensbedürfnisse“ (Meyer) im Bauplanerischen zu verwirklichen. Was heute sicherlich schnell in den Ruch eines Sparprogramms auf Ko-

sten der Unterprivilegierten käme, nämlich die typisierende Großsiedlungsbauweise, verstand sich in den 20er Jahren im Zeichen der Weltwirtschaftskrise als dynamisches, kollektivistisches Experiment zur Sicherung des elementaren Volksbedarfs - und wurde als solches auch begriffen.

Vor allem von den Gegnern, die ihre Kampfansage gegen den „Kulturbolschewismus des Bauhauses“ mehr und mehr verstärkten. Einstweilen aber konnten sie gegen die Institution nicht viel ausrichten, weil sie einen Großteil ihres Finanzbedarfs durch Warenumsätze mit Leuchten, Stoffen, Tapeten und durch Bauaufträge selbst aufbrachte: 1929 insgesamt 120.000 Reichsmark, wovon ein gutes Drittel an die Studenten in Form von Löhnen ausgezahlt wurde.

Im März 1930 jedoch forderte der Dessauer Bürgermeister Fritz Hesse den Bauhausdirektor Hannes Meyer auf, die Aktivitäten der kommunistischen Studentengruppe zu unterbinden. Als Meyer sich nicht an diese Verfügung hielt, wurde er relegiert und wegen einer Spende für streikende Bergarbeiter schließlich fristlos gefeuert. Alle Studenten mußten sich zum nächsten Semester einem Neuaufnahmeverfahren unterziehen, und der neue Direktor, Mies van der Rohe, führte sich durch ein autoritäres Disziplinarrecht sowie eine kraß leistungsfixierte Hochschulordnung gleich entsprechend willfährig ein.

Ende und Exil im Dritten Reich

So verlor das Bauhaus seine ungezwungene Werkstattatmosphäre und wur-



de zu einer elitären Architekturschule, die sich nicht mehr lange bei der Problematisierung gesellschaftlicher Mechanismen aufhielt. Das strenge Programm einer „qualitätsbewußten Ausbildungsaufgabe“ wurde von den Lehrenden, je nach politischer Couleur, sehr unterschiedlich aufgenommen. Einige quittierten den Dienst am Bauhaus, andere, wie der konservative Kandinsky, rühmten die Wiedereinkehr einer arbeitsintensiven Atmosphäre nach dem Rauschschuß des zweiten Direktors: „Hannes Meyer wollte aus dem Bauhaus eine marxistische Schule machen, einige Studierende haben so toll Politik getrieben, daß die übrigen nicht mehr zur Arbeit kommen konnten.“

Dem entpolitisierten Bauhaus nutzte jedoch auch seine rigide Disziplin nichts - vor den Augen der Nazis, die im Oktober 1931 stärkste Stadtratsfraktion Dessaus wurden, blieb es „eine kultur bolschewistische Kadenschmiede zur Verbreitung jüdischen Gedankenguts“.

Im Januar 1932 stellte die NSDAP den Antrag auf Abriß des Gebäudes, im März kam die letzte finanzielle Unterstützung durch, doch im August wurde die Schließung abgesegnet. Wie üblich enthielt sich die SPD aus opportunistischen Erwägungen bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme, nur die KPD-Fraktion und Bürgermeister Hesse votierten gegen die Nazis. Auch ein kurzes Zwischenspiel als Privatinstitut in Berlin blieb nicht überlebensfähig, und so erfolgte Mitte der 30er Jahre die endgültige Verbannung der Bauhausidee und ihrer künstlerischen Protagonisten ins Exil - zumeist nach Amerika.

Dort erlebten zahlreiche Bauhauserfindungen einen wahren Boom, und kaum eine Universität ließ die Gelegenheit aus, sich mit ehemaligen Bauhäuslern zu schmücken. Gropius, Moholy-Nagy und Mies van der Rohe erhielten Lehrstühle und Bauaufträge für wichtige Bauwerke wie u.a. das „PANAM building“ in New York und die „Lafayette towers“ in Detroit. Durch den starken Vermarktungsdruck und die Integration in zumeist technische Abteilungen der Hochschulen büßte das Bauhaus in Amerika die Reste seines innovativen Potentials ein. Sowohl das kollektive Arbeiten in Werkstätten als auch die experimentelle Frische gingen verloren.

Auch im Nachkriegsdeutschland scheiterten sämtliche Wiederbelebungsversuche. 1953 trat in Ulm die Hochschule für Gestaltung an, um die Grundideen des Bauhauses fortzuführen. Fast eine Ironie des Schicksals: Der zuständige CDU-Ministerpräsident Filbinger schloß die Schule, nachdem sich 1968



die Professorenschaft mit streikenden Studenten solidarisiert hatte. Kurze Zeit später stolperte Filbinger über seine Nazi-Vergangenheit; er hatte noch in den letzten Kriegstagen als Richter besonders eifrig die Erschießungskommandos gegen Deserteure bemüht.

Zurück nach Dessau

Es blieb nur das Bauhaus-Archiv in Berlin, welches zur wichtigsten Ausstellungs- und Sammlungsstätte ehemaliger Bauhausartikel wurde, aber über den musealen Betrieb hinaus keine Lehrtätigkeit einrichtete. Das Bauhausgebäude in Dessau war durch eine Fliegerbombe schwer beschädigt worden, nachdem es im Dritten Reich knapp dem Abriß entgangen war. Den Nazis hatte es - nach Umwandlung mit 'deutschem Farbstrich' in grün-braun - als Gauleiterschule gedient.

Obwohl die ostzonale Stadtverwal-

tung eine Wiedereröffnung schon 1946 befürwortete, zerschlugen sich solche Hoffnungen im Laufe der Zeit. Der stalinistisch gefärbten SED paßten der „kosmopolitische Charakter“ und die weitgefächerten internationalen Verbindungen nicht ins Konzept. Nach einer kurzen Denunziationskampagne im „Neuen Deutschland“ (dem SED-Zentralorgan) wurde die Sache auf Eis gelegt und kam erst wieder in der beginnenden Tauwetterperiode der 70er Jahre zur Sprache.

Wohl auch auf westliche Devisen spekulierend, 'entdeckte' die Stadt, daß das Bauhaus für Dessau eine ebensolche Attraktion sei wie der Eiffelturm für Paris. So wurde 1976 das Gebäude originalgetreu rekonstruiert und einem kommunalen „Wissenschaftlich-Kulturellen Zentrum“ überantwortet. Zehn Jahre später avancierte es zum staatlichen „Zentrum für Gestaltung der DDR“ und nahm wieder den akademischen Lehrbetrieb auf.

Jeweils um die zwanzig Studenten

aus verschiedenen Hochschulen der DDR erhielten die Gelegenheit, dort ihre Praktika zu absolvieren bis hin zu Diplomarbeiten und Dissertationen. Sie wurden in die laufenden interdisziplinären Projekte des Bauhauses integriert, die von den Fakultäten Urbanistik, Architektur, Medien und Design ausgehen.

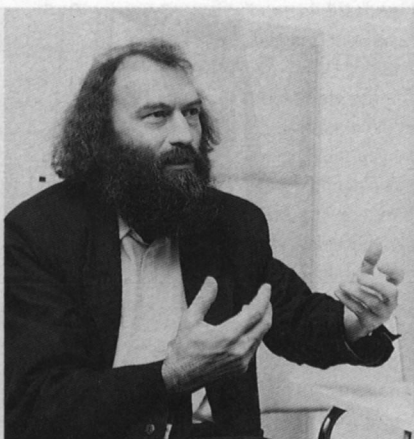
Das jüngste Ideenprodukt des Hauses nennt sich „Projekt industrielles Gartenreich“ und ist eine an die „Emscherpark-Konzeption“ für das nördliche Ruhrgebiet angelehnte Raumplanung und Umbauprogrammatik für das Gebiet Bitterfeld-Wittenberg-Dessau. Um zu verstehen, welchen Stellenwert dieses Projekt auch für die Zukunft des Bauhauses hat, muß die konflikträchtige aktuelle Situation als Institution, aber auch als Teil einer Problemregion begriffen werden.

Das Bauhaus liegt im Zentrum besagter Region, die eine Art „magisches Dreieck“ bildet. Bitterfeld ist als die ökologische Katastrophenregion der DDR zu trauriger Berühmtheit gelangt. Hier produzier(t)en die VEB Chemie-Kombinate und ORWO-Filme DDR/Wolfen und 'entsorgten' ihre Rückstände völlig ungeklärt über den Silbersee in den Fluß Mulde. Ein Gewässer, welches so stark mit Chemikalien angereichert ist, daß selbst eine harmlose Bootspartie die Gesundheit gefährdet. Bereits geringfügige Wasserspritzer führen zu böartigen Hautverätzungen. Die Luft über Wolfen-Bitterfeld befindet sich - nüchtern ausgedrückt - in einem der Atmung nicht mehr zuträglichen Zustand, spricht: der nicht eingewöhnte Durchreisende hat ständig gegen einen würgenden Brechreiz zu kämpfen. Und zum Kotzen ist auch die trübe Brühe der Mulde mit ihren gelblichen Schaumflocken, die laut sachverständiger Auskunft von Anliegern als Fixierband für's Fotolabor dienen könnte.

Aus der industriellen Wüstenei fließt der tote Fluß in einer der paradiesischsten Auenlandschaften Europas, das Wörlitzer Gartenreich. Es ist eines der letzten großflächigen Biosphärenreservate und ein ökologisches Refugium, welches seinesgleichen sucht. Integriert in die Auen und Wälder sind klassizistische Parkanlagen und Baudenkmäler, die weiland der der Aufklärung nahestehende Fürst Franz von Anhalt anlegen ließ.

Hier lustwandelte schon Goethe und schrieb begeistert: „Natur und Kunst, sie scheinen sich zu fliehen/ Und haben sich, eh man es denkt, gefunden.“

Die geographische Nachbarschaft des Biosphärenreservats mit der trostlosen Katastrophenregion drängt förmlich zu raumplanerischen Sanierungsalterna-



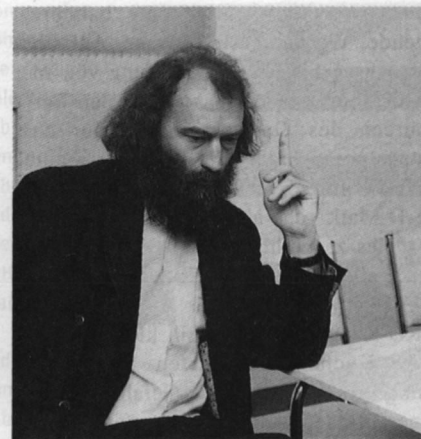
Direktor Rolf Kuhn: „Lage äußerst dramatisch“

tiven, als deren geistige Heimstätte sich das Bauhaus gern sehen würde. Aber die Zeiten sind wohl in der DDR nicht danach, behutsame ökologische Umbaumaßnahmen und Konzepte eines „sanften Tourismus“ zu erdenken und umzusetzen.

Die schnelle D-Mark diktiert das Tempo, und allerlei Goldgräber aus der BRD hocken in den Startlöchern, um bei dem 'run' auf Prestige und Märker, die sich mit dem Markenzeichen Bauhaus verdienen lassen, die Nase vorn zu haben.

Wichtige Posten in der Dessauer Stadtverwaltung, wie das Baudezernat und das Bürgermeisteramt, sind mir nichts, dir nichts in den letzten Wochen direkt an westdeutsche Kommunalpolitiker abgetreten worden.

Ehrgeizige Professoren aus der Tech-



nischen Hochschule Aachen schicken sich an, dem Bauhaus eine Zukunft als Unterabteilung im Rahmen einer Fachhochschule für Betriebswirtschaft, Bauingenieurwesen und Architektur zu verordnen. In ihrem Rücken - dies ist wohl gegenwärtig das stärkste Argument in der DDR - sollen sich großzügige private Sponsoren befinden. Und da wurde die Dessauer Stadtverordnetenversammlung (Beschlusssache 189/90) erstmal schwach.

Nun ist grünes Licht gegeben für die altbackene Hochschulgründung, die so zukunftsweisend sein dürfte wie die Neugründung einer Zweigstelle der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Nichts gegen Krankenkassen, aber es darf bezweifelt werden, daß sie die richtige Methode wären, um richtungsweisende Impulse für die Region auszusenden. Dem Bau-



haus könnte tatsächlich eine bahnbrechende, regionalgestalterische Aufgabe zuwachsen bei der Verknüpfung von Industrie- und Stadtsanierung mit den Ressourcen des Gartenreiches. Aber das setzte voraus, daß andere als ergraute Politikerimporte und Exzellenzen „Marke D-Mark“ das alleinige Sagen hätten.

Dies zu verhindern ist schwer, wenn es an allen Enden und Ecken am nötigen Kleingeld fehlt und der Ausverkauf an BRD-Kapitalinteressen ein kleines Stück vom Kuchen abzuwerfen verspricht. Einige wenige sehen die Gefahr, die mit einer blinden Unterwerfung unter westdeutsche Heilsmaßstäbe einhergeht. In einem Offenen Brief kritisieren Mitarbeiter des Bauhauses, daß mit der Zielsetzung einer traditionellen Fachhochschule die Bauhausinstitution diskreditiert werden würde, ganz wie es seinerzeit unter der Bevormundung durch das DDR-Bauministerium geschah. Sie wissen, wovon sie sprechen, denn aus ihrer Feder stammt das „Projekt industrielles Gartenreich“, welches sich seinerseits auch als Sanierungskonzept gegen die betonwütigen Kahlschläge „sozialistischer Großstadtträume“ und deren Hinterlassenschaften richtet.

Architekturpolitisch zeugt die letzte Phase 'realsozialistischer' Stadtplanung eher von krimineller Energie als von Geist und Charme. Entsprechend sieht es in Dessau aus, vor allem in der Nordstadt, die dem Verfall anheimgegeben ist. Überläßt man nun einfach das weitere den Hyänen der westdeutschen Spekulantenbranche - deren schwärzestes Schaf, Baulöwe Bert Bertram, hat sich in Dessau schon umgetan -, wird eine Chance vertan, in der Region wirklich eine Erneuerung zu bewirken.



Dessau 1990: vor Kahlschlag sozialistischer Großstadtträume?

Basken (span. Vascos, frz. basques; Eigenbez. Euskaldunak), vorindogerm. Volk in den W-Pyrenäen und im B.land (Frankr. und Spanien); Pflege von traditionellem Brauchtum (rhyth. Volksmusik, Schwert- und Stocktänze, Pelota).

noch Fragen?

Wir verbreiten eine Menge Material zum Thema. Unter anderem zweimonatlich die Zeitschrift **EUSKADI INFORMATION** auf deutsch/englisch/italienisch/spanisch oder französisch. **EUSKADI INFORMATION** ist in Österreich nur im Abo erhältlich und kostet 200 Schilling/Jahr. Gratis Probenummer und Katalog anfordern!

EUSKADI INFORMATION, POSTFACH 7323, CH - 8023 ZUERICH, FAX 1-2727704

Das Bauhaus wäre hier der Dreh- und Angelpunkt, es müßte allerdings aus der lähmenden Lethargie leerer Kassen und Zukunftsängste herauskommen und wieder eine 'eigene Seele' erlangen, wie es sein Direktor ausdrückt. Dabei schwebt ihm als Mittel die „Vereinigung aller Gestaltung in der Stadt am Bauhaus“ vor, aber es steht noch völlig in den Sternen, ob sich der neue Trägerverein Bauhaus e.V., dem die historischen Gebäude übereignet wurden, dieser regionalplanerischen Option anschließen wird. Viele würden dem Bauhaus lieber einen soliden Maulkorb verpassen - wie früher auch schon.

Gerald Munier ist Redakteur einer kommunalpolitischen Fachzeitschrift AKP in Bielefeld.

Knut Giebel ist Dozent für Fotografie an der Fachhochschule Hannover.

WAHLEN/KPÖ

ZWISCHEN ERNEUERUNG UND SPALTUNG

Mit viel Optimismus begann die KPÖ nach ihrem letzten Parteitag mit der Umgestaltung und Öffnung der Partei. Das Ergebnis der bevorstehenden Nationalratswahlen könnte für diesen Prozeß von entscheidender Bedeutung sein.

Das Antreten der KPÖ bei den Nationalratswahlen war in den letzten Jahren nie eine aufregende Sache. Ob Gewinne - wie zuletzt 1986 - oder Verluste - wie fast immer -, die Veränderungen spielten sich im Bereich jenseits der Ein-Prozent-Hürde ab, und außer Funktionärgemüter kümmerte die Verschiebung um einige Zehntelprocente kaum jemanden. Der

Urnengang am 7. Oktober allerdings wird für die KPÖ von größerer Bedeutung sein: Ein gutes halbes Jahr nach dem „Erneuerungsparteitag“ wird das Ergebnis wohl auch für den weiteren Kurs der heimischen KommunistInnen mitentscheidend sein.

„Alles ist drinnen“, üben sich Funktionäre, um eine Wahlprognose gefragt, in Optimismus. Tatsächlich ist aber die Stimmung nicht besonders gut. Zwar zieht Walter Silbermayr, gemeinsam mit Susanne Sohn KP-Vorsitzender, eine insgesamt positive Bilanz - „Es ist uns einiges an innerparteilicher Demokratisierung gelungen, wir haben Offenheit geschaffen für das Ausdiskutieren von Meinungsverschiedenheiten, und auch nach außen haben wir mit den Projekten 'Linkes Bündnis' und 'linke Tageszeitung' Signale gesetzt“ -, die euphorische Stimmung ist allerdings kräftig gedämpft worden. Die nach außen gerichteten Angebote für eine linke Sammlung sind von der

österreichischen Linken - oder vielmehr dem, was von ihr geblieben ist - kühler aufgenommen worden als erhofft. „Viele warten ab, halten sich noch bedeckt“, meint Silbermayr. Und intern formiert sich ein Teil der alten Funktionärsgarde zum Widerstand, jeder Mißerfolg für die neue Orientierung gibt ihnen die Hoffnung, daß der Spuk 'Demokratisierung' bald vorbei sein könnte.

„Politische Kultur erfordert nicht nur Proklamationen, sondern vor allem Praxis. Und dazu benötigen wir Zeit“, resümiert Silbermayr - doch genau Zeit ist, was fehlt. So setzte etwa die Besetzung des KP-Hauses „Wielandschule“ in Wien Ende Juni durch autonome Gruppen die Parteiführung unter Zugzwang. Gehandelt werden mußte - doch Silbermayrs Wunsch, verschiedene politische Kulturen durch einen Diskussionsprozeß einander anzunähern, ist, wenn die einen Räumung fordern, die anderen im Falle einer solchen mit Austritt drohen, kaum zu verwirklichen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der Status quo in der Frage des „Ernst-Kirchweg-Hauses“ von allen Seiten kritisiert wird: Während die MitbenutzerInnen, wie die BesetzerInnen seit Abschluß von Verträgen heißen, der KPÖ vorwerfen, sie sei zwar bereit, Almosen zu geben, nicht aber, die zentrale Forderung autonomer Kultur, nämlich die Einheit von Politik und Leben (sprich: Arbeiten und Schlafen) zu akzeptieren, ätzen alte Kader: „Seht her, dazu führt Eure Öffnung.“

Walter Baier, Referent für Bildung und Theorie im Zentralkomitee und einer der einflußreichsten Männer der KPÖ, schreibt in einem Aufsatz in der jüngsten Ausgabe von „Weg und Ziel“, einer Theoriezeitschrift der heimischen KommunistInnen, daß „sich die Tendenz zur Emotionalisierung, zur Polarisierung entlang objektiver Unterschiede in der politischen Kultur, Ausgrenzung und Selbstausgrenzung verstärkt haben“. Wenn er von „vorhandenen Tendenzen der Entfremdung eines Teiles des Apparats von der Organisation“ spricht und die Parteispitze auffordert, die „weitgehend reduzierte Handlungsfähigkeit“ zurückzugewinnen, wenn er formuliert: „Abzuschminken sind zunächst alle Illusionen, Erneue-

MAGAZIN

IM OKTOBER

rung sei ohne oder gar gegen die wesentlichen Teile der Partei zu verwirklichen“, dann trifft Baier die Stimmung und Vorbehalte wohl eines großen Teils der Basis auf den Kopf. Er selbst will seinen Artikel jedoch keineswegs als Kampfansage an die beiden Vorsitzenden sehen: „Ich halte überhaupt nichts von einer emotionalen Zuspitzung.“ Deshalb, so Baier, betrachte er seinen Artikel auch als Schritt zur Deeskalation, die Grundvoraussetzung für die nötige inhaltliche Auseinandersetzung sei.

Und da, so der Koordinator der Programmdiskussion, gäbe es ohnehin genug zu leisten. „Die Gretchenfrage für die nächsten Jahre lautet: Wie kann man begründen, daß die KPÖ notwendig ist?“ (Baier). Für ihn selbst müsse sich ein Parteiprofil ergeben, das „sich deutlich unterscheidet von verschiedenen sozialdemokratischen Typen“. Anders als in kommunistischen Schwesterparteien gibt es in der KPÖ keine „ausformulierten“ (Baier) reformistischen Posi-

Alte Zitate sollen Mut machen



Fotos: G. Prosek

INLAND

tionen, „aber angesichts des Untergangs des Sozialismus muß man schon sagen, daß sie naheliegen würden. Wer das leugnet, hat die Realität aus den Augen verloren“. Ob er mit seinem „reality kühnen“ Anspruch, gegen diesen Reformismus eine sozialistische Umwandlung der Gesellschaft zu setzen, den Konsens innerhalb der Partei trifft, „habe ich noch nicht ausgetestet“ (Baier). Auch Silbermayr läßt keinen Zweifel aufkommen, daß „wir konsequent antikapitalistisch bleiben werden“. Wenn auch vieles neu diskutiert und definiert werden müßte. So meint der Vorsitzende, daß die kommunistische Kapitalismuskritik viel zu traditionell war, „daß wir die Innovationsfähigkeit des Kapitals, sich ständig neu anzupassen, ständig größere gesellschaftliche Kosten zu erzeugen, aber gleichzeitig den Konsens immer wieder neu herzustellen, unterschätzt haben“. Als weiteren Aspekt der Programmdiskussion nennt Silbermayr, „daß wir über die Bedeutung des Staates nachdenken. Ich denke, die kommunistische Linke war zu staatszentriert und hat die Möglichkeit, über den Staat gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen, überschätzt“. Der Vorsitzende weiß, daß der Druck der bevorstehenden Wahlen den gewünschten und notwendigen offenen programmatischen Diskussionsprozeß nicht gerade positiv beeinflusst. „Wir haben uns nicht gefragt, welche Auswirkungen die Öffnung auf die Nationalratswahlen haben wird“, bekennt er, aber: „Jetzt stellt sich die Frage, wie die Wahlen unsere Projekte beeinflussen.“ Es ist ein offenes Geheimnis, daß manchen alten Kadern (und deren jungen Anhängern) eine vernichtende Wahlniederlage gar nicht so unrecht wäre - als Argument gegen die Erneuerung. Silbermayr wirbt deshalb um Solidarität: „Wenn andere Linke uns nicht unterstützen, dann wird der Prozeß scheitern. Denn natürlich besteht die Gefahr von Stimmeneinbrüchen“, bekennt er, dann nämlich, wenn „bisherige Stammwähler nicht zur Wahl gehen, andere aber, die die Erneuerung zwar begrüßen, sie aber noch beobachten, uns noch nicht wählen wollen.“ ■



Foto: privat

Wolfgang Gass, Verband der Sozialversicherten

WAHLEN/PENSIONIST/INNENPARTEI ENTSCHEIDUNG IM WAHL- KAMPF?

Die österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten treten mit einer eigenen Partei zur Nationalratswahl an.

Knapp vor Redaktionsschluß wurde es bekannt. Neben den vier Parlamentsparteien, der KPÖ und den Vereinten Grünen wird noch eine weitere Partei bei der am 7. Oktober 1990 stattfindenden Nationalratswahl um Stimmen werben. Zumindest in fünf Bundesländern erreichte der „Verband der Sozialversicherten“ (VDS) die zum Antreten nötigen Unterstützungserklärungen.

Noch im Frühjahr war eine Kandidatur des aus der Stahlpensionist/inn/en-Bewegung hervorgegangenen Verbandes keineswegs ausgemachte Sache. Auslösendes Moment für die Kandidatur war für den Obmann Wolfgang Gass die kalte Schulter, die die Regierung den 1,6 Millionen ASVG-Pensionist/inn/en zeigte. Während bei den Beamten zu Jahresbeginn eine Pensionserhöhung generell von öS 280 gewährt wurde, stiegen die ASVG-Pensionen nur um 1%. Bei einem Durchschnittsbezug von öS 8.600 also gerade um 86 Schilling.

Der Verband wandte sich daraufhin an die Bundesregierung, um Gespräche über eine Angleichung der ungleichen Versorgungssysteme zu beginnen. Bis dato wurde den Sozialversicherten nicht

einmal ein Termin gewährt. „Deshalb suchen wir die Entscheidung im Wahlkampf“, begründet Obmann Gass die Entscheidung, sich den Wähler/innen zu stellen.

Eine gemeinsame Kandidatur mit der vom rechtsextremen Südtirolkämpfer Robert H. Drechsler initiierten „Wahlkampfplattform der Grauen 1990“, die bis Redaktionsschluß ihre Kandidatur nur in Tirol und Vorarlberg einreichte, kam letztlich nicht zustande. Das Angebot des VDS, mit den Grauen gemeinsame Sache zu machen, wenn Drechsler, der schon zu Beginn der 80er Jahre, damals auf der Grünwelle schwimmend, mit seiner „Grünen Union“ ins Parlament wollte, ausscheidet, wurde von dessen Getreuen nicht akzeptiert.

„Die ganze Wahlkampfplattform ist nur ein Schwindel“, führt der ehemalige Chemiker Gass aus, da die dort zusammengeschlossenen Parteien in realiter gar nicht existierten.

Inhaltlich versteht sich der „Verband der Sozialversicherten“ als „humane, liberale und soziale Bewegung“ (Gass). Hauptziel ist es, ein einheitliches Sozialversicherungssystem mit einer einzigen Berechnungsformel und einem einzigen Pensionsschema für alle Arbeitnehmer/innen in Österreich zu erreichen.

„Wir lehnen jede Art von Extremismus und Rassismus ab. Unsere besondere Sorge gilt allen sozial Benachteiligten und den Behinderten.“ So steht es in der Grundsatzerklärung des VDS.

Bei näherem Hinsehen mischen sich aber doch auch problematische Forderungen in die humanliberale Oberfläche. Etwa wird gefordert, die von Bundeskanzler Vranitzky angekündigte Verdoppelung der Hilfe für die ehemaligen Ostblockstaaten lieber im eigenen Land zu belassen, da diese Kredite nicht zurückzahlen könnten. Auch eine Aufstockung der Polizei angesichts der Flüchtlingswelle aus dem Osten wird unter dem Schlagwort 'Sicherheit' verstanden.

Größtes Manko der Pensionistenpartei, die sich nicht nur für Senior/inn/en anbietet (Gass: „Unsere Zielgruppe sind 90% der Bevölkerung“), ist die fehlende Organisation und politische Unerfahrenheit. Praktisch nur wenige Einzelpersonen tragen den Verband.

„Pensionist/innen kann man halt nicht plakatieren schicken“, verdeutlicht der Obmann die Probleme. Nicht nur deshalb sind die Wahlchancen des VDS, der zwischen den Nationalratswahlen Volksabstimmungen nach dem Schweizer Muster fordert, eher als gering einzuschätzen. Obwohl im vergangenen Halbjahr durch ein relativ gutes Presseecho vor allem die beiden Obmänner, Gass und der Kremser VÖEST-Pensionist Hannes Hinterhözl, öfter in verschiedenen Medien vorkamen, ist der Verband insgesamt - auch durch seinen unspektakulären Namen - in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt.

In den verbleibenden Wochen bis zur Wahl wird der geringe Bekanntheitsgrad, auch auf Grund der nichtvorhandenen Geldmittel, nicht wettzumachen sein. Ein Ergebnis unter der 1%-Marke scheint daher trotz des Optimismus des Bundesobmannes, der diesen mit der Parteiverdrossenheit und jahrzehntelangen Versäumnissen der etablierten Parteien im Sozialversicherungsbereich begründet, wahrscheinlich. Stellt sich die Frage, ob bei einer vorauszu sehenden Niederlage der Verband und seine bislang erreichten Erfolge - und die sind bei der kurzen Existenz der Organisation gar nicht so unbedeutend, immerhin wurde die Problematik der Benachteiligung der ASVG-Versicherten in die Diskussion gebracht und auch schon durch zwar unspektakuläre Maßnahmen etwas verbessert - nach der Auszählung der Stimmen nicht mehr das Gewicht haben, als sie es ohne Zählung gehabt hätten. Die im Gespräch gewesene Möglichkeit für den VDS, bei den Kollektivvertragsverhandlungen als stimmberechtigter Partner der Sozialpartner aufgenommen zu werden, scheint jetzt nicht mehr zu bestehen.

Trotzdem rechnet Wolfgang Gass mit einem Einzug in den Nationalrat für seine Gruppierung und fordert alle Wähler/innen, die aus Politikverdrossenheit nicht zur Abstimmung gehen wollen, auf, den VDS zu unterstützen, denn nur so könne eine „echte Veränderung“ erreicht werden. Bei einem Wahlverzicht würden „sie gar nichts bewirken“. ■

Günter Schneider

Von Günter Schneider

ZWANGS-HIV-TESTS - NEIN DANKE!

Empört reagierte die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien auf die Ankündigung des Wiener Gesundheitsstadtrates Josef Rieder Mitte August dieses Jahres, alle Patienten, an denen ein operativer oder ein anderer invasiver Eingriff vorgenommen werden soll, automatisch auf den HIV-Virus zu testen. Die HOSI forderte Rieder auf, „endlich das illegale Massenscreening in den Wiener Gemeindespitalen, bei dem in den letzten Jahren bereits hunderttausende Patienten ohne ihre Zustimmung oder höchstens nach der beiläufigen Frage 'Sie haben eh nichts dagegen, daß wir den HIV-Test machen?' getestet wurden, abzustellen". Für diese sinnlosen Tests seien laut HOSI rund 10 Millionen Schilling ausgegeben worden - verschwendetes Steuergeld, wie auch das Gesundheitsministerium meine.

Es sei „ein Skandal erster Ordnung, daß die Stadt Wien zwar zig Millionen für unnötige Tests“ aufwende, aber zur Unterstützung der wertvollen Arbeit der AIDS-Hilfe nur den geringen Betrag von öS 500.000 bereitstelle.

Die HOSI Wien ruft daher dazu auf, „aus Solidarität mit den von HIV bzw. AIDS betroffenen Menschen im Falle einer Spitalbehandlung die Zustimmung zu einem HIV-Test zu verweigern und sich dies schriftlich bestätigen zu lassen“, damit eine etwaige Klage gegen das Spital im Falle einer Durchführung des Tests möglich sei. Die HOSI würde in diesem Fall einen rechtlichen Beistand zur Verfügung stellen.

Auf die HOSI-Frage, ob der Gesundheitsstadtrat garantieren könne, „daß Laborchefs und Krankenhaus- oder Abteilungsvorstände keine Provisionszahlungen oder Bestechungsgelder für den besonders intensiven Einsatz der HIV-Testung kassieren“, meldete sich postwendend der Präsident der Wiener Ärztekammer, Prim. Michael Neumann, mit einem Dementi zu Wort.

Die aus der Frage resultierende Anschuldigung einer „Bestechungspraxis“ sei durch nichts zu

belegen, stellte Neumann fest. Darüber hinaus befürworte er den Vorstoß Rieders nach mehr HIV-Tests als „gesundheitspolitisch sinnvolle und notwendige Maßnahme“. ■

ES LEBE LA HAGUE

Mit Billigung der Politiker dürfen nach dem Aus für Wackersdorf die bundesdeutschen Atomstromproduzenten künftig die abgebrannten Brennelemente aus ihren Kernkraftwerken nach Sellafield, Großbritannien, und nach La Hague, Frankreich, bringen, weil dort die Wiederaufarbeitung angeblich billiger zu haben sei. Beide Wiederaufbereitungsanlagen gelten nun als 'Entsorgungsnachweis' für den Weiterbetrieb bundesdeutscher AKWs.

Die Autoren Helmut Hirsch von der Gruppe Ökologie Hannover und Mycle Schneider vom World Information Service on Energy in Paris haben nun im Auftrag der Umweltschutzorganisation Greenpeace die Wiederaufbereitungsanlage La Hague unter die Lupe genommen. Veröffentlicht wurde diese Studie in der neuesten Ausgabe der Greenpeace-Reihe „Restrisiko“, die sich grundsätzlich mit den Gefahren der Atomspaltung auseinandersetzt.

Wichtigste Ergebnisse der Untersuchung sind, daß in beiden Anlagen „der Störfall praktisch der Normalfall“ ist. Jährlich treten zahlreiche Pannen und Unfälle auf, die zu beträchtlichen radioaktiven Abgaben an die Umwelt und zu hoher Strahlenbelastung des Personals führen.

Darüber hinaus liegen die genehmigten Abgaben radioaktiver Stoffe um mehrere Größenordnungen höher als die bei Wackersdorf beantragten Werte. Sellafield, früher Windscale, ist durch Abwasserreinleitungen bekanntlich verantwortlich für die hohe Strahlenbelastung in der Irischen See. Da in beiden Anlagen bisher nur Teile der geplanten Gesamtanlage betrieben werden, fallen große Mengen unbehandelten radioaktiven Materials an, die vor Ort zwischengelagert werden.

Die Studie zeigt auch auf, daß in La Hague, die von der Firma Cogema betrieben wird, vor allem die Kapazitäten zur Plutonium-Produktion

ausgeweitet werden. Plutonium ist aber für den Einsatz in herkömmlichen Kernkraftwerken unbrauchbar und wird vor allem für die Herstellung von Atomsprenköpfen verwendet. Jean-Louis Fensch vom französischen Commissariat à l'Energie Atomique schloß deshalb schon 1982: „Angesichts ihrer sehr hohen Kosten wird die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente sehr wahrscheinlich ihre ursprüngliche militärische Bestimmung behalten, ohne Aussicht auf eine kommerzielle Nutzung.“ Er hat laut Greenpeace bis heute recht behalten. ■

Bestellungen von „Restrisiko“ bei: Greenpeace Österreich, Auenbruggergasse 2, 1030 Wien, Tel. 713 00 30.

MASSNAHMEN GEGEN GEWALT

Die Werbekampagne des österreichischen Bundesheeres unter dem Motto „In der Erde herrscht Krieg“ mutet angesichts der westlichen Kriegshetze skurril an. Die Frauen der Grünen Alternative nehmen die zur Imageaufbesserung des Heeres gedachte Plakat- und Inseratenaktion nun zum Anlaß, eine weitere Forderung zur Verwendung von Bundesheergeldern ins Gespräch zu bringen.

Will die Gesamtpartei die Gelder, die für Kriegsmaterial ausgegeben werden, allgemein für den Umweltschutz nutzen, sehen die grünen Frauen eine „Umwidmung in Maßnahmen gegen Gewalt gegen Kinder“ als sinnvolle Verwendung.

In einem offenen Brief an Heeresminister Lichal fordern sie diesen auf, „dafür Sorge zu tragen, daß der Krieg in der Familie zum Gegenstand politischer Maßnahmen wird“.

Durch eine Umwidmung der Gelder vom Heeres- auf das Sozialbudget sollen Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen und andere derartige Einrichtungen finanziell unterstützt werden. ■

GLEICH-BEHANDLUNGS-BEAUFTRAGTE AUF DER UNI

1989 waren in ganz Österreich nur 2% der Ordentlichen Hochschul-

professoren Frauen. Der Anteil bei den Außerordentlichen war 5%, bei den Dozenten 6% und bei den Assistenten immerhin 18%. Dem gegenüber steht eine Frauenquote bei den Studierenden von 44%. Im neuesten Entwurf zu der geplanten Änderung des Universitätsordnungsgesetzes (UOG) soll durch Einführung einer Gleichbehandlungsbeauftragten eine Stelle geschaffen werden, die helfen soll, dieses Mißverhältnis auszugleichen. Die Gleichbehandlungsbeauftragten werden im Fakultätskollegium gewählt und haben ein Mitspracherecht bei allen Personalentscheidungen der jeweiligen Fakultät.

Kritik von seiten verschiedener Frauengruppen und Studentenvertreter/innen wird vor allem an dem Umstand geübt, daß weder ein Stimm- noch Antrags- noch Vetorecht besteht. Außerdem ist die Tätigkeit der Gleichbehandlungsbeauftragten, die übrigens auch Männer ausführen können, ehrenamtlich, was angesichts der umfangreichen Aufgabe zweifellos unbefriedigend ist.

ZIVILDIENER SOLIDARITÄTS-FEST

Die Gruppe „Zivildienner für Zivildienner“ veranstaltet am 11. Oktober 1990 im WUK ein Fest für alle, die sich nicht so ohne weiteres zu „HilfsschackIn der Militärs“ degradieren lassen wollen.

Durch die letzte Novellierung des Zivildienstgesetzes (1988) wurde sein Charakter endgültig vom Wehrrersatzdienst zum Ersatzwehrdienst gewandelt.

Die Forderungen der Zivildienner umfassen, neben der sofortigen Ausgliederung des ZD aus der ULV, die Abschaffung der Zivildienstkommission, Zivildienstberatung in den Schulen, eine landes- und bundesweite Zivildiennervertretung und natürlich die Abschaffung des Bundesheeres. ■

Programm:

19h Beginn; Eintritt frei
KABARETT Thomas Maurer, LIVE-MUSIK B.O.R.P. u.a.

Ort: WUK, Währingerstraße 59

Gruppe „Zivildienner für Zivildienner“ Kontaktadresse: Schottengasse 3A/1/4/59; 1010 Wien, Tel. 53 59 109.

ORF

DIE FUNSTERS SIND GELANDET

Sommergedanken zum „Comedy Express“, einer ORF-Produktion für Nachwuchskabarettisten.

Wie zum Ozon das Ozonloch, gehört zum Sommer das Sommerloch. Das TV füllt es mit Unterhaltung, in mehreren Folgen wurde Freitag nacht die Unterhaltungsnachwuchssendung „Comedy Express“ ausgestrahlt. Eine ORF-eigene Humorproduktion läßt immer Schlimmes befürchten. Da war „D.O.R.F.“, die Königlbergssatire, an der alle beteiligten Kabarettisten rasch die Lust verloren. Und da war „TELEWISCHN“, der Versuch, „Spitting Image“ auf österreichisch abzukupfern. Allerdings ohne Biß, ohne Tabuverletzung, ohne anarchistische Respektlosigkeiten, also ohne alles, was „Spitting Image“ ausmacht. Als Telekasperltheater, das keinem wehtun will, weil „die Österreicher“, so Chefkomiker Peter Hofbauer, „diesen aggressiven Humor nicht so wollen“. Gefällige Köpfe ermöglichten eine Art PR-Aktion für prominente Puppenkopfvorlagen. Satire, die keine ist. Ein vorhersehbarer Flop, ein geräuschvoller Bauchfleck ins leere Becken.

Die Qualität der ORF-Unterhaltung besteht seit je in ihrer unfreiwilligen Komik. Es war zu befürchten, daß dieser ORF, der Moik und Hias für lustig und Flossmann und Heinzl für Kabarettisten hält, auch entsprechenden Nachwuchs fördern würde. Und weil in Österreich alles, was schlecht ist, auch bleiben muß, bleiben der Musikantenstadl und Kurt Waldheim, und es bleibt auch Peter Hofbauer, der gute Chancen hat, bei Bacher III hinaufzufallen. Sein jüngster Anschlag auf unsere Geschmacksnerven: „COMEDY EXPRESS.“ Unterhaltung ohne Inhalt sind die ZuseherInnen gewohnt. Daß auch die junge Generation nichts zu sagen hat, ist daher nur traditionsbewußt. Die Yuppies machen Kabarett, ein bisserl Lachen ist gut für die Verdauung.

„Comedy Express“ zeigt, daß der Zeitgeist für Geist keine Zeit hat. Ein dicker und ein doofer Conférencier führen durch die Sendung.

Nennen wir keine Namen, die Jungkomiker können sich noch entwickeln, und außerdem werden uns ihre Gesichter in den nächsten Jahren ohnehin nicht erspart bleiben. Ein eigenartiges Deja-vu-Erlebnis stellt sich ein: das Gefühl, das alles schon oft gesehen zu haben. Bei Farkas und Waldbrunn, bei Benny Hill, Harald und Didi und ... Vor allem aber wird parodiert. Teils freiwillig, teils unfreiwillig, weil es an eigener Substanz fehlt. Eine Songcontest-Parodie etwa kann den Schwachsinn weder musikalisch, choreographisch übertreiben noch textlich überdrehen. Sie unterscheidet sich nicht von der Vorlage, und nirgends wird im Parodieren ein Standpunkt erkennbar. Das gilt auch für den besten der Sendung, den Starparodisten Alexander Bisenz, dessen Parodievorlagen so austauschbar sind, daß ihm der gelähmte Ringel genauso lächerlich vorkommt wie der alte Kreisky oder der proletarische Polster. Da hat Kabarett nichts mit Aufklärung, mit Querdenken zu tun, da werden billige Klischees reproduziert.

Natürlich, die Sendung hat Tempo, und die jungen Leute können einiges: Sprechen und Singen, Tanzen und Springen und mit vielen Worten nichts sagen. In dieser Umgebung wirkt am sympathischsten ein Geräuschimitator, weil er nicht vorgibt, irgend etwas aussagen zu wollen.

Doch halt, es findet sich auch Aktuelles im „Comedy Express“. Mini Bidlinsky, der Hektiker-Profi, macht sich lustig über die Karlsplatz-Kinder und über Rumäninnen, die betteln gehen. Es darf gelacht werden! Kabarett gegen Minderheiten? Vielleicht sucht der ausgewogene ORF den Beweis zu erbringen, daß es doch möglich ist, das rechte Kabarett? Oder ist das einfach der Humor der Jahrtausendwende, wenn die 2/3-Gesellschaft herzlich lacht über jene, die es nicht geschafft haben? 2 Aspekte fallen am „Comedy Express“ besonders auf:

1) Das Fehlen aller kritischen Kleinkunsttalente der letzten Jahre, von Maurer bis Kratzl. Daß sie der Insider Hofbauer nicht kennt, ist nicht anzunehmen. Sie paßten wahrscheinlich nicht ins Programmschema, weil es die „jungen Österreicher nicht wollen“.

2) Das Fehlen aktueller, sperriger

Themen. Die Jungkabarettisten lieferten Fernsehgerechtes. Bei ihnen ist keine Schere im Kopf nötig, weil keine aufmüpfigen Gedanken drin sind. Das spart allen Beteiligten Ärger, und die Unterhalter '90 lassen nur ein Interesse erkennen: SICH darzustellen.

Was ist dümmer als die ORF-Unterhaltungssendungen? Die ORF-Nachwuchsunterhaltungssendungen. Was ist dümmer als diese? Die ZuschauerInnen, wie sie in den Leserbriefen eines Jungkabarettisten dargestellt werden. Da kann eine Frau seit Jahren nicht aufs 2. Programm umschalten, weil sie ihren Fernseher mit dem Bildschirm zur Wand aufgestellt hat! Die GebührenzahlerInnen bekommen, was sie verdienen. Dämliches für Dämliche, ein Programm für Programmierte. Mehr Schlicht ins Schunkel.

So könnte man diese Sendung als bedeutungslos betrachten. Sie liefert aber einen Einblick in die Zielgruppenstrategien des ORF. So wie hier die Jungkomiker auftreten, wie sie uns zu lachen geben, hätte der ORF seine Jungkonsumenten gern. Die ideologische Funktion des „Comedy Express“ liegt weniger im Gesagten als im Ausgesparten. Wirklichkeit findet nicht statt. Alle Themen, die die Jugendsoziologie etwa im Band „Schöner Vogel Jugend“ auflistet, gibt es nicht im Sendungsschema. Das Fernsehen versorgt seine Humorabhängigen mit der täglichen Dosis Gedankenlosigkeit. Die FUNSTERS, die unternehmungstüchtigen, konsumierfreudigen, aufstiegswilligen Narzisse der 90er Jahre wollen abschalten, wenn sie den Fernseher einschalten. Ihnen will der ORF Identifikationsmuster anbieten. Sicher, das TV macht nicht die Trends, es verstärkt sie, es surft auf ihnen. Und es erdrückt durch seine Reichweiten das Unangepaßte jenseits der Sendemauern. Die Rebellion der Jugendgegenkulturen hat keinen Platz in einer Unterhaltungssendung. Denken ist keine Vergnügung, wie uns Brecht weismachen will, sondern Anstrengung und gehört in die Wissenschaftsredaktion. Für die Vergnügung „Dialektik“ ist Herr Hofbauer nicht zuständig. „Comedy Express“ führt uns die gelungene Domestikation der Jugend vor. Es gibt ihn, den medienberechtigten, zukunftsorientierten, pflegeleichtesten Jungstaatsbürger,

der genau an den Stellen lacht, die die Schreiber für Gags halten.

Aber vielleicht ist alles ganz anders. Vielleicht haben sich diese geschniegelten FUNSTERS einen bösen Scherz erlaubt. Sich mit einem sarkastischen Ghostwriter (Josef Hader etwa) daran gemacht, den Schwachsinn schonungslos zu persiflieren und eine perfekte Mediensatire inszeniert wie bei der Verleihung des „Salzburger Stieres“. Ach, wär' das schön, wenn all diese Schickimikki-Lacher im Studio in Wirklichkeit verkleidete Nachwuchskabarettisten wären, die dem ORF ein Kuckucksei legten. Aber, Freund, ich fürchte, so ist dem nicht. Das Lächerliche nimmt sich in Österreich viel zu ernst, und vom ORF darf man nicht mehr erwarten, als man in den letzten Jahren in ihm gesehen hat. ■

Franz Hütterer

NACHRUH

KOLLEGE WALTER NEUHAUS GESTORBEN

Im Juli verstarb das Gründungsmitglied der „Gewerkschaftlichen Einheit“.

Kollege Neuhaus ist nach einem langen und schweren Leiden im 72. Lebensjahr am 8. Juli 1990 für immer von uns gegangen.

Bereits in seiner Jugend nahm er aktiven Anteil an der Arbeiterbewegung und wurde deshalb im Jahre 1934 aus der technischen Schule hinausgeworfen, weil er schon als Schüler und Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes gegen Unrecht und Unterdrückung kämpfte.

1938 entkam er nur durch einen glücklichen Umstand den Fängen der Gestapo, und es gelang ihm die Flucht nach Schweden ins Exil.

Nach dem Krieg in die Heimat zurückgekehrt, handelte er wieder getreu seiner politischen Überzeugung, daß es wichtig ist, für eine gerechtere und bessere Welt zu kämpfen, und daß man für diese Ziele auch einstehen muß.

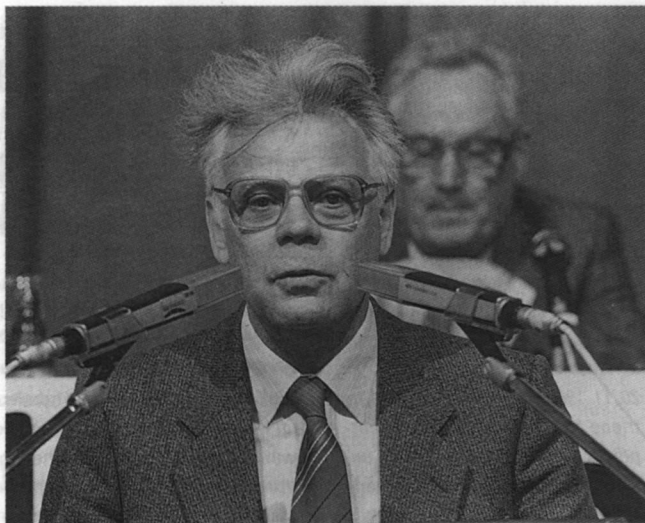


Foto: GF-Archiv

Walter Neuhaus

In Erfüllung seiner politischen Überzeugung war Walter nach 1945 als Landessekretär der Freien Österreichischen Jugend (FÖJ) Niederösterreich tätig, die zu dieser Zeit über 5.000 Mitglieder mit sehr vielfältigen Tätigkeitsbereichen - von der Lebensmittelversorgung für Kinder- und Jugendheime bis zur geselligen und politisch-organisatorischen Tätigkeit - umfaßte. Seit dieser Zeit übte Walter auch sehr viele Tätigkeiten im Rahmen der KPÖ aus. Kollege Neuhaus hat es sich in seinem Leben nie sehr leicht gemacht, das wissen alle, die ihn näher gekannt haben. Am engagiertesten war er in seiner gewerkschaftlichen und betrieblichen Tätigkeit. Besonders die Angestellten des Zentraltanks der ÖMV, deren Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender er viele Jahre gewesen ist, schätzten seine Standhaftigkeit bei den Verhandlungen über ihre Interessen, aber auch, wenn es um einzelne Probleme seiner Mitarbeiter gegangen ist. Kollege Neuhaus war für alle da, und noch heute erinnern sich seine ehemaligen Mitarbeiter/innen gerne an ihn, obwohl er die letzten 10 Jahre in Pension war.

Auf Grund seines Eintretens für eine humanistische Gesellschaftsordnung, für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, war Walter Neuhaus in den 60er Jahren ein engagierter Agitator für eine neue Politik der KPÖ. Sein Engagement für eine humane, demokratische, sozialistische Politik führte - wie bei hunderten anderen auch - zum Ausschluß aus der KPÖ.

Walter war, gemeinsam mit ande-

ren politisch engagierten Gewerkschaftern, von der Notwendigkeit einer fortschrittlichen, gesellschaftspolitisch orientierten Gewerkschaftsarbeit - ohne Einfluß und Bevormundung einer Partei - überzeugt. Aus dieser Überzeugung heraus gehörte Walter 1969/70 zum Proponentenkomitee für die Gründung der autonomen „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit“ und somit zu den Geburtshelfern unserer gewerkschaftlichen Gruppierung. Durch seinen Optimismus, seine Grundsätzlichkeit und Tatkraft half er gerade in schwierigen Situationen immer wieder mit, die gewerkschaftliche Arbeit zielorientiert umzusetzen.

Nach seiner Pensionierung im Jahre 1979 betätigte er sich politisch besonders aktiv in seinem 23. Wiener Wohnbezirk. Er half in Bürgerinitiativen und bei Meinungsbildungsprozessen als Mitglied der „Alternativen Liste Wien“ aktiv mit und brachte so Menschen zum Nachdenken. Als er auf der Liste der Grünen Alternative zum Bezirksrat gewählt wurde, übte er diese Funktion so lange aus, als dies sein Gesundheitszustand zuließ.

Wir alle haben mit dem Ableben des Kollegen Walter Neuhaus einen guten und aufrechten Menschen, einen engagierten Gewerkschafter verloren, der den Problemen der sozial Schwachen besonders zugetan war. Seine Arbeit soll nicht umsonst gewesen sein, wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren. ■

Gekürzte Fassung aus:
„alternative“, Nr. 7-8/90.

AUTONOMES FRAUZENTRUM LINZ

ZEHN FRAUENJAHRE

In den letzten Jahren haben sich in allen größeren Städten unabhängige Frauenzentren gebildet. So auch in Linz, wo das „Autonome Frauenzentrum“ seit nunmehr zehn Jahren besteht.

1990 gibt es in Linz einiges zu feiern: neben dem 500-Jahr-Jubiläum der Stadt Linz begeht das Autonome Frauenzentrum Linz seinen (ihren) zehnten Geburtstag.

Trotz des vielfältigen Angebotes und der erfolgreichen Arbeit des Frauenzentrums gibt es über die Legitimation dieser Einrichtung immer noch geteilte Meinungen. Besonders deutlich wird diese Tatsache, wenn es um Subventionen geht, ohne die ein Treffpunkt mit Beratung nie auskommen kann. Genauso passiert es immer noch, daß bei der Diskussion eines Entwurfes des Sozialprogramms für die Stadt Linz - „Linz eine Stadt für alle“ - kein Konsens darüber besteht, daß Frauen ein Thema für sich sein müssen.

Gewalt und Macht stehen unaufhörlich im Mittelpunkt der Diskussion. Der Diskussion, die 1981 zur Hausbesetzung für ein Linzer Frauenhaus führte. Die Besetzung wurde von Frauen, die 1980 den Verein „Unabhängiges Frauenkollektiv“ gegründet hatten, initiiert. Die meisten dieser Frauen kamen aus bereits bestehenden linken Organisationen und Parteien.

Mit diesem Hintergrund der Erfahrungen und des Wissens, daß die Frauenfrage kein Nebenwiderspruch sein kann, wurde die Arbeit ehrenamtlich begonnen. Das Vereinslokal wurde durch Mitgliedsbeiträge finanziert. Viele der zwischen 1980 und 1985 begonnenen Dinge haben heute noch Bestand: das wöchentliche Frauencafé, der Notruf für vergewaltigte Frauen, die kostenlose Rechtsberatung und das Anliegen, Frauen gesellschaftlich sichtbar zu machen. Die Auseinandersetzung mit den Themen und die alltägliche Arbeit im Kollektiv brachten auch Konflikte mit sich. Der Anspruch, eine fundierte Theorie für das Handeln und Sein zu finden und zu formulieren, stand dem Wunsch, sich

selbst mit Gefühlen, Ängsten und Kräften zu erfahren, gegenüber. Das Auftreten als Kollektiv mit dem Ziel, viele Frauen zu erreichen und einzubinden, stolperte oft über gleiche Fragen. „Sollten wir uns an einer möglichst großen Zielgruppe orientieren?“ „Wollen wir unsere Vorreiterinnenrolle aufgeben?“ „Werden wir ein Dienstleistungsbetrieb und decken gesellschaftliche Mängel zu?“ Und noch ein Streitpunkt, der in jedem autonomen Frauenverein Platz greift: Wer macht die wirkliche, die bessere Frauenarbeit, die Lesben oder die Heterofrauen?!? Diese Themen werden generell heftig geführt, hatten aber nie den Zerfall des Frauenzentrums zur Folge. Seit 1985 gibt es hauptamtliche Mitarbeiterinnen, wodurch die Beratungstätigkeit und z.T. organisatorische Tätigkeiten aus dem auf Dauer untragbaren ehrenamtlichen Bereich herausfallen. Die Angebote und Aktivitäten im Linzer Frauenzentrum reichen von regelmäßigen Arbeitskreisen über Selbsthilfegruppen zu kulturellen Veranstaltungen. Der Anstoß für die seit 1986 bestehende „Aktionseinheit“ kam aus dem Frauenzentrum. Die Aktions-einheit ist ein Zusammenschluß von Frauenorganisationen, die jeweils, unter einem bestimmten Thema befristet, gemeinsam arbeiten und auftreten. Zuletzt wurde eine Broschüre über Frauen in Entscheidungspositionen mit dem Titel „Stadt der Frauen, statt der Männer“ herausgegeben.

In Vorbereitung ist eine Dokumentation über die zehn Vereinsjahre, die bei der Eröffnung der Frauenwoche am 21. Oktober um 19.00 Uhr im Autonomen Frauenzentrum Linz, Altstadt 11, vorliegen soll. Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Frauenwoche sind:

Mo 22. 10.: „Diverses mal Anderes“, Lesbentheatergruppe AFZ im Posthof;

Di 23. 10.: Trio Improvisia - Musikgruppe aus Salzburg im Posthof;

Mi 24. 10.: Gisella Lafuente, Tangotheater aus Argentinien, in „Alte Welt“;

Do 25. 10.: Frauenfest im AFZ. Alle Veranstaltungen sind ausschließlich für Frauen und beginnen jeweils um 20.00 Uhr. ■

Edith Jakob

ANTIMILITARISMUS

KRIEGSDIENST-
VERWEIGERUNG
ALS LISTIGER
UMTRIEB

Mit monarchistischen Paragraphen und Rechtsbeugung geht die Republik gegen Wehrdienstverweigerer vor.

Am 11. Juli meldet sich Bernhard K. am Arbeitsamt und erfährt, daß ihm das Arbeitslosengeld gestrichen werde, sollte er der gesetzlichen Stellungspflicht - Musterung - nicht nachkommen.

Am 12. Juli greifen Skinheads eine antifaschistische Demonstration und das Ernst Kirchweger-Haus an. Die Parteinahme der Wiener Polizei für die Faschisten hätte mit dem Thema dieses Artikels nichts zu tun, wäre Bernhard K. nicht just an diesem Abend in die Fänge der das besetzte Haus umstellenden Polizei geraten.

Bernhard K. wurde direkt in U-Haft überstellt, denn die Staatsanwaltschaft war der Meinung, er hätte „sich listiger Umtriebe bedient, um sich der gesetzlichen Wehrpflicht zu entziehen“ und wäre daher „mit einer Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen“ (§ 58 Wehrgesetz).

Der § 58 des Wehrgesetzes ist ein typisches Sinnbild österreichischer Rechtskontinuität: Gemeinsam mit anderen Rechtsnormen, die heute Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung sind (z.B. Polizeirecht oder der „bevorzugte Wasserbau“) wurden die „listigen Umtriebe“, die seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (1889) in Österreich das jeweils gültige Wehrgesetz zieren, aus der Monarchie ins erst-republikanische Recht übernommen.

Praktisch wortident überdauerte die Strafbestimmung gegen „listige Umtriebe“ den Faschismus und findet sich schließlich im Wehrgesetz von 1955 wieder. Kontinuität war den Rechtspositivisten wichtiger als die Schaffung eines demokratischen Rechtssystems (was immer das auch sein mag), und so rutschte eine große Zahl von „Altlasten“ in die Rechtsordnung der Zweiten Republik. Angewandt wurde der § 58 jedoch lange Zeit nicht.

Seit etwa sieben Jahren nimmt die Zahl der Kriegsdienstverweigerer stark zu, diese finden auch zunehmend Beachtung in der Öffentlichkeit: amnesty international adoptiert erstmalig österreichische Verweigerer. Auf der Suche nach repressiven Mitteln zur Disziplinierung von Verweigerern stößt man im Verteidigungsministerium unter anderem auch auf den § 58 des Wehrgesetzes und sucht ihn für die eigenen Ziele nutzbar zu machen. Aber erst Lichal schafft jenes Klima, das die Fortsetzung des Krieges, der in den ministeriellen Beamtenköpfen herrscht, in Gerichtssälen und Gefängniszellen erlaubt.

Seit Anfang 1988 ist eine massive Zunahme von Inhaftierungen auf Grund angeblicher Verstöße gegen Wehr- oder Militärstrafgesetz zu beobachten. Diese Verfahren - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt abgewickelt - enden fast immer mit Verurteilungen.

So auch im Fall Bernhard K.: Er war im besetzten Haus in der Ägidigasse 13 gemeldet, seit der Räumung ist er obdachlos. Das Verteidigungsministerium argumentiert nun, Bernhard hätte seinen Wohnort Ägidigasse deshalb gewählt, weil dort eine ordnungsgemäße Zustellung des Stellungsbescheides nicht möglich gewesen wäre. Aus diesem Grund hätte er auch nach der polizeilichen Räumung keinen festen Aufenthalt gehabt. Diese nach Auffassung des Verteidigungsministeriums listig herbeigeführte Wohnungsnot hätte nur einem Ziel gedient: die gesetzliche Stellungspflicht zu umgehen. Bernhard K. wurde zu zwei Monaten Haft, bedingt auf drei Jahre, verurteilt.

Ein klarer Fall von Rechtsbeugung liegt vor, denn:

Die Stellungsverweigerung wird als reine Verwaltungsübertretung qualifiziert und (mit bis zu öS 30.000) bestraft. Der Betroffene erspart sich aber wochenlange U-Haft (wegen angeblicher Flucht- und Wiederholungsgefahr) und eine Vorstrafe.

Da es der Gesetzgeber bei der Einführung des Wehrgesetzes nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, „listige Umtriebe“ zu definieren, werden sie als Sonderfall der „Täuschung“ - gemäß § 108 StGB - angesehen. Zur Vollendung des Delikts „Täuschung“ ist aber eine

aktive und vor allem vorsätzliche Handlung notwendig, die jedoch weder Bernhard noch anderen Betroffenen nachzuweisen ist. Dies wurde vom Gericht auch gar nicht erst versucht.

Praktisch bedeutet das eine Umkehr der Beweislast. Der Beschuldigte muß nachweisen, daß er nicht „listig“ war. Versuchen Sie einmal folgende Beschuldigung zu entkräften: „Lukas B. hat zumindest seit dem Jahr 1987 bis zum 20. 11. 1988 in Wien sich listiger Umtriebe bedient, um sich der Wehrpflicht zu entziehen, indem er ungetretenen Aufenthaltes war und jede Verbindung mit den Militärbehörden vermied.“

In die Mühlen der Jusitz gelangen vorwiegend nicht politisch motivierte Stellungsverweigerer, sondern fast ausschließlich gesellschaftliche Outsider wie etwa Obdachlose. Wer über die Tücken des Zustellgesetzes nicht Bescheid weiß und sich vor einem längeren Auslandsaufenthalt nicht ordnungsgemäß von Wohnort und Bundesheer abmeldet, wer vielleicht aus einem ganz anderen Grund sich vor der Justiz zu verbergen sucht, ist potentiell Opfer militärischer Rechtsbeugung. Wer rechtlich schlecht informiert ist und sich aus finanziellen Gründen keinen Anwalt leisten kann, wird eine Verurteilung kaum verhindern und in der Folge auch nicht in Berufung gehen können.

Der Stand der Dinge

Die bevorstehenden Nationalratswahlen und das möglicherweise bevorstehende Ende der Ära Lichal dürfte die ministeriellen Beamtenköpfe zu Überstunden veranlassen. Ein ganzer Schwung von Anzeigen wegen angeblicher Verstöße gegen Militärstraf- und Wehrgesetz wurde den Gerichten zugeleitet. Nur zwei Beispiele:

Lukas B., der bereits 1989 vom Vor-

wurf der „listigen Umtriebe“ freigesprochen worden war, mußte am 17. September neuerlich vor die Untersuchungsrichterin.

Markus F., ebenfalls ein ehemaliger Bewohner der Ägidigasse, sitzt seit mehreren Wochen in der nach Lichal benannten Zelle des Wiener Landesgerichtlichen Gefangenenhauses. Sein Fall ist praktisch ident dem des Bernhard K.

Die Eile der militärischen Bürokraten ist angebracht, denn bereits im Mai dieses Jahres hat der Verwaltungsgerichtshof die bisherige Vorgangsweise für unmöglich erklärt. „Abgesehen von der Möglichkeit der zwangsweisen Durchführung eines Stellungspflichtigen



Foto: BM f. Landesverteidigung

Lieber verweigern als im Dreck kriechen

sieht das Wehrgesetz 1978 ... als einzige Sanktion (Hervorhebung d. Autoren) für die Verletzung der Stellungspflicht die Bestrafung gemäß § 55 Abs. 1 vor.“ Das Vorgehen der Behörden erweckt den Eindruck, daß noch möglichst viele Menschen 'eingetunkt' werden sollen, ehe der § 58 des Wehrgesetzes nach erfolgtem Instanzenzug als Repressionsmittel gegen Marginalisierte und in der Folge auch gegen politisch motivierte Verweigerer in dieser Form nicht mehr zur Verfügung steht. ■

Robert Lachil und M. Nowak

FINNLAND

KRIEGSDIENST- VERWEIGERUNG IN EINEM NEUTRALEN LAND

16 Monate Zivildienst waren den finnischen Verweigerern zuviel. Sie streikten, mit Erfolg.

Das finnische Parlament wird Ende dieses Jahres über ein neues Zivildienstgesetz entscheiden. Die Vertreter von Justiz- und Verteidigungsministerium empfehlen eine Zivildienstdauer von 14-16 Monaten. Zum Vergleich: Der Wehrdienst dauert in der Regel 8 Monate. Feiggestellt sind die Bewohner der Åland-Inseln, die - einzigartig in Europa - einen entmilitarisierten Status haben, und seit 1985 die Zeugen Jehovas (zusammen mit Untauglichen ergibt dies jährlich etwa 7% Freistellungen). Um die 3% verweigern jährlich vor oder während ihres Wehrdienstes, indem sie einen „Antrag zur Befreiung vom bewaffneten Militärdienst in Friedenszeiten“ stellen. Seit 1987 werden alle Anträge angenommen.

Diese vergleichsweise liberale Gesetzgebung hat jedoch ihre Tücken: 1987 wurde per Erlass des damaligen Verteidigungsministers Pihlajamäki die Zivildienstdauer von 12 auf 16 Monate erhöht. Überdies sollten die finnischen „sivaris“ (Zivildienstler) „vorwiegend“ im Rahmen der Zivilverteidigung eingesetzt und damit noch enger an das Konzept der Gesamtverteidigung gebunden werden. Damit wurde insgesamt die angestrebte Benachteiligung für Zivildienstler so deutlich, daß selbst amnesty international von „Bestrafungscharakter“ spricht.

Die finnischen Verweigerer haben dieser Entwicklung nicht tatenlos zugeesehen. Zwischen 1984 und 1987 gelang es ihnen bereits, die beabsichtigte völlige Integration des Zivildienstes in die dem militärischen Gesamtverteidigungskonzept untergeordnete Zivilverteidigung zu verhindern. Dank dieses Widerstandes sind seit 1988 keine Zivildienstler mehr bei den Flughafenfeuerwehren, die an die finnische Luftwaffe angebunden sind, be-

schäftigt. Und 1989 waren nur noch 15 „sivaris“ im Rahmen der Zivilverteidigung tätig. Die Forderung der Verweigerer geht jedoch noch weiter, nämlich die „sivaris“ auch in nicht-staatlichen Organisationen (NGOs), insbesondere in Friedens-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen einzusetzen und nicht, wie bisher, vorrangig als billige Arbeitskräfte im Sozialbereich. Dabei soll die Zivildienstdauer 11 Monate (=längstmögliche Wehrdienstdauer) nicht überschreiten und die Zuständigkeit in den Bereich des Sozialministeriums fallen.

Besonderer Ausdruck des Widerstandes ist die Totalverweigerung, die sich aber auch grundsätzlich gegen das allgemeine Wehrpflichtsystem richtet. Dabei müssen Totalverweigerer seit dem Erlass von 1987 mit einer 12-monatigen Gefängnisstrafe rechnen; diejenigen, die erst nach Dienstantritt totalverweigern, erhalten in der Regel eine Gefängnisstrafe, die der verbleibenden Dauer ihres Dienstes entspricht. Trotz dieser Bedrohungen wurden 1989 40 Totalverweigerer bekannt - eine Zahl, die etwa der jährlichen Totalverweigerung in der BRD entspricht, in Österreich waren es weniger als 20.

In diesem Jahr gipfelten die Proteste gegen die befürchtete Verschärfung des Zivildienstes in einem unbefristeten Zivildienststreik. Ausgangspunkt war der im Februar 1990 veröffentlichte Bericht der „Beobachtenden Arbeitsgruppe Zivildienst“, die zur Vorbereitung des neuen Gesetzes vom finnischen Verteidigungsministerium (sic!) gebildet worden war. Einerseits mußte die Arbeitsgruppe zugeben, daß das Ziel des Erlasses von 1987, die Zahl der Zivildienstler zu senken und den Zivildienst enger an die Gesamtverteidigung zu binden, nicht erreicht worden ist. Der Bericht mußte sogar eingestehen, daß die Zahl derer, die wegen dieses Erlasses totalverweigern, gestiegen ist. Andererseits kam die Arbeitsgruppe zu keiner einhelligen Auffassung über die zukünftige Gesetzgebung, da die Zivilvertreter sich gegen einen Bestrafungscharakter des Zivildienstes aussprachen. Diese Situation nahmen Zivildienstler zum Anlaß, am 23. April den Streik auszurufen, an dem sich in den ersten Wochen mehr

als 500 der damals insgesamt 822 Zivildienstler in Finnland beteiligten. 'Begleitet' wurde dieser Streik durch einen unbefristeten Hungerstreik von 4 Totalverweigerern im Knast.

Diese für Finnland bisher einmaligen Aktionen hatten - bisher jedenfalls - vollen Erfolg: Die staatlichen Stellen haben zugesichert, alle wesentlichen Forderungen der Verweigerer im zukünftigen Gesetz zu berücksichtigen. Mehr noch: Nach anfänglicher Ignoranz sah sich der finnische Staatspräsident durch zunehmenden öffentlichen Druck dazu veranlaßt, die einsitzenden hungerstreikenden Totalverweigerer faktisch zu begnadigen. Der Zivildienststreik wurde daraufhin vorläufig ausgesetzt mit der klaren Vorgabe, ihn unverzüglich wiederaufzunehmen, falls die Versprechungen in den Gesetzesberatungen keinen Niederschlag finden. Die Praxis der Kriminalisierung der Totalverweigerer geht jedoch weiter: im Juli waren immer noch 11 im Gefängnis (18 Totalverweigerer sind bisher von amnesty international als Gewissensgefangene adoptiert worden), 20 weitere wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt und gleichzeitig haben 15 Zivildienstler ihren Dienst abgebrochen. Die Zivildienstorganisation, die auch die Totalverweigerer unterstützt, fordert deswegen zusätzlich, daß ein neues Gesetz möglichst frühzeitig verabschiedet werden muß, und schon vor den Parlamentswahlen im März nächsten Jahres, und nicht erst 1992, in Kraft treten soll - immer vorausgesetzt, daß es inhaltlich die Vorstellungen der Verweigerer widerspiegelt. ■

Tobias Damjanov, Helsinki

FRANZÖSISCHE SCHWEIZ

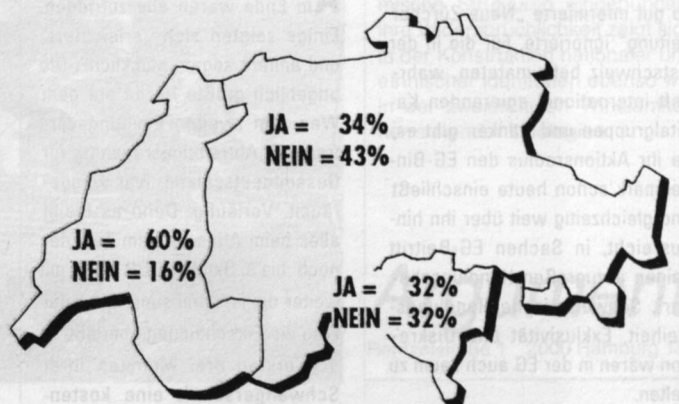
MEHRHEIT FÜR EG-BEITRITT

Jetzt hat auch die Schweiz ihre EG-Diskussion. Die Front verläuft an der Sprachgrenze.

Bislang konnten sich Gegner/innen eines österreichischen EG-Beitritts auf die Schweiz berufen, die einen solchen Schritt mit ihrer Neutralität für unvereinbar hielt. Die vereinzelt vor allem in der romanischen Schweiz geäußerten EG-Beitrittswünsche wurden in der deutschen Schweiz geflissentlich überhört.

Da sich die Schweiz im Vergleich zu Österreich in einer ökonomisch weit besseren Position befindet und die Eigenständigkeit der Wirtschaft trotz intensiver Internationalisierung nie in Frage stand, ist das in Österreich praktizierte EG-Beitrittsgetöse auch gar nicht vonnöten. Doch auf Dauer kann gerade die geschäftstüchtige Schweiz, die schon immer politisch Grundsätzliches mit ökonomisch Profitablem auf das Vortrefflichste zu verbinden wußte, an den süßen Früchten des Binnenmarktes nicht vorübergehen. In der französischsprachigen Schweiz, in der die Zusammenballung ökonomischer und politischer Macht in den deutschsprachigen Kantonen des Landes ein beständiger Anlaß unterschwelliger Ärgers ist, ist der Wunsch nach einem EG-Beitritt besonders weit verbreitet. Eine Ende August von der Universität Genf im Wirtschaftsmagazin „Bilan“ veröffentlichte repräsentative Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß 60% der romanischen Schwei-

Die Eisnerfrage in der Schweiz: EG-Beitritt Ja oder Nein



zer im April dieses Jahres für einen EG-Beitritt und nur 16% dagegen gestimmt hätten. In der deutschen Schweiz gäbe es eine Minderheit von 34% der Stimmen für und eine Mehrheit von 43% gegen einen EG-Beitritt. Die Einwohner der italienischen Schweiz wären unentschieden: 32% dafür, 32% dagegen. Insgesamt hätten 40% der Schweizer für und 36% gegen einen EG-Beitritt ihres Landes gestimmt; 24% wären unentschieden gewesen.

Die soziodemographische Analyse der Befragten ergab, daß Männer einem EG-Beitritt weitaus positiver gegenüberstehen als Frauen und daß Bildungsniveau und Beruf wichtige Faktoren darstellen. Mittelschulabsolventen und Akademiker, Manager, höhere Angestellte und Beamte und Freiberufler favorisieren einen EG-Beitritt, ebenso unverheiratete und geschiedene Stadtbewohner/innen. Einen Generationenkonflikt beschwört die Frage eines EG-Beitritts nicht herauf. Nur Personen zwischen 50 und 59 Jahren zeigen eine deutliche Abneigung gegen einen EG-Beitritt. Die Ergebnisse in bezug auf die politische Zugehörigkeit scheinen eine schweizerische Besonderheit darzustellen: Mitglieder und Sympathisanten der Linksparteien stehen einem EG-Beitritt zu über 50% positiv gegenüber, während Anhänger des konservativen Lagers einen solchen Schritt deutlich ablehnen. Das erklärt sich daraus, daß die Bauern, die einen EG-Beitritt zu 79% ablehnen, als Anhänger der konservativen Parteien zu betrachten sind und daß der Schweizer Konservatismus traditionell eine „isolationistische“ Komponente aufweist. Die Ergebnisse dieser Meinungsumfragen wurden in den französischsprachigen Zeitungen ausführlich referiert und kommentiert, während sie die ansonsten so gut informierte „Neue Zürcher Zeitung“ ignorierte. Für die in der Ostschweiz beheimateten, wahrhaft international agierenden Kapitalgruppen und Banken gibt es, da ihr Aktionsradius den EG-Binnenmarkt schon heute einschließt und gleichzeitig weit über ihn hinausreicht, in Sachen EG-Beitritt keinen allzugroßen Handlungsbedarf. Schweizerische Handlungsfreiheit, Exklusivität und Diskretion wären in der EG auch kaum zu halten.

Die Interessenten an einem EG-Beitritt scheinen von Österreich gelernt zu haben, daß steter Tropfen die Ablehnungsfront ins Wanken bringt, und organisierten sich dementsprechend. Da Regierung, Parteien und Verbände in dieser Frage wenig Initiative zeigen, hat sich um je zwei deutsch- und französischsprachige Wirtschaftsmagazine eine „Euroinitiative“ gegründet, die für eine schweizerische Europapolitik eintritt. Im Rahmen dieser Politik soll die Schweiz Verhandlungen über einen EG-Beitritt aufnehmen und im entsprechenden verfassungsmäßigen Rahmen (Volksabstimmung, Föderalismus) über den Beitritt entscheiden.

Dieselbe „Tribune de Genève“, die am 29. August 1990 die europäischen Gefühle ihrer Leser geschürt hat, feierte einen Tag später Alfred Ogi, den schweizerischen Verkehrsminister, für seine harte Haltung gegenüber den EG-Transitforderungen. Daß es mit solch einer wahrhaft souveränen nationalen Verkehrspolitik bei einem EG-Beitritt vorbei sein wird, das wird den ansonsten so schlaun Schweizern im Verlauf der unvermeidlichen Beitrittsdebatte hoffentlich noch auffallen. ■

Margit Scherb

STREIT UMS GESAMTDEUTSCHE ABTREIBUNGSRECHT

TATORT ODER WOHNORT?

Fristenlösung im Osten, Indikationsregelung im Westen. Wie der zukünftige gesamtdeutsche Abtreibungsparagraph aussehen wird, ist nach wie vor ungewiß.

Am Ende waren alle zufrieden. Einige zeigten sich „erleichtert“ und andere sogar „glücklich“. Die angeblich größte Hürde auf dem Weg zum zweiten Einigungsvertrag, die Abtreibungsregelung für Gesamtdeutschland, war weggeräumt. Vorläufig. Denn es bleibt alles beim Alten. In dem Teil, der noch bis 3. Oktober DDR heißt, gilt weiter die Fristenlösung, die jeder Frau die Entscheidung überläßt, in den ersten drei Monaten ihrer Schwangerschaft eine kosten-



Foto: emmo

freie Abtreibung vornehmen zu lassen, ohne daß eine Zwangsberatung eingeschaltet wird. In der Bundesrepublik bleibt es bei der Indikationslösung, die die Entscheidung über den Schwangerschaftsabbruch den Ärzten überträgt. Spätestens 1991 soll dann der gesamtdeutsche Gesetzgeber ein neues, einheitliches Abtreibungsrecht geschaffen haben. Oberflächlich betrachtet, dreht sich das ganze Spektakel nur um die Frage: Was passiert in der Zwischenzeit, bis diese für 1991 angepeilte gesamtdeutsche Abtreibungslösung greift? Sollte es den Frauen in der Noch-Bundesrepublik möglich sein, das liberale Fristenlösungsmodell in der Noch-DDR in Anspruch zu nehmen? Der Streit wurde zu einer Frage der Rechtsprinzipien: Tatort- oder Wohnortprinzip? Tatortprinzip: das bedeutet, daß sich die Zuständigkeit des Gerichts auf den Tatort der Abtreibung bezieht.

Das Wohnortprinzip besagt, daß Frauen mit einem Wohnort in einem westlichen Bundesland keine Abtreibung in einem östlichen Bundesland (ehemals DDR) vornehmen lassen dürfen. Tun sie es doch, machen sie sich strafbar. Normalerweise gilt das Tatortprinzip, dies ist auch höchstrichterliche Rechtssprechung, und es gibt nur ganz wenige, begründete Ausnahmen. Diesmal aber wollte die CDU/CSU das Wohnortprinzip durchsetzen. Ihr Vorstoß traf - zunächst - auf einhellige Ablehnung, auch beim Koalitionspartner, der liberalen Partei. („Mit uns geht das nicht“, so Frau Adam-Schwaetzer, 2. Vorsitzende der FDP; „Eine Regelung aus dem Tollhaus“, so SPD-Vorsitzender Vogel.) Bei den Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern CDU/CSU und FDP ließen sich

jedoch die Männer in der FDP - allen voran Graf Lambsdorff - vom Wohnortprinzip überzeugen. Die Reaktion bei den Parteifrauen von SPD und Grünen sowie in der Frauenbewegung reichte von blankem Entsetzen bis hin zu lautem Zähneknirschen. Die SPD zeigte sich geschlossen und nutzte die Gelegenheit, sich im Wahlkampf zu profilieren: „Mit uns nicht“, hieß ihre Devise. Wie sollte denn auch das Wohnortprinzip durchgesetzt werden? In Berlin wurde das Ganze zum absurden Theater: Mitten durch die Stadt würde eine neue (Rechts-)Grenze gezogen und zudem der Gleichheitsgrundsatz verletzt, denn die Westberlinerinnen würden durch die Regelung mit dem Wohnortprinzip schlechter gestellt als die Frauen im Ostteil der Stadt. Dem beharrlichen Druck von allen Seiten hielt die FDP nicht stand. Sie fiel wieder um und kehrte zum Tatortprinzip zurück. Graf Lambsdorff erklärte das so: er sei „unprofessionell“ einer falschen Auffassung aufgesessen“. Nachdem auch in der Volkskammer der DDR das Wohnortprinzip abgeschmettert worden war, zeigte sich die CDU/CSU kompromißbereit. Es gelten für eine Übergangszeit in Ost- und West-Deutschland die bisherigen Abtreibungsregelungen weiter. Frauen aus der BRD dürfen straf- frei auch in der DDR abtreiben. Was war das nun? Ein Sturm im Wasserglas? Ein Scheingefecht? Mitnichten. Hier wurden Pflöcke eingeschlagen für die künftige Regelung der Abtreibungsfrage. Hinter der Bonner Herrenrunde, die so wacker für das Wohnortprinzip stritt, stehen die Gottesmänner aus der katholischen Kirche. Und der liegt keine andere Frage so sehr am Herzen wie die Sorge um die Abtreibung. Sie würden

sogar auf die Wiedervereinigung verzichten - so etwa der Kölner Kardinal Meissner: Lieber keine Wiedervereinigung als ein gesamtdeutsches Recht auf Abtreibung.

Und die Frauenbewegung? Von der Volksbewegung Anfang der 70er Jahre gegen den „Schandparagraphen 218“ ist nicht mehr viel geblieben. 1974 hatte die damalige sozialliberale Koalition ein Gesetz zur Fristenlösung eingebracht, ähnlich wie es heute noch für die DDR gilt. Das Gesetz trat jedoch nie in Kraft, weil die CDU Verfassungsbeschwerde einlegte. 1975 entschied das Bundesverfassungsgericht mit knapper Mehrheit, daß die Fristenlösung verfassungswidrig sei. Danach legte sich die tiefe Enttäuschung, einen demokratischen Sieg errungen und gleich wieder verloren zu haben, wie ein nasser Lappen über die Bewegung. Die Forderung nach „ersatzloser Streichung des Paragraphen 218“ wurde zur Pflichtübung. Es gibt jetzt die Chance eines neuen Aufschwungs einer gesamtdeutschen Frauenbewegung, die wahrscheinlich nicht die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 erkämpfen könnte; aber die Fristenlösung ohne Zwangsberatung wäre unter den gegebenen Umständen schon ein Fortschritt. ■

Christine
Weber-Herfort

MOLDAWIEN RUMÄNEN GEGEN GAGAUSEN UND RUSSEN

In der - früheren - Sowjetrepublik Moldawien vollzieht sich im Kleinen, was ganz Osteuropa droht: die totale politische Zersplitterung.

In der moldawischen Hauptstadt Kischinew/Chisinau ist die Präsidentschaft eingeführt worden. Damit hat der gegenüber Moskau separatistisch agierende Oberste Sowjet der kleinen, nordöstlich

von Rumänien gelegenen Republik seine Macht in die Hände des Präsidenten gelegt. Dieser soll, so die Erwartungshaltung der Parlamentarier, möglichst rasch eine rumänische Republik Moldava ausrufen und hart gegen die im Lande ansässigen Russen sowie die Minderheit der Gagausen durchgreifen. Ende August 1990 haben die etwa 200.000 Gagausen eine eigene Republik proklamiert und sich damit von den rumänischstämmigen Moldawiern losgesagt. Die Gagausen, ein bulgarisch-tartarisches Volk, leben an der Donaumündung und wollen mit diesem Schritt verhindern, daß sie später in einer Republik leben, in der die politische Macht von nationalistisch gesinnten Rumänen ausgeht. Ähnliche Motive liegen einer zweiten Republikgründung zugrunde, die sich ebenfalls auf dem moldawischen Territorium ereignet hat. Rund um das Dnjestr-Gebiet haben am 2. September den russischen Interfronten nahestehende politische Kräfte die Sozialistische Dnjestr-Sowjetrepublik ausgerufen. Die moldawische Volksfront hat die Gründungsversuche von Gagausen- und Dnjestr-Republik scharf verurteilt und über ihre parlamentarische Mehrheit die Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Konflikte zwischen der rumänischen Mehrheitsbevölkerung und der russischen, fast 40%igen Minderheit sowie den an der Donaumündung siedelnden Gagausen drohen, eine militärische Dimension anzunehmen. ■

Nowosti, NZZ

Der Abzug der indischen Soldaten



Fotos: Walter Keller

SRI LANKA

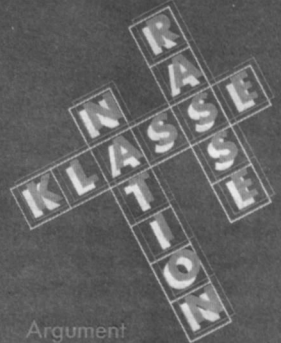
UNERBITTLICHER KRIEG

Tausende Todesopfer hat der Kampf zwischen sinhalaischen Streitkräften und tamilischen „Befreiungstigern“ gefordert. Ein Ende des Dramas ist nicht abzusehen.

„Sie haben meinen Sohn ermordet“, schreit Seethai Devi hysterisch und hält dabei ein Stück des Plastikpersonalausweises ihres Sohnes, Nadaraja Chandramohan, in die Luft. Der Ausweis wurde neben mehreren verkohlten Leichen gefunden, die drei Tage vor dem Hauptmarkt von Kalmunai lagen, einem Küstenort im Osten Sri Lankas. Chandramohan war Kleinunternehmer und hatte sich in das Fatima Convent, eine moslemische Schule, geflüchtet, um den Auseinandersetzungen zwischen der srilankischen Armee und den tamilischen „Befreiungstigern“ (LTTE) zu entgehen. Die Soldaten drangen in die Schule ein und verhafteten 34 Personen, die später tot an mehreren Straßenkreuzungen des Ortes lagen. Die Armee dementiert die Vorwürfe und bestreitet, irgend etwas damit zu tun zu haben. Aber nicht nur in Kalmunai bestimmen Terror und Einschüchterungspraktiken das tägliche Leben. In anderen Gebieten des Nordens und entlang der malerischen und ehemals von Touristen stark frequentierten Ostküste liegen seit dem Ausbruch neuer militärischer Auseinandersetzungen zwischen

Was ist Neo-Rassismus?

Etienne Balibar
Immanuel Wallerstein
Rasse Klasse Nation
Ambivalente Identitäten

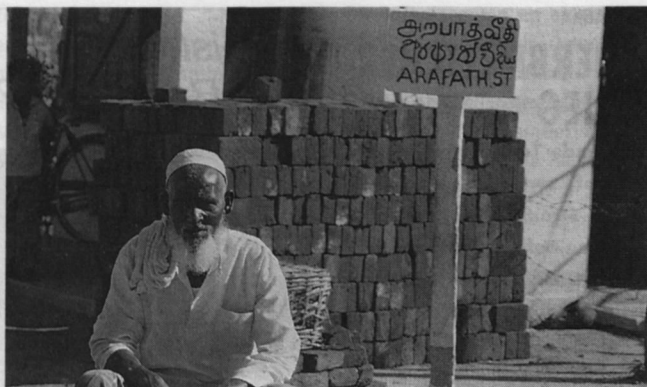


Etienne Balibar/
Immanuel Wallerstein
Rasse Klasse Nation
Ambivalente Identitäten
Übersetzt von Ilse Utz
und Michael Haupt
279 S., br., DM 28,-

Dies Buch ist ein Diskussionsbeitrag zu einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit: Warum befindet sich der Rassismus fast überall auf der Welt erneut auf dem Vormarsch? Warum bilden sich zu seiner Unterstützung und Verbreitung neue Institutionen, Bewegungen und Ideologien? Die Autoren gehen davon aus, daß es sich bei dem Phänomen des neuen Rassismus um mehr handelt als ein Überleben traditioneller Anschauungen und Vorurteile. Vielmehr verbindet und verbündet sich der Rassismus mit den Strukturen des weltumfassenden kapitalistischen Systems selbst, läßt sich in der weltweiten Arbeitsteilung, im Gegensatz von Zentrum und Peripherie, im Verhältnis von Staat und Nation und im Problem wirklicher oder fiktiver ethnischer Zugehörigkeiten finden. Die Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den Klassen sind noch in andere als nur ökonomische Strukturen eingebunden; ihre Widersprüchlichkeit zeigt sich in der Konstruktion nationaler und ethnischer Identitäten ebenso wie in der zweideutigen Wirksamkeit herrschender Ideologien.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13



Die Moslems stehen zwischen den Fronten

srilankischen Soldaten und den Kämpfern der LTTE jeden Morgen leblose Körper am Straßenrand. Viele sind von Gewehrsalven durchsiebt, andere halbverkohlt. „Tyre treatment“ nennt man das in Sri Lanka. Menschen werden auf alten Autoreifen verbrannt - oft bei lebendigem Leib. Eine Identifizierung ist kaum mehr möglich. Die Vorgehensweise erinnert daran, wie Soldaten, paramilitärische Gruppen und zahlreiche regierungsnahen sogenannten vigilante Gruppen während der vergangenen zwei Jahre „erfolgreich“ den Aufstand der sinhalesisch-nationalistischen „Janatha Vimukti Peramuna“ (JVP) im Süden der Insel bekämpft hatten. Der Terror der JVP wurde mit noch größerem Gegenterror beantwortet. Zehntausende Sinhalesen kamen so ums Leben.

Die Aktionen der tamilischen „Befreiungstiger“ gegen Sinhalesen im Osten haben zwei Motive: Zum einen richten sich die Anschläge gegen die Siedlungspolitik der Regierung, die offensichtlich immer mehr Sinhalesen in einem Gebiet ansiedelt, das von Tamilen als „traditionelles Siedlungsgebiet“ bezeichnet wird. Mit den Mordanschlägen sollen weitere Siedler abgeschreckt werden. Zum anderen handelt es sich dabei

um Vergeltungsmaßnahmen für die vielen Morde der Streitkräfte an Tamilen. Die tamilische LTTE setzt dabei skrupellos das um, was sie vor kurzem angekündigt hatte: „Aug' um Auge ... und zwar für ein tamilisches Opfer zehn sinhalesische.“ Auch das Verhältnis zwischen Tamilen und den tamilisch-sprachigen Moslems, die entlang des 150km langen Küstenstreifens südlich der Stadt Batticaloa in wechselseitiger Abhängigkeit voneinander leben, hatte sich schon ab Mitte der 80er Jahre stetig verschlechtert. Oft ging es bei den Streitigkeiten um die knapper werdenden landwirtschaftlichen Anbauflächen. Als dann militante tamilische Gruppierungen versuchten, Moslems als „tamilisch-sprachige Bevölkerungsgruppe“ mit in ihren Kampf für einen eigenständigen Tamilenstaat einzubeziehen, entstanden neue Konflikte. Moslemische Bewegungen - geprägt durch fundamentalistisches Gedankengut - betonten die kulturelle Eigenständigkeit der Moslems und kritisierten vor allem die Versuche der „Befreiungstiger“, sich auch zu Sprechern der Moslems zu machen. Die zunehmende Polarisierung wurde von der Regierung in Colombo ausgenutzt - fortan war

es keine Seltenheit, daß Moslems oft Seite an Seite mit den Streitkräften gegen Tamilen kämpften.

Die Rolle Indiens

Unklar bleibt, wie Indien sich angesichts der Zuspitzung der Lage im Nachbarstaat zukünftig verhalten wird? Nach der als gescheitert geltenden Involvierung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn durch den indo-srilankischen Vertrag vom Juli 1987 und dem erfolgten Rückzug indischer Truppen im März haben die 'Macher' in Neu Delhi offensichtlich ihre neue Sri Lanka-Politik noch nicht gefunden. Es überrascht nicht, daß nach Ausbruch neuer Auseinandersetzungen im Juni erst einmal weitgehend Zurückhaltung geübt wurde. Delhi beschränkte sich auf die mittlerweile rituell anmutenden Äußerungen, man sei angesichts der zunehmenden Auseinandersetzungen „ernsthaft besorgt“ und „bedauere die vielen zivilen Opfer“ des erneuten Krieges. Aber mit seiner Fortdauer - und dafür spricht derzeit vieles - wird sich Indien nicht gänzlich aus den inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates heraushalten können. Beobachter sehen mehrere Gründe, die schon ab 1983 zur sukzessiven Einmischung Indiens führten: Erneut haben sich Zehntausende von tamilischen Flüchtlingen während der vergangenen Wochen ins benachbarte Tamil Nadu aufgemacht, um dort in Sicherheit zu leben. Zunehmend bestimmt die Eskalation der Lage im Nachbarstaat die politische Stimmung im südlichen Indien mit einer Bevölkerung, die ethnisch und kulturell mit den Tamilen Sri Lankas verwandt ist. Die lokalen dravidischen Parteien versuchen, die lokale Bevölkerung - bis vor kurzem noch wenig interessiert an den jüngsten Ereignissen im Nachbarland - aufzuputtschen. Wie in früheren Jahren wird wieder von „Völkermord an Tamilen“ gesprochen, kürzlich legte ein „Bandh“-die indische Variante eines Generalstreiks - das öffentliche Leben weitgehend lahm.

Große Sorgen dürften der Zentralregierung Informationen über eine angebliche Allianz zwischen den „Befreiungstigern“ und militanten tamilisch-nationalistischen Kreisen im südlichen Bundesstaat bereiten. Informationen zufolge

sollen die „Befreiungstiger“ bereits Hunderte von Rekruten militärisch geschult haben. Eine Teilung Sri Lankas - die nicht mehr gänzlich ausgeschlossen werden kann - hätte große Auswirkungen auf aktuelle innenpolitische Konflikte in Indien (Punjab, Kashmir) sowie auf die Sicherheit der Region insgesamt. Und schließlich sind bei einer Fortdauer des Krieges sowohl die srilankische Regierung als auch die tamilische LTTE auf die Unterstützung anderer Länder angewiesen: Beide Seiten benötigen Waffen und Munition. Sollte Indien solchen Wünschen der einen oder anderen Seite nicht nachkommen, besteht die Wahrscheinlichkeit, daß ein anderes Land der Region zu Hilfe kommt. Die militärische Unterstützung Pakistans für Colombo war bereits 1987 ein Grund für die indische Intervention in Sri Lanka.

Walter Keller

KOLUMBIANISCHE REVOLUTIONÄRE IM INTERVIEW

„Gramsci, Volxmacht und kontinentale Befreiung“, so der Titel einer gegen den Strich gebürsteten Kolumbienbroschüre. In Form von Interviews wird der aktuelle Zustand der kolumbianischen Linken diskutiert. Zu vielen Illusionen geben sich die Herausgeber/innen dabei allerdings nicht hin. Verbunden mit einer gehörigen Portion (Selbst-)Kritik liest sich das im Editorial folgendermaßen: „Die vorliegende Broschüre bietet einen sehr beschränkten Einblick in die kolumbianische Wirklichkeit und verhindert hoffentlich damit, daß ein neues 'Objekt der Solidarität' ins Gespräch kommen könnte. Nach den Frustrationen und unerfüllten Hoffnungen in der Zentralamerikabewegung jetzt zu glauben, doch noch ein neues revolutionäres Fähnchen hochhalten zu können, wäre wohl mehr als bescheuert.“

Statt Revolutionsromantik bietet das Heft einen Internationalismus in Form des Dialogs.

Zu besorgen über: Lateinamerikazentrum Berlin, Kolumbiengruppe, Crellestr.22, 1000 Berlin 62.

Junger „Befreiungstiger“ mit deutschem Gewehr



MEDIEN BÜRGER MACHEN RADIO

Radiomacher aus sämtlichen Teilen der Welt trafen sich zu einem internationalen Erfahrungsaustausch in Dublin anlässlich der vierten Weltkonferenz nichtkommerzieller Radios.

Etwa 250 VertreterInnen von „Community Radio“-Stationen aus 47 Ländern trafen sich vom 12. bis zum 18. August 1990 in Dublin zum 4. Weltkongreß der AMARC, der „World Association of Community Broadcasters“. Diese 1982 in Kanada gegründete Organisation, die der UNESCO nahesteht, hat es sich zum Ziel gesetzt, weltweit jenen Radiostationen ein gemeinsames Forum zu geben, welche „Bürgerradio“ machen: Programme, von Bürgern und für Bürger gestaltet. Schon die Wahl des Veranstaltungsortes zeigt etwas von den Intentionen dieser Organisation: wurde die 3. Konferenz vor zwei Jahren in Managua abgehalten, war heuer als europäischer Austragungsort Irland ausgewählt; 1992 wird AMARC 5 in Mexico City konferieren.

Der zentrale Betreff aller in der AMARC vertretenen Radiostationen ist jener der „Community“, ein Wort ohne treffendes deutsches Äquivalent. Nach den Statuten ist darunter jedes „non-profit Radio“ zu verstehen, das „der Community eine Dienstleistung anbietet, in der es beheimatet ist oder zu der es sendet, um die Ausdrucks- und Beteiligungsmöglichkeiten dieser Community zu stärken“. Community Radio wird so als Oberbegriff all jener auf lokalen Initiativen beruhenden Sender gesehen, die besonders in den vergangenen 10 bis 15 Jahren in vielen Ländern entstanden sind; da gibt es die Gemeinderadios in Nordeuropa, die freien und assoziierten Radios in Südeuropa, die Lokalradios etwa in Holland oder der Schweiz, das Community Radio in Kanada oder den USA, das Public Radio in Amerika, Aborigin-Sender in Alaska oder in Australien. Als vergleichsweise kostengünstiges und auch in Gebieten mit hohem Analphabetismus einsetzbares Medium wird bürgernahes Radio gerade in La-

teinamerika, Afrika oder Teilen Asiens immer stärker genutzt.

Nach dem Selbstverständnis der AMARC besitzt Community Radio neben der regionalen vor allem auch eine starke demokratische Komponente. Dies bedeutet eine pluralistische Art der Kommunikation, die sich in das Interesse einer topographischen, sozialen, kulturellen, politischen oder ökonomischen Gemeinschaft stellt. Das Zielpublikum (und zugleich der Kreis der potentiellen Programm-macher) kann aus einem Stadtteil, einer ländlichen Gemeinde, aber ebenso aus einer bestimmten Gruppe von Frauen, Arbeitern oder etwa einer sprachlichen Minderheit bestehen. In vielen Fällen dient Community Radio dazu, „die Probleme anzugehen, die wegen der Monopolisierung der Medien durch lokale oder internationale, ökonomische und politische Interessen entstanden sind“, liest man im Grundsatzpapier.

Die zahlreichen Referate, die Stellungnahmen während der Workshops, vor allem aber auf die persönlichen Kontakte abseits des Kongreßgeschehens zeigten deutlich, daß diese Vorstellungen der AMARC nicht nur als Theorien entwickelt wurden, sondern zahlreiche dieser Ideen in verschiedensten Formen bereits realisiert sind. Bei der Suche nach Übereinstimmung und gemeinsamen Wegen ließen sich aber doch, wenn auch nur unterschwellig anklingende Differenzen festmachen.

Eine dieser Konfliktlinien läßt sich an den ökonomisch-politischen Gegebenheiten in den einzelnen Staaten ausmachen: gleich der etablierten internationalen Nachrichten-Szene mit ihren Mediengiganten und monopolähnlichen Nachrichtenagenturen läßt sich ein kongruenter Trend auch im Bereich der Community Radios erkennen. Ein extremes Nord-Süd-Gefälle ist nicht nur bezüglich der materiellen Ressourcen einzelner Stationen feststellbar, sondern auch in bezug auf Reichweiten, ideale Möglichkeiten und Trends zu Zusammenarbeit und Vernetzung. Müssen Radios in Lateinamerika oder Asien mit geringsten Mitteln - oft steht nicht mehr als ein veraltetes Sendegerät und ein Cassettenrecorder zur Verfügung - ihr Auslangen finden, diskutiert man in den USA und Teilen Europas die Chancen aufwendiger

Übertragungssysteme. So haben sich in den USA kürzlich 35 community und public radios zu einem Nachrichten-Network zusammengeschlossen, das über einen von der „Pacifica Foundation“ (dem größten amerikanischen non-profit Radionetwork) gecharterten Satelliten ein ganztägiges Sprechprogramm anbietet, das allen Hörern von Alaska bis Nicaragua, sofern sie sich den Ankauf einer Satellitenantenne leisten können, alternative Informationen bietet. Die finanziellen Möglichkeiten sind kaum vergleichbar: ist die finanzielle Situation der nichtkommerziellen Radios in den westlichen Staaten nicht gerade rosig, so können sich

doch etliche Stationen in den USA (vor allem durch Hörerbeiträge) und in Europa (durch staatliche Zuschüsse etwa beim französischen oder nordeuropäischen Modell) über Wasser halten. Mit beiden Möglichkeiten können Radios in Südamerika, Afrika oder Asien - mit wenigen Ausnahmen - nicht rechnen, mehr noch: sie sind vielfach gezwungen, ihren Sendebetrieb trotz staatlicher Repression (extremste Beispiele sind wohl Südafrika und El Salvador) aufrechtzuerhalten.

Mit dem Versuch vor allem nordamerikanischer Stationen, gleichsam ein zweites Nachrichtennetz unabhängig von den mächtigen Nachrichtenagenturen zu errichten, etabliert sich auch in diesem Bereich so etwas wie Kolonialismus. Waren zum Beispiel bisher fast alle Nachrichten über die Lage in Nicaragua über amerikanische Agenturen übermittelt worden, läuft nun auch in diesem zweiten Netz der Informationsfluß über die USA. Zwar können hier die nicaraguanischen Radios den Inhalt der Meldungen selbst bestimmen, ein Filter, der diese Nachrichten selektiert, bleibt doch außerhalb des Landes bestehen. Und die amerikanischen Community-Stationen bedanken sich dafür durch Know-how und die Überlassung moderner Technologie.

Mit dieser zunehmenden Verflechtung etabliert sich auch gerade ein System der Kanalisierung von Information, wie es auf seiten etablierter Nachrichtenagenturen und Medien stets bekämpft wird: Ist hier Entflechtung gefordert, schließen sich auf der anderen Seite die Community Radios aus finanziell einsichtigen Gründen immer enger zusammen - die Networks in den USA gehen dabei nur einen Schritt weiter als die in Europa in Entstehung begriffenen Programmbanken und Austauschprogramme für überregional interessante Sendungen.

Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Sendern stößt freilich auch auf



Foto: Johanna Dörner

Ein Bürgerrat der AMARC stellt sich vor

organisatorische Hürden. Zwar ist es erklärtes Ziel von AMARC, eine weltweite Dachorganisation aller Community Radios zu sein, doch zeigten sich auf dem Kongreß in Dublin einige Hindernisse auf diesem Weg. So war ein Großteil der afrikanischen TeilnehmerInnen der Meinung, daß eine gemeinsame afrikanische Organisation, die dann der AMARC geschlossen beitrete, Vorrang habe vor Einzelmitgliedschaften afrikanischer Staaten. Und auch für Europa konnten die Auseinandersetzungen zwischen den europäischen AMARC-Teilnehmern und der FERL (Europäische Föderation freier Radios) nicht beigelegt werden, da die FERL-Mitglieder dem Kongreß fast zur Gänze fernblieben. Die österreichischen Teilnehmer

am Kongreß genossen das Ansehen anachronistischer Zaungäste: als einziger Staat in Westeuropa kann Österreich mit keinem Community Radio aufwarten, sondern nur auf das staatliche Sendemonopol verweisen. Aus dieser Situation heraus verabschiedete das Schlußplenum der Konferenz eine Resolution an die österreichische Bundesregierung: bezuggenommen wird dabei auf die Verletzung des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung, die auch den freien Zugang aller zum Äther beinhalten soll. Als Verstoß gegen diese Regelung wird insbesondere der Versuch verurteilt, dieses Recht in den gegenwärtig verhandelten Gesetzesvorschlägen auf wenige Auserwählte (im speziellen Fall auf die potenten Zeitungs-herausgeber) zu beschränken. Zugleich wurde die Bundesregierung nicht nur aufgefordert, private und nicht-kommerzielle Bürgerradios zuzulassen, sondern, wie es in anderen europäischen Ländern vielfach üblich ist, auch finanziell zu unterstützen. ■

Johanna Dorer und
Matthias Marschik



Foto: Renata Fuchs

C. v. Werlhof (links), Dr. K. Konz

1. STEIRISCHE FRAUENAKADEMIE IST DIE ZUKUNFT WEIB- LICH?

Ohne Wirtschaft geht gar nichts. Welchen Beitrag Frauen zur Managementgesellschaft leisten sollen, wurde ihnen während eines Symposiums in Graz dargelegt.

Das Fragezeichen im Titel des 3-tägigen Symposiums, das vom 30. 8.-1. 9. im Schloß Metahof in Graz

stattfand, war rhetorisch gemeint. Frau Grammatik diktiert den Zeiten die weibliche Form, und Ridi Steibl, Frauen- und Familienbeauftragte des Landes Steiermark und Organisatorin der Frauenakademie, bestätigte sie auf der Innenseite des Programms mit einem energischen Rufzeichen.

Ihre Begründung: „Wie die Frauenfrage zu lösen ist, muß nicht länger diskutiert werden. HANDELN IST GEFRAGT!“

Mit einem freundlichen „Nur Mut“ eröffnete die Landesrätin für Wirtschaft und Fremdenverkehr, Waltraud Klasnic, die Veranstaltung. Dr. Emil Breisach, Präsident der Grazer Akademie, unterstützte sie mit der Erkenntnis: „Zutiefst weibliche Eigenschaften hat die von Menschen malträtierte Erde notwendig“ und der Aufforderung an die Teilnehmerinnen, „mit Sanftmut die männliche Wildheit zu bezähmen“.

Die erste Referentin, Claudia von Werlhof - Professorin am Institut für Politikwissenschaften in Innsbruck und Inhaberin des 1. Lehrstuhls für Frauenforschung in Österreich - war die einzige, die an

einer rosig-hellblauen Zukunft, mittels Eigeninitiative und partnerschaftlichem Miteinander der Geschlechter an der Spitze von Politik und Management nicht mitbasteln wollte.

In ihrem Vortrag „Matriarchat heute?“ meinte sie: „Feministische Atomkraftwerke würden genauso explodieren wie sozialistische oder kapitalistische.“ Das Matriarchat, von ihr wörtlich übersetzt „am Anfang war die Mutter“, beinhaltet ein anderes Lebensgefühl. Es ginge nicht um eine weibliche Zukunft im patriarchalen Sinn, um eine Beteiligung

der Frauen am männlichen Machtbarkeitswahn, sondern um den Anschluß an eine Form des Denkens, wo „das Gebären keine Reduktion auf das Materielle“ war, wo nicht das „kalkulierbare Berechnen“, sondern der „kosmische Zusammenhang“ im Vordergrund stand. Im Patriarchat fungiere „der Penis als Antenne des Kosmos“.

Nach ihr propagierte die Sozialwissenschaftlerin Barbara Sichtermann ganz im Sinne der Veranstalterin „den Schritt in die Selbständigkeit“, und zwar „von der Freiberuflerin bis hin zur potenten Arbeitgeberin“. Sie meinte: „Ohne Markt geht es praktisch und offenbar nicht“ und „ohne subjektive Beihilfe rührt sich nicht einmal das Glück“. Die Ära der Mammutkonzerne sei zu Ende, konstatiert sie. Gefragt wären in Zukunft kleinere Betriebe, die flexibel und innovationsfähig sind und in Zeiten zunehmenden Individualismus besseres Service bieten. Das wäre eine Chance für Frauen, die schon immer Wege gefunden hätten, Gewerbe und Handel zu treiben. Ihr Resümee: „Tante Emma ist unsterblich!“ Ihre Schwester, die Unternehmensberaterin Dr. Marie Sichtermann, analysierte das Kollektiv als von Frauen bevorzugte Organisationsform und stellte fest: „Das Kollektiv ist eine echte heilige Kuh.“ Es scheint ein machtfreier Raum zu sein, aber Macht sei eine Konstante in zwischenmenschlichen Zusammenhängen - „irgendwer hat sie immer“. Leider nie diejenige, die viel und gerne arbeitet, sondern „die Schnecke“, die die anderen zur Rücksichtnahme zwingt. „Es fehlt dem Kollektiv an Struktur, um Macht sichtbar zu machen und zu kanalisieren, um die Dynamik der Macht zu nutzen.“ Sie beteuerte, das Kollektiv habe als „Durchgangsstadium“ und „Notgemeinschaft der Unterdrückten“ vor allem für Frauen durchaus eine Berechtigung, um Risiko und Verantwortung tragen zu lernen. Aber da es „vom Bewußtsein der Unfähigkeit, allein zu bestehen, bestimmt ist“, sieht Marie Sichtermann selbstbewußte Frauen in Zukunft eher hierarchisch arbeiten - am liebsten so organisiert, daß alle Beteiligten mit soviel Freude wie möglich doch noch eine positive Bilanz erwirtschaften.

Am 2. Tag versprudelte Landesrätin Waltraud Klasnic zum Thema „Frauen in der Politik“ fröhlich Bauernkalenderweisheiten mit positivem Denken. Die „vielzitierte Doppelbelastung“ bedeute doch gleichzeitig „doppelte Qualifikation“. Männer hätten Verstand und Autorität, Frauen dagegen Verstand und Emotion, daher sei die Zusammenarbeit nowendig, wenn auch zeitweise schwierig, trotz alledem möglich.

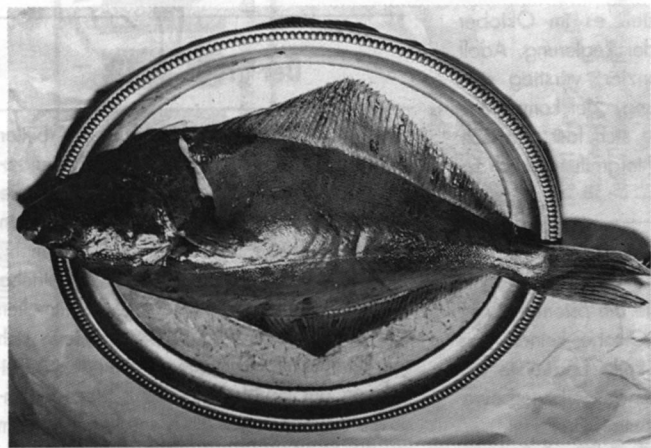
Der witzigste Beitrag kam von der Landtagspräsidentin von Venedig, Dr. Lia Sartori. Sie forderte Quoten, weil Gleichberechtigung erst dann Realität ist, wenn es genauso viele häßliche und dumme männliche wie weibliche Politiker in Machtpositionen gibt.

Am letzten Tag saßen Managerinnen aus der BRD, Schweiz und Österreich am Podium und verkündeten: „Ohne Wirtschaft geht gar nichts“ (Heike Huck, Personalberaterin aus Frankfurt). „Die Wirtschaft ist auf das unausgeschöpfte Potential an Fähigkeiten und Talenten von Frauen angewiesen. Die Integration von Frauen wird ebenso ein Imagefaktor sein wie hohe Kundenorientierung oder ökologische Ziele“ (Dkfm. Helga Stättler, Hernstein International Management Institute). Im Gegensatz zu Barbara Sichtermann prognostizierten die Managerinnen eine zunehmende Internationalisierung der Märkte und einen drohenden Führungskräfte-mangel.

Heide Huck forderte die Frauen auf, „mehr an die Front zu gehen, um dort zu zeigen, wie erfolgreich und leistungsorientiert sie sind“. Wenn sie auf „antiquiertes Verhalten“ treffen, sollten sie sich „einfach umdrehen und sich zukunftssträchtigere Firmen aussuchen“, z.B. Bayer oder MBB, die nach einer Familienphase „Wiedereingliederungsprogramme“ anbieten.

Den Einwand einer Teilnehmerin, frau müsse sich doch auch überlegen, was der Konzern produziert, den sie managt, wenn es um verantwortungsvolle Zukunftsplanung und -gestaltung gehe, wischte sie ungeduldig weg: „Die Frage, ob jemand einsteigen will, ist hier nicht das Thema - wir reden jetzt über Strategien.“ ■

Renata Fuchs



Die Heimat-Scholle

HEIMAT BIST DU GROSSER SÖHNE?

In Raabs an der Thaya tagte Ende August die Waldviertelakademie zum Thema Heimat. Vorwiegend philosophische Vaganten des deutschsprachigen Raums hatten Gelegenheit zur Selbstverortung.

Szenario I: Ge- und bedachte Heimat:

Des Philosophen Scholle reicht von Bloch über Adorno zu Levi-Strauss, somit verwurzelt in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts im zweiten Jahrtausend. Beispielhaft einer unter vielen: Norbert Bolz, seines Sagens freischwebender Intellektueller, früher mal Philosoph, verspürt die Sehnsucht des Denkers, überall zu Hause zu sein, denn, Adorno: Die Erkenntnis der Gefangenschaft ist der Beginn der Erlösung. Das wilde Denken Levi-Strauss' in seinen traurigen Tropen ermöglicht die Entlarvung des Mythos der Mythologie: den Ethnologen. Mit der Legitimation des Beobachters ohne Handlungsaufflage kann er erobern, ohne zu agieren, kann er meinen zu verstehen, ohne wirklich zu verstehen. Fern der Heimat hat er in der Ferne seine Heimat und ist somit einem transkulturellen Zwiespalt entzogen, denn da, wo er ist, ist er kein Tourist, er schaut zu und lernt seine Heimat begrenzen, im Imaginären, dort, wo die Heimat zu Hause ist.

Magischer Realismus haftet dem Mythos Atlantis an, als Zentrum der romantischen Ästhetik und mit Lust am Untergang, die sich global und

ganz undialektisch äußert. Atlantis sei der Eros der gegenwärtigen Vernunft. Wie zeitgemäß am Sprung ins nächste Jahrtausend. Heimkehr in die Fremde sei der wahren Heimat letzter Schluß.

Lutz, Volkskundler, nimmt sich als Einzelgänger der praktischen Seite der Heimat an: Aneignung des sozialen Umräumens. Individualisierung ist ein gefährlicher sozialer Erosionsprozeß, daher zurück zu den Wurzeln, die in der Scholle stecken: Friede, Zufriedenheit und etwas wie Glück. Unfriedlicher Einwurf: Habermas würde sagen: Klarer Fall von Linksfaschismus. Keiner spricht für sich, alle im Namen anderer für die Heimat.

Die Frage nach nationaler Identität macht betroffen, Nationalismus wird jedoch als neurotische Blüte des Heimatstrebens diagnostiziert. Alle weiteren - scheinbaren - Diskursivitäten liefern auf den alleseits anerkannten Nenner hinaus: Man(n) muß eine Heimat haben, damit Man(n) sie nicht notwendig hat.

Szenario II: Die Heimat ist weiblich. Nie offen ausgesprochen, findet die Frau zwar als Referentin nur einmal ihren Ausdruck, als Unsagbares ist das Weibliche Prinzip stark vertreten: Das Dunkle, Unheimliche, jene Pforte, von der wir unseren Ausgang nehmen, von der an Mann sich Heimat schaffen muß, lebt in Metaphern.

Die philosophischen Reisenden werden dergestalt und in realiter von Frauen umgeben. Von dekorativen Frauen, die oftmals ihre äußere Hülle wechseln, die von den nicht so feinsinnigen Kollegen nach dem Kriterium des 'geilsten Arsches' - so ein Kärntner Teilnehmer - beurteilt werden. Nicht zu vergessen natürlich die Mütter der quicklebendi-

Foto: Gabriele Prosek

gen, antiautoritär erzeugten Kinderschar, die von den Sprößlingen schon mal an der schweigenden Teilnahme am Symposium gehindert werden. Und so hat alles seinen Platz, ganz so, wie es die Heimat verspricht. Resümee: Heimat hat noch lange nicht ausgedient. ■
u.s.

EXPO '95

DONAUALP- TRAUM

Etwas verspätet, aber doch machen sich einige BürgerInnen des 22. Wiener Gemeindebezirkes Gedanken über die Auswirkungen der Weltausstellung 1995 auf ihren Lebensraum. Die BürgerInneninitiative Donaulptraum ist Ergebnis des Nachdenkprozesses und bittet um Unterschriften zur Verhinderung des städtebaulichen und ökologischen Wahnsinns Expo '95. Unterschriftenlisten sind erhältlich bei: Robert Stahl, Schütttaustraße 1/10/8, 1220 Wien. ■

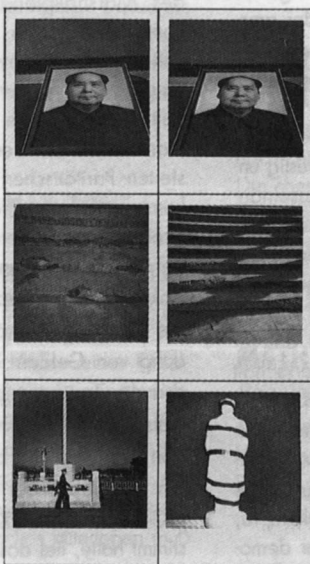
u.s.

FOTOAUSSTELLUNG

MAOS ERBE

Die Idee zu dieser Arbeit entstand am 4. 3. 1990 am Tiananmen-Platz, dem Platz des „Himmlichen Friedens“, als ich die Spuren der Panzer - als noch sichtbares Zeichen des Militäreinsatzes am 4.

Mao in Linz



Fotos: Walter Fehlinger

Juni 1989 - auf den Stufen des Volksdenkmals sah. Jeder Besucher des Platzes sieht diese Spuren, betrachtet sie verstohlen, um der Polizei nicht aufzufallen. Das Mao-Porträt hängt über dem Eingang zum Tiananmen. Vervollständigt wurde diese Arbeit in Linz mit der gefesselten Mao-Statue.

Zusammen mit Zhong Haiying und Di Fei Wan dokumentierte ich mittels der Polaroid-Sofortbildkamera kulturelle Eindrücke in Form der „Story-Art“ unter Verbindung von asiatischer und europäischer Sicht- und Herangehensweise.

Zu sehen bis 2. 11. 1990 in der Hypo-Bank Linz, Steingasse 4. ■

Walter Fehlinger

„GEWALTÄTIG IST DIE KRONEN ZEITUNG“ GERHARD RUISS WURDE FREI- GESPROCHEN

„Gewalttätig ist die 'Kronen Zeitung'. Gewalttätig ist das neue Asylrecht. Gewalttätig ist der Polizeipräsident Bögl, der im morgigen 'Kurier' meint, die Moral der Truppe sei gut. Gewalttätig ist ein Textilgewerbe, in dem es Löhne gibt von fünf- bis sechstausend Schilling für einen Scheißjob“, sprach Gerhard Ruiss anlässlich der 4. Opernball-Demo im Februar via Megaphon vom „Runden Tisch“. Und die „Kronen Zeitung“ klagte, wie immer, wenn es um ihre Ehre und ihre Moral geht. Denn Ruiss bezwecke, wie die Verantwortlichen meinten, das ethisch hochstehende Produkt nicht nur zu beleidigen, sondern „in seinem Kredit, Erwerb und Fortkommen in existenzieller Weise zu beeinträchtigen oder zumindest zu gefährden“.

Dem konnte sich das Gericht nicht anschließen. Denn es käme weniger auf den Wortlaut als auf den objektiven Sinn einer Äußerung an. Und der sei - nicht aus dem Zusammenhang gerissen, wie der Richter meint - weder beleidigend noch sonstwie nachhaltig böswertig. Und sprach Ruiss frei sowie die „Kronen Zeitung“ schuldig, dem Beklagten die anfallenden Kosten von rund 14.000 Schilling binnen vierzehn Tagen zu ersetzen. ■

K.L.

Oktoberstreik 1950

Der Putsch, der keiner war

Von Andrea Komlosy

4. Oktober 1950, Straßenbahnremise Gudrunstraße, 10. Wiener Gemeindebezirk: Keine Straßenbahn kann den Bahnhof verlassen. Junge Arbeiter halten den Bahnhof besetzt und hindern die Züge an der Ausfahrt. Viele Straßenverbindungen in Wien und Nie-

Foto: Öster. Institut für Zeitgeschichte



Wien 1950: Straßenkämpfe auf der Wiedner Hauptstraße

derösterreich sind an diesem Morgen von Barrikaden unterbrochen, Bahnhöfe blockiert, der Verkehr lahmgelegt. Die Demonstranten, viele von ihnen Kommunisten, befolgen den Aufruf der gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz vom vergangenen Samstag: Falls die Regierung bis 3. Oktober keinen Preisstopp verhängt, würden die österreichischen ArbeiterInnen ihren Forderungen in einem Generalstreik Nachdruck verleihen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund war entschiedener Gegner des Streiks. ÖGB-Präsident Böhm hat den Protest gegen das mit Regierung und Unternehmern ausgehandelte 4. Lohn-Preis-Abkommen schon längst als kommunistischen Putschversuch diskreditiert. Sein Kollege Franz Olah, Vorsitzender der Bau- und Holzarbeitergewerkschaft, die von US-Seite über ein Sonderkonto finanziell gut ausgestattet wurde, war ein enger Vertrauter der amerikanischen Besatzungsmacht. Von Anbeginn der Streikbewegung setzte er Bauarbeiter gegen Versammlungen und Streikposten ein. Am 4. Oktober beendeten seine gut ausgerüsteten Mannen den - ohnehin nur schwachbrüstig unterstützten - Streik. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Olah-Prügeltrupps konnten die Straßenbahnen die Favoritner Remise bald wieder ungehindert verlassen.

Schon bei früheren Protesten gegen die restriktive Lohnpolitik hatten sich Gewerkschaft und Regierung des Putschgerüchts bedient. „Den Kommunisten ist der wirtschaftliche Aufstieg Österreichs ein Dorn im Auge. Sie reden von Teuerung und meinen Unruhe. Sie reden von Lohn, meinen aber Straßenkämpfe, Sturz der Demokratie, Beseitigung der demo-

kratischen Republik“, hieß es im Oktober 1950 in einem Aufruf der Regierung. Adolf Schörf, damals Vizekanzler, verstieg sich später gar zu der Meinung, „der kommunistische Putschversuch habe sich fast sklavisch an das Vorbild der Machtergreifung durch Lenin in Rußland gehalten“.

Die eiserne Hand des ÖGB

Anlaß zum Aufatmen hatte die österreichische Arbeiterschaft nach dem Oktober keinen. Das unruhliche Ende des Streiks bedeutete die endgültige Disziplinierung der Arbeiterbewegung durch ÖGB und sozialistische Partei.

Eine wichtige Rolle beim kapitalistischen Wiederaufbau spielte die Marshallplan-Hilfe. Niedriges Lohnniveau, Währungsreform und Abbau von Subventionen waren Voraussetzung für den Erhalt der US-Gelder.

Das Zurückbleiben der Löhne war Anlaß für zahlreiche Streiks - alle ohne Zustimmung des ÖGB. Dieser kämpfte, fest in den Händen der sozialistischen Fraktion und über diese in die Koalitionsregierung eingebunden, mit eiserner Disziplin um Ruhe an der Arbeitsfront. „Kein verantwortungsvoller Gewerkschafter wünscht, daß es zu so harten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, wie diese Streiks sind, kommt“, offenbarte die „Gewerkschaftliche Rundschau“. Bisher von der österreichischen Bourgeoisie stets verschmäht, stieg die aktive Einbindung in den US-gelenkten Wiederaufbau den Arbeitervertretern zu Kopf.

Lohn-Preis-Abkommen

Festgeschrieben wurde der Lohnverzicht der Gewerkschaften während der Durchführung des Marshallplanes in fünf Lohn-Preis-Abkommen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit zwischen Gewerkschaftsspitze, Regierung und Bundeswirtschaftskammer verhandelt wurden. Diese Wirtschaftskommissionen waren die Vorläufer der 1957 institutionalisierten Paritätischen Kommission. Jedem Abkommen folgten Protestaktionen und wilde Streiks gegen Regierung und Gewerkschaft. Besondere Empörung rief das 4. Lohn-Preis-Abkommen vom September 1950 hervor. Da die Marshallplan-Administration der Verwendung von Geldern für Lebensmittelsubventionen die Zustimmung verweigert hatte, waren Preise für Nahrungsmittel, Heizung und Transport in diesem Jahr bis zu 30% gestiegen. Als am 23. September bekannt wurde, daß der ÖGB einer nur 10%igen Lohnerhöhung zugestimmt hatte, lief das Faß über.

Der große Streik

Am 25. 9. traten die Linzer VOEST-Arbeiter in einen Warnstreik. Die Steyrer Arbeiter zogen auf den Stadtplatz und forderten die Rücknahme des Paktes. Ab 15 Uhr fuhren in Linz keine Busse und Straßenbahnen mehr. Am 26. 9. waren die großen Linzer Betriebe im Streik. 20.000 Menschen versammelten sich am Hauptplatz. In Wien formierte sich der Demonstrationszug der streikenden ArbeiterInnen am Floridsdorfer Spitz. Von den Industriebezirken zogen die Menschen, nachdem sie die Straßensperren am Ring überwunden hatten, zum Bundeskanzleramt und zum ÖGB-Haus. Insgesamt waren, über alle Parteigrenzen hinweg, an die 200.000 Menschen im Ausstand.

Der Streik war noch im Aufwind, als am Abend des 26. 9. das Politbüro der KPÖ zusammentraf. Der sowjetischen Besatzungsmacht, berichtete Genosse Fünberg, komme der Streik ungelegen, er schwäche die sowjetisch verwalteten USIA-Betriebe im Osten Österreichs. Fünberg machte daher den widersprüchlichen - Vorschlag, den Streik abubrechen und erst nach Einberufung einer österreichweiten Betriebsrätekonferenz fortzusetzen. Ernst Fischer, ein Kritiker des Abbruchbeschlusses, dazu später: „Am Abend sprachen wir in Kundgebungen, um unseren Genossen einzureden, daß ein widersinniger Beschluß den Interessen der Arbeiterklasse entspreche.“

Die KPÖ und der Streik

Die KPÖ war nicht die Auslöserin des Streiks. Durch ihre Opposition zu Marshallplan und ÖGB-Verhandlungspolitik war sie jedoch die einzige organisatorische Kraft auf Seiten der Streikenden; in den sowjetischen USIA-Betrieben verfügte sie über feste Bastionen. Die KPÖ trat, ebenso wie die Sowjetunion, klar für die Einheit Österreichs auf. Eine Abtrennung Ostösterreichs lag weder im sowjetischen noch im Interesse der KPÖ. Daß sie den Streik zum Putsch mißbrauchen wollte, ist also reine Propaganda. Die Putschlüge wurde verbreitet, um jeder gewerkschaftlichen Betätigung von unten die Legitimation zu entziehen.

Auch die KPÖ hat im Kampf gegen das Lohn-Preis-Abkommen versagt. Die Chance der Arbeiterbewegung, durch einen machtvollen Streik den Spielraum für gewerkschaftlichen Aktivismus zu vergrößern, hat sie durch ihren Abbruchbeschluß verspielt.

Am 4. 10. - die Regierung war dem Ultimatum der Betriebsrätekonferenz nicht nachgekommen - war der Streik nicht wieder hochzubringen. Der Ausstand beschränkte sich nun, mit Ausnahme der oberösterreichischen Steyr-Werke, auf die KP-Hochburgen in der sowjetischen Besatzungszone. ■

CHARLES MINGUS/EPITAPH/CBS (nur CD)

Eine der großartigsten Grabinschriften, die sich ein Musiker je im nachhinein setzen ließ, die ihm verdienstvollerweise geschrieben wurde. Diese famose Wiederauferstehung („Resurrection“ wäre beinahe besser als Metapher geeignet) vereint weit über dreißig der weltbesten Jazzmusiker, viele von ihnen aus dem früheren Spielzirkel von Mingus himself, alle zusammen aber heilfro, daß der Verstorbene nicht selbst an der rekonstruierenden Zeremonie teilnehmen konnte. So enorm impulsiv bis gewalttätig war bekanntlich alles an der genialen, „über hundert Kilo schweren rasenden Maus“ (Selbsteinschätzung/oder -unterschätzung), dafür kam auch entsprechende Musikali-



tät hervor: gewaltige Kompositionen, eine der Klanghandschriften des Jahrhunderts. Zorn und Größenwahn feierten Orgien in der chinesischo-mexikanisch-afroamerikanischen Abstammung des Bassisten, der seiner musikalischen Besessenheit durch das Tragen von Waffen Ausdruck verlieh und dadurch den Musikbetrieb gefährdete. Zu Lebzeiten überließ man ihm nur ungern größere Orchester, da man fürchten mußte, daß er seiner eigenen monströsen Energie selbst nicht gewachsen sei. Gunther Schuller gelang das Phänomen, in Mingus' Lade gebliebene und teilweise in chaotischem Zustand befindliche „Geheimkompositionen“ derart beseelt zusammenzufügen und mit kongenialen Musikern diese grandiose musikalische Versuchung aufzuführen. Dämonische Rhythmen und schmelzendes Gewoge, das Spektrum dieses Oeuvre (darunter auch ein infernalisches „Better get it in your soul“) macht fast wortlos. Mingus schien Bescheid gewußt zu haben, er wandelte oft diesen Titel in „Better get hit in your soul“. Wie man es wendet, keiner kommt daran vorbei.

FRED FRITH/STEP ACROSS THE BORDER/Extraplatte

Fred Frith = Gitarre, Bass, Violine;

Fred Frith war: Henry Cow, Art Bears, Massacre, Skellington Crew.

Fred Frith spielt mit Persönlichkeiten/Gruppen wie: Zorn, Eno, Laswell, Coxhill, Hanrahan, Goebbels, Wyatt, the Residents, Violent Femmes, Cutler und und und. Trotz dieser respektablen Visitenkarte läuft die mit Aufmerk-

samkeit bedachte Kultfigur der experimentellen Rockmusik nicht Gefahr, innerhalb seines marginalen Arbeitsbereiches kommerziell verinnahmt zu werden - immer, wenn's zu gut klappt, wird die musikalische Verbindung aufgelöst, ein step across the border getan. Frith



kann nicht mehr entdeckt werden, alle kennen diesen „Nobody“ bereits, allerdings bestimmen politisches Bewußtsein und seine Praxisorientierung (gilt als schwierig, weil er Verträge sehr genau liest und sich selbst um ein weltweites Vertriebsnetz kümmert) ebenso wie seine klangliche Stilbreite seine selbstgewählte Position. Vom vorgegebenen engen Rahmen eines durchstrukturierten Songs bis zur freien Improvisation - niemals möchte sich der vielbeschäftigte „Organisator von Klängen“ in Wiederholungen kreativ erschöpfen. Nun haben Nicolas Humbert und Werner Penzel ein unpräntiöses Porträt des freundlichen Einzelgängers gefilmt und - nomen est omen - ermuntert, die von Frith gelieferte Musik, die Hörschaft, die eigenen (Hör) Grenzen zu überschreiten. Also: step across the border ... you will be surprised.

ANDY SUMMERS/ CHARMING SNAKES/Ariola

Nach den ersten Taktten alles klar: wer seine Soft Machine-Sammlung ab „Bundles“ aufgelöst hat, wird vom ehemaligen Police-Gitaristen Summers mit Spätsiebzigiger-Coolness an diesen voreiligen Schritt erinnert. Angenehme Nebenbeimusk, technisch versiert mit einigen Highlights. Darunter: „Mickey goes to Africa“ oder „Passion of the shadow“. Vom kompletten Wohlgefallen trennt mein Ohr lediglich das fieselnde Sopransax des Bill Evans.

THINKMAN/HARD HAT ZONE/ Ariola

Thinkman = Projekt aus Klängen von Rupert Hine und Texten aus der Feder von Kosmopolitin Jeanette Obsto. Titelsong „Hard hat zone“ reflektiert das Abschlagen eines Polizistenkopfes durch Jugendliche in England, unsichtlich aktuell anlässlich eines ähnlichen Vorfalls in Linz. Ansonst dominiert hier das Thema „mißbrauchte Natur“, wie etwa die Klage eines Wales, der die Harpunierung seines gebärenden Weibchens miterleben muß

(Fernsehdokumentation über einen russischen Walfänger), oder der klimatische Aufstand in „Mother's angry“. Wenngleich auch mehr vergangenen Stilrichtungen verpflichtet, so tariert sich Thinkman in gediegener Zeitlosigkeit aus und macht zusätzlich Gusto auf die vorangegangenen Konzeptalben.

JERRY HARRISON/ WALK ON WATER/Polygram

Mit seiner Gruppe Casual Gods (casual = zufällig, gelegentlich, gleichgültig, inkonsequent) hat der Talking Heads-Keyboards sein drittes Solowerk eingespielt. Wer zweimal siegreich in den Pophimmel (den anspruchsvolleren) hineingelobt wurde, muß mit beträchtlicher Meßlattenhöhe rechnen. Somit vermisste ich beim ersten Versuch den hypnotisierenden Groove früherer Songs; hat die Magie im Sinne des Gruppennamens nachgelassen oder bedarf die Leichtigkeit der neuen Komposition einfach ein bißchen Geduld und den Wunsch nach versöhnlicher Oberfläche? Vielleicht liegt's am Rezensenten: casual critics. Wie auch immer - unbedingt probieren.

THE MEN THEY COULDN'T HANG/ THE DOMINO CLUB/Ariola

Wer schon bei traditionellen Geschwindigkeitsbewerben aus Schottland oder Irland (jigs, reels) nicht außer Atem gerät, findet hier auf heutigen Rock zugeschnittene Maßware. Zweisenddurch ein (schnelles) Bier im Domino Club. Prost.

MARTIN STEPHENSON AND THE DAINTIES/SALUTATION ROAD/ Polygram

Leichte sommerliche Nachlese, zum Drüberstreuen so nebenbei. Quer durch die Stilmittel des Pop mit Songs für/vorm Bartresen tief in der Nacht.

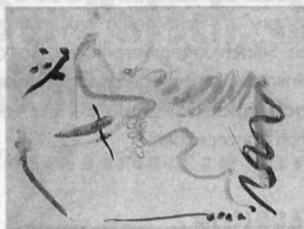
MAUREEN TUCKER/LIFE IN EXILE AFTER ABDICTION/Extraplatte

Mea culpa, beinahe überhört, da im Vorjahr noch kein Vertrieb in mozarikugelnden Landen. Die ehemalige Schlagzeug-Frau von Velvet Underground punkt, rockt und sentimentelt („Pale blue eyes“) überzeugend und mit sprühender Frische.

MATHILDE SANTING/BREAST AND BROW

Trotz hervorragendem Auftritt in Wien ohne Vertrieb; antesten oder gleich beim Genie-Erstling „Water under the bridge“ beginnen.

Der Ohrentaucher



Richard Tuttle „Puccini Vienna“, Aquarell/Papier, 1989

RICHARD TUTTLE: NEW MEXICO SILVER/ FIRENZE GOLD

galerie winter. 1010,
bäckerstraße 7.
mo-fr 11-13, 14-18, sa 11-13;
bis 13. oktober
siehe MONATSZEITUNG nr. 55/
september 1990.



Sandro Chia, Mischtechnik auf
Leinwand, 1987/88

SANDRO CHIA: NEUNZIG DORNEN IM WIND

museum moderner kunst (palais
liechtenstein), graphische räume.
1090, fürstengasse 1.
tgl. außer di 10-19; bis 18. oktober.

FLUXUS SUBJEKTIV

galerie krinzing. 1010,
seilerstätte 16.
mo-fr 14-18, sa 10-13;
bis 3. november.
„die einsicht, daß reaktion, roman-
tische attitüde oder protest nicht
mehr ausreichen, scheint sich
durchzusetzen. wenn der künstler
nicht vollständig in die esoterik ab-
gedrängt, in seinem elfenbeinturm

eingeschlossen werden will und
die formung der kultur nicht allein
den managern, den fabrikanten
von illustrierten, televisionspro-
grammen und werbung überlas-
sen will, wenn der abgrund zwi-
schen kunst und gesellschaft
nicht immer größer werden soll,
muß der künstler die reaktion auf-
geben und in die aktion eintreten“
(winfred gaul).

fluxus sollte sinn- und denk-
anstößiges, schrankenloses ge-
schehen sein, ohne planende
strukturierung, und in die utilitari-
stische 'realität' hineinwirken, die-
ser auf die substanz rücken, bis
zur übersteigerung in der zerstö-
rung. auf basis eines interkulturel-
len zusammenspiels, im medien-
verbund von bildnerischem, verba-
lem, gestischem und musik, inter-
disziplinär und konsequent alle be-
reiche, möglichkeiten und materi-
alien vermittelter und unvermit-
telter wirklichkeiten einbeziehend,
auch die des (materiellen und
mental)en abfalls der lädierten all-
täglichkeit und der vulgären bana-
lität, praktizierten die fluxus-
aktivisten die demontage der her-
kömmlichen ästhetischen kate-
gorien wie der distanz zwischen
'ästhetischer fiktion' und 'realer
welt'.

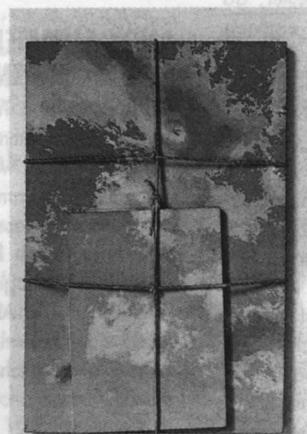
ziel war die „erzeugung unspezia-
lisierter formen von kreativität“
(george maciunas) als erneuter
versuch einer emanzipierten krea-
tivität in der folge von ideen-kunst
nach duchamp und dada. die aktio-
nen, manifestationen und produ-
ktionen der fluxus-bewegung, die
ihren höhepunkt in der zeit zwi-
schen 1958 und '63 erreichte, woll-
ten kritische reflexionen provozie-
ren, sollten steigerung sinnlicher
erlebnisfähigkeit und (poetische)
gegen-'bilder' evozieren. der akt
der 'schöpfung' sollte nicht mehr
in einem (bildhaft) individuellen
ausdruck idealistischen kunstwol-
lens verwirklicht sein, sondern re-
generiert werden in der improvi-
satorischen (artikulations)aus-
weitung (zwischen happening,
pop/ular und concept).

nach jahren der vergessenheit,
abgelegt als ferne kunst-be-
wegung, erfahren die fluxus-
aktivitäten wieder beachtung
(auch die des kunstmarkts). in ve-
nedig, parallel zur diesjährigen
biennale, wurde die ausstellung

„ubi fluxus ibi motus. 1990-1962“ in-
szeniert und vermittelte witz- und
geist-sprühende ideen, die die
jahrzehnte überlebt haben - erfris-
chend kontrastierend die formal
und inhaltlich kalkulierte glätte
der aktuellen design-kunst.

voraussetzend, daß „gerade in
jüngster zeit fluxus von der kunst-
kritik als auch von vertretern der
jungen kunst eine Neubewertung
erfährt“, präsentiert nun auch die
wiener galerie krinzing eine
fluxus-schau, beauftragte sechs
personen, die „subjektive“ sicht
auf fluxus in je einem raum der ga-
lerie darzustellen: arrangements
mit objekten aller art, relikte und
rekonstruktionen, skizzen, zeich-
nungen, partituren, multiples, ma-
nifeste, texte, plakate, fotogra-
fien, chroniken usw. usf. von
fluxus-machern wie ay-o, erik an-
dersen, joseph beuys, george
brecht, john cage, robert filliou,
geoffrey hendricks, dick higgins,
joe jones, milan knizak, alison
knowles, la monte young, jackson
maclow, george maciunas, larry
miller, charlotte moorman, yoko
ono, robin page, nam june paik,
dieter roth, tomas schmit, carolee
schneeman, daniel spoerri, ben
vautier, robert watts, emmet wil-
liams u.v.a.

„zu den inhaltlichen zielen“ der ga-



Geoffrey Hendricks, „Sky on
Sky“, Öl, Leinwand, Seil, 1966

lerie krinzing „zählt die aufarbei-
tung künstlerischer themen und
tendenzen der vergangenheit,
sofern diese für die gegenwart
von bestimmender wichtigkeit
sind“. solch neo-trend der 'erinne-
rung' mit museum-ersatz-attitüde
konzentriert sich 'naturgemäß' (in
der begrifflichkeit des kunstan-

dels) auf die vermarktung brach-
liegender werte. der rückblick auf
kunst-'historisches' als revue
'exotischer überreste'; die prä-
sentation im dienst der zu-
dekorierung apokalyptischer häß-
lichkeiten mittels der profit-world
der schönen künste.



George Maciunas, „Schürze“, Seri-
graphie auf Kunstleder

die hinrichtung der fluxus-
ereignisse, um den übelsten 'reali-
täten' ästhetische würde durch
kunst zu verleihen, pervertiert die
ursprünglichen intentionen - oder
ist deren vollendung: „indem sie
der realität gleichen, gleichen sie
auch der barbarei, die in unserer
realität praktiziert wird ... eine
atombombe werfen, um zu de-
monstrieren, daß man besser
keine wirft, es wäre die absurde,
aber logische consequenz“ (jürgen
becker).

DANIEL SPOERRI

museum des 20. jahrhunderts.
1030, schweizergarten.

tgl. außer mi 10-18;

bis 18. november.

die retrospektive umfaßt rund 120
werke des 1930 in rumänien gebo-
renen spoerri, der 1942 in die
schweiz übersiedelte. nach an-
fänglicher tätigkeit als tänzer und
theaterregisseur in bern (1954-57)
und darmstadt (1957) ließ er sich
1959 in paris nieder. ab 1963 gastro-
nomische aktivitäten, die zur er-
öffnung eines restaurants in düs-
seldorf führten, in dem delikates-
sen-werke zum happening-artigen
kunst-genuß angeboten werden.

Foto: Matthias Hermann

das überschreiten abgegrenzter kunst-kategorien und die interdisziplinäre ausweitung sind teil der humorvoll-ironischen manifestationen des bildenden künstlers daniel spoerri (der auch als verleger, buchautor, lehrer und animator tätig ist).

die in zusammenarbeit mit dem kunstmuseum solothurn erarbeitete ausstellung dokumentiert die arbeit seit 1960, als spoerri mitbegründer des 'nouveaux réalisme' wurde und die ersten 'tableaux-pièges' entstanden, jene 'fallenbilder', bei denen situations-zufällige anordnungen von objekten aller art auf (tisch)flächen unverändert montiert und fixiert und danach aus der horizontalen in die vertikale eines tafelbildes überführt werden.

indem spoerri den konsumprozeß bzw. dessen verbrauchte reste und abfälle in den bereich der kunst integriert, lenkt er den 'blick' auf übersehene alltägliche 'wirklichkeiten'. „daß ich einen moment wählte, der nach landläufigen begriffen nicht schön war, geschah gerade, weil ich die welt so sah, häßlich, dreckig und traurig und nicht schön aufgeräumt

und verlogen arrangiert ... und so merkte ich, daß dieser eine aufgeklebte moment nur eine blitzsekunde war im ablauf eines ganzen zyklus, der leben und tod, verwesung und wiedergeburt heißt. so weit gespannt ist dieses thema ... und es gehört dazu der verfall, aber auch der schöpferische akt des neu entstehenden.“

HANNE DARBOVEN: OPUS 26, QUARTETTE

galerie metropol. 1010,
dorotheergasse 12.
mo-fr 14-18, sa 10-12;
bis 21. november.

darboven zeigt einen neuen aspekt ihrer arbeit: an stelle der systematisch in tabellen festgehaltenen 'schreibzeiten' transformiert sie eine textvorlage in noten, konsequent ihr werkspektrum erweiternd. „ich erschaffe etwas, indem ich etwas zerstört habe. destruktion wird zur konstruktion ... meine systeme sind numerische konzepte, die sich in der form von progressionen und/oder reduktionen, ähnlich einem musikalischen thema mit variationen entwickeln.“

Hanne Darboven

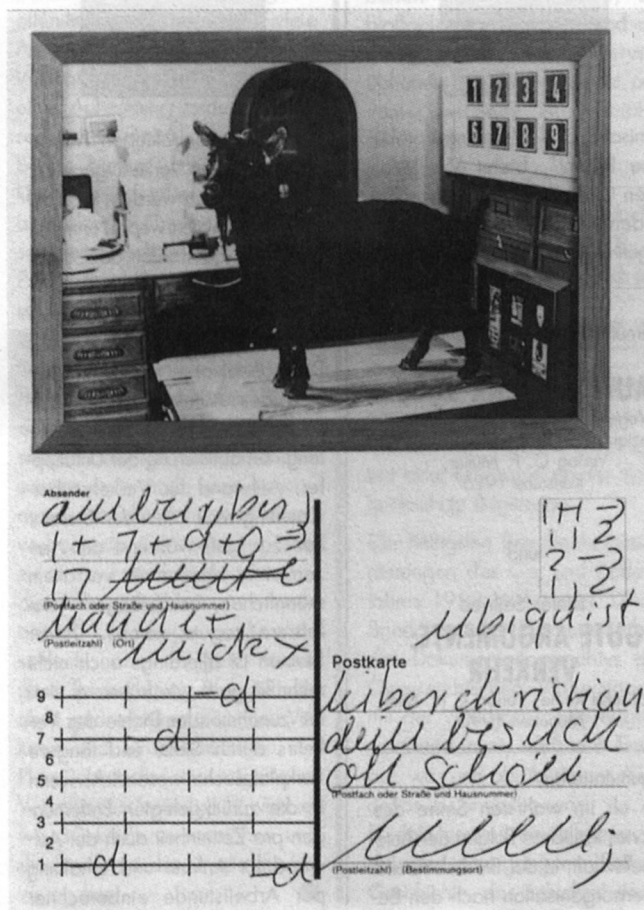


Foto: Michele Clement

Kronos Quartet

KRONOS oder DIE INSTITUTION FÜR AKTUELLE MUSIK

nach 1983, 1985 und 1989 wird im märz 1991 zum vierten mal das erfolgreiche musik-festival „töne & gegentöne“ (eine veranstaltung der wiener festwochen) stattfinden. den gestalten dieser plattform unterschiedlichster musiksprachen und zeitgenössischer klang-ideen, edek bartz und wolfgang kos, ist es gelungen, das amerikanische streicher-ensemble KRONOS QUARTET zu animieren und zu engagieren. aus termingründen mußte deren dreiteilige konzertserie jedoch in den herbst dieses jahres vorgezogen werden: „3 x KRONOS“ gibt es am 18., 19. und 21. oktober im konzert-haus wien, mozzart-saal, zu hören. der spielraum des 1973 in seattle gegründeten und seit 1977 in san francisco beheimateten kammermusik-teams ist schrankenlos. das quartett verbannt starrfeierliche rituale aus dem konzertsaal (mittels bunter aufmachung, wechselnden podiumsausleuchtungen und aktionistischen erweiterungen), beeindruckt durch perfekte technik und verbindet 'unvereinbare' sphären. sein spektrum umfaßt 'klassische', in der musik-geschichte abgesicherte werke ebenso wie bearbeitungen von volkslied-, jazz- und rockstücken und kompositionen, die von ton-setzern exklusiv für die kronos geschrieben wurden. solch stilistische vielfalt eines anscheinend divergierenden, uneinheitlichen klangpotentials verwe-

ben david harrington (violine), john sherba (violine), hank dutt (viola) und joan jeanrenaud (violoncello) und „glauben nicht, daß (sie) ziellos hin- und herspringen, denn alle stücke haben durchaus miteinander zu tun ... (wir) versuchen einfach, das zentrum einer jeden komposition zu finden ... uns fasziniert die energie, die all diese gegensätzlichen stücke miteinander verbindet ... uns geht es vor allem um die tatsache, daß beispielsweise der quirlige jazzler john zorn aus new york neben dem so ruhig-religiösen arvo pärt aus estland und der minimalist steve reich neben dem rock'n'roller bo diddley stehen kann. wir wollen beweisen, welch enorme bandbreite musik heute hat“ (harrington). die für wien programmierte auswahl wurde von den vier unorthodoxen virtuosen als repräsentativer querschnitt ihres repertoires selbst bestimmt (z.b. alban berg, jimi hendrix, astor piazzolla, wolfgang rihm, terry riley). es wurden aber auch - auf Wunsch der organisatoren - weniger bekannte stücke aufgenommen (wie von h.m. gorecki, hirokazu hiraishi, istvan marta, peter sculthorpe, kevin volans oder den afrikanischen komponisten hamza el din und justinian tamuszuza) und arbeiten für das gastspiel neu einstudiert (die von peter apfelbaum oder des österreichers roland faber).

otto eder

Wiener Musik Galerie
im österreichischen Museum für Angewandte Kunst, Wien 1, Stubenring 5
6. Oktober 1990, 20 Uhr
Abschlußkonzert des Ensemble-Workshops mit JIMMY GIUFFRÉ
30. Oktober 1990, 20 Uhr
FRANZ KOGLMANN, The use of memory, Donaueschingen 1990
Information: Wiener Musik Galerie, Wilhelm Exnergasse 23/5, A-1090 Wien Tel. (0222) 31 80 84

BÜCHER

REZENSIENT
VON
SUSI HARRINGER

ARGUMENTE GEGEN DIE TOTALE AUTO GESELLSCHAFT

Die Schwärmerei für
die Natur
kommt von der
Unbewohnbarkeit
der Städte

Bert Brecht

„Auto kaputt“ und der Kampf um jeden Meter Straße sind zwei ebenso beliebte wie heute bereits überholte Alternativen in der Diskussion um die Nutzung des Wankel-, Otto- oder Dieselmotors samt Blechverkleidung, um von A nach B zu kommen. Stand bislang die Frage im Vordergrund, wer kann sich welches Auto und damit welches Ausmaß an Mobilität und Prestige leisten, geht es heute um die Frage, können wir uns das Auto überhaupt noch leisten?

Die verfehlte Planung der Verkehrsexperten und die autofreundliche Politik des Staates nutzte und nutzt denen, die das Auto nutzen können und verleiht ihnen ein zusätzliches, durchaus auch gesellschaftliches Privileg. Diejenigen, die kein Auto haben, mußten die Folgen tragen und mit der immer eingeschränkteren Alternative des öffentlichen Verkehrs zufrieden sein. Heute hat der Autoverkehr derartig katastrophale Ausmaße erreicht, daß auch die Reichen davon betroffen sind, da die Geschwindigkeit der Fortbewegung sinkt. Die Allgemeinheit wird in einem Ausmaß geschädigt, daß auch die kapitalistische Rationalität aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht.

Winfried Wolf
**NEUES DENKEN ODER
NEUES TANKEN?**
DDR Verkehr 2000

isp-Verlag, Frankfurt/Main 1990

Die DDR steht heute vor der Entscheidung, entweder den westdeutschen Standard der Motori-

sierung ins Auge zu fassen, d.h. tendenziell die Vollmotorisierung anzustreben, oder sich auf ihr ausgesprochen leistungsfähiges Schienennetz zu besinnen. Winfried Wolf (Autor von „Eisenbahn und Autowahn“) zieht in seinem Konzept für eine möglichst sinnvolle Verkehrsplanung Bilanz über die vorhandenen Ressourcen und die vorstellbaren Entscheidungsmöglichkeiten. Die künftige Weichenstellung wird nicht nur bestimmen, wie die früheren DDR-Bürger ihre Wege zurücklegen, sondern die Priorität der Wertvorstellungen ausdrücken:

„Es wäre eine gefährliche Reduktion, eine lebenswerte menschliche Zukunft vorrangig von der individuellen Motorisierung abhängig zu machen ... Eine weitere ungehemmte Motorisierung ... würde derzeit die Ressourcenumöglichkeiten immens ansteigen lassen ... Die Diskussion zur individuellen Motorisierung betrifft unsere Vorstellungen zur weite-



ren Gestaltung der sozialistischen Lebensweise und in genereller Sichtweise auch die Perspektiven der menschlichen Gesellschaft“ - Manfred Rochlitz, (DDR-) Deutsche Straßenverkehrszeitung).

Die Kritik an der kapitalistisch determinierten Autogesellschaft, in der „der Mensch der total organisierten Gesellschaft nur noch im Auto seine eigenen Entschlüsse fassen und sein eigener Herr sein kann“ (Helmut Schmidt), hatte auch in der DDR seine Gültigkeit. Ein gewisser Teil der Produzenten - weniger der Produzentinnen - erhält die direkte Verfügungsgewalt über ein Transportmittel, wenn ihm schon die direkte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel verwehrt ist. „Und es handelt sich um ein - im Westen durchaus bewährtes - politisches Konzept: Automobilität, die individuelle Entscheidung, wie von A nach B zu kommen

sei, wird als Ersatz für direkte Demokratie gewährt.“ Dieses politische Konzept gewinnt zusammen mit den vehement vertretenen Interessen der Autolobby und dem Männlichkeitswahn des Autokultes fürchterliche Durchschlagskraft.

Die DDR lebt in der - im Lichte neuer Entwicklungen immer wahrscheinlicher werdenden - Gefahr, nach vier Jahrzehnten stalinistischer Fehlentscheidungen nunmehr die Fehlplanungen des Westens zu übernehmen. Dieser Fehler wäre umso tragischer, als sie heutzutage nicht einmal mehr in den Prozeß internationalen wirtschaftlichen Wachstums eingebettet sind und die historische Bausubstanz der DDR zu einem Zeitpunkt der Zerstörung preisgegeben würde, an dem viele andere Städte, wie etwa Bologna, bereits die Trendwende in Form autofreier Innenstädte beschlossen haben.

Im 6. Kapitel, „Die aktuelle Kritik der Autogesellschaft - eine öko-



nomische, ökologische und praktische Bilanz“, bietet W. Wolf einen Überblick über die verheerenden Kosten des Autoverkehrs gegen die auch

Helmut Holzapfel/Klaus Traube/
Otto Ullrich
AUTOVERKEHR 2000
Wege zu einem ökologischen und sozial verträglichen Straßenverkehr
Verlag C. F. Müller,
Karlsruhe 1985

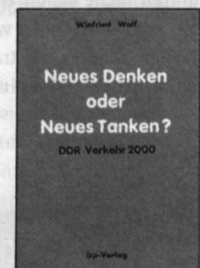
und

Dieter Seifried
**GUTE ARGUMENTE:
VERKEHR**
Beck'sche Reihe, Verlag C.H. Beck,
München 1990

argumentieren. Die oft im wahrsten Sinne des Wortes tödlichen Folgen der Autogesellschaft, in der Städtebau und Lebensorganisation nach den Be-

dürfnissen des motorisierten Individualverkehrs organisiert sind, dessen Härten vor allem die nicht motorisierten, ökonomisch schwächeren Bevölkerungsteile zu tragen haben, sind vielfältig:

- unerträglicher, gesundheitsschädigender Lärm,
 - gefährliche, gesundheitsschädliche Luft- und Bodenverschmutzung,
 - unverhältnismäßig hoher Verbrauch fossiler Energie,
 - Versiegelung von Bodenfläche für den Bau von Verkehrsflächen,
 - hohe Zahlen von Unfallopfern bei Mensch und Tier,
 - das Land ist zersiedelt, die Städte sind unwirtlich geworden.
- Das Argument, daß der Autoverkehr sicherer geworden ist, gilt nur für die Menschen in den Autos, nicht für überfahrene Fußgänger und Radfahrer; ein Großteil der Unfallopfer sind ältere Leute und Kinder; „Verkehrserziehung für Kinder“ hat sich als sinnlos herausgestellt, eine kindergerechte Erfahrungs-



welt mit unkontrollierten Freiräumen wird dem Verkehr geopfert; ganze Tierarten werden, wie Igel oder Kröten, entweder unmittelbar durch Überfahren oder durch Abgasemission und die Vernichtung ihres Lebensraumes ausgerottet.

Die hohen, aber verdeckten Kosten des Autoverkehrs (Waldsterben, Krankheiten der Bevölkerung, Rehabilitation der Unfallopfer, Aufwand für Verkehrsüberwachung etc.) fallen der Allgemeinheit zur Last, während der Nutzen einer Minderheit, vor allem männlichen, berufstätigen Autofahrern zugute kommt. Dieser Nutzen ist allerdings auch nicht mehr so groß wie früher: er sinkt mit zunehmender Dichte des Verkehrs durch Staus und längere Parkplatzsuche wesentlich; wenn in die zurückgelegten Entfernungen pro Zeiteinheit auch der Aufwand für Ankauf und Erhaltung per Arbeitsstunde einberechnet

wird, ist ein schneller Sportwagen nur um wenige Stundenkilometer schneller als ein Fahrrad. Die einzelne Kaufentscheidung ist also teils von Mangel an Alternativen wie einem attraktiven öffentlichen Verkehr, teils von irrationalen Beweggründen geprägt. Die planerischen Entscheidungen, die den städtischen und dörflichen Nahbereich entwerfen und durch Entmischung des Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereichs für weitere Anfahrtswege sorgen, rufen eine „Zwangsmobilität“ hervor, die gern als die mit der Pkw-Benutzung verbundene „Freiheit und Mobilität“ propagiert wird.

„Wiederherstellung der Rechte der Nicht-Autofahrer“

Nicht nur das Argument der in Wahrheit recht eingeschränkten „Mobilität“ wird in diesen drei Büchern entlarvt, sondern auch andere Lieblingsbehauptungen der Autolobby: Weder ist „das Auto die Melkkuh der Nation“, sondern ein unverschämte teures Raubtier, noch muß bei einer Abkehr von der bedenkenlosen Investition um die Arbeitsplätze in der Autoindustrie und den damit verbundenen Bereichen gefürchtet werden: die personalintensive Umstellung auf öffentlichen Verkehr bietet viele Arbeitsplätze, außerdem ist bei Verschiebung der Kaufkraft mit einer Aufwertung anderer Sektoren zu rechnen. Kurz, diese Bände bieten vorzügliches Aufklärungs- und Informationsmaterial, Holzapfel/Traube/Ullrich beschäftigen sich intensiv mit den Problemschwerpunkten Geschwindigkeit und der Wiederbelebung des Nahraums, Dieter Seifried zeichnet sich durch eine hohe didaktische Nutzbarkeit und durch konkrete Handlungsanweisungen aus. Eindimensionale Lösungen, wie etwa eine verminderte Schadstoffemission durch verbesserte Technologie, sind zwar ein Fortschritt, lassen aber die anderen Problemzonen unverändert; Radwege sind nicht schlecht, aber es geht darum, über Bevorzugung des öffentlichen und nichtmotorisierten Verkehrs und Einschränkungen des Pkw-Gebrauchs eine allgemeine Verkehrsgeschwindigkeit von etwa 30 km/h zu erreichen und die Straße wieder für alle nutzbar zu machen.

KURZ & BUCH

Winfried Graf/
Klaus Ottomeyer/
Ölf-Burg Schlaining (Hg.)

Szenen der Gewalt in Alltagsleben, Kulturindustrie und Politik

Verlag für Gesellschaftskritik,
Wien 1989

Gewalt in verschiedensten Ausprägungen und Bereichen - Gewalterfahrung in der persönlichen Lebensgeschichte, Gewalt in der Familie, Volksgruppenkonflikte in Kärnten, der Umgang mit der Vorstellung einer atomaren Bedrohung, Gewalt bei Jugendlichen, in den Medien und/oder als politische Inszenierung - ist Gegenstand dieser Untersuchungen. Die in ihrem Aufbau und ihrer Schwerpunktsetzung recht unterschiedlichen Beiträge bieten einen Einblick in die Ursachen und Zusammenhänge des Entstehens von Gewalt, ihre psychologischen, gesellschaftlichen und politischen Ursachen. So glatt und unverbindlich diese Inhaltsangabe auch wirkt, so faszinierend liest sich das von Winfried Graf und Klaus Ottomeyer herausgegebene Buch, so weit sind die geäußerten Erklärungsansätze, die bloßgelegten Strukturen und angeregten Lösungsstrategien vom üblichen Mediengewächs und vom „gesunden Rechtsempfinden“ entfernt.

Kurt Schmid/Robert Streibel
Der Pogrom 1938
Judenverfolgung in Österreich und
Deutschland

Picus Verlag, Wien 1990

„Was kann man verlangen in einem Jahr zu gedenken, nach diesem Schweigen?“ Zeitzeugin bei einer Diskussion an der Volkshochschule Brigittenau.

Die heftigsten Betroffenheitsinszenierungen des Ge- und Bedenkjahres 1988 sind vorbei. Dieser Band, der einer Zusammenarbeit des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes mit der Volkshochschule Brigittenau entstammt, wirft die Frage auf, was und ob überhaupt etwas davon zu erwarten war. Er dokumentiert einen gerne verdrängten, übergangenen Teil der Geschichte, das Schicksal der jü-

dischen Bevölkerung von Wien im besonderen, Österreich und Deutschland im allgemeinen - auch nach dem Zweiten Weltkrieg - und beschäftigt sich damit, wie so



etwas wie eine „politisch-moralische Sanierung des Landes“ zustande kommen könnte.

Rainer Duhm

Wenn Belegschaften Betriebe übernehmen

Probleme und Chancen selbstverwalteter Fortführung von
Krisenbetrieben
Campus, Frankfurt/Main 1990

Die Probleme und Chancen der Übernahme krisengeschüttelter Betriebe werden in diesem Band vor allem unter dem konkreten, praktischen Gesichtspunkt angegangen. Neben Fallstudien aus der BRD geht es vor allem darum, wo und wie Beratung und Finanzierung zu finden ist, welche Institutionen sich wahrscheinlich wie zu dem selbstverwalteten Projekt stellen werden, wie die Mängel der früheren Betriebsstruktur abgebaut werden können, ob die Arbeitsplätze tatsächlich erhalten werden können. Gelassen gehen die Autorinnen und Autoren damit um, daß Selbstverwaltung anscheinend immer gerade dann akut wird, wenn die Krise schon da ist, aber nicht, wenn es etwas zu verteilen gäbe, und bieten konstruktive Ratschläge, fundiertes Know-how und Fallbeispiele, aber wenig theoretische Einschätzungen.

Rudolf Dekker/Lotte van de Pol

Frauen in Männerkleidern

Weibliche Transvestiten und ihre
Geschichte
Wagenbach, Berlin 1990

Weit davon entfernt, das Kuriose oder Aufsehenerregende des Themas voyeuristisch auszubeten, gehen Rudolf Dekker und Lotte van de Pol bedachtsam, um nicht zu sagen solidarisch mit

den bekanntgewordenen Fällen um, in denen Frauen sich als Männer verkleidet hatten. Sie analysieren die verschiedenen Gründe, die Frauen - vor allem im 17. und 18. Jahrhundert - zum Tragen von Männerkleidung bewogen (von ökonomischer Not über Abenteuerlust und Patriotismus bis zu Unzufriedenheit oder auch sexuell begründeter Nichtidentifikation mit der herrschenden Frauenrolle), die Schwierigkeiten, diesen Rollenwechsel durchzuhalten, die Reaktionen der Umwelt, die weitere Lebensgeschichte nach einem Bekanntwerden der Verkleidung. Die Tatsache, daß Frauen offenbar gar nicht so selten verkleidet in Kriegen mitkämpften, in der Marine dienten, sich in einer kriminellen Subkultur betätigten oder schlicht im Alltag einer Dorfgemeinschaft, manchmal als Beziehungspartnerin einer Frau, lebten, läßt Rückschlüsse über die Konstruktionen der Geschlechterrollen und ihre Identitätsfindung als Personen zu. Interessant ist auch, welchen Niederschlag elli- che Fälle in Kunst und Folklore gefunden haben. Alles in allem ein recht aufschlußreiches Werk.

H. Patricia Hynes

Als es Frühling war

Von Rachel Carson zur feministischen
Ökologie
Orlanda, Berlin 1990

Die amerikanische Naturwissenschaftlerin Rachel Carson war mit ihrem 1962 erschienenen Buch „Der stumme Frühling“ eine der ersten Stimmen, die vor ökologischen Katastrophen warnte, im besonderen ging es ihr um



die schädlichen Folgen des Größeneinsatzes von Pestiziden. Patricia Hynes, Direktorin des Instituts Frauen und Technologie, Mitarbeiterin des Massachusetts Institute of Technology, versucht aus der Würdigung von Rachel Carsons Gedanken und Kampfgeist eine weitergehende feministische

Kritik zu entwickeln, die auch die Probleme der Probleme der Gentechnologie anspricht.

Mit der besonderen Fähigkeit der Frauen, auf Grund ihrer historischen und sozialen Erfahrungen nicht den herrschenden Machtstrukturen zu verfallen und die Entwicklungen auf ein menschliches Maß zurückzuführen, und wegen der speziellen Betroffenheit der Frau von der Biotechnologie regt Patricia Hynes zu Widerstand gegen die männlichen Gewaltstrukturen an.

Die besondere Stärke ihres Buches liegt eindeutig in ihrer fundierten Kenntnis der Materie, ihrem Engagement und ihrer hohen Wertschätzung von Rachel Carson, nicht unbedingt in der Geschlossenheit und Übersichtlichkeit ihrer Argumentation.

Rudolf Forster,
Jürgen M. Pelikan (Hg)

Psychiatriereform und Sozialwissenschaften

Facultas Verlag, Wien 1990

Rund zehn Jahre nach Beginn der österreichischen Psychiatriereform ein Band, in dem sich, seriös-theoretisch, sogenannte „Techniker“ (Basaglia) mit einigen Aspekten der Veränderungen - die beinahe ausschließlich in Wien durchgeführt wurden - auseinandersetzen. Auszug aus dem Inhalt: Forster: „Wo steht die Psychiatriereform?“, Gabriel: „Soziologische Aspekte der Reform eines psychiatrischen Krankenhauses“, Danzinger/Marksteiner: „Konzept und Struktur der psychiatrischen Versorgung“, Lyon u.a.: „Anspruch und Wirklichkeit in der Gemeindepsychiatrie“, Rudas: „Komplementäre Forschung“.

Karl Lind

Heiner Keupp

Riskante Chancen

Das Subjekt zwischen Psychokultur und Selbstorganisation
Roland Asanger Verlag,
München 1988

Alles wird anders, wohlige und langgekannte Zusammenhänge verschiedenster Art werden aufgelöst. Ein ratloses Individuum steht da und findet noch keine neuen Identitätsmuster zur Annahme. Gesellschaftliche Brüche, unterhalb institutioneller Ebenen,

öffnen einerseits neue Chancen, andererseits stehen die realpolitischen Zeichen keineswegs auf Emanzipation, wird der Ratlose oft und gerne manipuliert.

Heiner Keupp, gemeindepsychologisch orientierter Sozialpsychologe, bringt Analysen und Reflexionen zu Themen, die uns bewegen (sollten): Vom ökologischen Wahnwitz bis hin zum wiedererstarkten Neokonservatismus, der die oft orientierungslosen modernen wie postmodernen Individuen mit Wohlbekanntem füttert: Leistung, Heim, Familie und so. Und wer immer noch nicht weiter weiß, findet ein breites Angebot einer boomenden Psychokultur vor, das zu heimeligen Paradiesen und superschlauen Managementmethoden verhilft.

Aus dem Inhalt: Neuer Patriotismus und die Unfähigkeit zu trauern; Minderheiten im Streß; Psychokultur und New Age; Soziale Netzwerke; Auf der Suche nach der verlorenen Identität.

Karl Lind

John Irving

Owen Meany

Diogenes, Zürich 1990

Es ist ja wirklich schön, wenn ein Roman eine kritische Einstellung zum Krieg zeigt, und ein amerikanischer Roman, in dem die Hauptperson nicht nur den Vietnamkrieg, sondern die US-amerikanische Außenpolitik allgemein verurteilt, ist wirklich begrüßenswert.

Erstaunlich ist allerdings, wie die erzählende Person, die in der Rahmenhandlung in Kanada lebt und sensibel ist, ihre Kritik entwickelt hat. Nicht durch politi-



sche Diskussionen oder soziale Erfahrungen, nein, durch religiöse Erlebnisse. Owen Meany, die Titelfigur von John Irvings neuestem Roman, ist eine Art modernes, kleinwüchsiges Jesuskind aus dem Granitsteinbruch. Er wächst gemeinsam mit dem Erzähler in einer amerikanischen

Kleinstadt auf und führt ein spirituell reiches Leben voller Krippenspiele und Engelserscheinungen, metaphorischer Running-Gags und finsterner Andeutungen. Es scheint mir nur John Irvings gekonntem Erzählstil und seiner Liebe zu skurrilen Details zu verdanken, wenn man/frau die mehr als 800 Seiten überhaupt durchhält. Wie kann so ein spirituelles Fertigfutter sich nur so gut verkaufen? Wie kann ein Autor, egal wie hintergründig ironisch, das jahrelange minutiöse Einüben eines bestimmten Basketballwurfes als theologische Vorbereitung für das abschließende große Opfer des Helden verkaufen? Himmell!

Tony Hillerman

Wer die Vergangenheit stiehlt

Rowohlt Taschenbuch Verlag,
Reinbek bei Hamburg 1990

Die „gestohlene Vergangenheit“ sind Artefakte der Anasazi-Kultur, eines verschwundenen Vorfahrer-Volkes der Navajo-Indianer. Tony Hillerman baut nicht nur, wie



auch sonst, eine spannende Kriminalhandlung im Indianerreservat auf, sondern schildert auch, wie bedeutungsvoll die Ergebnisse archäologischer Forschung für die Identität eines Volkes sein können.

Sara Paretsky

Blood Shoot

Piper München 1990

Ein neues Abenteuer von V. I. Warshawski: Die Privatdetektivin wird von ihrer Jugendfreundin in einen Fall verwickelt, der recht eindringlich die Welt der Industriesiedlungen im südlichen Chicago, die polnischen und italienischen Einwanderer zeigt. In der besten Tradition des Frauenkrimis löst V. I. mit der Mithilfe anderer Frauen ihren Fall, deckt einen Umweltkandal auf und erkennt einmal mehr - die schrecklichen Auswirkungen der traditionellen

Kleinfamilie auf Frauen. Sara Paretsky hat ihre Detektivin mit einer ausgeprägten Persönlichkeit und feministischen Ansprüchen ausgestattet und wickelt ihre Romane in einem atemberaubenden Tempo ab.

Autonome Schreibende Frauen

„Ich sage nichts mehr ohne meine Anwältin“

Eigenverlag, Bestellungen an Gela Hule, Erikaweg 4, 6020 Innsbruck

Laut eigenem Selbstverständnis versteht diese Gruppe junger Tiroler Autorinnen „unser schreiben als einen Versuch, aus den workleistern der männlichen sprache auszubrechen. frau braucht den außerordentlichen leichtsinn, sich wichtig zu nehmen - vorerst um überhaupt zu schreiben und als folge davon öffentlich schreibend zu sein“.



Dieser Versuch scheint mir recht gut gelungen, die Gedichte und kurzen Prosastücke machen neugierig auf die nächste Publikation der Autorinneninitiative. Neunzig weise angelegte Schilling.

Brendan Behan

Mrs. Murphys letzte Züge

Edition Nautilus, Hamburg, und
Edition Moderne, Zürich, 1990.

Brendan Behan berichtet in diesen Erzählungen von seinen Erfahrungen als katholisches Arbeiterkind in Dublin, als IRA-Kämpfer, als Zögling der Besserungsanstalt Borstal, als Sozialist im Irland vor dem Zweiten Weltkrieg. In seinen Geschichten, in denen es um Armut, Kampf und Tod geht, findet sich kein finkchen Sentimentalität oder Effekthascherei. Er beschreibt schlicht, wie seine Gruppe einen Verräter erschießen muß, wie eine alte Frau auf ihrem Weg ins Siechenheim so viele stärkende Getränke zu sich nimmt, daß sie dort nicht aufgenommen wird, oder wie die 'andere' Frau vom Begräbnis ihres Freundes ausgeschlossen wird.



Betr.:
MONATSZEITUNG
Diverses

►►► Als MONATSZEITUNG-Leser würde mich jetzt einmal brennend die originäre Meinung der INL („Initiative Neue Linke“) zu den Themen AIDS und Feminismus interessieren.

Also, liebe MONATSZEITUNGS-Leute, gebt der INL doch einmal die Möglichkeit, sich zu diesen Themen in der MONATSZEITUNG zu artikulieren, damit der Leser sich selbst ein Bild machen kann und nicht immer nur redaktionell vorgefaßte Urteilssprüche über die INL nachleihen muß.

Immerhin sind wir ja noch nicht in der katholischen Kirche, in der abweichend Denkende einen Maulkorb verpaßt bekommen und philosophische Liberalität überhaupt verpönt ist.

Und noch etwas: Es befremdet mich, daß Ihr die allfreitägliche Radlerdemo für eine andere Verkehrspolitik nicht einmal kurz erwähnt. Übt die MONATSZEITUNG Selbstzensur?

Weil diese Verkehrsberuhigung von unten von der Grünen Alternative initiiert wurde? Oder ist dieses allwöchentliche Aufbegehren hunderter Radler so unbedeutend, daß man/frau es so einfach unter den Tisch fallen lassen darf, während in derselben Nummer der MONATSZEITUNG das Auto als Landplage thematisiert wird?

Harald Schulz, Wien

Daß wir die Fahrraddemo nicht angekündigt haben, ist schlicht und einfach ein Fehler.

Daß wir die „Initiative Neue Linke“ nur auf der LeserInnenbriefseite zu Wort kommen lassen, hat nichts mit Maulkorb zu tun - Positionen, die unserer Meinung nach menschenverachtend sind, wollen wir keinen Platz einräumen.

Die Redaktion

Liebe Redaktion!

►►► Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Leute von der INL („Initiative Neue Linke“) sehr wohl lupenreine Linke sind, denen in der Nachfolge Wilhelm Reichs die Freiheit und Ungestörtheit der Sexualität ein ganz wichtiges Anliegen ist. Dies ist auch der Grund, weshalb ihnen AIDS und der Feminismus zum Problem wurden. Nun kann ich mich dem Lösungsvorschlag der INL, nämlich der Tätowierung, ganz sicher auch nicht anschließen, ich finde ihn haarsträubend und verirrt, andererseits muß ich der INL recht geben, daß AIDS für denjenigen, dem die Freiheit der Sexualität ein Anliegen ist, sehr bedrohlich sein muß.

Ich würde jetzt niemals vorschlagen, über die Idee einer Tätowierung zu diskutieren, die Bedrohung, die von tausenden latent AIDS-Kranken (für die Freiheit der Sexualität) ausgeht, sollte man jedoch

sehr wohl thematisieren. Es ist ja auch nicht allzu menschlich, wenn jemand eines Tages erfahren muß, daß er, ohne darum zu wissen, andere Menschen (seine Sexualpartner) mit AIDS infiziert hat oder von um ihre Krankheit nicht Wissenden angesteckt wurde.

Und was den Feminismus betrifft, so hat die INL ganz einfach als erste Linksgruppierung ein Unbehagen in mir angesprochen, das sich immer in mir regt, wenn Feministinnen vom quasi bösen Männlichen und guten Weiblichen sprechen. (Manchmal geht's da richtig pseudobiologisch zu.) Überhaupt scheint der militäntere Feminismus eine privilegierte Stellung innerhalb der Linken einzunehmen, was ihre wissenschaftlich oft wankenden Thesen gegenüber linker Kritik tabuisiert. Wer dann doch noch kritisiert, na der muß ja dann ein Rechter sein.

Wenn die Linke immerzu wissenschaftlich unhaltbare feministische Dogmen vertritt bzw. tabuisiert, hinter deren Unwissenschaftlichkeit ich dann nur mehr eine - zwar großteils berechnete, aber totalitär formulierte - Männerfeindlichkeit vermuten kann, so wird dies die Akzeptanz der Linken sicher nicht fördern, heutzutage, in einer Zeit, in der der Glaube an Wahrheiten geschrumpft ist, in der man nicht mehr im Chor „Ho Chi Minh“ skandiert.

Würde ich die Kritik am Männlichen mancher Feministinnen allzu ernst nehmen, so wäre ich schon

bald nur noch ein impotentes Psychowrack, für das sich jegliche Sexualität für immer erübrigt. Insofern hat mich das Flugblatt der „Initiative Neue Linke“ zum Thema Feminismus angesprochen (und sicher auch andere Linke - eine Diskussion zum Thema Feminismus zwischen Soziologiestudenten und zwei Feministinnen auf der Uni hat dies gezeigt. Nach anfänglicher Scheu gab es heftige Kritik an den Standpunkten der Feministinnen). Der Feminismus gehört unbedingt thematisiert, will die Linke nicht von einer wissenschaftlich ausgerichteten Gesinnungsgemeinschaft zu einer religiösen Sekte werden. Mensch mag bzw. soll so manche Idee der INL scharf zurückweisen, so bleibt dieser Gruppe in meinen Augen doch der Verdienst, daß sie ein Diskussionsklima innerhalb der Linken provoziert, das zu einem neueren linken Denken führt.

Eine linke Gruppe, die gewagt denkt, jedoch ganz einfach nur nach rechts hin auszugrenzen, ohne ihre Positionen im Prinzip zu thematisieren, ermöglicht auch die Vermutung, daß die Linke sich in ihren Reihen heilige Kühe hält, die jeglicher Kritik vorenthalten werden sollen.

Dies wäre für mich dann aber ein wirklich bedauerliches Defizit an philosophischer Liberalität.

Zur Klärung: Ich hab' mich zwar einmal mit Leuten der INL getroffen, ansonsten aber keinerlei Kontakt zu ihnen. Weiters hoffe ich, daß meine Gedanken noch halb-

ANZEIGE

Włodzimierz Brus
Kazimierz Laski

Von Marx zum Markt

Der Sozialismus auf der Suche nach einem neuen Wirtschaftssystem

180 Seiten, 29,80 DM,
ISBN 3-926570-21-0

Ist »sozialistische Marktwirtschaft« möglich und was bedeutet der Rekurs auf den Markt für den Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation?

»... eine der wichtigsten Veröffentlichungen zu diesem Thema überhaupt«

Die ZEIT

Wolfgang Benkert
Jürgen Bunde
Bernd Hansjürgens

Umweltpolitik mit Öko-Steuern?

Metropolis

214 Seiten, 26,80 DM
ISBN 3-926570-22-9

Die erste umfassend und systematische Darstellung der durch die Öko-Steuer-Debatte aufgeworfenen Fragen aus ökologischer und finanzpolitischer Perspektive.

Konkrete Vorschläge werden entwickelt bzw. vorhandene weitergeführt.

Adolph Lowe

Hat Freiheit eine Zukunft?

Metropolis

182 Seiten, 27,80 DM,
ISBN 3-926570-20-2

Einschneidende Veränderungen eröffnen gegensätzliche Zukunftsperspektiven: Ein Mehr an Freiheit und Emanzipation, aber auch gesellschaftliche Instabilität sind möglich. Lowe zeigt, wie in dieser Situation beides zugleich gesichert werden kann.

Barbara Katz Rothman

Schwangerschaft auf Abruf

Vorgeburtliche Diagnose und die Zukunft der Mutterschaft

278 Seiten, 29,80 DM
ISBN 3-926570-50-4

In diesem Buch geht es um die Erfahrungen von Frauen mit Pränataldiagnostik und selektiver Abtreibung, es geht um Mutterschaft, die Bedeutung menschlicher Bindungen. Es geht um die Welt, wie wir sie uns schaffen und was dadurch mit uns geschieht.

Kurt W. Rothschild

Arbeitslose: Gibt's die?

Zu den ökonomischen und gesellschaftlichen Aspekten der Arbeitslosigkeit

320 Seiten, 29,80 DM
ISBN 3-926570-18-0

Gesamtverzeichnis anfordern!

Metropolis-Verlag

Bahnhofstr. 16

D-3550 Marburg

wegs klar sind, aber die Kinder, auf die ich zu achten hab', ziehen mir die Nerven lang.

Freundliche Grüße
Harald Schulz, Wien

Betr.: MONATSZEITUNG
Juli/August 1990
„Deutsch-deutsch-österreichische Währungsunion“

►►► Im Artikel über die Währungsunion wurde ausführlich aus dem neuen Buch von Margit Scherb „In deutscher Hand“ zitiert. Das haben die Autoren zwar korrekterweise erwähnt, jedoch ohne den Verlag anzugeben, in dem „In deutscher Hand“ erschienen ist. Hiermit holen wird das gerne nach: Margit Scherb: In deutscher Hand. Verlag für Gesellschaftskritik. Wien 1989.

Die Redaktion

Betr.: MONATSZEITUNG
allgemein

Liebe MONATSZEITUNGS-Redaktion!

►►► Ich kündige hiermit mein Abo, da es mir aus beruflichen Gründen nicht mehr möglich ist, die Zeit aufzubringen, um Ihre Zeitschrift zu lesen. Ich wünsche Ihnen noch viel Erfolg mit Ihrem Druckwerk.

Martin Jeitler, St. Johann

Betr.: MONATSZEITUNG,
September 1990
„Frisierte Motoren, gefälschte Bilanzen“

Für Ihre Vorstellung, den Benzinspreis auf öS 25 pro Liter zu erhöhen, kann ich lediglich unter folgenden Voraussetzungen Verständnis aufbringen: Wir tauschen unseren Wohnsitz. Ich in die Stadt, wo öffentliche Verkehrsmittel im 10-Minuten Takt verkehren, und Sie zu uns nach St. Peter am Kammerberg, wo 3x pro Tag ein Bus in die nächste Stadt (Murau, 3.000 Einwohner) geht. Eine Fahrt zu den meisten Fachärz-

ten nimmt immerhin einen halben Tag in Anspruch, eine Reise in die Landesregierung, wo man schließlich als Geschäftsmann auch einmal etwas zu erledigen hat, dauert nahezu einen ganzen Tag.

Vielleicht könnten Sie sich doch dafür einsetzen, daß auch in den entlegenen Dörfern regelmäßig öffentliche Verkehrsmittel eingesetzt würden.

Für einen 1-Stunden-Takt wären wir schon dankbar.

Am besten aber wäre es, Sie siedeln in unsere so wunderschöne idyllische Gegend und genießen die herrlichen Verbindungen ohne eigenen PKW.

Ich kann Ihnen nur wünschen, daß Sie zumindest zeitlebens absolut gesund bleiben und keinen Arzt oder kein Krankenhaus brauchen. Alle anderen Besorgungen und dergleichen könnten Sie durchaus mit öffentlichen Verkehrsmitteln erledigen.

Den Arbeitgeber, welcher dafür Verständnis aufbringt, daß Sie für gewisse Erledigungen einen ganzen Tag in Anspruch nehmen, wünsche ich Ihnen noch dazu.

In diesem Sinne für ein umweltfreundliches Österreich,

H. Sever, St. Peter/Kammersberg

Betr.: MONATSZEITUNG,
allgemein zu:
Deutschlandberichterstattung

►►► Ich bedaure es sehr, daß die MONATSZEITUNG, die doch einmal vom Gedanken internationaler Solidarität erfüllt war, mehr und mehr ins chauvinistische Fahrwasser abgelenkt. Ich meine damit Ihre Deutschlandberichterstattung, die an Einseitigkeit kaum zu überbieten ist. Während Sie in Ihren Berichten über Großbritannien immer zwischen der Regierung Thatcher und den Briten unterscheiden, machen Sie diesen Unterschied in bezug auf Deutschland nicht, sondern reden konsequent vom deutschen „Imperialismus“, als ob hier eine nationale Eigenschaft der Deutschen zugrunde läge. Sie lassen Ihre Leser wissen, daß „Ausländerhasser und Neo-Nazis ... ein Klima der Angst und Einschüchterung schaffen“ (MONATSZEITUNG 49/S. 37), daß die „Ostmänner“ immer aggressiver werden und in

Erfurt „Frauen schon als 'Hexen' diffamiert werden“ (52/S. 50), daß der Jubel, der über die Wiedervereinigung ausbrach, genauso klingt wie die Kriegsbegeisterung von 1914 (50/S.8). Und da die Gegenwart, trotz aller Verzerrung, immer noch zu wenig hergibt, entwerfen Sie schauderhafte Zukunftsvisionen, wirkungsvoll an das Ende des Artikels plazierte: die Deutschen könnten, so heißt es, zur Lösung ihrer Probleme weiter expandieren und annectieren (54/S. 13) und ihr Schicksal wieder einmal einem „Führer“ anvertrauen (55/S. 24).

Bei dieser pauschalen Verunglimpfung wundert es mich nicht, daß Sie auch die deutschen Grünen attackieren, weil sie es gewagt haben, für die Einheit ihres Landes zu votieren. Im Gegensatz zu Ihnen haben die Grünen kapiert, daß nach dem Zusammenbruch der DDR erstmals die Chance besteht, das riesige Potential an chemischen und atomaren Waffen abzubauen und außerdem die horrenden Umweltverschmutzung in den Griff zu bekommen, eine Altlast, die unter der Herrschaft der SED nie bewältigt worden wäre.

Der große Betrug Ihrer Zeitschrift besteht darin, daß Sie vorgeben, eine „Alternative“, also etwas Neues und Zukunftsweisendes zu bieten, während Sie in Wirklichkeit nichts anderes vertreten als die verstaubten reaktionären Ideale von Großvater Marx. Da Sie aber wissen, daß Sie mit den Phrasen von der „klassenlosen Gesellschaft“ keinen Arbeiter mehr hinter dem Hochofen hervorlocken, versuchen Sie, Ihre altersschwachen Ideale mit chauvinistischen Feindpropaganda aufzupäppeln. Wie soll man das anders verstehen, wenn man in der letzten MONATSZEITUNG liest, daß „Deutschland es nicht verdient, von links mitgestaltet, sondern bekämpft zu werden“ (55/S. 25).

Ich hoffe, daß Sie diese Tendenz korrigieren, denn es täte mir leid, wenn die MONATSZEITUNG, die früher doch einmal recht ausgewogen berichten konnte, zu einem Winkelblatt realitätsfremder linker Sektierer heruntergewirtschaftet wird.

Grüße von einem, der es für durchaus erstrebenswert hält, die Gesellschaft von links mitzugestalten.
Joachim Jung, Wien.

IMPRESSUM:

Inhaber, Herausgeber, Verleger,
Anschrift der Redaktion:
GAV Grün-Alternativ Verlagsges.m.b.H.,
Neulerchenfelderstr. 12, A-1160 Wien,
Tel. 0222/408 35 71,
Registernummer: DVR 0552917,
Bankverbindung: CA 0245 4051/77,
Volksbank Seehaus eG BLZ 508 648 08,
Kto. 58 297, Telex 111322 gavco,
Telefax 0222/408 38 32

Geschäftsführung:
Abdul Ghani Elmani

Redaktion:
Hannes Hofbauer, Karl Lind,
Christof Parnreiter, Ulrike Sladek

Produktionsleitung:
Margarete Neumann

Ständige AutorInnen:
Wolfgang Beyer, Jutta Dittfurth,
Christian Feichtinger, Erica Fischer, Susi
Harringer, Andrea Komlosy, Birge
Krondorfer, Susi Riegler, Franz Schandl,
Günter Schneider, Rainer Werning

AutorInnen dieser Ausgabe:
Reinhard Brückner, Johanna Dorek, Tobias
Damjanov, Walter Fehlinger, Renata Fuchs,
Erich Hörl, Franz Hütterer, Edith Jakob,
Walter Keller, Ursula Kubes Hofmann,
Robert Lachil, Matthias Marschik, Gerald
Munier, M. Nowak, Nowosti NZZ, Johanna
Riegler, Corinne Schelbert, Margit Scherb,
Christine Weber-Herforth, Aurelia Weikert

Fotos:
AGIPA Press, Ars Electronica Katalog, BM
f. Landesverteidigung, Bildarchiv des ÖGB,
Contrast, Michele Clement, Hanne Darbo-
ven, Johanna Dorer, Walter Fehlinger,
Renata Fuchs, GE-Archiv, K. Giebel, Renate
Gold, Mathias Hermann, Institut für Zeitge-
schichte, Walter Keller, Andrea Komlosy,
Karl Lind, MONATSZEITUNG-Archiv/
Wartha, MMK, Gabriela Prosek, Ludwig
Rauch, Rowohl Verlag, Votava,

Comics: Gerhard Schattauer

Grafik: Gisela Scheubmayr
Lektorat: Sabine Röckel
Satz: GAV

Anzeigenabteilung:
Manuela Schreibmayer
Abonnement: Christine Elmani
Buchhaltung und Sekretariat:
Petra Dorrek

Druck:
Strohal Druck, Tenschertstraße 7, 1230 Wien
Vertrieb:
Österreich: Morawa & Co, 1010 Wien,
Wollzeile 5
Schweiz: Kiosk AG, Maulbeerstraße 11,
3001 Bern.
Nachdruck muß mit dem Verlag
abgesprochen werden.
Namentlich gezeichnete Artikel und
Kommentare geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist
die Zeitschrift so lange Eigentum des
Absenders, bis sie dem Gefangenen
persönlich ausgehändigt worden ist.
„Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung
im Sinne des Vorbehalts.
Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht
persönlich ausgehändigt, ist sie dem
Absender mit dem Grund
der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Die nächste MONATSZEITUNG
erscheint am 29. 10. 1990

**Heften
Sie
Ihr**

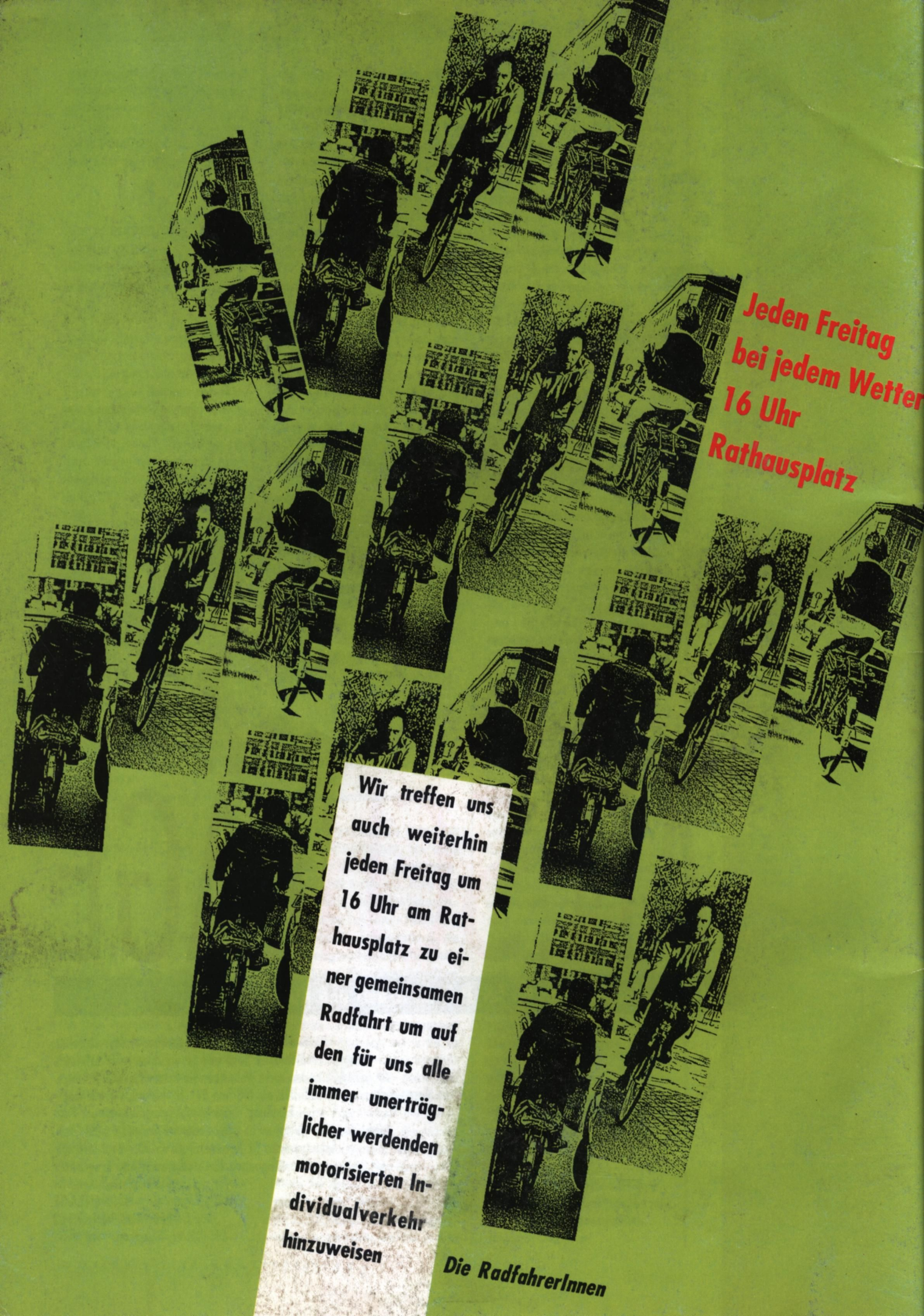


**auf
diese
Seite**

AN.SCHLÄGE

Feministisches Magazin für Politik, Arbeit und Kultur

Unser Blick auf die Welt ist eindeutig, aber vielseitig.
Ihr Auge erblickt diese Seite und Sie möchten mehr erfahren.
AN.SCHLÄGE kosten nicht Welt, aber Sie haben die Welt im Auge.
Jeden Monat. Schwarz auf Weiß. Mit ein bißchen Rot. In der guten Frauenbuch-
handlung. Oder im Abo, pünktlich mit der Post.
Jahres-Abo (11 Hefte) zu öS 330,— oder ins Ausland zu DM 65,—
Schnupperabo (3 Nummern) zu öS 50,— (nur Inland!);
Ermäßigungen für Studierende und Erwerbslose
Abo-Bestellungen an
AN.SCHLÄGE
A-1080 Wien, Postfach 172



**Jeden Freitag
bei jedem Wetter
16 Uhr
Rathausplatz**

Wir treffen uns
auch weiterhin
jeden Freitag um
16 Uhr am Rat-
hausplatz zu ei-
ner gemeinsamen
Radfahrt um auf
den für uns alle
immer unerträg-
licher werdenden
motorisierten In-
dividualverkehr
hinzuweisen

Die RadfahrerInnen